

Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

JOACHIM SZODRZYNSKI

Hamburgs Arbeiter- bewegung im Wandel der Gesellschaft

Eine Chronik
Band 4
1945—1949



CHRISTIANS

CHRONIK DER ARBEITERBEWEGUNG

JOACHIM SZODRZYNSKI

Hamburgs Arbeiterbewegung
im Wandel
der Gesellschaft
Eine Chronik

Band 4
1945-1949

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR SOZIAL-
UND ZEITGESCHICHTE
BEIHEFT 4

*Im Auftrag der Forschungsstelle für die Geschichte des
Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger
Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von Detlef Peukert, Ursula Büttner,
Werner Jochmann und Werner Johe*

Umschlagbild: Altenspeisung
in Othmarschen, 1947

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

*Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel
der Gesellschaft: eine Chronik.*
Hamburg: Christians

Bd. 4. 1945-1949/Joachim Szodrzynski. - 1989
(Hamburger Beiträge zur
Zeitgeschichte: Beiheft; 4)
ISBN 3-7672-1093-2

NE: Szodrzynski, Joachim [Mitverf.];
Hamburger Beiträge zur Sozial- und
Zeitgeschichte / Beiheft

Umschlaggestaltung Alfred Janietz

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1989
Alle Rechte vorbehalten
Alle Bildrechte bei
Gerd Germin-Mingram, Hemmoor
ISBN 3-7672-1093-2
Printed in Germany

Vorwort

Mit dem Begriff «Chronik» verhält es sich ähnlich wie mit anderen geläufigen Termini: erst der Versuch einer Begriffsbestimmung offenbart das Fehlen einer präzisen Definition. Bei näherem Hinsehen firmieren unter der Bezeichnung «Chronik» höchst unterschiedliche Arbeiten, deren Gemeinsamkeit allenfalls in der Einhaltung einer chronologischen Ordnung besteht, so daß die Vielzahl von Ereignissen aus Wirtschaft, Politik, Justiz, Kultur etc. zumindest in einem zeitlichen Zusammenhang erscheint. Ansonsten läßt sich die Chronik vor allem durch Charakteristika beschreiben, die sie nicht haben will oder kann: Weder leistet sie eine Geschichtsdarstellung noch beachtet sie in der Regel die Zusammenhänge zwischen einzelnen Begebenheiten oder bietet gar eine kritische Analyse von Hintergründen. Als Material- und Faktensammlung bildet sie eine Vorstufe zur historischen Darstellung, der es zudem – gerade aufgrund ihres Materialreichtums – häufig an flüssiger Lesbarkeit mangelt. Kurz, prägnant, trocken sind die Adjektive, die zu ihrer Kennzeichnung verwandt werden.

Dabei bedient sich eine Ortschronik im allgemeinen der Quellen, die auch einem interessierten Zeitgenossen des Geschehens umstandslos zugänglich waren bzw. sind, d. h. vor allem der lokalen Tagespresse. Mit ihrer Hilfe entsteht ein Daten- und Faktengerüst. Da aber jeder Zeitungsleser um die Fehlerhaftigkeit, Unvollständigkeit und Einseitigkeit dieses Mediums weiß, ist auf einer zweiten Ebene die Durchsicht

der für einzelne Themen relevanten Sekundärliteratur ebenso unerlässlich wie die Heranziehung anderer Zeugnisse, beispielsweise amtlicher Drucksachen und Amtsblätter. Eine dritte Ebene bildet schließlich die Einbeziehung von Akten.

Allerdings setzt eine solch idealtypische Beschreibung der Quellenauswertung eine gesellschaftliche Normalität voraus, die gerade in bezug auf die hier behandelte Zeit der Vorgeschichte der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1949 auch in Hamburg nicht oder kaum bestand. Weder die «Hamburger Zeitung», die als «Kriegsarbeitsgemeinschaft der Zeitungen Hamburger Anzeiger, Hamburger Fremdenblatt und Hamburger Tageblatt» die Endphase des «Dritten Reiches» in Hamburg in nationalsozialistischer Propagandasprache dokumentiert, noch die beiden ersten, von der britischen Militärregierung herausgegebenen Zeitungen erfüllten die Kriterien einer «normalen» Tagespresse. Sie alle veröffentlichten – wegen Papiermangels auf wenigen Seiten und nur sporadisch erscheinend – ausschließlich offiziell genehmigte bzw. zensierte Meldungen, die sich fast ausnahmslos der Bekanntgabe administrativer Maßnahmen einzelner Dienststellen und Behörden widmeten oder sich auf die Bewältigung des alltäglichen Notstandes bezogen.

Zwar verzichtete das seit dem 9. Mai 1945 als erste Zeitung in der britischen Zone erscheinende «Hamburger Nachrichten Blatt» auf die offene Fälschung von Informationen ebenso wie die erstmals am 9. Juni 1945 herauskommende «Neue Hamburger Presse». Eine tatsächliche Normalisierung der Presselandschaft – und damit eine Quellenlage im oben skizzierten Sinne – deutete sich jedoch erst im Frühjahr 1946 an, als nach der bereits im Februar erfolgten Lizenzvergabe an die parteiunabhängige Wochenzeitung «Die Zeit» am 27. März gleich vier Parteizeitungen und die künftig von der Militärregierung herausgegebene Tageszeitung «Die Welt» ihre Lizenzen erhielten. Zwar kamen auch diese «Tageszeitungen» zunächst wegen anhaltenden Papiermangels nur zweimal wöchentlich heraus, aber insgesamt führte das regel-

mäßige Erscheinen der «Hamburger Allgemeinen Zeitung» (HAZ) für die CDU, der «Hamburger Freien Presse» (HFP) für die FDP, der «Hamburger Volkszeitung» (HVZ) für die KPD und des «Hamburger Echo» (HE) für die SPD zur Bereitstellung divergierender Informationsquellen und damit zum Wiederaufleben politischer Kultur.

Insbesondere der Auswertung der Parteizeitungen von KPD und SPD sowie der parteiunabhängigen «Die Welt» verdankt die vorliegende Chronik ihre schlagartig verbreiterte Materialbasis.

Allerdings bedeutete auch die so verbesserte Situation für das Anliegen einer Verzahnung von Alltags- und Sozial- mit Organisations- und Parteiengeschichte noch keine Überwindung der Schwierigkeiten. Denn speziell in den ersten beiden Jahren der hier erfaßten Zeitspanne existieren kaum verfügbare Materialien, die datierbare Aussagen über die Bereiche von Alltags- und Sozialgeschichte erlaubten, während die organisations- und parteipolitische Rekonstruktion ausführlich dokumentiert ist. Insofern ergab sich insbesondere für die Jahre 1945/46 ein Ungleichgewicht zugunsten von organisations- und parteigeschichtlichen Daten, das weniger der Intention des Verfassers als vielmehr der vorgefundenen Quellenlage entsprach.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen will die Chronik einen Überblick der gesellschaftlichen Situation und politischen Atmosphäre in Hamburg zwischen 1945 und 1949 ermöglichen, wobei eine Schwerpunktsetzung im Hinblick auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft und die Reorganisierung ihrer Parteien und Verbände erfolgt.

Durch die Zusammenstellung von Daten, Fakten, Ereignissen, Gesetzen und Verträgen in chronologischer Reihenfolge soll eine Schnellinformation über historisch-politische Vorgänge ebenso angeboten werden wie eine Kurzorientierung über einzelne Personen, die im Namenregister verzeichnet sind. Neben dem Nachschlagen wichtiger oder auch marginaler Daten und Fakten will die Chronik auch die Gewinn-

nung eines Eindrucks von den im Hamburg jener Jahre jeweils relevanten Themen und Konflikten ermöglichen.

Sie wendet sich folglich an Journalisten/-innen, Gewerkschaftler/-innen und Lehrer/-innen wie auch an Student/-innen der Geschichts- und Politikwissenschaft oder an Schüler/-innen der Sekundarstufe II mit Grund- und Leistungskursen in den Fächern Geschichte, Politik oder Sozialwissenschaften.

- Die «Hamburger Zeitung» (eine «Kriegsarbeitsgemein- 1945
schaft der Zeitungen Hamburger Anzeiger, Hamburger 2. Jan.
Fremdenblatt und Hamburger Tageblatt») meldete einen An-
griff «feindlicher Terrorflieger» auf Hamburg in den Mittags-
stunden des 31. Dezember 1944 und gab die Zahl der Todes-
opfer mit 135 an.
- Neue Verdunkelungszeiten (nur für die Hansestadt Ham- 8. Jan.
burg): Vom 7. bis 13. Januar von 16.30 bis 8.15 Uhr.
- Vor dem Hanseatischen Sondergericht wurde der 34jährige 13. Jan.
Gustav K. zum Tode verurteilt, weil er während der Verdun-
kelungszeit einem Mann mit den Worten «Stehenbleiben. Ge-
heime Staatspolizei!» und seinem zur Vortäuschung einer Pi-
stole benutzten Zeigefinger am Hamburger Berg mehrere
tausend Reichsmark geraubt hatte. Dasselbe Gericht bewerte-
te am 22. Januar die Zigarettenschabung des 38jährigen
Erich Sch. als «Kriegswirtschaftsverbrechen» und verurteilte
den Angeklagten zum Tode.
- Dr. Theodor Haubach (geb. 15. September 1896) in Berlin- 23. Jan.
Plötzensee hingerichtet. Haubach war seit 1924 Redakteur
beim «Hamburger Echo», Mitglied der Hamburger Bürger-
schaft, Mitbegründer des Reichsbanners und 1928 Pressechef
des Reichsinnenministers Carl Severing gewesen. Bis Juli
1932 Leiter der Pressestelle beim Berliner Polizeipräsidenten,
wurde er nach 1933 mehrfach verhaftet. Aufgrund seiner Ver-
bindung zum Kreisauer Kreis war er am 9. August 1944 als
Mitbeteiligter am Attentat vom 20. Juli 1944 erneut verhaftet
worden.
- F. D. Roosevelt, J. W. Stalin und W. Churchill trafen zur 4./11.
Krim-Konferenz bei Jalta zusammen und beschlossen die Febr.
künftige Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen.
- Weitere Entscheidungen waren: Bildung eines Kontrollra-
tes, totale Entwaffnung und Entnazifizierung Deutschlands,
Reparationen und Festlegung der Ostgrenze Polens, das im
Westen durch deutsches Gebiet entschädigt werden sollte.
- Aufgrund dieser Aufteilung gehörte Hamburg nach
Kriegsende – ebenso wie die nach Auflösung Preußens ge-

- 1945 schaffenen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – zur britischen Besatzungszone.
19. März Erlaß Hitlers, daß ausschließlich «verbrannte Erde» in die Hände des Feindes fallen dürfe.
3. Apr. Karl Kaufmann, Gauleiter von Hamburg, Reichsstatthalter und Reichsverteidigungskommissar Nordseeküste und Generalfeldmarschall Busch, Oberbefehlshaber Nordwest, nahmen an einer Lagebesprechung in der Berliner Reichskanzlei teil. Ungeachtet der militärisch hoffnungslosen Situation wurde Hamburg durch Hitler zur Festung erklärt und seine Verteidigung «bis zum letzten Blutstropfen» befohlen.
- Anfang April Nach seiner Rückkehr aus Berlin versicherte sich Kaufmann – nach eigenen Angaben – des Hamburger Kampfkommandanten Generalmajor Alwin Wolz. Beide beschlossen, Hamburg nicht zu verteidigen.
12. Apr. Der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt starb. Sein Nachfolger wurde Harry S. Truman.
- 13./14. Apr. Letzter Bombenangriff auf Hamburg.
20. Apr. Um den britischen Truppen nicht erneut – wie bei der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 15. April – Beweise für die nationalsozialistischen Verbrechen zu überlassen, begann die Räumung des Konzentrationslagers Hamburg-Neuengamme.
- 20./21. Apr. In einer Schule am Bullenhuser Damm, einem Außenkommando des Lagers Neuengamme, wurden 20 jüdische Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren, an denen SS-Ärzte Tbc-Versuche vorgenommen hatten, und ihre Häftlingspfleger von der SS ermordet.
- 21./23. Apr. Im teilweise bereits geräumten Lager Neuengamme wurden 71 politische Gefangene (58 Männer/13 Frauen) aus dem Gestapogefängnis Fuhlsbüttel – zumeist Mitglieder kommunistischer Widerstandsgruppen – von der SS im Bunker erhängt.
22. Apr. Offizieller Beginn der «Festungskampfzeit» in Hamburg.
25. Apr. Eine Widerstandsgruppe «Kampf-Gemeinschaft für Frieden und Wiederaufbau» rief in einem Rundschreiben «alle

Hamburger» zu einer Friedenskundgebung am selben Tag 1945
auf den Hauptstraßen Hamburgs auf.

Großadmiral Dönitz, seit dem 20. April Oberbefehlshaber 29. Apr.
der Zivilbehörden im Nordraum, forderte Kaufmann zum
zweitenmal auf, sich in seinem Hauptquartier in Plön einzu-
finden. Kaufmann lehnte dies ab.

Britische Truppen überquerten um 5.30 Uhr die Elbe bei
Artlenburg. Mit dieser Durchbrechung der Linie Hamburg –
Lauenburg – Lübeck war ein rascher alliierter Vormarsch auf
die norddeutschen Ostseehäfen unter Umgehung Hamburgs
möglich. Damit wurde eine Verteidigung der Stadt aus militä-
rischen Gründen nun vollends sinnlos.

Fernschreiben Kaufmanns an Dönitz, in dem er nach- 30. Apr.
fragte, ob die militärische Führung auch jetzt noch beabsich-
tigte, Städte und Dörfer gegenüber den Westalliierten zu ver-
teidigen.

Selbstmord Hitlers und seiner Frau Eva, geb. Braun.

Nachdem die SS-Wachmannschaft sie gezwungen hatte,
möglichst alle Spuren der an ihnen begangenen Verbrechen
zu beseitigen, verließen die letzten Häftlingskolonnen das
Konzentrationslager Neuengamme. Insgesamt waren wäh-
rend des Bestehens des Lagers etwa 55 000 der 106 000 Häft-
linge ums Leben gekommen.

21 Uhr; Fernschreiben von Dönitz an Kaufmann, in dem
noch einmal die Wichtigkeit einer Verteidigung der Elbstel-
lung betont wurde, eine Auffassung, die durch den alliierten
Vorstoß auf die Ostseehäfen faktisch bereits überholt war.

Zwei Parlamentäre überbrachten Wolz eine mündliche Ka- 1. Mai
pitulationsaufforderung der Engländer.

Um 17 Uhr erhielt Wolz von Dönitz den Befehl, Hamburg 2. Mai
kampflos zu räumen. Um 20.28 Uhr ging der OKW-Befehl
an Kaufmann, Wolz und Busch ein, Hamburg nicht zu vertei-
digen. Gegen 21.30 Uhr erging der fernschriftliche Befehl
Buschs, Hamburg sofort zur «Offenen Stadt» zu erklären.
Um 23 Uhr bat Kaufmann über den «Reichssender Ham-
burg» um das Vertrauen und die Disziplin der Bevölkerung.

1945 Ende der «Schlacht um Berlin».

3. Mai Gegen 14.30 Uhr griffen britische Jagdbomber die in der Neustädter Bucht ankernden Schiffe «Cap Arcona» und «Thielbek», die einen Großteil der aus Neuengamme abgezogenen Häftlinge an Bord hatten, an und versenkten sie (7000 bis 8000 Tote).

Der Wehrmichtsbericht gab bekannt, daß Kiel und Flensburg nicht verteidigt würden, Hamburg und Neumünster «Offene Städte» seien.

Um 18 Uhr marschierten britische Truppen in Hamburg ein. Um 18.25 Uhr übergab Wolz vor dem Portal des Rathauses die Stadt an den britischen General Spurling.

Oberst Armytage, der künftige britische Militärgouverneur, traf in Hamburg ein.

Über Hamburg wurde bis zum 5. Mai eine Ausgangssperre verhängt.

Von 1 700 000 Einwohnern vor Kriegsbeginn lebten noch ca. 1 100 000 in Hamburg. Ein Großteil war evakuiert und kehrte erst im Verlauf der nächsten Jahre zurück. Über 100 000 Hamburger kamen während des Krieges um, allein etwa 50 000 als Opfer des Luftkrieges. 3500 Industrieunternehmen, gewerbliche Betriebe und Kontorhäuser, 24 Krankenhäuser und 58 Kirchen waren zerstört. Von 563 533 Wohnungen vor Kriegsbeginn waren 277 330 (49,2 %) zerstört, 23 005 (4,1 %) schwer beschädigt und unbewohnbar. Beschädigt und bewohnt waren 38 970 (6,9 %), leichtbeschädigt 109 471 (19,3 %) und unbeschädigt 114 757 (20,5 %). Insgesamt waren in deutschen Städten ca. 400 Millionen cbm Trümmer zu beseitigen; allein in Hamburg 43 Millionen cbm.

4. Mai Gegen 13.30 Uhr wurde Kaufmann verhaftet.

5. Mai Die von Generaladmiral von Friedeburg im Hauptquartier des britischen Oberbefehlshabers, Feldmarschall Montgomery, am 4. Mai um 18.30 Uhr unterzeichnete Kapitulation aller deutschen Truppen in den Niederlanden, Dänemark und Nordwestdeutschland trat in Kraft.

5./6. Mai In verschiedenen Hamburger Stadtteilen führten Mitglie-

der der ehemaligen Arbeiterparteien Kontaktgespräche über die Möglichkeiten politischer und gewerkschaftlicher Arbeit unter der britischen Militärregierung. Allgemein herrschte die Überzeugung vor, daß parteipolitische Aktivitäten in absehbarer Zeit nicht zugelassen werden würden und daß daher die gewerkschaftliche Ausrichtung der Arbeit zu betonen sei. 1945

Erste Gespräche einer Abordnung ehemaliger Sozialdemokraten und Kommunisten mit einem Offizier der britischen Militärregierung bestätigten diese Einschätzung. Während der Aufbau politischer Organisationen abgelehnt wurde, wurde die Betätigung im gewerkschaftlichen Rahmen gestattet. Der zuständige britische Major Dwyer wies der Delegation Arbeitsräume im ehemaligen Gewerkschaftshaus zu und forderte sie auf, baldmöglichst programmatische Richtlinien für die neue Gewerkschaft zu entwerfen. 7. Mai

Als Ergebnis der Gespräche vom Vortage beschloß die Abordnung die Gründung einer «Sozialistischen Freien Gewerkschaft» (SFG) und legte einen vorläufigen Programm-entwurf vor. Dieser stellt das erste Dokument gewerkschaftlicher bzw. politischer Tätigkeit in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg dar. 8. Mai

Nach dem Entwurf sollte sich die SFG in elf Industrie-gruppen gliedern und alle Arbeiter, Angestellten und in freien Berufen Tätigen umfassen. Jede Industrie-gruppe sollte von einem durch «antifaschistische Haltung» ausgewiesenen Obmann organisatorisch betreut werden. Unter der Überschrift «Unsere Ziele im öffentlichen Leben» forderte der Entwurf für Wirtschaft und Politik Maßnahmen, die den Rahmen tradierter Gewerkschaftspolitik sprengten und durch ihre politische Brisanz den Konflikt mit der Militär-regierung ebenso programmierten wie die Auseinandersetzung mit den vor 1933 aktiven Gewerkschaftsfunktionären, die primär an der «unpolitischen» Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit interessiert waren.

Gefordert wurde im Programm-entwurf u. a.: Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für alle durch Vollbeschäfti-

1945 gung und ausreichende Unterstützung für alle Arbeitsbeschränkten. Verstaatlichung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen, insbesondere Bergbau, Hüttenbetriebe, Konzerne der Metallverarbeitung und Chemie, Transport, öffentliche Dienste, Banken und Versicherungen, Überführung des Großgrundbesitzes und Baulandes in öffentliches Eigentum. Organisierung des Wohnungsbaues, Förderung der ländlichen Siedlungen, Leitung des Arbeitsamtes durch die Gewerkschaften, die Rückgabe der von den Nationalsozialisten enteigneten Arbeitergenossenschaften an die Gewerkschaft. Preisstopp. Strengste Bestrafung des Schwarzhandels. Ausrottung des Nationalsozialismus und des Militarismus. Absetzung und Bestrafung aller Richter und Staatsanwälte, die Terrorurteile gefällt haben, Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Staatliche Anerkennung der SFG.

9. Mai Nach Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation am 7. Mai in Reims und am 8. Mai in Berlin-Karlshorst durch Vertreter der alliierten Truppen und der deutschen Wehrmacht wurden um 0 Uhr 01 (23.01 Uhr MEZ) alle Kampfhandlungen in Europa eingestellt.

11. Mai Militärgouverneur Armytage entließ 22 von über 40 leitenden Beamten der Hamburger Verwaltung und ließ sechs von ihnen – darunter Bürgermeister Carl Vincent Krogmann – verhaften.

Der Rumpfsenat wurde beauftragt, bis zum 12. Mai, 16 Uhr, einen Besetzungsvorschlag für das Bürgermeisteramt zu unterbreiten.

Da unter den leitenden Beamten Hamburgs kaum eine politisch unbelastete Person für den Posten zu finden war, wandte man sich um Vorschläge an die weiterhin bestehende Gauwirtschaftskammer. Deren Präses, Joachim de la Camp, war zwar auch seit 1932 Mitglied der NSDAP, führte aber seine Tätigkeit mit Zustimmung der Militärregierung vorerst weiter.

Vorgeschlagen wurde Rudolf Hieronymus Petersen (geb. 30. Dezember 1878), parteiloser Exponent der Hamburger

Kaufmannschaft, der aus einer Familie stammte, aus der bereits zwei Hamburger Bürgermeister hervorgegangen waren, von denen besonders Petersens Bruder Carl, Bürgermeister von 1924 bis 1933 und Mitglied der DDP und der Staatspartei, aufgrund seiner sozialintegrativen Politik vor 1933 auch bei Anhängern der Arbeiterparteien Ansehen genoß. 1945

Wahrscheinlich am 11. Mai hielten im Restaurant des alten Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof ca. 40 ehemalige Mitglieder aus Organisationen der Arbeiterbewegung eine Versammlung ab, um die SFG formell zu konstituieren. Nahezu alle Teilnehmer hatten schon vor 1933 gewerkschaftliche und/oder parteipolitische Funktionen bekleidet.

Neben einem aus 36 Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß wurde ein fünfköpfiger vorläufiger Vorstand gewählt, dem zwei Sozialdemokraten (Lorenz Borchers, Walter Schmedemann), zwei Kommunisten (Friedrich Dethlefs, Hans Ek) und ein Anhänger des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) (Hellmut Kalbitzer) angehörten. Mindestens 20 Mitglieder des Vollzugsausschusses waren ehemalige SPD-, sieben waren ehemalige KPD-Mitglieder, zwei kamen vom ISK und einer aus der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).

Während im Vollzugsausschuß die altgedienten, hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre mit der Zielsetzung einer «unpolitischen» Rekonstruktion der Gewerkschaften eine Mehrheit darstellten, repräsentierte der Vorstand einen jüngeren Funktionärstypus, dessen politische Sozialisation weniger durch die Weimarer Republik als vielmehr durch die Kapitulation der gespaltenen Arbeiterbewegung vor dem Nationalsozialismus geprägt war und der als Basis gewerkschaftlicher Neuordnung das Modell einer politisierten Einheitsgewerkschaft favorisierte.

Rudolf Petersen wurde von der britischen Militärregierung 14. Mai zum Ersten Bürgermeister Hamburgs ernannt.

Zwischen Militärregierung und SFG wurde die provisorische Einsetzung von Vertrauensleuten in allen Betrieben ver- 15. Mai

1945 einbart. Die Vertrauensleute sollten in späteren Wahlen – unter Ausschluß ehemals aktiver Nationalsozialisten – bestätigt werden.

16. Mai Eine Delegation des SFG-Vorstands (Schmedemann, Dethlefs) übergab der Militärregierung und dem Bürgermeister einen Katalog mit Wünschen und Forderungen der SFG, der die politischen Ambitionen derselben bekräftigte.

Weder die Militärregierung noch Petersen waren bereit, die Forderungen zu unterstützen bzw. zu erfüllen.

Um sich der Unterstützung der traditionell starken sozial-liberalen Kräfte Hamburgs zu versichern, führte Petersen Gespräche mit Heinrich Landahl (geb. 25. Januar 1895; vor 1933 Mitglied der Staatspartei im Reichstag; nach 1945 bis 1953 Hamburger Schulsenator) und Adolph Schönfelder (geb. 5. April 1875; seit 1915 Bürgerschaftsabgeordneter der SPD, 1925 Bausenator; 1926 bis 1933 Polizeisenator; im Mai 1945 im Vollzugsausschuß der SFG und in den folgenden Jahren u. a. Präsident der Hamburger Bürgerschaft), in denen sie Landahls Ernennung zum Senator für die Schulverwaltung und die Schönfelders zum Zweiten Bürgermeister vorbereiteten.

Schönfelder kam damit bei der Vermittlung zwischen Militärregierung, Senat und SFG eine Schlüsselfunktion zu.

18. Mai Auf einer Organisationsausschußsitzung der SFG wurde eine detaillierte Strukturierung für elf Industriegruppen entworfen.

Um diese Zeit formierte sich aus dem Kreis der alten Gewerkschaftsfunktionäre in einer Bahrenfelder Fabrik der sogenannte «Ketzerklub», der – unter Umgehung des Vorstandes der SFG – versuchte, mit der Militärregierung Kontakt aufzunehmen und sich als Alternative zur politisierten Einheitsgewerkschaft anzudienen.

Führender Exponent dieser Gruppe war Franz Spliedt (geb. 18. Januar 1877; 1912 Vorsitzender des Tapeziererverbands; seit 1921 im Vorstand des ADGB; 1931 Reichstagsabgeordneter der SPD).

Wie erfolgreich dieses Vorgehen war, zeigte sich anlässlich einer Besprechung zwischen den zuständigen Offizieren der Militärregierung (Dwyer, Louis) und Vertretern des Senats (Petersen, Schönfelder, Kruse, Lindemann) über Gewerkschaftsfragen. 1945 22. Mai

Die Militärs hielten eine offizielle Anerkennung bzw. ungehinderte (politische) Tätigkeit von Gewerkschaften für verfrüht und drängten auf stärkere Beteiligung der alten Gewerkschaftsfunktionäre bei der personellen und inhaltlichen Gestaltung der SFG.

Auf der Vollzugausschußsitzung der SFG teilte Schönfelder diese Direktiven der Militärregierung mit. 25. Mai

Anlässlich der Rückkehr von Häftlingen aus dem Konzentrationslager Buchenwald kam es auf dem Karl-Muck-Platz zu einer Begrüßungsveranstaltung, in deren Verlauf sich ein Demonstrationzug vor das Untersuchungsgefängnis begab, um die Freilassung der dort – ungeachtet der britischen Machtübernahme – noch immer inhaftierten politischen Gefangenen des NS-Regimes zu fordern. Die Demonstration wurde von britischem Militär aufgelöst. 26. Mai

Die Militärregierung nahm diese Demonstration zum Anlaß, den latenten Konflikt mit der SFG zu verschärfen und den Vorwurf unerlaubter politischer Betätigung zu erheben. 27. Mai

Der Vorstand der SFG bestritt zwar jegliche Verantwortung für die Demonstration, an dem sich verschlechternden Klima zwischen Militärregierung und SFG änderte dies jedoch ebensowenig wie die in der Vollzugausschußsitzung am 1. Juni mit der Hinzuziehung von Spliedt und Paul Tastensen erfolgende Vorstandserweiterung, mit der die SFG-Führung den Wünschen der Militärregierung entgegenzukommen versuchte. 28. Mai 1. Juni

Die «Neue Hamburger Presse», Zeitung der britischen Militärregierung für Hamburg und Umgebung, brachte ihre erste Ausgabe heraus. 9. Juni

In Berlin gestattete der oberste Chef der Sowjetischen Militärregierung, Marschall Shukow, in dem Befehl Nr. 2 die 10. Juni

1945 Gründung politischer Parteien und Gewerkschaften für den Bereich der sowjetischen Besatzungszone.

12. Juni Nach dem am Vortage veröffentlichten Gründungsaufruf kam es im Berliner Stadthaus zur Neugründung der KPD.

Diese Reetablierung als selbständige Partei war auch für Hamburg – unter der Voraussetzung des hier weiterhin bestehenden Parteienverbots – bei der Diskussion um die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung bzw. um den Neuaufbau der alten Arbeiterparteien von Bedeutung, wobei die ehemaligen SPD-Mitglieder zu diesem Zeitpunkt hier wie in Berlin größtenteils noch auf die Errichtung einer einheitlichen Organisation drängten.

In einer Besprechung zwischen Dwyer, Schmedemann und Dethlefs wurde dem SFG-Vorstand vorgeworfen, am 9. Juni eine unangemeldete Zusammenkunft mit 27 Teilnehmern abgehalten zu haben. Durch diesen – unberechtigten – Vorwurf erfuhr der SFG-Vorstand, der von dem Treffen nicht unterrichtet war, bei Einsichtnahme in die Teilnehmerliste von der Existenz des «Ketzerklubs» und konnte anhand Dwyers Äußerungen auf weitgehende Interessenidentität zwischen ihm und der Militärregierung schließen. In einer Vorstandssitzung berichtete Schmedemann über die Besprechung am Vormittag.

Im Bewußtsein des gefährdeten Aufbaus der SFG wurde eine Reihe von Defensivmaßnahmen beschlossen, die auf Beschwichtigung der Militärregierung und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit zielten:

- auf die Behandlung politischer Fragen wurde bis auf weiteres verzichtet.
- Die Gewerkschaft wurde in «Allgemeiner Gewerkschaftsbund Hamburg» umbenannt.
- alle Nebenstellen der SFG in den einzelnen Stadtteilen – in den vergangenen Wochen wegen eigenmächtigen Vorgehens wiederholt Anlaß zu Beschwerden der Militärregierung – wurden aufgelöst.
- bis zum 18. Juni sollten sich elf Industrieverbände «aus sich heraus» bilden.

Unterdessen hatte jedoch die Gruppe um Spliedt Major 1945
Dwyer eine – ihrer Auffassung nach – repräsentative Namen-
liste früherer Gewerkschaftsfunktionäre vorgelegt, wobei die
dort Genannten als die «fachlich berufenen und wahren Ver-
treter der Hamburger Arbeiterschaft» bezeichnet wurden.

Der britische Oberbefehlshaber Montgomery hob in der
britischen Besatzungszone für seine Truppen das Umgangs-
verbot mit der deutschen Bevölkerung auf; allerdings vorerst
lediglich für den Umgang mit Kindern.

Auf der Vollzugsausschußsitzung der SFG stand die Aus- 15. Juni
einandersetzung um das Vorgehen der alten Gewerkschafts-
funktionäre im Mittelpunkt. Dabei bestritt Spliedt, eine neue
Gewerkschaft bei der Militärregierung angemeldet zu haben,
und erklärte sich bereit, zusammen mit Schmedemann am
16. Juni vor der Militärregierung eine gemeinsame Erklärung 16. Juni
abzugeben, um eine Spaltung der Gewerkschaft zu verhin-
dern. Da diese Spaltung jedoch faktisch bereits eingetreten
und die Unmöglichkeit gemeinsamer Arbeit im Rahmen der
SFG offensichtlich war, unterzeichneten Mitglieder beider
Gruppen auf einer Zusammenkunft am 18. Juni ein Protokoll 18. Juni
«Zur Gründung freier Gewerkschaften in Hamburg», in dem
sie ihre Absicht erklärten, «auf die Durchführung der Grün-
dung einer die Arbeiter und Angestellten aller Industrien und
Gewerbe einheitlich umfassenden Gewerkschaft zu verzich-
ten. Die SFG wird daher nicht fortgeführt, sondern in eine
Reihe von selbständigen Gewerkschaften umgewandelt wer-
den. Diese Gewerkschaften werden nach Anerkennung
durch die Militärregierung an die Stelle der SFG als selbstän-
dige Gewerkschaften für die verschiedenen Industrien, Ge-
werbe und Betriebe treten. Ebenso sind für die Angestellten
besondere selbständige Gewerkschaften vorgesehen. Diese
freien Gewerkschaften werden ihre Arbeit durchaus unpoli-
tisch weiterführen.»

Nachdem sich am 17. Juni in Berlin auch die SPD für die 19. Juni
sowjetische Besatzungszone neu gegründet hatte, trafen je
fünf Vertreter des Zentralkomitees der KPD und des Zentral-

1945 ausschusses der SPD in Berlin zusammen, um eine Aktionsgemeinschaft zwischen den Parteien zu vereinbaren. Zwar wurde die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses (bestehend aus je fünf Mitgliedern beider Parteien) beschlossen, weitergehende Vorschläge der SPD zur Konstituierung einer einheitlichen Organisation wurden jedoch als verfrüht abgelehnt.

Dies Ergebnis hatte Modellcharakter für alle Vorbereitungsgespräche zur Bildung einer Einheitspartei in den ersten Monaten nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus.

Dabei betrieb die KPD – auf der Grundlage des Aufrufs des Zentralkomitees vom 11. Juni, in dem das kommunistische Programm für das Nachkriegsdeutschland umrissen wurde – eine Politik zur «Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien», dem – neben KPD und SPD – auch wiedererstehende bürgerlich-demokratische Parteien angehören sollten.

Die Einheitspartei – als notwendige historische Lehre aus dem nationalsozialistischen Sieg über eine politisch gesplante Arbeiterschaft – wurde zwar als langfristige Perspektive auch von der KPD gefordert, jedoch auf der Basis vorheriger Neugründung beider Arbeiterparteien.

20. Juni Da das Protokoll vom 18. Juni keinen ausdrücklichen Auflösungsbeschluß der SFG enthielt, wurde auf massiven Druck der Militärregierung, der bis zur Androhung von Verhaftungen reichte, ein Auflösungsprotokoll erstellt, in dem es hieß, daß «alle wahrhaften Gewerkschaftsführer der Meinung sind, daß die politische Betätigung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft nicht den wahren Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. . . . Die Sozialistische Freie Gewerkschaft wird daher mit sofortiger Wirkung aufgelöst.»

In den folgenden Tagen begannen die alten Gewerkschaftsfunktionäre mit der Bildung von Vorständen für zwölf Industrieverbände und einen Gesamtverband der Angestellten und freien Berufe. Als die Liste der künftigen Gewerkschafts-

vorsitzenden vollständig war, standen auf ihr nur noch Namen von Angehörigen des «Ketzerklubs». Gleiches galt für den als Dachorganisation gebildeten Verwaltungsausschuß der Hamburger Gewerkschaften, dessen Vorsitzender Spliedt wurde. 1945

Die «Beauftragten für die Gründung eines Verbandes der Angestellten» (Koberger, Kähler, Rettig, Christmann) beantragten bei Dwyer die Gründung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft als Nachfolgeorganisation für die 1933 aufgelösten Angestelltenverbände (AfA-Bund, GdA, Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften). 23. Juni

Funktionäre der ehemaligen KPD – darunter Friedrich Dettmann, der künftige Bezirksvorsitzende der KPD-Wasserkante, der aus dem Konzentrationslager Buchenwald zurückgekehrte Willi Grünert und die ehemaligen SFG-Vorstandsmitglieder Dethlefs und Tastesen – führten erste Gespräche über politische Perspektiven ihrer Partei in Hamburg. 24. Juni

Ehemalige sozialdemokratische Funktionäre sammelten sich um den letzten Hamburger SPD-Vorsitzenden der Weimarer Republik, Karl Meitmann, um künftige parteipolitische Aktivitäten zu erörtern. Auch hier bildeten ehemalige SFG-Mitglieder den Kern der Gruppe. 26. Juni

Beim ehemaligen SFG-Vorstandsmitglied Lorenz Borchers in Ochsenzoll traf sich eine Gruppe ehemaliger SPD- und KPD-Mitglieder und einigte sich auf die Bildung eines paritätisch besetzten Aktionsausschusses der beiden – noch nicht zugelassenen – Parteien. Von seiten der SPD nahmen Meitmann, Schmedemann, Willi Elsner, Paula und Carl Karpinski und Ernst Teßloff, von der KPD Tastesen und Dethlefs an der Besprechung teil. Ende Juni

Stichtag für die Umschreibung ehemaliger SFG-Mitglieder auf die neugegründeten Einzelgewerkschaften. 1. Juli

Der 1. Juli kann als Gründungsdatum der Hamburger Gewerkschaften nach der Zerschlagung des Dritten Reiches gelten.

- 1945
2. Juli Konstituierende Sitzung eines jeweils mit fünf Vertretern der ehemaligen Arbeiterparteien besetzten Aktionsausschusses zur Vorbereitung der Einheitspartei. Dem Ausschuß gehörten die Sozialdemokraten Meitmann, Schmedemann, Teßloff, Elsner und Borchers sowie die Kommunisten Dettmann, Grünert, Dethlefs, Tastesen und Johann Westphal an.
- Im Zuge der «Normalisierung» des öffentlichen Lebens wurde in Hamburg der Postverkehr wieder aufgenommen.
3. Juli Auf der Stülckenwerft im Hamburger Hafen lief der erste Neubau eines Wasserfahrzeugs nach Kriegsende, ein Schwimmkran, vom Stapel.
6. Juli Die kommunistischen Vertreter des Aktionsausschusses legten den Entwurf eines Aktionsprogramms vor, der – neben einer Reihe von Maßnahmen zur Linderung materieller Not – die langfristigen politischen Ziele einer zu schaffenden Einheitspartei umriß. Der Entwurf bildete die Diskussionsgrundlage für das später vom Aktionsausschuß gemeinsam unterzeichnete Aktionsprogramm.
14. Juli In Berlin konstituierte sich – nachdem am 26. Juni die CDU (als gemeinsame Partei beider christlicher Konfessionen) und am 5. Juli die LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) gegründet worden waren – ein Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der neben den beiden genannten auch die SPD und KPD umfaßte. Damit stand – unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz – für den Bereich der sowjetisch besetzten Zone eine Modellkonstellation bereit, die – nach Aussage des KPD-Programms vom 11. Juni – beispielgebend für die Entwicklung des gesamten Nachkriegsdeutschland sein wollte. An ihr orientierte sich auch die Politik der KPD in Hamburg.
- In Hamburg wurde – nachdem die KPD wie in Berlin die sofortige Bildung einer Einheitspartei abgelehnt hatte – von SPD-Mitgliedern ein vorläufiger – illegal arbeitender – Parteivorstand gebildet, dessen Erster und Zweiter Vorsitzender Meitmann und Schmedemann wurden. Die Organisation der SPD war bereits in zehn Stadtkreisen Hamburgs mit zu

sammen 35 Distrikten (Ortsvereinen) wieder im Aufbau. 1945

Das Umgangsverbot für britische Truppen mit der deutschen Bevölkerung wurde in der britischen Besatzungszone auch für Erwachsene aufgehoben.

In einem Brief an den noch im Londoner Exil lebenden Willi Eichler beschrieb das ehemalige SFG-Vorstandsmitglied Hellmut Kalbitzer die unter Hamburger SPD-Mitgliedern in bezug auf eine zusammen mit der KPD zu gründende «Sozialistische Partei» herrschenden Einschätzungen und Absichten: 16. Juli

- «1. Die Sozialistische Partei will alle Sozialisten umfassen. Wenn die Kommunisten ablehnen, mit den Sozialisten zusammenzutreten, so sollen *sie* das Odium auf sich laden, die Einheit der Arbeiterschaft verhindert zu haben.
2. Auch wenn es neben der Sozialistischen Partei noch eine KPD gibt, sollen beide Parteien eng und brüderlich zusammenarbeiten und [soll] es nie wieder zu den Zuständen von vor 1933 kommen. Schlagwort: wenn keine *Einheitspartei*, dann wenigstens eine Einheitsfront.»

In den Geschäftsräumen des als Verbindungsmann nach Schleswig-Holstein fungierenden Sozialdemokraten Erich Arp in der Ferdinandstraße wurde ein vorläufiges Zentralbüro der SPD eingerichtet, das einige Wochen unter dem Decknamen «Hausmakler Adolf Keilhack» bestand und im September mit Zustimmung der Militärregierung in das historische Parteihaus in der Großen Theaterstraße 44 verlegt wurde. 18. Juli

Anlässlich der Beerdigung der am 17. Juli an den Folgen der Haft im Konzentrationslager gestorbenen kommunistischen Widerstandskämpferin Magda Thürey auf dem Ohlsdorfer Friedhof kam es – vor mehreren hundert Anhängern beider Arbeiterparteien – zu einem symbolischen Handschlag zwischen Meitmann und Dettmann, die schworen, die Spaltung der Arbeiterbewegung niemals wieder aufleben zu lassen und die Sozialistische Einheitspartei zu errichten. 23. Juli

Die zehn Mitglieder des Aktionsausschusses unterzeichne- 24. Juli

1945 ten ein gemeinsames Aktionsprogramm, in dem es u. a. hieß: «Die blutige Lehre der 12jährigen Hitler-Diktatur im Inneren, des Hitler-Krieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: «Einigkeit! – Einheit! und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!»»

Die folgenden 25 Punkte des Programms setzten sich mit einer Vielzahl von Themen auseinander, an denen sich die Schwierigkeiten einer Normalisierung des täglichen Lebens ablesen ließen.

26. Juli Mitglieder der SPD, KPD, Staatspartei und des Zentrums, alles ehemalige Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft während der Weimarer Republik, boten Bürgermeister Petersen ihre Mitwirkung beim Wiederaufbau an und schlugen – als Vorläufer einer neu zu installierenden Bürgerschaft – die Bildung eines Beratungsgremiums vor.

27. Juli Im norddeutschen Raum erhielten 105 Kinos – zehn davon in Hamburg – von der britischen Militärregierung die Erlaubnis, der deutschen Zivilbevölkerung – vorher genehmigte – Filme vorzuführen.

30. Juli In Hamburg wurden von der Militärregierung 500 Telefonanschlüsse für Auswärtsgespräche freigegeben. Es meldeten sich allerdings nur 24 private Interessenten.

1. Aug. In einem weiteren Brief an Willi Eichler berichtete Kalbitzer über das Zustandekommen und die Bewertung des Aktionsprogramms aus sozialistischer Sicht: Das Programm «ist in seinen einzelnen Punkten ein ziemliches Flickwerk, wie die daran beteiligten Sozialisten auch zugeben . . . Dieses Programm wurde dann etwas in Form gebracht und so von etlichen Sozialisten gutgeheißen, nicht etwa, weil sie die 25 Punkte einzeln für gut hielten, sondern weil sich die Kommunisten hier verpflichteten, die Einheitspartei anzustreben.

Leider also ist die geforderte Einheitspartei bereits das Objekt eines taktischen Manövers, aber nur so können wir feststellen, ob es die Kommunisten mit ihren Parolen ehrlich meinen.»

Auf Schloß Cecilienhof bei Potsdam fanden gemeinsame 1945
Beratungen der «Großen Drei» (H. S. Truman, J. W. Stalin 17. Juli/
und W. Churchill [ab 28. Juli – nach dem Wahlsieg der Labour 2. Aug.
Party im Unterhaus – sein Nachfolger C. Attlee]), die Potsdamer Konferenz, statt, die am 2. August mit der Verabschiedung des «Potsdamer Abkommens» abgeschlossen wurden. Die vier Besatzungsmächte (Frankreich nahm an der Konferenz nicht teil, wurde aber im Abschlußkommunique ausdrücklich als Besatzungsmacht berücksichtigt und trat dem Abkommen am 4. August nachträglich bei) verpflichteten sich zu einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland.

Bis dahin blieb die Aufteilung in vier Besatzungszonen, zwei Gebiete unter sowjetischer bzw. polnischer Verwaltung und die Sonderregelung für Berlin bestehen.

Zwar einigte man sich auf die programmatische Zielsetzung von Demilitarisierung, Demokratisierung, Denazifizierung und Dezentralisierung und setzte zu deren Durchsetzung einen Alliierten Kontrollrat als Träger der Souveränität über das besetzte Deutschland ein, aber das ebenfalls eingeführte Veto-Prinzip, der Zwang zur Einstimmigkeit der Beschlüsse, führte zur «de-facto-Souveränität» der jeweiligen Zonenregierung bei gleichzeitiger Unmöglichkeit einer Einigung des Kontrollrates.

Die britische Militärregierung kündigte für die britische 6. Aug.
Besatzungszone die zweite Phase alliierter Besatzungspolitik an, in der sie bereit sei, die Bildung demokratischer politischer Parteien zu fördern.

Da die Militärregierung eine Genehmigung zu einer Partei-gründung nur für den jeweiligen Stadt- oder Landkreis erteilte, blieb die prinzipielle Zulassung von Parteien für Hamburg allerdings zunächst noch folgenlos.

Auf einer am 6. August stattfindenden Sitzung des Aktionsausschusses in Hamburg – auf der die Ankündigung der Militärregierung bereits bekannt war – wurde erneut die Frage der Einheitspartei erörtert.

Dabei scheiterte der Versuch der SPD-Vertreter, unter den

1945 veränderten politischen Rahmenbedingungen eine präzise Vereinbarung über den Zeitpunkt der gemeinsamen Partei-gründung zu treffen. Die KPD-Vertreter hielten an ihrer Position (Sammlung der Mitglieder in beiden Parteien, ideologi-sche Klärung, Aktionseinheit) fest und befürworteten die Einheitspartei lediglich als allgemeine Zielvorstellung ihrer Politik.

In ca. 150 Schulgebäuden begann für etwa 50 000 Kinder der Grundschulklassen der Unterricht. Da von 463 Schulen vor Kriegsbeginn 97 total zerstört und 60 schwer beschädigt waren, fand der Unterricht in zwei Schichten statt. Die Schü-ler wurden jeweils eine Woche lang nachmittags, die nächste Woche vormittags unterrichtet. Die rund 1650 Lehrer der Grundschulen erteilten den Unterricht zunächst ohne Schul-bücher, da alles vorhandene Material von der Militärregie-rung auf nationalsozialistische Inhalte überprüft wurde. Erst am 6. November wurde der Nachdruck eines – 1927 erstmals erschienenen – deutschen Lesebuchs erlaubt. Infolge des Krieges und der Entnazifizierung im Schulbereich waren die Lehrerkollegien überaltert. 70 von hundert Lehrern waren über 40 Jahre alt.

11./12. Kurt Schumacher (geb. 13. Oktober 1895, vor 1933 Reichs-
Aug. tagsabgeordneter der SPD; während des Nationalsozialismus ca. zehn Jahre lang in verschiedenen Konzentrationslagern) besuchte – im Rahmen seiner Bemühungen, von Hannover aus als Beauftragter der SPD für die westlichen Besatzungs-zonen eine überregionale Parteiorganisation aufzubauen – Hamburg. Im «Republikanischen Hof», in Hamburg-Altona, hielt er vor SPD-Funktionären ein Referat, in dem er eine prinzipiell antikommunistische Position bezog und eine Aktionseinheit ebenso ablehnte wie die Bildung einer Einheitspartei.

Da er eine wirkliche Änderung von Inhalten und Metho-den kommunistischer Politik im Vergleich zur Weimarer Re-publik bestritt, bewertete er die KPD-Politik ausschließlich als Instrument zur Durchsetzung sowjetischer Außenpolitik

bzw. als den taktischen Versuch, der SPD – über die Zusammen- 1945
 arbeit – letztlich eine kommunistische Führung aufzu-
 zwingen.

Für die Hamburger SPD, die – in lokaler Isolation – eine
 eigenständige Politik der Zusammenarbeit mit der KPD be-
 trieb, bedeutete die von nun an verstärkte Einflußnahme der
 sich in den Westzonen überregional formierenden Parteizen-
 trale eine Verunsicherung in ihrem bisherigen Kurs.

Das «Hamburger Nachrichten Blatt», das seit dem 9. Mai 13. Aug.
 von der Militärregierung – als erste Zeitung der britischen
 Zone – herausgegeben wurde, gab den Stand der «Entnazifi-
 zierung» in der öffentlichen Verwaltung Hamburgs bekannt:

	gesamte Zahl	Ver- haftete	Ent- lassene	%
Höhere Beamte:	1 480	99	200	20
Andere Beamte:	19 250	34	1 162	6
Angestellte:	22 600	17	1 198	6
Insgesamt:	43 330	150	2 560	6,4

Der vorläufige Vorstand der Hamburger SPD beantragte in 16. Aug.
 einem Schreiben an die britische Militärregierung, die SPD,
 Landesorganisation Hamburg, als antinazistische, demokra-
 tische Partei anzuerkennen und zuzulassen.

Dieser Antrag war als Reaktion auf den am 6. August nicht
 zustandegekommenen Vereinigungstermin zu verstehen.

Im Gewerkschaftshaus Nagelsweg fand – in Anwesenheit 18. Aug.
 beider Bürgermeister und von Vertretern der Militärregie-
 rung Hamburgs – die erste öffentliche Kundgebung des Ver-
 waltungsausschusses der Gewerkschaften statt.

Die Organisation der «Freien Gewerkschaften Hamburgs»
 hatte folgenden Aufbau:

1. Deutscher Baugewerkschaftsbund.

Verbandsleiter: Paul Bebert

- 1945
2. Deutscher Bekleidungs- und Textilarbeiterverband.
Verbandsleiter: Karl Karstens
 3. Freie Deutsche Eisenbahnergewerkschaft.
Verbandsleiter: Wilhelm Burmester
 4. Gesamtverband der Verkehrs- und Gemeindearbeiter.
Verbandsleiter: Adolph Kummernuß
 5. Verband des Graphischen Gewerbes.
Verbandsleiter: Max Thoma
 6. Deutscher Holzarbeiterverband.
Verbandsleiter: Franz Hellwig
 7. Deutscher Land- und Forstarbeiterverband.
Verbandsleiter: Paul Bresk
 8. Deutscher Metallarbeiterverband.
Verbandsleiter: Wilhelm Petersen
 9. Verband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten.
Verbandsleiter: Johannes Gostomski
 10. Verband der Fabrikarbeiter, Chemie, Leder und Keramik. –
Verbandsleiter: Max Behrens
 11. Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.
Verbandsleiter: Gustav Pufal
 12. Verband für die gesamte Tabakindustrie.
Verbandsleiter: Ludwig Selpien
 13. Deutsche Angestelltengewerkschaft.
Verbandsleiter: Karl Koberger

Spitzenorganisation: «Verwaltungsausschuß der Gewerkschaften Hamburgs»

Vorsitzender: Franz Spliedt

Geschäftsführer: Ernst Rathlov

Vorstandsmitglieder: Bebert, Bresk, Petersen,
Koberger, Kummernuß, Selpien

20. Aug. Die zehn Mitglieder des Aktionsausschusses in Hamburg verfaßten einen Aufruf «Sozialdemokraten! Kommunisten! Hamburgs», in dem erneut die Absichtserklärung zur Vereinigung beider Parteien enthalten war. Bis zum tatsächlichen Zusammenschluß verpflichteten sich beide Parteien zur Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln, die eine Zusammen-

führung der Mitglieder beider Parteien fördern und jede feindliche oder gehässige Handlung gegeneinander verhindern sollten. Der Aufruf wurde – mit Rücksicht auf den immer noch inoffiziellen Status der Parteien – nicht veröffentlicht. 1945

14 der bis dahin 19 Bezirke erteilten Schumacher das Mandat, eine überregionale Konferenz der SPD und damit den Parteaufbau in den westlichen Besatzungszonen leitend vorzubereiten. Damit erhielt das «Büro Dr. Schumacher» in Hannover – in Konkurrenz zum Zentralaussschuß der SPD in Berlin – entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung einer neu zu schaffenden Parteizentrale.

Willi Eichler besuchte als Vertreter der «Union deutscher sozialistischer Organisationen in England» Hamburg. Er betonte die Vorrangigkeit des Aufbaus einer eigenständigen sozialistischen Partei und bezweifelte – angesichts der historischen Erfahrungen mit der KPD – die Möglichkeit einer Einheitspartei. 27. Aug.

Schumacher schickte «Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren» an die SPD-Bezirke, in denen er u. a. das künftige Verhältnis zur KPD auf die Bereiche sozialer Zusammenarbeit und gemeinsamer Bekämpfung des Faschismus beschränkte, die KPD ansonsten jedoch für politisch obsolet hielt. 28. Aug.

In einem Begleitschreiben wurden die Bezirksorganisationen zum 5./7. Oktober zu «einer Art Reichskonferenz» nach Hannover geladen. Einladungen hierzu gingen auch an den Zentralaussschuß der SPD in Berlin und an die Mitglieder des Parteivorstandes im Londoner Exil.

Die britische Militärregierung ließ in Hamburg – gekoppelt an eine Reihe von Bedingungen – Gewerkschaften zu. Die Gewerkschaften sollten unpolitisch sein und die Angehörigen der einzelnen Berufszweige in Fragen der Lohngestaltung, der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes und der Berufsausbildung vertreten. Angesichts der Lohnstoppperordnung, die die Löhne auf den Stand 30. Aug.

1945 des 8. Mai 1945 festschrieb, war dies jedoch unmöglich.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in Hamburg ungefähr 40 000 Gewerkschaftsmitglieder. 1933 waren ca. 200 000 Personen gewerkschaftlich organisiert gewesen.

Ende Die Hamburger SPD umfaßte – unter der Prämisse, daß
Aug. Parteiwerbung bisher nur durch Flüsterpropaganda erfolgen konnte – ca. 10 000 Mitglieder, – ungefähr ein Sechstel der Mitgliederzahl von Januar 1932.

Anfang Gerichtet «An Mitglieder und Funktionäre der Sozialde-
Sept. mokratischen Partei», traf – auch in Hamburg – ein Schreiben des Londoner Exilvorstandes der SPD ein, in dem der Aufbau einer neuen sozialdemokratischen Partei propagiert und der Bildung einer Einheitspartei auf Anregung der Kommunisten auf lokaler oder regionaler Ebene eine Absage erteilt wurde.

5. Sept. Otto Brenner für die ehemalige SAP und Willi Eichler für den ISK vereinbarten mit Schumacher die Aufnahme dieser Gruppen in die SPD.

6. Sept. In einem symbolischen Akt entfernte der Verbandsleiter des Baugewerkschaftsbundes in Hamburg, Bebert, das Emblem der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) vom Hamburger Gewerkschaftshaus am Besenbindehof.

Wenig später zogen die Gewerkschaften wieder in das beschädigte, aber noch benutzbare Gebäude um.

9. Sept. In Hamburg fand das erste Leichtathletiksportfest nach Kriegsende statt.

14. Sept. Der Vorsitzende des Zentralaussschusses, Otto Grotewohl, hielt in Berlin-Neukölln vor SPD-Funktionären ein Referat «Wo stehen wir, wohin gehen wir?», welches – als Gegenpol zu den «Politischen Richtlinien» Schumachers – für die SPD in der sowjetischen Besatzungszone programmatische Bedeutung hatte. Grotewohl sprach sich für die Zielsetzung einer organisatorischen Vereinigung der Arbeiterbewegung in einer sozialistischen Gesellschaft aus.

15. Sept. Die britische Militärregierung gestattete – nach der prinzi-

piellen Ankündigung vom 6. August – in der von ihr besetzten Zone die Bildung politischer Parteien und die Abhaltung politischer Versammlungen. 1945

Die zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreichen Formationen der Parteien konnten von jetzt an – in den einzelnen Kreisen – ihre offizielle Anerkennung betreiben.

In Hamburg legte die KPD der SPD den «Entwurf einer Diskussionsgrundlage zur Erzielung der ideologischen Klarheit in KP und SP» vor, in dem sie in acht Richtlinien ihre Auffassung zu den Voraussetzungen einer Vereinigung beider Parteien darlegte. Mitte Sept.

Dabei mußten insbesondere zwei Punkte auf die SPD provokativ wirken: Die Mitglieder einer Einheitspartei hätten «für die Anerkennung der Sowjetunion als Bollwerk des Sozialismus» einzutreten, wobei «die objektive Darstellung der Vorgänge in der Sowjetunion vor den Werktätigen in Deutschland... Verständnis für das russische Brudervolk und die Freundschaft zu den Lehren seiner Staatslenker» zu wecken habe.

Als innerparteiliche Organisationsgrundlage habe das Prinzip des demokratischen Zentralismus zu gelten.

In einem Brief an den SPD-Vorstand bezog Dettmann – namens des Bezirksvorstandes der KPD Wasserkante – ähnliche Positionen und forderte die SPD zur Stellungnahme zwecks ideologischer Klärung auf. 19. Sept.

Das «Hamburgische Gesetz- und Verordnungsblatt» – das zuletzt am 31. März 1945 erschienen war – druckte die ersten Erlasse Bürgermeister Petersens.

Als Reaktion auf die Erklärung der britischen Militärregierung vom 15. September stellte der provisorische Vorstand der Hamburger SPD für das Kreisgebiet Hamburg erneut einen Antrag auf Genehmigung der Parteigründung. 20. Sept.

In Hamburg konstituierte sich – bestehend vor allem aus Anhängern der ehemaligen Deutschen Demokratische Partei (DDP) – die «Partei Freier Demokraten», die sich später in «Freie Demokratische Partei» (FDP) umbenannte.

- 1945
21. Sept. Auf Initiative Bürgermeister Petersens fand in Bad Nenn-
dorf eine erste Zusammenkunft der «Chefs der Länder» der
britischen Zone statt, um über die Koordinierung des Wie-
deraufbaus zu beraten.
22. Sept. Als erstes Oberlandesgericht in der britischen Besatzungs-
zone nahm in Hamburg das Hanseatische Oberlandesgericht
seine Tätigkeit wieder auf.
24. Sept. In Hamburg wurde zum erstenmal nach Kriegsende eine
Berufsboxveranstaltung durchgeführt.
- Ende Die industrielle Produktion in der britischen Besatzungs-
Sept. zone betrug im September etwa 14,6% des Monatsdurch-
schnitts von 1936. Bis Dezember 1945 stieg sie auf 22,4% an.
In Hamburger Industriebetrieben arbeiteten rund 100 000
Arbeiter. Im Juli 1938 waren 399 289 Menschen in 25 569 Be-
trieben beschäftigt gewesen.
- Anfang Auf der Strecke nach Hannover und Göttingen wurde von
Okt. Hamburg aus der D-Zugverkehr wiederaufgenommen.
1. Okt. Unter dem Namen «Christlich-Demokratische Partei»
(CDP) gründeten ehemalige Angehörige der bürgerlichen
Rechten, die in der Weimarer Republik der Deutschnationa-
len Volkspartei (DNVP), der Deutschen Volkspartei (DVP)
und dem Zentrum nahegestanden hatten, eine weitere Partei,
die ihre Anhänger primär unter den Honoratioren der han-
seatischen Kaufmannschaft fand. Nicht weniger als ein Vier-
tel der ersten tausend Mitglieder, 254, gaben an, der NSDAP
angehört zu haben. Die Partei wurde in der Folge in «Christ-
lich-Demokratische Union» (CDU) umbenannt.
Im Auftrag des SPD-Vorstands beantwortete Meitmann
den «Entwurf» der KPD. Ohne in die inhaltliche Ausein-
andersetzung über die im «Entwurf» skizzierten Positionen ein-
zutreten, betonte er die Priorität eines eigenständigen Partei-
aufbaus von SPD und KPD – als Konsequenz der bisherigen
Weigerung der KPD, der sofortigen organisatorischen Ver-
einigung beider Parteien zuzustimmen.
10. Sept./ In London endete die erste Konferenz des in Potsdam initi-
2. Okt. ierten «Rates der Außenminister» ohne Ergebnis. Der Aus-

gang der Konferenz signalisierte die Unvereinbarkeit der alli- 1945
ierten Interessen in bezug auf die Gestaltung Nachkriegs-
deutschlands.

In Wennigsen bei Hannover fand die erste überregionale 5./7. Okt.
Parteiokonferenz der SPD nach Kriegsende statt.

Neben allen Bezirken der Westzonen nahmen Vertreter des
Berliner Zentralaussschusses (Grotewohl, Max Fechner, Gu-
stav Dahrendorf) und des Londoner Exilvorstandes (Erich
Ollenhauer, Friedrich Heine, Erwin Schoettle) teil. Die De-
legierten der Westzonen erkannten Schumacher als ihren
Sprecher an und übernahmen seine ablehnende Haltung ge-
genüber einer Verschmelzung von SPD und KPD.

Als Vertreter des Hamburger Vorstandes versuchte Meit-
mann, der Position einer Vereinheitlichung der Arbeiterbe-
wegung bis hin zur Einheitspartei Geltung zu verschaffen,
blieb jedoch weitgehend isoliert.

Damit wurde die Politik der Aufrechterhaltung bzw. des
Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD in
Hamburg tendenziell unhaltbar. Von nun an vollzog sich eine
allmähliche Annäherung an die Position der Parteizentrale in
Hannover.

Praktisch äußerte sich dieser Positionswechsel im Rollen-
tausch von SPD und KPD: Hatte bisher die KPD die Vereini-
gung beider Parteien verzögert und den getrennten Parteauf-
bau propagiert, so lehnte künftig die SPD – unter stetem Hin-
weis auf die frühere KPD-Position – die Vereinheitlichung ab
und ließ auch die bislang praktizierte Zusammenarbeit im
Aktionsausschuß einschlafen.

Der Aktionsausschuß von KPD und SPD traf sich in Ham- 13. Okt.
burg zu seiner letzten gemeinsamen Sitzung.

Obwohl keine formelle Auflösung erfolgte, erschienen die
SPD-Vertreter von nun an nicht mehr zu den von der KPD
vorgeschlagenen Terminen und unternahmen von sich aus
keine weiteren Anstrengungen zu gemeinsamer Arbeit.

In der britischen Besatzungszone enthielten die täglichen 20. Okt.
Lebensmittelrationen ca. 1500 Kalorien.

- 1945 Ungefähr vom 20. Oktober an wurden ca. 60 % der Hamburger Haushalte – in beschränktem Umfang – an jedem zweiten oder dritten Tag wieder mit Gas versorgt.
21. Okt. Im «Kaiserhof» in Altona und in den «Mühlenkamp-Lichtspielen» fanden die beiden ersten einer Reihe öffentlicher Versammlungen der KPD in den einzelnen Hamburger Stadtteilen statt.
28. Okt. Auf der «Ersten Stadt-Delegierten-Konferenz der KPD Hamburg» wurde die Bildung von Aktionsausschüssen auf Betriebsebene beschlossen. Mit Hilfe des so hervorgerufenen «Basisdrucks» hoffte man, die stagnierenden Vereinigungsgespräche mit der SPD voranzutreiben.
- Anhänger der SPD hielten in Hamburg die erste öffentliche Parteiversammlung seit 1933 ab.
29. Okt. Im Hamburger Rathaus tagte die erste förmliche Konferenz der Länderchefs der britischen Zone und setzte die Beratungen vom 21. September fort.
1. Nov. Um den ausgedehnten Schwarzmarkt zu kontrollieren und Benzin einzusparen, erließ die britische Militärregierung für ihre Besatzungszone eine Bestimmung, wonach sich kein Privatfahrzeug ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung mehr als 80 Kilometer von seinem – im Fahrtenbuch eingetragenen – Standort entfernen durfte. Für die Zeit zwischen sonnabends 18.00 Uhr und montags 6.00 Uhr wurde für alle motorisierten Fahrzeuge ohne Sondergenehmigung ein generelles Fahrverbot erlassen.
28. Okt./ 4. Nov. Das «Komitee ehemaliger politischer Gefangener Hamburgs», das seit Juli 1945 in der Maria-Louisen-Straße – als halboffizieller Erkennungsdienst ehemaliger Häftlinge – Anträge auf Anerkennung als politischer Gefangener bearbeitete, veranstaltete eine Gedenkwoche für die Opfer des Nationalsozialismus. In der Musikhalle und im Ernst-Drucker-Theater wurden Gedenkstunden abgehalten.
- Den Abschluß der Woche bildete am 4. November eine von 15 000 Teilnehmern besuchte Massenkundgebung auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Anlässlich der Enthüllung der Urne

eines unbekanntem KZ-Häftlings hielten Vertreter aller vier 1945
bis dahin konstituierten Parteien Gedenkreden.

In Österreich fanden Parlamentswahlen statt. Dabei er-
hielt die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) 76, die Kom-
unistische Partei 4 Sitze.

Da das Ergebnis als Test für kommende Wahlen in den Be-
satzungszonen Deutschlands gewertet wurde, bot es Hin-
weise auf den Rückhalt der Arbeiterparteien in der Bevölke-
rung: Wurde unmittelbar nach Kriegsende noch von einem
ungefähr gleich großen Anhängerpotential beider Parteien
ausgegangen, so sank in der Folge das Ansehen der KPD
durch die zunehmende Gleichsetzung ihrer Politik mit der
Propagierung bzw. – in der sowjetischen Besatzungszone –
mit der Ausführung der Befehle der sowjetischen Militärre-
gierung.

Um – angesichts schwindender politischer Glaubwür-
digkeit – bei kommenden Wahlen nicht auch den demokra-
tisch legitimierten politischen Einfluß zu gefährden, betrieb
die KPD jetzt – vor allem in der sowjetischen Besatzungs-
zone – verstärkt eine Kampagne zur Bildung der Einheits-
partei.

Die Hamburger Universität nahm ihren Vorlesungsbetrieb 8. Nov.
wieder auf. Von ca. 10 000 Bewerbern waren 3000 zum Stu-
dium zugelassen worden. Rektor wurde der Anglist Profes-
sor Dr. Emil Wolff.

In der Musikhalle hielt die Hamburger SPD zum Geden- 9. Nov.
ken an die deutsche Revolution 1918 eine Feierstunde ab, zu
der sich 2000 Mitglieder einfanden.

In einem Brief an den SPD-Vorstand lud die KPD in Ham- 14. Nov.
burg zu einer Aktionsausschußsitzung am 19./20. November
ein, um über die Aufstellung von Einheitslisten beider Par-
teien bei kommenden Bürgerschaftswahlen zu verhandeln.
Die SPD ließ das Schreiben über den vorgeschlagenen Termin
hinaus unbeantwortet.

Das «Komitee ehemaliger politischer Gefangener Ham- 20. Nov.
burgs» übergab Bürgermeister Petersen ein Memorandum, in

1945 dem es die «Überschwemmung der hamburgischen Justiz mit ehemaligen Pg» (Parteigenossen der NSDAP) beklagte.

21. Nov. Am Nachmittag wurden die Vorsitzenden der vier in Hamburg bestehenden Parteien vom Befehlshaber der Militärregierung von der Genehmigung ihrer Parteien unterrichtet.

Es waren dies die

- a) Christlich-Demokratische Partei, geleitet von Franz Beyrich (geb. 10. Februar 1887), von 1920 bis 1933 Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkschaftsbundes und von 1929 bis 1933 Mitglied der Zentrumsfraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Beyrich wurde von 1946 bis 1953 erneut Bürgerschaftsmitglied und zeitweilig Bürgerschafts-Vizepräsident.
- b) Partei Freier Demokraten, geleitet von Christian Koch (geb. 10. Mai 1878), von 1931 bis 1933 Präsident des Strafvollzuges der Länder Hamburg, Bremen, Lübeck, Braunschweig und Oldenburg und zum Zeitpunkt der Parteienzulassung Mitglied des Senats. Koch war in der Folge von 1946 bis 1950 Senatsmitglied und Zweiter Bürgermeister Hamburgs.
- c) Kommunistische Partei Deutschlands, geleitet von Friedrich Dettmann (geb. 15. Juli 1897), von 1924 bis 1933 Mitglied der Bezirksleitung der KPD Wasserkante und der Hamburger Bürgerschaft. Dettmann war im November 1945 ebenfalls Senatsmitglied, wurde später bis 1948 Gesundheitssenator und blieb danach bis 1951 Bürgerschaftsmitglied.
- d) Sozialdemokratische Partei Deutschlands, geleitet von Karl Meitmann (geb. 20. März 1891), von 1926 bis 1928 Parteisekretär der SPD in Hamburg, von 1928 bis 1933 Hamburger SPD-Vorsitzender, von 1931 bis 1933 Bürgerschaftsmitglied. Meitmann gehörte der Bürgerschaft von 1946 bis 1949 erneut an und ging nach den ersten Bundestagswahlen als Abgeordneter nach Bonn.

29. Nov. Der Verwaltungsausschuß der Gewerkschaften in Hamburg teilte der KPD in einem Schreiben mit, daß man aus

- Gründen «parteilichter Neutralität» die Einladung zum bevorstehenden Bezirksparteitag der KPD Wasserkante nicht annehmen könne. 1945
- In der britischen Besatzungszone wurde die deutsche Polizei teilweise wieder bewaffnet. Anfang Dez.
- In der Emilie-Wüstenfeld-Schule tagte die Parteiarbeiterkonferenz des KPD-Bezirks Wasserkante. Neben den Parteifunktionären nahmen auch Vertreter der SPD und der Militärregierung als Gäste teil. Vor ihnen erläuterte der Bezirksvorsitzende Dettmann den seit Ende Juni propagierten Kurs der »antifaschistisch-demokratischen Ordnung.« 1./2. Dez.
- Im Gegensatz zur Position des Zentralkomitees in Berlin, die zu diesem Zeitpunkt die baldige Realisierung der Einheitspartei beinhaltete, sprach sich Dettmann für die Verwirklichung der Aktionseinheit mit allen antifaschistischen Parteien aus.
- Nach dem Vorgespräch am 5. September vereinbarten in London die SPD, die Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP), der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) und die Gruppe »Neu Beginnen« ihren Zusammenschluß zu einer »einheitlichen Parteiorganisation«. 2. Dez.
- Die Volkshochschule in Hamburg nahm ihre Arbeit wieder auf. 4. Dez.
- Um den kriegsbedingten Unterrichtsausfall auszugleichen, wurde in Hamburg die Schulpflicht für alle Schüler, die Ostern 1946 entlassen worden wären, um ein Jahr verlängert. Inzwischen wurden an Hamburger Volksschulen 80 000, in den Höheren Schulen – die am 2. Oktober den Unterricht wiederaufgenommen hatten – 15 000 und an den Berufsschulen 30 000 Schüler unterrichtet. 17. Dez.
- Im Parteihaus der SPD in Berlin wurde eine »Gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralaussschusses der SPD mit den Vertretern der Bezirke« abgehalten. 20./21. Dez.
- Die – aufgrund ihrer Zusammensetzung aus jeweils 30 Delegierten – als »Sechziger-Konferenz« bezeichnete Versamm-

1945 lung beschloß, über eine verstärkte Aktionseinheit die Verschmelzung beider Parteien herbeizuführen.

Zwar kritisierte Grotewohl die bevorzugte Behandlung der KPD ebenso wie Repressionen gegen die SPD in der sowjetischen Besatzungszone und knüpfte eine Parteienverschmelzung an die Beschlüsse noch zu schaffender einheitlicher Reichsorganisationen beider Parteien, bekräftigte aber zugleich den Willen der SPD zur Einheitspartei.

16./ 26. Dez. In Moskau tagte die zweite Konferenz des «Rates der Außenminister», auf der – an der Frage der Demontage- und Enteignungspolitik der sowjetischen Regierung in der von ihr besetzten Zone – der latente Interessengegensatz zwischen den Westalliierten und der UdSSR offen ausgetragen wurde.

27. Dez. Im Auftrag einer Funktionärsversammlung der Hamburger SPD, die am 20. Dezember getagt hatte, verfaßte Meitmann ein Schreiben an die KPD, in dem die Forderung nach engerer Zusammenarbeit erhoben wurde. Unter Hinweis auf das Aktionsprogramm und den Aufruf vom 20. August wiederholte Meitmann den Wunsch nach Vereinheitlichung. Dabei machte er drei Forderungen der SPD zur Bedingung, die auf die herbeizuführende Sozialisierung der deutschen Wirtschaft zielten. Da die KPD bisher auf jegliche sozialistische Programmatik für die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands verzichtet habe, eine Übereinstimmung im politischen Handeln beider Parteien für eine Vereinigung aber unabdingbar sei, forderte er die Bezirksleitung der KPD zur Stellungnahme auf.

Dieser Brief schien die Fortsetzung der Vereinigungsbestrebungen anzudeuten, dürfte jedoch – bezogen auf die Entwicklung der SPD in den Westzonen – kaum noch mehrheitsfähig gewesen sein.

30. Dez. In Hamburg wertete eine Parteiarbeiterkonferenz der KPD die «Sechziger-Konferenz» aus und beschloß auch für Hamburg die Verwirklichung des Berliner Kurses.

Mit ihrem Einschwenken auf den Kurs der Einheitspartei

revidierte die KPD ihre noch am 1./2. Dezember auf dem Bezirksparteitag bezogene Position. 1945

In der britischen Besatzungszone waren über 53 000 deutsche Staatsangehörige in acht zivilen Internierungslagern – als mutmaßliche Kriegsverbrecher bzw. ehemalige Funktionäre der NSDAP – inhaftiert.

Die Ankündigung der britischen Militärregierung, die tägliche Lebensmittelration von inzwischen nur noch 1250 auf 1500 Kalorien erhöhen zu wollen, erwies sich als undurchführbar. Demgegenüber wurde der tatsächliche tägliche Kalorienbedarf für den Normalverbraucher mit 2800 Kalorien angegeben. Ende Dez.

Die 13 Gewerkschaftsverbände in Hamburg hatten 105 555 Mitglieder, wobei der Gesamtverband der Verkehrs- und Gemeindearbeiter mit 25 971 und der Deutsche Metallarbeiterverband mit 22 055 Mitgliedern die stärksten Einzelverbände stellten.

Die Landesorganisation der Hamburger SPD gliederte sich in 10 Kreise, 50 Distrikte und 318 Bezirke und umfaßte ungefähr 12 000 Mitglieder. Der Mitgliederstand der KPD in Hamburg bewegte sich ungefähr um die gleiche Zahl.

Immer noch lebten Hunderttausende Hamburger bzw. Flüchtlinge in Notunterkünften. 42 000 von ihnen waren in Wellblech-Wohnbaracken aus britischen Heeresbeständen – sogenannten Nissen-Hütten – untergebracht.

Die KPD beantwortete das Schreiben Meitmanns vom 27. Dezember 1945. Neben dem Eingehen auf die drei SPD-Forderungen und der Rechtfertigung bisheriger KPD-Politik enthielt der Brief Vorschläge zur Gestaltung des Verhältnisses beider Parteien. 1946 3. Jan.

In Hannover erklärte eine Funktionärskonferenz der SPD die Absprachen der «Sechziger-Konferenz» – unter Hinweis auf die erst noch zu schaffende organisatorische Einheit der SPD – im Bereich der Westzonen für nicht bindend. In einem Exkurs über die «Schuldfrage» der Arbeiterbewegung am 3./4. Jan.

- 1946 Sieg des Nationalsozialismus wurde der KPD – in ihrer Bekämpfung parlamentarischer Demokratie vor 1933 – eine historische Schuld zugewiesen, während eine solche bezogen auf die SPD verneint wurde.
17. Jan. Das «Hamburger Nachrichten Blatt» gab die Zahl der Entlassungen von Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst in Hamburg mit 8893 an. Von 27713 Bewerbungen seien 546 abgelehnt worden.
- 26./ 27. Jan. Im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof hielt die SPD-Landesorganisation Hamburg ihren ersten Parteitag seit 13 Jahren ab. Der provisorische Vorstand wurde durch Wahlen bestätigt: Meitmann wurde Erster, Schmedemann Zweiter Vorsitzender. Seine politische Bedeutung erhielt der Parteitag durch die Teilnahme Schumachers, der am 27. Januar das Hauptreferat hielt. Er lehnte eine Zusammenarbeit bzw. Vereinigung mit der KPD erneut ab und sagte – beziehend auf die Beschlüsse der «Sechziger-Konferenz»: «Das, was jetzt aus dem Osten als Wille zur Vereinigung zu uns herüberstrahlt, ist kein Wille zur Vereinigung, sondern ein außerordentlich brutaler Versuch der Eroberung der Sozialdemokratischen Partei durch die kommunistische Führung. Es ist auch hier wieder das dauernde Bemühen, der demokratischen Anhängerschaft eine andere Führung zu geben. ...»
27. Jan. Bei den ersten Gemeinderatswahlen in einer der Westzonen erhielt die CDU in der amerikanischen Zone 37,9 %, die SPD 25,1 % und die KPD 3,5 % der Stimmen. Das Ergebnis diente Schumacher in seinem Hamburger Referat zur Bestätigung der These, die SPD erhalte als eigenständige Partei mehr Stimmen als nach einer Vereinigung mit der KPD, da sich diese historisch überlebt habe.
31. Jan. Eine Hauptaufgabe der rund 5000 uniformierten Polizisten Hamburgs bestand zu dieser Zeit in der Schwarzmarktbekämpfung: 600 Beamte führten in der Talstraße, am Eppendorfer Park und am Schulterblatt Großrazzien durch.
- Die «Neue Hamburger Presse» meldete als Resultat einer Woche: 250 000 Reichsmark beschlagnahmt, 9 Schwarzbren-

nerien ausgehoben, Festnahme einer «Schwarzschlächter- 1946
bande», Sicherstellung von 34 000 Zigaretten, 200 Zentnern
Zucker, 111 Damenmänteln, 4000 Litern Benzin, 400 Fla-
schen Schnaps, 25 Zentnern Butter, 2100 Fischkonserven,
1000 Kilogramm Brot und Marken zum Bezug von 500 Kilo-
gramm Fleisch.

In Ausführung der Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12. 3. Febr.
Januar gab die britische Militärregierung die Einrichtung
deutscher Ausschüsse bekannt, die zur Entnazifizierung von
Verwaltung, Industrie und Berufsleben eingesetzt werden
und – durch ihre Kenntnis der örtlichen Verhältnisse – die
Glaubwürdigkeit der von den Überprüften gemachten Anga-
ben kontrollieren sollten.

Die Militärregierung erteilte – anlässlich des Besuches von 7. Febr.
Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes unter Leitung von
Sir Walter Citrine in Hamburg – die Lizenz zur Herausgabe
einer «Gewerkschafts-Zeitung».

Die Zeitung – mit der Lizenznummer 4 eine der ersten in
der britischen Besatzungszone – wurde monatlich in einer
Auflage von 50000 Exemplaren (für die gesamte Zone) ge-
druckt. Noch im Februar erschien die erste Ausgabe.

Auf einer Zusammenkunft in Braunschweig wurde Schu- 8. Febr.
macher von Grotewohl und Dahrendorf über den Entwick-
lungsstand der Einheitspartei in der sowjetischen Besat-
zungszone informiert. Die Vertreter des Zentralausschusses
erklärten, daß die Entwicklung zur Einheitspartei «nicht
mehr unter ihrem Einfluß» stehe, da einzelne SPD-Bezirke –
unabhängig von ihrer Zustimmung – in jedem Fall eine Ver-
einigung vollziehen würden. Schumachers Vorschlag, die
SPD in der sowjetischen Besatzungszone unter Protest auf-
zulösen, lehnte Grotewohl unter Hinweis auf die Verantwor-
tung gegenüber den SPD-Mitgliedern ab und kündigte seine
Mitarbeit in der Einheitspartei an, um so den sozialdemokra-
tischen Einfluß zu sichern.

Bei dieser Gelegenheit teilte Dahrendorf den Entschluß
mit, sich vom Zentralausschuß trennen und in der britischen

- 1946 Besatzungszone bleiben zu wollen, da er die freiwillige Entstehung einer – ursprünglich von ihm befürworteten – sozialistischen Einheitspartei – angesichts des von der sowjetischen Militärregierung auf die SPD ausgeübten Druckes – für gescheitert halte. Mitte Februar traf Dahrendorf in Hamburg ein.
- 9./ 11. Febr. Für den Bereich der sowjetischen Besatzungszone wurde der «Freie Deutsche Gewerkschaftsbund» (FDGB) gegründet. Dem Vorstand gehörten 19 Kommunisten, 18 Sozialdemokraten, vier Christdemokraten und vier Parteilose an.
- 10./ 11. Febr. In Berlin beschloß der Zentralaussschuß der SPD die sofortige Einberufung eines Parteitages für die sowjetische Besatzungszone, um die Mitglieder über die Frage der Einheitspartei entscheiden zu lassen.
- Der Beschluß kam unter dem Eindruck der Ankündigung mehrerer Landesvorsitzender zustande, sie würden die Vereinigung – bei Ablehnung durch den Zentralaussschuß – auf Länderbasis vollziehen.
15. Febr. In Hamburg konstituierte sich – als Konsequenz der bisherigen Zusammenkünfte der Länderchefs – der Zonenbeirat. Die Aufgabe der ihm angehörenden Politiker, Gewerkschafter und Verwaltungsbeamten aus den Ländern der britischen Besatzungszone bestand in der Beratung der Militärregierung «auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens».
- Militärgouverneur Armytage teilte Bürgermeister Petersen seine Absicht mit, die – von ihm ernannte – Bürgerschaft in Kürze einzuberufen, und bat um Mithilfe bei der Erstellung der Sitzordnung.
16. Febr. Die «Neue Hamburger Presse» meldete die Ernennung von Luftmarschall Douglas zum Militärgouverneur der britischen Besatzungszone. Douglas trat damit die Nachfolge von Montgomery an.
21. Febr. Als erste – parteiunabhängige – Wochenzeitung erschien in Hamburg «Die Zeit».
25. Febr. In einer Vorbesprechung zur Bürgerschaftseröffnung wurde der stellvertretende Bürgermeister Schönfelder als Bürgerschaftspräsident vorgeschlagen.

Um 11.30 Uhr wurde die ernannte Hamburger Bürger- 1946
schaft vom Militärgouverneur des VIII. britischen Militärdi- 27. Febr.
strikts, Sir Evelyn Barker, und dem letzten Präsidenten der
Bürgerschaft vor der Machtübergabe an die Nationalsoziali-
sten, Professor Dr. Herbert Ruscheweyh, der zu dieser Zeit
Oberlandesgerichtspräsident Hamburgs war, eröffnet.

Ihre 81 Mitglieder, die die Militärregierung auf Vorschlag
einer Reihe von Organisationen ernannte, setzten sich aus 23
Parteilosen, 20 Sozialdemokraten, 16 Gewerkschaftlern, je-
weils acht Kommunisten und Freidemokraten, fünf Christ-
demokraten und einem Mitglied der Niedersächsischen
Landespartei zusammen. Dabei waren die 13 Senatsmitglie-
der zugleich Mitglied der Bürgerschaft. Es waren dies:

Bürgermeister Petersen, Hauptverwaltung (parteilos)
Bürgermeister Schönfelder, Wohnungsamt (SPD)
Otto Borgner, Landeswirtschafts- und
Landesernährungsamt (SPD)
Dr. Walter Dudek, Kämmerer (SPD)
Heinrich Eisenbarth, Landesjugendamt (SPD)
Heinrich Landahl, Schulverwaltung (SPD)
Dr. Paul Nevermann, Sozialverwaltung (SPD)
Max Ketels, Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe
(CDU)
Dr. Ascan Klée Gobert, Kulturverwaltung (CDU)
Friedrich Dettmann, Gesundheitsverwaltung (KPD)
Franz Heitgres, Amt für Wiedergutmachung und
Flüchtlingshilfe (KPD)
Dr. Gerd Bucorius, Bauverwaltung (parteilos)
Christian Koch, Verkehrsamt (FDP).

Alle vier Parteien brachten in Hamburg ihren Protest ge- Anfang
gen die Herabsetzung der Brotrationen in einer gemeinsamen März
Demonstration zum Ausdruck.

Bürgermeister Petersen legte einen – von der Militärregie- 4. März
rung genehmigten – Verfassungsentwurf für Hamburg vor,
der eine auf drei Jahre zu wählende, 81 Mitglieder umfas-
sende Bürgerschaft vorsah.

- 1946 In Hamburg fand die erste Sitzung des Zonenbeirats für die britische Besatzungszone statt. An ihr nahmen 29 Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Verwaltung – darunter Schumacher und Konrad Adenauer, der seit Anfang März 1946 Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone war, – teil.
6. März
8. März Auf der zweiten Sitzung der Bürgerschaft wurde Schönfelder zum Bürgerschaftspräsidenten gewählt.
9. März Die Militärregierung der britischen Besatzungszone erklärte ihre prinzipielle Bereitschaft zur Zulassung von Konsumgenossenschaften, die der Erzeugung bzw. dem Verkauf von Waren dienen. Bereits am 12. März erging ein Aufruf des von der Militärregierung ernannten Generaldirektors der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften mbH (GEG), Henry Everling, zur Neugründung von Genossenschaften.
10. März Vor 2500 Funktionären der SPD-Landesorganisation Hamburg sprach Dahrendorf auf einer – als Reaktion auf die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone einberufenen – Konferenz in der «Flora» zum Thema «Zwangsvereinigung ist keine Einheit». Das Referat faßte Dahrendorfs Erfahrungen mit der sowjetischen Militärregierung und der KPD während seiner Mitarbeit im Berliner Zentrallausschuß der SPD zusammen.
- Unter dem Eindruck des Referats nahmen die Funktionäre einstimmig eine Entschließung an, in der der Zusammenarbeit mit der KPD eine scharfe Absage erteilt wurde.
- Angesichts dieser Entwicklung blieb der Versuch der Hamburger KPD, der SPD am 17. März ein neuerliches Vereinigungsangebot zu unterbreiten, erfolglos. Es wurde nicht beantwortet.
11. März Die britische Militärregierung setzte einen «Deutschen Wirtschaftsrat» ein. Dieser hatte die Aufgabe, die Besatzungsmacht in allen Wirtschaftsfragen zu beraten und zu unterstützen. Chefsekretär wurde Dr. Viktor Agartz, zu dieser Zeit Hauptreferent der SPD in Wirtschaftsfragen.

Die Hamburger Bürgerschaft hielt ihre erste Arbeitssitzung ab. Dabei wurde ein sozialdemokratischer Antrag, zur Ermittlung der Nazikorruption in Hamburg einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, von der KPD unterstützt, von Petersen aber abgelehnt. Dieser hielt der Forderung nach einer Säuberung der Hamburger Verwaltung entgegen, den von ihm berufenen Verwaltungsfachleuten gehe es ausschließlich um die «Erledigung sachlicher Arbeiten».

1946
12. März

In Hannover tagte die erste Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone. Auf der Tagesordnung stand der Neuaufbau der Gewerkschaften, wobei die 74 Teilnehmer in der Frage der Organisationsform keine Einigung erzielten.

12./
14. März

Auf Anordnung der britischen Militärregierung wurden alle Studenten auf ihre Zugehörigkeit zur NSDAP bzw. zu deren Unterorganisationen überprüft. Ehemalige aktive Mitglieder der NSDAP, HJ und des BDM wurden künftig vom Studium ausgeschlossen.

16. März

Gegen 14 Angehörige der Wachmannschaften und des Stabes des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme begann in Hamburg der Prozeß vor einem britischen Militärgericht im Curio-Haus. Das Urteil, das am 7. Mai erging, lautete für elf Angeklagte auf Tod durch Erhängen. Die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von 20, 15 und 10 Jahren verurteilt. Die Todesurteile wurden am 8. Oktober vollstreckt.

18. März

Trotz der gespannten Atmosphäre zwischen SPD und KPD versuchten einige Unterzeichner der gemeinsamen Proklamationen vom Juli/August 1945 in Hamburg, den Kontakt zwischen den Parteien aufrechtzuerhalten. Bei einem Treffen zwischen Tastesen, Elsner, Teßloff und Paul Bergmann wurde vereinbart, kontinuierlich informelle Zusammenkünfte abzuhalten und Material auszutauschen. Darüber hinaus wurden neun SPD-Mitglieder als Teilnehmer für den am 20./21. April bevorstehenden Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in Berlin gewonnen, wobei vereinbart wurde, SPD-Mitglieder, die aufgrund ihres Eintretens für die Einheitspartei aus der SPD ausgeschlossen würden, in die KPD aufzunehmen.

26. März

1946 Die britische Militärregierung erteilte Lizenzen für vier
27. März Hamburger Tageszeitungen, wobei deren Erscheinen – in-
folge der Papierknappheit – vorerst nur zweimal wöchentlich
möglich war. Die Zeitungen dienten den vier Parteien CDU,
FDP, KPD und SPD als Sprachrohr, wobei die «Hamburger
Allgemeine Zeitung» (HAZ) für die CDU, die «Hamburger
Freie Presse» (HFP) für die FDP, die «Hamburger Volkszei-
tung» (HVZ) für die KPD und das «Hamburger Echo» (HE)
für die SPD erschien.

Die HAZ legte am 2. April ihre erste Ausgabe vor, wäh-
rend die drei übrigen am 3. April herauskamen.

Darüber hinaus erschien – als überparteiliche Zeitung der
britischen Militärregierung in ihrer Besatzungszone – «Die
Welt». Im Gegenzug stellten die beiden bisherigen Blätter der
Militärregierung, das «Hamburger Nachrichten Blatt» und
die «Neue Hamburger Presse» am 6. April ihr Erscheinen
ein.

28. März Der erste Industrieplan des Kontrollrates begrenzte die In-
dustrieproduktion Deutschlands auf 50–55 % von 1938.

Anfang Die Lebensmittelration für «Normalverbraucher» in der
Apr. britischen Besatzungszone enthielt selbst auf dem Papier täg-
lich nur noch 1150 Kalorien.

3. Apr. In Hamburg nahmen die Verwaltungsgerichte ihre Arbeit
wieder auf.

4. Apr. Der SPD-Vorstand der Landesorganisation Hamburg faßte
folgenden Beschluß: «Gemäß dem einstimmigen Beschluß
der Funktionärskonferenz vom 10. März 1946 in der «Flora»,
mit dem die *Selbständigkeit der Partei* betont und ein *Aufge-
hen in der SEP* abgelehnt wurde, gilt für die Landes-
organisation Hansestadt Hamburg das Folgende:

1. Die unter Zwang in der Ostzone gebildete SEP ist keine de-
mokratische Vereinigung zweier Parteien.

2. Jeder Versuch, die SEP auf die Westzonen auszudehnen, ist
ein *Spaltungsversuch* der Sozialdemokratischen Partei und
damit eine Schwächung des sozialistischen und demokrati-
schen Neuaufbaus in Deutschland.

3. Wer für die SEP oder eine andere Partei wirbt, wirkt damit **1946**
gegen die Sozialdemokratische Partei und *kann nicht zu-*
gleich ihr Mitglied sein.

4. Die Verwirklichung der politischen Einheit aller Arbeitenden bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Das Ziel wird verwirklicht werden, wenn sich alle aufrechten Anhänger des demokratisch-sozialistischen Gedankens als Mitglieder in der *Sozialdemokratischen Partei* vereinigen und einmütig und aktiv hierfür eintreten.»

Senator Dettmann legte einen Bericht der Gesundheitsverwaltung zur Lage in Hamburg vor. **5. Apr.**

Danach lag die Sterblichkeitsquote bei Säuglingen um das Dreifache höher als 1938. Das durchschnittliche Untergewicht bei Kleinkindern lag zwischen 3 – 4, bei Schulkindern bis zu 8 Kilogramm. Bei den Erwachsenen Hamburgs galten 15 – 20 Kilogramm Untergewicht als normal.

Auf Einladung der Geschäftsleitung der GEG fand in **9./**
Hamburg eine Konferenz der Geschäftsführer der Versorgungsringe in der britischen Besatzungszone statt. Die 40 Teilnehmer – darunter zwei Vertreter der Militärregierung und Senator Borgner als Vertreter Hamburgs – beschlossen als vordringliche Aufgabe u. a. die künftige Errichtung einer zentralen konsumgenossenschaftlichen Bank und eine verbesserte Warenversorgung durch die Erteilung einer Produktionserlaubnis für alle konsumgenossenschaftlichen Fabriken. **10. Apr.**

In seinem Gesetz Nr. 22 gestattete der Alliierte Kontrollrat **10. Apr.**
in ganz Deutschland die Bildung von Betriebsräten.

Im Hamburger Gewerkschaftshaus feierte die Konsumgenossenschaft «Produktion» ihre Wiedergründung. **14. Apr.**

Dabei wurde ein 22köpfiger Gründungsausschuß gewählt, dem die laufenden Arbeiten übertragen wurden.

Die SPD der drei Westzonen erkannte den Fusionsbeschluß der Partei in der sowjetischen Besatzungszone nicht an, da die Auswahl der sozialdemokratischen Delegierten nicht auf der Grundlage geheimer Wahlen erfolgt war. **18. Apr.**

1946 Unter Teilnahme von 445 Delegierten aus der sowjetischen
19./ Besatzungszone und aus Berlin sowie 103 «Delegierten» aus
20. Apr. den Bezirken der Westzonen beging die SPD in Berlin ihren
sogenannten 40. Parteitag.

Dabei versuchte Fechner, als Sprecher des Zentralaus-
schusses, die Legitimation dieses Gremiums zur politischen
Führung der SPD nachzuweisen.

Der Parteitag beschloß, unmittelbar nach seinem Ab-
schluß zusammen mit der KPD einen Konstituierungs-Par-
teitag abzuhalten, um die Vereinigung zur Sozialistischen
Einheitspartei zu vollziehen. Einen gleichlautenden Be-
schluß faßten die Delegierten des zeitgleich tagenden 15. Par-
teitages der KPD.

20./ 507 Delegierte der KPD und 548 Delegierte der SPD, un-
21. Apr. ter ihnen 230 Vertreter beider Parteien aus den westlichen Be-
satzungszonen, hielten in Berlin den Vereinigungsparteitag
von SPD und KPD ab und vollzogen damit die Gründung
der Sozialistischen Einheitspartei. Wilhelm Pieck und Grote-
wohl wurden zu ihren Vorsitzenden gewählt.

Die zunächst vereinbarte innerparteiliche Parität bestand
allerdings nur kurze Zeit: Schon bald wurden die ehemaligen
Sozialdemokraten aus wichtigen Funktionen verdrängt bzw.
durch ehemalige Kommunisten abgelöst.

28. Apr. Der Kontrollrat erklärte den 1. Mai in Deutschland zum
gesetzlichen Feiertag.

1. Mai In Hamburg fand – wie in zahlreichen deutschen Städten –
eine Massenkundgebung statt.

Dabei war es für das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien
charakteristisch, daß es weder zu einer gemeinsamen Kund-
gebung noch zu einem gemeinsamen Aufmarsch von SPD
und KPD kam. Statt dessen nahmen die Parteien in getrenn-
ten Blöcken an der Zentralkundgebung der Gewerkschaften
in «Planten un Blumen» teil – einer Veranstaltung, an der sich
nach Angaben der Gewerkschaften mehr als 100 000 Perso-
nen beteiligten.

Während die SPD die Maikundgebung als Ausdruck eige-

ner politischer Stärke wertete und sich zufrieden über den Verlauf äußerte, interpretierte die KPD die Veranstaltung als Appell zur Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien. 1946

In Hamburg waren – im Rahmen des Wiederaufbaus – 24 000 beschädigte Wohnungen wiederhergerichtet. Allerdings bedeutete dies keine wesentliche Verbesserung der katastrophalen Wohnungslage, da die meisten der reparierten Wohnungen schon vor ihrer Instandsetzung notdürftig bewohnt worden waren.

In Hannover hielt die SPD der Westzonen ihren ersten Nachkriegsparteitag ab. 258 Delegierte – darunter 15 aus Hamburg – wählten Schumacher zum Vorsitzenden. 9./11. Mai

Eine einstimmig verabschiedete «Kundgebung der SPD» propagierte eine sozialistische Wirtschaftspolitik mit dem Ziel eines vereinten demokratisch-sozialistischen Deutschlands.

Die Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone wurde als Auslieferung der SPD an die KPD verurteilt, eine Mitgliedschaft in der SED mit der SPD-Zugehörigkeit für unvereinbar erklärt.

Mit Zustimmung der Militärregierung gab der Senat das Inkrafttreten der Vorläufigen Verfassung für die Hansestadt Hamburg bekannt. 15. Mai

Der «Vaterstädtische Bund Hamburg» (VBH) – am 24. Oktober 1945 auf Initiative des Notars Dr. Paul de Chapeaurouge gegründet, von der Militärregierung aber noch nicht als Partei zugelassen – hielt seine erste öffentliche Versammlung ab. 17. Mai

De Chapeaurouge skizzierte das Anliegen des VBH, indem er zur Bildung eines bürgerlichen Wahlblocks aller Parteien rechts der SPD aufrief, um einen politischen Gegenpol zu den Arbeiterparteien (insbesondere zu deren auf Sozialisierung zielenden wirtschaftspolitischen Positionen) zu schaffen.

In Hamburg veranstaltete die Deutsche Angestellten-gewerkschaft (DAG) eine allgemeine Angestellten-Konferenz, 18./19. Mai

1946 an der ca. 250 Vertreter aus der britischen Besatzungszone teilnahmen.

Die Konferenz setzte einen Arbeitsausschuß ein, dem die Aufgabe, den organisatorischen Zusammenschluß der Angestellten voranzutreiben, übertragen wurde. Darüber hinaus betonte eine Mehrheit der Teilnehmer den Willen zum eigenständigen Aufbau einer Angestelltenorganisation.

19. Mai Die Konsumgenossenschaft «Produktion» lud zu einer offiziellen Gründungsversammlung in die «Flora» ein. Neben der Beratung der Satzung stand die Wahl des Aufsichtsrates im Mittelpunkt.

22. Mai Im Zuge der vom Alliierten Kontrollrat beschlossenen Demontage deutscher Industriebetriebe bzw. der Zerstörung von Anlagen der Rüstungsindustrie veranlaßte die Militärregierung die Sprengung der Helgen der Werft «Blohm & Voss».

Unter Hinweis auf die demoralisierende Wirkung der Sprengungen auf die Hamburger Bevölkerung, deren Wiederaufbauwille durch derartige Maßnahmen zusätzlich geschwächt werde, konnten Senat und Bürgerschaft die Durchführung weiterer, für den 31. Mai vorgesehenen Sprengungen bei der «Howaldt-Werke A.G.» verhindern.

25./
26. Mai In Hamburg tagte ein Bezirksparteitag der KPD Wasser- kante. Als Hauptreferent trat Erich Hoffmann auf. Er sprach zum Thema «Unser Weg aus dem faschistischen Chaos in die Zukunft eines freien demokratischen Deutschlands». Während Hoffmann für den Bereich der Westzonen vehement die Position der nationalen Einheit vertrat, erklärte er die Verluste der Ostgebiete an die UdSSR bzw. Polen mit den Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten.

26. Mai Bei Kommunalwahlen in der amerikanischen Besatzungs- zone – am 27. Januar war nur in Gemeinden bis zu 20 000 Einwohnern gewählt worden – erhielten die CDU bzw. CSU 39,3 %, die SPD 38,3 %, die KDP 9,4 %, die DVP 8,1 % und
Ende Sonstige 4,9 % der Stimmen.

Mai Spätestens seit den Beschlüssen des SPD-Parteitages in

Hannover war die Polarisierung der Arbeiterparteien in den Westzonen unübersehbar. 1946

Infolgedessen drohte die KPD, die an der Herstellung der Einheitspartei auch in den Westzonen festhielt und den Vorbildcharakter der sowjetischen Besatzungszone betonte, mangels realitätsbezogener Perspektiven in die politische Isolation zu geraten. Um der Partei zumindest personell neue Impulse zu geben, wurde Dettmann – dessen politisches Profil an die Politik des antifaschistisch-demokratischen Blocks gekoppelt war – als Vorsitzender des Bezirks Wasserkante von Gustav Gundelach (geb. 19. Dezember 1888), der von 1924 bis 1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft gewesen war und bereits 1924 der Bezirksleitung Wasserkante der KPD angehört hatte, abgelöst.

Die «Hamburger Akademische Rundschau» erhielt – als erste Studentenzeitung in Deutschland – eine Lizenz von der britischen Militärregierung. 5. Juni

In einem Rundschreiben an die Kreisleitungen und Ortsgruppen der Partei gab die Bezirksleitung der KPD Wasserkante die Mitgliederzahl für Hamburg und Schleswig-Holstein mit 33 381 an. Dabei entfiel etwa die Hälfte der Mitglieder auf Hamburg. 9. Juni

Im entscheidenden Spiel um die Hamburger Fußballmeisterschaft sicherte sich der HSV durch einen 2 : 1 Sieg über Eimsbüttel den Titel. 16. Juni

In Hamburg wurden monatlich ca. 1000 Ehen geschieden, wobei 35 v. H. Kriegsehen waren. Damit hatte sich die Zahl der Ehescheidungen seit 1938 verdreifacht. «Die Welt» nannte als Gründe ein kriegsbedingtes Auseinanderleben und die unerträgliche Enge der Wohnsituation. 18. Juni

Von den 3 189 381 Wehrmachtsangehörigen, die sich in britischer Kriegsgefangenschaft befunden hatten, waren zu diesem Zeitpunkt bereits 95 % entlassen.

Organisiert vom «Volkskulturverband», nahmen ca. 120 000 Personen an einer Sonnenwendfeier in «Planten un Blomen» teil. Für die zahlreichen jugendlichen Teilnehmer 22. Juni

- 1946 hatte die Veranstaltung vor allem die Funktion eines Volksfestes.
24. Juni Nachdem Versuche, die CDU und FDP in Hamburg zu einer Partei zu vereinigen, gescheitert waren, schloß die Hamburger CDU ein Abkommen mit dem «Vaterstädtischen Bund Hamburg», dem einflußreiche Mitglieder der Bürgerchaftsfraktion der Parteilosen angehörten.
- Aus diesem Anlaß traten 14 der 21 Mitglieder der Fraktion der Parteilosen unter Führung von Bürgermeister Petersen der CDU bei. Die verbliebenen sieben Fraktionsmitglieder wechselten zur SPD (vier), zur FDP (zwei) und zur Fraktion der Gewerkschaften.
27. Juni Durch die geplante Verlegung des Hauptquartiers der britischen Kontrollkommission für Deutschland nach Hamburg drohte ca. 40 000 Personen die Ausquartierung aus ihren Wohnungen westlich und nördlich der Außenalster. Da diese Maßnahme die ohnehin katastrophale Wohnsituation in Hamburg zusätzlich verschärfte, brachten Demonstranten ihren Protest gegen die Umsiedlungspläne der Militärregierung vor dem Hamburger Rathaus zum Ausdruck. Elf Demonstranten, die während der Aktion verhaftet wurden, erhielten vor dem Hamburger Militärgericht am 3. Juli – wegen «Zusammenrottung und öffentlicher Ruhestörung» – Gefängnisstrafen von 2 bis 5 Jahren.
30. Juni Auf einer Versammlung des Kommunalpolitischen Ausschusses des Stadtteils Harvestehude – der vor allem von den drohenden Ausquartierungen betroffen war – formierte sich der Bürgerprotest. Sprecher der Parteien appellierten an die Militärregierung, die bevorstehende Räumung der Wohnungen auszusetzen – allerdings ohne Erfolg.
- Ende Juni In Hamburg waren 17 400 Männer und 3000 Frauen arbeitslos gemeldet. Demgegenüber waren 33 400 Arbeitsplätze unbesetzt, wobei die größte Nachfrage in der Bauwirtschaft bestand.
1. Juli Vor dem britischen Militärgericht begann im Curio-Haus der zweite Prozeß gegen ehemalige Angehörige der Wach-

mannschaften des Konzentrationslagers Neuengamme. 1946

Sechs Mitglieder des Lagerstabes waren angeklagt, Angehörige alliierter Nationen mißhandelt und getötet zu haben. Fünf der Angeklagten wurden am 13. Juli zum Tod durch Erhängen, der sechste zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem das Gericht sie der Beteiligung an den Mordaktionen der SS in Neuengamme für schuldig befunden hatte.

Das «Hamburgische Gesetz- und Ordnungsblatt» veröffentlichte eine Verordnung des Bürgermeisters, wonach – zur Bekämpfung der Kohlendiebstähle – die Umgebung der Güterbahnhöfe zu Sperrgebieten erklärt und das Betreten dieser Gebiete ohne Sondergenehmigung untersagt wurde. 2. Juli

Um die unzureichende Versorgung Hamburgs mit Feuerungsmaterial zu verbessern, wurde im Boberger Dünenge- 3. Juli
lände Torf gestochen. Auf diese Weise sollten 50 000 Tonnen Preßtorf zur Verteilung kommen.

Im Auftrag der «American Federation of Labor» (AFL) 11. Juli
trafen Max Brauer (geb. 3. September 1887), von 1924 bis 1933 Oberbürgermeister von Altona, und Dr. Rudolf Katz, Rechtsanwalt und Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums bis 1933, in Hamburg ein, um eine Studie zur Lage der deutschen Arbeiterbewegung nach 1945 zu erstellen und sich vor Ort Eindrücke über die Lebensbedingungen zu verschaffen.

600 Delegierte hielten in der Postsporthalle in der Schlüter- 14. Juli
straße den 2. Landesparteitag der SPD ab. Er stand fast ausschließlich im Zeichen der Kommunalpolitik. Zwar wurde – als Kernstück sozialdemokratischer Politik – der stufenweise Aufbau einer sozialistisch-demokratischen Planwirtschaft propagiert, aber derartig programmatische Aussagen traten angesichts der unzureichenden Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung in den Hintergrund.

Infolge der völligen Überlastung der wenigen öffentlichen Verkehrsmittel kam es zu zahlreichen schweren Unfällen. Allein während der ersten zwei Juliwochen verunglückten in Hamburg 10 Personen beim Mitfahren auf Trittbrettern der Straßen- bzw. Eisenbahn tödlich.

1946 Auf Anordnung der Militärregierung begann die Ausquar-
15. Juli tierung der Bewohner der Isestraße, der St.-Benedikt-Straße
und des Nonnenstiegs. Am 28. Juli folgten die Blocks
St.-Benedikt-Straße, Heilwigstraße, Abteistraße, Harveste-
huder Weg. Den Ausquartierten wurde vor allem in den Elb-
vororten provisorisch Wohnraum zugewiesen.

Immer noch lagen weite Teile Hamburgs in Trümmern.
Um die Beseitigung der Trümmer voranzutreiben und damit
Platz und Material für den Wiederaufbau zu gewinnen, erließ
Petersen einen Aufruf zu einer Steinbergungsaktion. Neben
einzelnen Firmen, die Leute, Fahrzeuge und Gerät zu dieser
Aktion abstellten, beteiligten sich auch Abordnungen der
Parteien. An den Wochenenden wurden Straßenbahnen zum
Abtransport der Trümmer eingesetzt, da es an geeigneten
Transportmitteln mangelte.

21. Juli Nach den vorbereitenden Veranstaltungen am 14. April
und 19. Mai und der endgültigen Genehmigung durch die
Militärregierung am 3. Mai berief die «Produktion» eine Ver-
sammlung ins Gewerbehau am Holstenwall ein. Mit der
dort vollzogenen Wahl des Aufsichtsrates und des Vorstandes
fand die Neugründung ihren Abschluß. Die «Produktion»
war damit die erste anerkannte Konsumgenossenschaft in der
britischen Besatzungszone.

Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde Ferdinand Vieth,
zu Vorstandsmitgliedern wurden Bernhard Priess und Gu-
stav Dahrendorf gewählt.

24. Juli Vor dem britischen Militärgericht im Curio-Haus begann
der Prozeß gegen drei ehemalige Angehörige der Wachmann-
schaften des Konzentrationslagers Neuengamme.

Ihnen wurde die Ermordung zahlreicher Häftlinge zur
Last gelegt. Die am 31. Juli ergangenen Urteile lauteten in
zwei Fällen auf Tod durch Erhängen, im dritten Fall auf fünf
Jahre Gefängnis.

27. Juli Die Militärregierung ordnete für den Bereich der briti-
schen Besatzungszone die Bildung von Treuhänderausschüs-
sen an. Den Ausschüssen – einer wurde auch in Hamburg ge-

bildet – gehörten Vertreter der Handelskammer, der Handwerkskammer und der Gewerkschaften an, wobei der Vertreter der Handelskammer die Geschäftsführung innehatte. Aufgabe der Ausschüsse war die Auswahl und Benennung von Treuhändern, die, von der Militärregierung eingesetzt, die Vermögensverwaltung von Personen übernahmen, die im Rahmen der Entnazifizierung aus der Wirtschaft entfernt worden waren. 1946

In Hamburg lebten ca. 152 000 Personen in 40 600 Notunterkünften, die vor allem in den Außenbezirken Wandsbek, Billstedt, Alstertal und Lokstedt errichtet worden waren.

In Hamburg waren etwa 15 000 Kraftfahrzeuge, darunter 10 000 Lastkraftwagen und nur 5000 Personenwagen, zugelassen. 31. Juli

Allein in den letzten drei Juliwochen starben in Hamburger Krankenhäusern 49 an Hungerödemen erkrankte Personen. Ungefähr 10 000 waren mit Symptomen derselben Krankheit zu dieser Zeit in ärztlicher Behandlung.

Auf dem HSV-Platz am Rothenbaum fand vor 30 000 Zuschauern die erste Deutsche Schwergewichtsmeisterschaft im Berufsboxen nach dem Krieg statt. Dabei wurde der Hamburger Hein ten Hoff durch einen Punktsieg über Walter Neusel neuer Meister. 3. Aug.

In einem Bericht zur Gesundheitslage in Hamburg teilte Senator Dettmann der Bürgerschaft mit, daß sich die Sterblichkeit durch Tuberkulose gegenüber den Jahren 1940 bis 1945 verdoppelt habe und daß 1946 in Hamburg mit 18 000 Fürsorgefällen zu rechnen sei. Von der Bürgerschaft wurde ein Gesetz über Röntgen-Reihenuntersuchungen verabschiedet, das alle Hamburger zur Untersuchung verpflichtete. 7. Aug.

Nachdem die Bezirksleitung der KPD Wasserkante am 11. Juli der SPD für die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten vorgeschlagen hatte, teilte Meitmann im Auftrag des Vorstandes der Landesorganisation mit, der Vorschlag sei einstimmig abgelehnt worden. 8. Aug.

- 1946 In «Planten un Blomen» führte die SPD als Auftakt für die
11. Aug. Bürgerschaftswahlen im Oktober ihre erste Massenkundgebung nach Kriegsende durch. Vor über 50 000 Teilnehmern sprachen Meitmann, Salomon Grumbach, Vorstandsmitglied der französischen Sozialistischen Partei, Erich Ollenhauer, Zweiter Vorsitzender der SPD in der britischen Zone, und – als in Hamburg auch nach 13jährigem Exil populärer sozialdemokratischer Kommunalpolitiker – Max Brauer.
19. Aug. Als Nachfolger von Brigadier Armytage trat Henry Vaughan Berry das Amt des Zivilbeauftragten für Hamburg an. Als Repräsentant der britischen Besatzungsmacht wurde er damit zum Leiter der zivilen Verwaltung.
- 21./ 23. Aug. In Bielefeld tagte die erste Konferenz der Gewerkschaften nach Kriegsende. Erstmals waren die 375 Delegierten aus der britischen Besatzungszone, die inzwischen 1 ¼ Millionen Mitglieder vertraten, vorher in ihren Gewerkschaften wieder satzungsgemäß gewählt worden.

Die Konferenz kam in der Auseinandersetzung um die künftige Organisationsform der Gewerkschaften zu einer Entschließung, die auf einen Antrag Hans Böcklers zurückging. In ihr hieß es: «Der autonome Industrieverband, unterteilt in Berufsgruppen und Sparten und gleichzeitig regional den Bedürfnissen entsprechend aufgegliedert, ist nach der Überzeugung der in Bielefeld Versammelten die Organisationsform, die den höchsten Wirkungsgrad verspricht. Einen Grad, der noch zu steigern wäre durch den Zusammenschluß aller Verbände in einem mit ausreichenden Vollmachten ausgestatteten Bund der gleichen demokratischen Verfassung wie die Verbände selbst. Arbeiter, Angestellte und Beamte organisatorisch zu vereinigen ist das Gebot der Stunde.»

Der vorläufige Zonenvorstand der Gewerkschaften, dem aus Hamburg Spliedt (für den Bezirk) und Wilhelm Dörr (für die Angestellten) angehörten, wurde mit der Durchführung der gefaßten Beschlüsse beauftragt.

27. Aug. Unter dem Vorsitz Max Reimanns bildeten die Vertreter der Bezirksleitungen der KPD in der britischen Besatzungs-

zone eine vorläufige Zonenleitung. Ihr gehörte auch Gundelach an. In der aus diesem Anlaß veröffentlichten Erklärung propagierte die KPD die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, eine umfassende Entnazifizierung von Wirtschaft und Verwaltung und die Durchführung einer Bodenreform im Bereich der britischen Zone. 1946

Die Hamburger Bürgerschaft beschloß eine Verfassungsänderung: Der zu wählenden Bürgerschaft sollten in Zukunft, statt der bisherigen 81, 110 Mitglieder angehören. Darüber hinaus wurde festgelegt, daß Senatoren nicht zugleich Mitglied der Bürgerschaft zu sein brauchten und von nun an nicht mehr aus Hamburg stammen mußten. Die SPD beantragte die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Verstaatlichung der Hamburger Hochbahn A.G. Der Antrag wurde von der KPD unterstützt, stieß aber auf die Ablehnung der bürgerlichen Parteien. 28. Aug.

Bei Reihenuntersuchungen über den Gesundheits- und Ernährungszustand der Hamburger Schulkinder wurden 33,6 von Hundert als unterernährt eingestuft. Ende Aug.

In den vier Besatzungszonen galten folgende Kaloriensätze: Anfang Sept.

Brit. Zone	Amerik. Zone	Franz. Zone	Sowjet. Zone
1134 ¹	1330	1280	1263

¹ In den Großstädten betrug der tägliche Kaloriensatz 1334.

Zum zweiten Mal fand in Hamburg eine Gedenkwoche für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Während der Feierlichkeiten – u. a. wurden die Urnen von 26 zumeist in Berlin hingerichteten Widerstandskämpfern auf den Ohlsdorfer Friedhof überführt und dort beigesetzt – demonstrierten Vertreter der Arbeiterparteien (Meitmann und Dettmann führten den Trauerzug an) eine Gemeinsamkeit, die sich in der Tagespolitik beider Parteien zu dieser Zeit kaum noch fand. 1./ 8. Sept.

Wie weit die Polarisierung beider Parteien vorangeschritten war, zeigte die Empfehlung des Hannoveraner Parteivor-

- 1946 standes an alle Sozialdemokraten vom September 1946, eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) aufzugeben bzw. abzulehnen, um nicht zum «Blutspender» für Kommunisten zu werden. In Hamburg allerdings ging die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Kommunisten noch nicht so weit. Hier übernahm im Februar 1947 Schmedemann sogar das Amt des Zweiten Vorsitzenden in der Komitee-Leitung, während die Hamburger Landesorganisation ihre Mitglieder zur gleichen Zeit ausdrücklich zur Mitarbeit in der VVN aufforderte.
- 3./ 6. Sept. Auf einer Arbeitstagung in Hamburg-Nienstedten gründete sich der «Sozialistische Deutsche Studentenbund» (SDS). Neben Alfred Hooge (Frankfurt) wurde Heinz-Joachim Heydorn, Vorsitzender der Hamburger Gruppe und Bürgerschaftskandidat der SPD, zum Vorsitzenden gewählt. Schumacher, der als Hauptredner im Saal der Ufa in Harvestehude zum Thema «Student und sozialistische Politik» sprach, versuchte eine Positionsbestimmung des Jungakademikers in der Sozialstruktur Nachkriegsdeutschlands vorzunehmen und grenzte diese gegen den Typus des «freischwebenden» Intellektuellen zwischen den Klassen ab.
10. Sept. An den sechs Universitäten der britischen Zone studierten in Göttingen 4644, in Hamburg 3400, in Bonn 3145, in Münster 2700, in Kiel 2575 und in Köln 2350 Studenten.
12. Sept. Auf Anordnung der amerikanischen und britischen Militärregierung wurde ein gemeinsamer Wirtschaftsrat für die amerikanische und britische Zone in Minden gebildet. Die Bildung des Wirtschaftsrates und insbesondere seine personelle Zusammensetzung war für die Vorstände von SPD und KPD Anlaß zu scharf ablehnenden Stellungnahmen.
15. Sept. Bei Gemeindewahlen in der britischen Besatzungszone, an denen sich 75 % der 6 700 000 Stimmberechtigten beteiligten, ergaben sich folgende Resultate:
 Schleswig-Holstein:
 SPD 35,1 %, CDU 31,7 %, FDP 7,1 %, KPD 4,3 %, Unabhängige 21,1 % der Stimmen.

Niedersachsen:

1946

SPD 37,2 %, Niedersächsische Landespartei (NLP) 16,8 %, CDU 15,3 %, FDP 4,3 %, KPD 3,5 %, Zentrum 1,2 %, Unabhängige 21,2 % der Stimmen.

Nordrhein-Westfalen:

CDU 50,7%, SPD 30,6 %, KPD 6,5 %, FDP 2,1 %, Unabhängige 7,0 % der Stimmen.

Die Stromerzeugungsanlagen, während des Krieges ständig überlastet und nicht erneuert, mußten repariert bzw. ersetzt werden. Infolgedessen war es zwischen 6 und 22 Uhr unmöglich, die Hamburger Industriebetriebe mit Kraft- und Heizstrom zu versorgen. Die Industrie wurde entweder auf Nachtbetrieb umgestellt oder kam – nachdem bereits seit Jahresbeginn eine eingeschränkte Stromversorgung zum Absinken der Industrieproduktion geführt hatte – völlig zum Erliegen. 23. Sept.

Lediglich die Betriebe des Nahrungsmittelsektors wurden, um eine zusätzliche Versorgungskrise zu vermeiden, von den Energieeinsparungen ausgenommen.

Im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, der seit dem 20. November 1945 gegen 22 führende Repräsentanten des nationalsozialistischen Systems geführt wurde, erfolgte die Urteilsverkündung. Sie lautete in zwölf Fällen auf Tod durch Erhängen, in drei Fällen auf lebenslängliche Gefängnisstrafen. Zwei Angeklagte erhielten 20, einer 15 und einer zehn Jahre Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Besonders die Freisprüche, u. a. für Franz v. Papen, führten zu Unverständnis und Protesten in der Öffentlichkeit. 1. Okt.

Auf Veranlassung des Oberbefehlshabers der britischen Besatzungszone wurde die – zwischen 23.30 und 4.30 Uhr – noch immer bestehende Ausgangsbeschränkung für den britischen Einflußbereich aufgehoben. 6. Okt.

In der letzten Sitzung der ernannten Hamburger Bürgerschaft scheiterte das Hochbahn-Verstaatlichungsgesetz in zweiter Lesung an der Ablehnung durch CDU und FDP. Für 8. Okt.

1946 die Durchsetzung der Verstaatlichung wäre eine Zweidrittelmehrheit in der Bürgerschaft erforderlich gewesen.

In der Debatte über die Gesundheitslage in Hamburg forderte die KPD – unter Hinweis auf die steigende Säuglingssterblichkeit und das Leiden und Sterben zahlreicher schwangerer Frauen bei illegalen Abtreibungen durch Kurpfuscher – eine (ausdrücklich auf diese Notzeit begrenzte) Lockerung der §§ 218 und 219 StGB unter Zulassung auch der sozialen Indikation. Der Antrag, der Senat möge ein entsprechendes Gesetz vorbereiten, wurde mit den Stimmen der SPD und KPD angenommen.

13. Okt. In den Ländern Hamburg und Bremen sowie weiteren 57 Städten der britischen Besatzungszone fanden Wahlen statt. In Hamburg waren 968 302 der ca. 1,4 Millionen Einwohner wahlberechtigt. Um die 110 Bürgerschaftssitze bewarben sich 575 Kandidaten, die außer von der CDU, FDP, KPD und SPD von der Niedersächsischen Landespartei, der Radikalsozialistischen Freiheitspartei, der Republikanischen Partei Deutschlands und der Deutschen Konservativen Partei aufgestellt wurden.

Da die Militärregierung – in Anlehnung an das britische Mehrheitswahlrecht – 84 der Sitze in den 21 Wahlbezirken direkt und nur 26 Sitze nach dem Verhältniswahlrecht über eine Liste wählen ließ, ergab sich – bei einer Wahlbeteiligung von 73 % – folgendes Ergebnis:

SPD	43,1 %	83 Mandate
CDU	26,7 %	16 Mandate
FDP	18,2 %	7 Mandate
KPD	10,4 %	4 Mandate

Die Unverhältnismäßigkeit von Stimmanteil und Mandatsanteil resultierte aus der Tatsache, daß in 18 Wahlbezirken alle vier sozialdemokratischen Kandidaten direkt gewählt wurden. In zwei Bezirken erhielten je zwei Sozial- und Christdemokraten ein Direktmandat, und in einem Bezirk wurden alle vier christdemokratischen Kandidaten gewählt. Wäre

nach dem vor 1933 gültigen Verhältniswahlrecht gewählt 1946
worden, hätte die SPD 49, die CDU 30, die FDP 20 und die
KPD 11 Sitze erhalten. So aber ergab sich für die SPD eine
Dreiviertelmehrheit in der ersten gewählten Bürgerschaft seit
April 1932.

In der britischen Besatzungszone wurde der tägliche Kalo- 14. Okt.
riensatz auf 1550 angehoben. Allerdings lag er damit weiter-
hin beträchtlich unter dem tatsächlichen Mindestbedarf.

In Hamburg beschloß eine Versammlung von ca. 1500 21. Okt.
SPD-Funktionären, ihrer Bürgerschaftsfraktion die Wahl
von Max Brauer zum Ersten Bürgermeister von Hamburg zu
empfehlen.

In allen vier Besatzungszonen wurde eine Volkszählung 29./
durchgeführt. Danach ergab sich für Deutschland eine Ein- 30. Okt.
wohnerzahl von 65 910 999. Davon waren 36 597 146 Frauen
und 29 313 853 Männer.

Bezogen auf die einzelnen Besatzungszonen bedeutete
das:

Britische Zone: 22 794 655 (12 367 933 F/ 10 426 742 M)

Sowjetische Zone: 17 313 581 (9 903 593 F/ 7 409 988 M)

Amerikanische Zone: 15 682 573 (8 128 859 F/ 7 553 714 M)

Französische Zone: 5 936 807 (3 303 951 F/ 2 832 856 M)

Berlin: 3 180 383 (1 889 830 F/ 1 290 553 M)

Für Hamburg kam die Statistik zu folgendem Ergebnis:

1 405 126 (753 522 F/ 651 604 M).

Im Hamburger Rathaus tagte zum ersten Mal die gewählte 30. Okt.
Bürgerschaft.

Erschwert durch Raumnot und Lehrkräftemangel wurde Anfang
in Hamburg eine Gewerkschaftsschule eröffnet. In sieben Nov.
Arbeitsgemeinschaften sollten Funktionärsschulungen – spe-
ziell für Betriebsräte – durchgeführt werden.

Bereits im Dezember mußte jedoch die Schulungsarbeit
unterbrochen werden, da es im Gewerkschaftshaus weder
Heizung noch Licht gab. Aufgrund der zusammengebroche-
nen Energieversorgung war eine Wiederaufnahme der Schu-
lungen erst im Mai 1947 möglich.

1946 Mit Zustimmung der Militärregierung übernahm die Konsumgenossenschaft «Produktion» die treuhänderische Verwaltung ihrer früheren Vermögenswerte. Damit wurde die 1941 verfügte Auflösung der Hamburger Konsumgenossenschaft und ihre Überführung in das «Gemeinschaftswerk» der «Deutschen Arbeitsfront» rückgängig gemacht und eine praktische Tätigkeit der Genossenschaft wieder möglich.

2. Nov. Eine medizinische Untersuchung in Hamburger Betrieben ergab, daß 59 % der Männer zwischen 16 und 30 Jahren ein Untergewicht von über 20 Kilogramm aufwiesen, während unter Frauen im gleichen Alter bei 83 % ein Untergewicht bis zu 10 Kilogramm festgestellt wurde. 92 % der Männer und 90 % der Frauen wiesen akute Zeichen von Unterernährung auf.

9. Nov. Um die Mitarbeit aller gewählten Parteien an der Bewältigung der Notstandssituation zu gewährleisten, wurden – seit Anfang November – Bemühungen zur Bildung eines Allparteien-Senats in Hamburg unternommen.

Die Verhandlungen scheiterten an der Haltung der CDU, die zunächst, neben den beiden bisher von ihr gestellten Senatoren, den Posten des Zweiten Bürgermeisters beanspruchte und nach der Ablehnung dieser Forderung durch die SPD an diese schrieb: «Unter diesen Umständen würde die CDU sich bereit erklären, . . . sich notfalls mit zwei Sitzen im Senat zu begnügen, aber unter der Voraussetzung, daß ihr der Sitz des Zweiten Bürgermeisters und die Leitung der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zugestanden wird.»

Da auch diese Forderung von der SPD abgelehnt wurde, entschied sich eine Vertrauensmännerversammlung der SPD am 10. November für den Vorschlag Brauers zur Bildung einer Koalition mit FDP und KPD.

11. Nov. In der Aula des Instituts für Lehrerbildung an der Hohen Weide versammelten sich 360 Frauen und Männer aller Berufe im Alter zwischen 28 und 40 Jahren zu einer Feierstunde. Sie wurden in einem einjährigen Sonderlehrgang zu Lehrern ausgebildet, die die im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Lehrkräfte ersetzen sollten.

Die Hamburger Bürgerschaft wählte den neuen Senat. Ihm 1946
gehörten zwölf Senatoren an, von denen die FDP drei, die 15. Nov.
KPD einen stellte.

Als Stellvertreter Brauers wurde Koch (FDP) Zweiter Bürger-
meister; seine Parteifreunde Johannes Büll und Ludwig
Hartenfels übernahmen die Zweite Bau- und die Kulturver-
waltung, während Dettmann (KPD) Gesundheitssenator
blieb.

Neben den bisherigen SPD-Senatoren Borgner, Dr. Du-
dek, Eisenbarth, Dr. Landahl und Dr. Nevermann gehörten
dem neuen Senat Friedrich Franck und Paula Karpinski an.
Paula Karpinski, die dem Landesjugendamt vorstand, war
damit die erste Frau in der Hamburger Senatsgeschichte.

In Hamburg wurde ein zwölfköpfiger Wirtschaftsaus- 19. Nov.
schuß gebildet, der sich mit den ökonomischen Problemen
der Stadt befassen sollte. Das Gremium, das sich aus jeweils
drei Vertretern der Handels- und Handwerkskammer sowie
aus vier Gewerkschafts- und zwei Genossenschaftsvertretern
zusammensetzte, hielt noch am selben Tag seine erste Sitzung
ab.

Der Hamburger Senat wurde vereidigt. Damit hatte Ham- 22. Nov.
burg – als erstes Land der britischen Besatzungszone – eine
aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung.

Das Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Besat-
zungszone hielt seine letzte Sitzung ab.

Als sein bisheriger Vorsitzender begrüßte Dr. Agartz zwar
prinzipiell die Bildung eines Zweizonenamtes für Wirtschaft
im Sinne einer Zentralisierung der Verwaltung, lehnte aber
nach wie vor die personelle Besetzung des sechsköpfigen Ver-
waltungsrates für Wirtschaft, der sich aus den Wirtschaftsmini-
stern der amerikanischen und britischen Besatzungszone
zusammensetzte, ab.

Bereits seit Ende September war Dr. Rudolf Müller von
der Militärregierung für das Amt des Vorsitzenden des Zwei-
zonenamtes für Wirtschaft nominiert. Müller, bisheriger
Wirtschaftsminister von Großhessen, Leiter der Darmstäd-

- 1946 ter Handelskammer und Direktor einer chemischen Fabrik, stand als Symbol für die Favorisierung einer restaurativen kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die anglo-amerikanische Militärregierung und wurde von den Vertretern der Arbeiterparteien abgelehnt.
25. Nov. Auf einer Konferenz in Lübeck konstituierte sich der Gewerkschaftsbezirk Nordmark.
- Bei den Bezirksausschuwahlen wurde Heinrich Steinfeld zum Bezirksleiter gewählt. Für Hamburg gehörten Pufal, Spliedt und Thoma dem Bezirksausschuß an.
- Anfang Dez. Die seit Kriegsende vorgenommenen Abforstungen der Wälder im Hamburger Gebiet (um 28 % des Bestandes) führten zur Senkung des Grundwasserspiegels um einen Meter.
- Die Wasserwerke begannen – um die gefährdete Wasserversorgung Hamburgs zu gewährleisten – mit der Bohrung neuer Tiefbrunnen.
5. Dez. Gegen 15 ehemalige Angehörige der Wachmannschaften und des Stabes des Konzentrationslagers Ravensbrück begann im Curio-Haus der Prozeß wegen Mißhandlung und Ermordung zahlreicher Häftlinge.
- Am 3. Februar 1947 wurden elf der Angeklagten zum Tode durch Erhängen, je zwei der Beschuldigten zu fünfzehn bzw. zehn Jahren Gefängnis verurteilt.
11. Dez. In einer einstimmigen Entschließung zur Linderung der Notlage der Hamburger Bevölkerung richtete die Bürgerschaft u. a. folgende Forderungen an die Militärregierung: «Die Bürgerschaft erklärt: Es ist unbedingt erforderlich, daß alle Demontagemassnahmen kategorisch und unwiderruflich annulliert und neue nicht mehr eingeleitet werden. ... Die Bürgerschaft fordert: Für die bislang nicht belieferten Rationen ist die Nachlieferung umgehend zu organisieren. Die laufend fälligen Rationen müssen termingemäß voll zur Verfügung stehen. ... Hunger, Kälte, Verlust der Arbeits- und Wohnmöglichkeit bedeuten die Vernichtung aller Chancen des demokratischen Aufbaus. Die Bürgerschaft erhebt ihre warnende Stimme.

Möge der Senat und vor allem die Besatzung handeln!» 1946

In einem gemeinsamen Aufruf der Hamburger Gewerk- 12. Dez.
und Genossenschaften wandten sich Spliedt und Everling um
Unterstützung an die internationale Gewerkschafts- und Ge-
nossenschaftsbewegung. Der Aufruf enthielt eine Beschrei-
bung der katastrophalen Versorgungslage in der britischen
Besatzungszone.

Auf der Grundlage der Wahlergebnisse vom September 13. Dez.
bzw. Oktober wurden die Auflageziffern der in der briti-
schen Besatzungszone erscheinenden Zeitungen neu festge-
legt. Für die vier in Hamburg herausgegebenen Parteizeitun-
gen bedeutete das:

«Hamburger Echo» 208 600 (bisher 160 000)

«Hamburger Allgemeine Zeitung» 119 000 (bisher 80 000)

«Hamburger Freie Presse» 116 600 (bisher 80 000)

«Hamburger Volkszeitung» 34 500 (bisher 80 000).

In Harburg wurde der Gründungsverbandstag des Indu- 17./
strieverbandes für Chemie, Keramik und Papier in der briti- 18. Dez.
schen Zone abgehalten.

Wie sehr zu dieser Zeit jede Veranstaltung unter dem Ein-
druck allgegenwärtigen Mangels stand, machte ein Zusatz
auf dem Einladungsschreiben deutlich. Dort hieß es: «An
Marken sind abzuliefern: 50 Gramm Fleisch-, 50 Gramm
Nährmittel- und 5 Gramm Fettmarken. Eßbestecke sind mit-
zubringen.»

Unverändert lag die tägliche Kalorienzuteilung bei 1550. Ende

Eine Statistik zur Produktivität in der britischen Besat- Dez.
zungszone enthielt folgende Angaben:

	Beschäftigte		Arbeitsertrag	
	1936	1946	1936	1946
Bergbau	100	91	100	48
Eisen/Metall	100	59	100	27
Textilien	100	36	100	55
Forstwirtschaft	100	107	100	61
Papier	100	<u>60</u>	100	<u>42</u>
		75		33

1946 Hamburg hatte – bei einer Einwohnerzahl von 1 431 404 – einen Wohnungsbestand von 280 438. Das entsprach einer Wohndichte von 5,1 Personen pro Wohnung.

In 48 500 erfaßten Betrieben waren 480 000 Personen beschäftigt. Das entsprach einem Beschäftigungsstand von 81 % der Vorkriegszeit. Der Arbeitsertrag betrug allerdings höchstens 25 % der Vorkriegsleistung, wobei diese Zahl gegen Jahresende – aufgrund der Energiekrise – noch sank. Im einzelnen waren die Fischindustrie zu 18 %, die Speiseölindustrie zu 10 % und der Hafen zu etwa 18 % ausgelastet.

Im Gebiet der Reichsbahndirektion Hamburg wurden allein im Dezember rund 2600 «Kohlendiebe» gefaßt.

Die Mitgliederzahl der Hamburger Gewerkschaften lag bei nahezu 190 000, wobei der Gesamtverband der Verkehrs- und Gemeindearbeiter, die Deutsche Angestellten Gewerkschaft und der Metallarbeiterverband die stärksten Einzelverbände stellten.

Die Mitgliederzahl der SPD betrug in Hamburg 43 996. Davon waren 11 031 Frauen. Die Organisation gliederte sich in 13 Kreise, 67 Distrikte und 376 Bezirke.

1947 Ein Kälteeinbruch mit Minus-Temperaturen um 20° C
Anfang Jan. führte zur drastischen Verschlechterung der Energie- und Lebensmittelversorgung in Hamburg wie in der gesamten norddeutschen Region. Durch die Blockierung der Verkehrswege gelangten nicht einmal die – ohnehin knappen – Brennstoff- und Lebensmittelzuteilungen an ihre Bestimmungsorte. In vielen Hamburger Stadtteilen wurde der Strom zwischen 9 und 21 Uhr – ohne Ankündigung – abgeschaltet. Infolge des Brennstoffmangels nahmen die Plünderungen von Kohlenzügen zu; in wenigen Tagen wurden mehr als 600 Personen festgenommen.

Die seit dem 21. Dezember 1946 verordnete Produktionseinstellung für Industrie- und Gewerbebetriebe wurde auf unbestimmte Zeit verlängert. Geschäfte – mit Ausnahme von Lebensmittelläden – reduzierten ihre Öffnungszeiten auf 4 bis 5 Stunden täglich.

In Hamburg waren 12 400 Arbeitslose, darunter 1700 1947
Frauen, gemeldet. Demgegenüber waren 24 100 offene Stellen registriert. Im Vergleich zum Jahresbeginn 1946 war damit die Arbeitslosenziffer um 50 % gesunken, während sich die Zahl der unbesetzten Stellen um 50 % erhöhte. Vor dem Hintergrund der Notstandssituation war die Beschäftigungsfrage allerdings lediglich im Hinblick auf die Zuteilung von Lebensmittelkarten und Verpflegungsmöglichkeiten im Betrieb von Bedeutung. Der Arbeitslohn hatte – durch die weitgehende Umstellung der Wirtschaft auf den Tausch von Sachwerten – nur untergeordneten Stellenwert.

Die amerikanische und britische Besatzungszone wurden 1. Jan.
zum «Vereinigten Wirtschaftsgebiet» der «Bizone» zusammengefaßt.

Unmittelbares Ziel war dabei die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, das, gestützt auf Kredite (vor allem) aus den USA, bis zum Jahresende 1949 ökonomische Selbständigkeit erreichen sollte. Sitz des Zweizonen-Wirtschaftsamtes wurde zunächst Minden, später Frankfurt.

Während die bürgerlichen Parteien, die SPD und die Gewerkschaften die Einrichtung der Bizone in der Hoffnung auf eine beschleunigte Verbesserung der Lebensbedingungen begrüßten, lehnte die KPD die Zusammenlegung der Zonen als einen Schritt zur Verfestigung der Spaltung Deutschlands ab. Proteste gegen die Bizone kamen auch aus Frankreich und der UdSSR: Während Frankreich den Zusammenschluß für «vorzeitig und gefährlich» hielt, sah die UdSSR einen Verstoß gegen Artikel 14 des Wirtschaftsteils des Potsdamer Abkommens, wonach Deutschland während der Besatzungszeit «als eine wirtschaftliche Einheit» zu betrachten war.

Mittelfristig stellte die Bildung der anglo-amerikanischen Zone einen Wendepunkt (west)alliiertes Besatzungspolitik dar: Die USA, ohnehin Hauptkreditgeber des durch die Kriegsbelastungen ökonomisch geschwächten Großbritanniens, übernahmen die Hälfte der Verwaltungskosten der britischen Besatzungszone und gewährten weitere Kredithilfen.

1947 Im Gegenzug verzichtete Großbritannien schrittweise auf eine eigenständige Besatzungspolitik, z. B. auf die von der regierenden Labour-Partei vertretene Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien, und richtete seine Deutschlandpolitik an der von den USA betriebenen kapitalistischen Westintegration aus.

3. Jan. Bausenator Dr. Nevermann nannte als Zielsetzung des Hamburger Wohnungsbaus für 1947 die Instandsetzung von 25 000 beschädigten und den Neubau von 150 Wohnungen.

Bei der Belegung der Wohnungen sollte – unter dem Slogan «Sozialistisches Bauen» – der sozial schwächste Bevölkerungsteil bevorzugt werden.

In Hamburger Zeitungen erschien folgende Anzeige der Militärregierung: «Weitere 100 000 Mann könnten die Schlacht auf dem Kohlenfeld gewinnen! Kannst Du bei Deiner augenblicklichen Arbeit sagen, daß Deutschlands Wiederherstellung von Dir abhängt? Wenn Du ein Bergmann wärst, könntest Du es sagen.

Der Bergmann hat Vorrecht in der Ernährung und Hausinstandsetzung, Zigaretten, Schnaps, weil Deutschland ihn braucht.»

7. Jan. Da die Beheizung der Schulen nicht möglich war, wurden in Hamburg die Weihnachtsferien bis zum 15. Januar verlängert.

Theater und Kinos waren geschlossen. Hoch- und Straßenbahn schränkten ihren Betrieb stark ein. Je ein Drittel der Haushalte wurde zwischen 7 und 22 Uhr von der Stromversorgung abgekoppelt. Allein am 6. Januar wurden 50 Firmen aufgrund der Stromsperre stillgelegt.

8. Jan. Die Hamburger Bürgerschaft hielt ihre erste Sitzung – da auch das Rathaus nur notdürftig beheizt wurde – in Winterkleidung ab. Im Mittelpunkt stand die Krise der Energie- und Kohlenversorgung.

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 17 Personen erfroren; weitere 41 lagen mit schweren Erfrierungen in Krankenhäusern.

Über der Frage nach der Verantwortlichkeit für die Krise kam es unter den Bürgerschaftsfraktionen zu heftigen Auseinandersetzungen: Während die Senatsparteien die Energiepolitik der Militärregierung attackierten, kritisierte die CDU vor allem die – von ihr behaupteten – Versäumnisse des Senats bzw. des Brennstoffausschusses. 1947

Die Sozialverwaltung richtete Wärmehallen für die frierende Bevölkerung ein. 10. Jan.

Nachdem zum Jahreswechsel der «Verwaltungsausschuß der Gewerkschaften Hamburgs» in den «Ortsausschuß Groß-Hamburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes» umgewandelt worden war, wählte eine Delegiertenkonferenz den neuen Vorstand. Als Repräsentant des mitgliederstärksten Einzelverbandes wurde Adolph Kummernuß Vorsitzender. Geschäftsführer wurde Ernst Rathlov. 11. Jan.

Von mehr als 5 Millionen Zwangs- bzw. Fremdarbeitern, die bis zur Zerschlagung des Dritten Reiches zum Arbeitseinsatz nach Deutschland verschleppt worden waren, befanden sich noch immer ca. 234 000 allein auf dem Territorium der ehemaligen britischen Besatzungszone. 15. Jan.

Herausgerissen aus ihren sozialen Beziehungen, überwiegend in Lagern untergebracht und größtenteils ohne Arbeitsmöglichkeit, stellte ein Teil von ihnen ein erhebliches kriminelles Potential dar.

Dabei gestaltete sich insbesondere die Rückführung der aus Osteuropa stammenden Personen problematisch, da ein Teil von ihnen – aufgrund der veränderten politischen Situation in ihren Heimatländern – mit neuerlichen Zwangsmaßnahmen rechnete und deshalb nicht dorthin zurück wollte.

Während der zweiten Bürgerschaftssitzung kam es – anlässlich eines SPD-Antrages zur «Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Bergedorf und Umgebung» – zur Debatte über das weitere Schicksal von ca. 600 polnischen Zwangsarbeitern und etwa 1200 ehemaligen Soldaten der polnischen Anders-Armee, die in den Wentorfer Kasernen einquartiert waren und in deren Reihen die Verantwortlichen für mehr als

1947 hundert Raubüberfälle, Morde und sonstige Gewalttaten vermutet wurden. Der Antrag – von der Bürgerschaft einstimmig angenommen – forderte die verstärkte Überwachung und Entwaffnung der Polen und – bis zur Durchführung dieser Maßnahmen – ein totales Ausgehverbot. Darüber hinaus wurde die Militärregierung ersucht, die ehemaligen Zwangsarbeiter und Soldaten – auch gegen ihren Willen – in ihr Heimatland zurückzuführen.

16. Jan. Nach nur zehntägiger Amtszeit trat Dr. Müller vom Amt des Vorsitzenden des Zweizonen-Verwaltungsamtes für Wirtschaft zurück, nachdem ihm die Wirtschaftsminister der zur Bizone gehörenden Länder, die zu dieser Zeit – nach Regierungsum- bzw. Regierungsneubildungen – ausnahmslos von SPD-Mitgliedern gestellt wurden, das Mißtrauen ausgesprochen hatten. Als Nachfolger wurde erneut Dr. Agartz vorgeschlagen. Dieser knüpfte am 17. Januar an die Übernahme des Amtes die Forderung nach Exekutivgewalt bei der Durchführung der Planung der einzelnen Wirtschaftszweige und verlangte eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Leitung der Industrie.

Ende Jan. Innerhalb eines Monats waren in Hamburg 48 Personen erfroren; 151 weitere lagen mit Erfrierungen in Krankenhäusern. Die Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose und Lungenentzündung nahm zu.

1./2. Febr. Im Hamburger Gewerbehaus hielt das Komitee ehemaliger politischer Gefangener seine erste Delegiertenkonferenz ab. Neben Organisationsfragen, Heitgres (KPD) und Schmedemann (SPD) wurden zum ersten bzw. zweiten Vorsitzenden gewählt, standen Fragen zur Durchführung der Wiedergutmachung im Mittelpunkt.

2. Febr. Vor über 2000 sozialdemokratischen Funktionären hielt Schumacher in der «Flora» eine Rede zur Lage Deutschlands, in der er – beim Versuch einer Analyse des ökonomischen Zusammenbruchs – auch Fehler der westalliierten Besatzungspolitik kritisierte.

10. Febr. Eine vom Senat beauftragte zwölfköpfige Sachverständi-

genkommission, bestehend aus sechs SPD-, drei FDP-, zwei CDU- und einem KPD-Vertreter(n), legte ein Gutachten zur Sozialisierung der Industriebetriebe vor, das «Hamburger Sozialisierungs-Gutachten». 1947

Während CDU und FDP – in einem Minderheitsvotum – jede Sozialisierung ablehnten, sah der Entwurf von SPD und KPD die Sozialisierung folgender Industrien vor:

Bergbau, Eisen-, Stahl- und Metallgewinnung, Grundchemie, Zementindustrie, Großwerften, Energiewirtschaft, Rüstungsbetriebe und – mit Einschränkungen – die weiterverarbeitende Industrie. Um dem Argument entgegenzuwirken, Sozialisierung beinhalte eine verstärkte staatliche Einflußnahme, machte das Gutachten die Gewerk- und Genossenschaften zu Trägern der Sozialisierung. Ihre Durchführung wurde von der SPD an eine angemessene Entschädigung der bisherigen Eigner bzw. Aktionäre geknüpft. In der Frage betrieblicher Mitbestimmung blieb das Gutachten hinter den «Leitsätzen zur Wirtschaftspolitik» der SPD in den Westzonen zurück.

Insgesamt vermittelte es den Eindruck, daß sich ein Großteil der Hamburger SPD zu Beginn des Jahres 1947 dem Bürgertum der Stadt so weit verpflichtet fühlte, daß eine ernsthafte Inangriffnahme von Sozialisierungen – im Sinne einer Weichenstellung für Maßnahmen sozialistischer Planwirtschaft – nicht zu erwarten war. Allerdings zeigte die nach der Veröffentlichung des Gutachtens einsetzende parteiinterne Diskussion, daß einem Teil der Mitglieder die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weit genug gingen.

Anläßlich einer Informationsreise durch das zerstörte Europa nahm der ehemalige amerikanische Präsident Hoover an einer Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Zone in Hamburg teil. Dabei stand die Ernährungslage Deutschlands bzw. Hamburgs im Mittelpunkt.

Als Ergebnis der Reise legte Hoover am 27. Februar dem amerikanischen Präsidenten Truman den Entwurf eines Hilfsprogramms für Deutschland vor.

1947 Mit der Zonenexekutivanweisung Nr. 54 erließ die britische Militärregierung eine Verordnung zur Kategorisierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern. Danach galten fünf Kategorien:

- I umfaßte ausschließlich Personen, die Kriegsverbrechen begangen hatten. Sie mußten bei ihrer Aburteilung mit der Todes- bzw. mit hoher Gefängnisstrafe rechnen.
- II umfaßte Personen, die eine ernste Gefahr für das Wiederaufleben einer Demokratie und den Bestand des Friedens waren.
- III umfaßte Personen, die als genügend gefährlich angesehen wurden, um eine schärfere Überwachung und Kontrolle ihrer Tätigkeit zu rechtfertigen.
- IV umfaßte die Nationalsozialisten, die für am wenigsten gefährlich angesehen wurden.
- V umfaßte die Personen, die durch den Entnazifizierungsprozeß hindurchgegangen und von allen Anklagen wegen aktiver Betätigung als Nazis freigesprochen worden waren.

Von den 34 000 zu diesem Zeitpunkt in der britischen Zone Internierten wurden – nach Angaben der Militärregierung – etwa 20 000 der Kategorie I zugerechnet.

12. Febr. Angesichts der – seit den Oktoberwahlen – veränderten Mehrheitsverhältnisse in der Hamburger Bürgerschaft stellte die SPD erneut einen Antrag zur Sozialisierung der Hamburger Hochbahn A.G. Vor dem Hintergrund des zwei Tage zuvor veröffentlichten Gutachtens stand die Bürgerschaftssitzung im Zeichen einer Sozialisierungsdebatte, in deren Verlauf – sie wurde am 19. März fortgesetzt – noch einmal die Positionen aller Parteien zum Ausdruck kamen. Während ein Antrag der KPD, der die entschädigungslose Enteignung der Hochbahnaktionäre forderte, abgelehnt wurde, erhielt der SPD-Antrag – gegen die Stimmen von CDU und FDP – die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Ein nahezu gleichlautender Antrag zur Sozialisierung der Hamburgischen Electricitätswerke A.G. wurde am 2. April

mit Zweidrittelmehrheit angenommen und – wie der Be- 1947
schluß zur Hochbahn – der Militärregierung zur Zustim-
mung vorgelegt.

In Nienburg hielt die DAG ihren ersten Kongreß ab. In ei- 12./
ner Entschließung lehnten die Teilnehmer das Prinzip der In- 14. Febr.
dustriegewerkschaften – unter Einbeziehung der Angestell-
ten – ab. Statt dessen forderten sie die Angestellten aller Be-
rufgruppen auf, der DAG beizutreten. Zugleich wurde je-
doch die Mitgliedschaft der DAG in einem zu bildenden
Deutschen Gewerkschaftsbund für unabdingbar erklärt und
die Solidarität der DAG im Kampf um Wirtschaftsdemokra-
tie betont.

Der Kongreß beschloß außerdem die Umwandlung der
DAG in Hamburg in eine zentrale Organisation für den Ge-
samtbereich der britischen Zone.

Infolge der Energiekrise arbeiteten in Hamburg 900 Be- 18. Febr.
triebe mit 31 000 Beschäftigten nicht mehr. In ca. 200 der 300
Schulen fiel der Unterricht aus. Gaststätten schlossen an zwei
bis drei Tagen in der Woche; Einzelhandelsgeschäfte öffneten
nur noch zwischen 10 und 14 Uhr.

Nach wie vor bestand die Hauptaufgabe der Polizei in der
Bekämpfung des Schwarzmarktes.

Die in Hamburg in der «Arbeitsgemeinschaft der Freien 24. Febr.
Wohlfahrtspflege» zusammengeschlossenen Verbände (Ar-
beiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz und Innere
Mission) organisierten in Großküchen und Ausgabestellen
die Verpflegung von 42 000 Kindern und 35 000 Erwachse-
nen. Diese sogenannte «Schwedenspeisung» stellte für die
meisten der Versorgten die einzige Möglichkeit dar, täglich an
eine warme Mahlzeit zu kommen.

Die Stromabschaltungen bewirkten in Hamburg ein ra- 25. Febr.
sches Ansteigen der Arbeitslosenzahl: 38 480 Personen,
29 446 von ihnen Männer, waren arbeitslos gemeldet. Bis
zum 11. März wuchs diese Zahl auf 42 000 an, wobei der An-
teil der männlichen Arbeitslosen bei 33 000 lag. Zu diesem
Zeitpunkt waren 1354 Betriebe geschlossen.

- 1947 Die Hamburger CDU machte die Beteiligung von Senator
26. Febr. Borgner am Mißtrauensvotum gegen Dr. Müller vom 16. Januar zum Gegenstand einer Anfrage in der Bürgerschaft. In der Besprechung der Anfrage kam es über der Kontroverse zum Verhalten Borgners zur Darlegung der divergierenden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen insbesondere von SPD und CDU.
28. Febr. Da auch die Hamburger Universität nicht beheizt werden konnte, wurden die Semesterferien bis zum 15. April verlängert.
- Ende In den ersten beiden Monaten des Jahres erfroren in Ham-
Febr. burg 73 Personen; mehr als 200 Menschen lagen mit schweren Erfrierungen in den Krankenhäusern der Stadt.
- Die Zahl der Sterbefälle war in diesem Zeitraum in Hamburg mit 5683 fast doppelt so hoch wie die Geburtenzahl von 3062.
- Nach der Krise der letzten Monate kam es zu einer Besserung in der Hamburger Kohlenversorgung. Mit ca. 3900 Tonnen täglich konnte der Energiebedarf der Stadt nun wieder weitgehend normalisiert werden.
7. März In einem weiteren, seit dem 5. Februar im Curio-Haus stattfindenden Neuengamme-Prozeß gegen sieben ehemalige Angehörige der Wachmannschaften des Außenlagers Wilhelmshaven-Banterweg wurde das Urteil verkündet. Es lautete in einem Fall auf Tod durch Erhängen, in vier Fällen auf 15 Jahre Gefängnis und jeweils in einem Fall auf vier Jahre bzw. 18 Monate Gefängnis.
- 11./ In Frankfurt traf sich ein Organisationsausschuß von An-
12. März gestelltenvertretern aller Besatzungszonen zu einer Besprechung über den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Angestellten. Die Entschließung der Teilnehmer, das «Frankfurter Abkommen», forderte die Schaffung eigenständiger Angestelltengewerkschaften im Rahmen eines umfassenden Gewerkschaftsbundes.
12. März In einer Rede vor dem Senat und dem Repräsentantenhaus in Washington sicherte der amerikanische Präsident Truman

den «freien Völkern» den Beistand der USA im Kampf gegen die kommunistische Bedrohung zu. Vor dem Hintergrund der zu dieser Zeit in Moskau stattfindenden fünften Außenministerkonferenz der vier Großmächte trug diese Erklärung zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Westalliierten und der UdSSR bei und machte eine Einigung der Besatzungsmächte in der Frage einer deutschen Zentralregierung noch unwahrscheinlicher. 1947

Unter Beteiligung von Vertretern der Konsumgenossenschaften der Westzonen und – als Gästen – der ostzonalen Genossenschaften tagte in Hamburg der 1. Deutsche (Nachkriegs-)Genossenschaftstag. 26./27. März

Neben organisatorischen Fragen stand der wirtschaftspolitische Stellenwert der Konsumgenossenschaften beim Wiederaufbau im Vordergrund. In seinem Referat «Neue Formen der Wirtschaft» sagte Dr. Agartz:

«... Das Wirtschaftssystem, das über 200 Jahre lang die Welt beherrscht hat, ist zusammengebrochen. Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche und haben die Aufgabe, eine Wirtschaftsdemokratie zu gestalten. Die Genossenschaft wird die neue Form einer neuen Ordnung sein. Sie bekommt jetzt ihren ideellen Sinn und ihre wirtschaftspolitische Bedeutung. ...»

Als Beispiel für den genossenschaftlichen Wiederaufbau legte die «Produktion» in Hamburg folgende Zahlen vor: Bei einem Umsatz von 22 Millionen Reichsmark im Jahre 1946 hatte das Unternehmen 1320 Beschäftigte. 134 Gemischtwarenläden, 45 Schlachtereien und 26 Brotläden waren der Genossenschaft angeschlossen.

Die Hamburger Gewerkschaften richteten an alle in Frage kommenden alliierten und deutschen Dienststellen folgende Forderungen: 28. März

1. Beschleunigte Rückführung aller noch in alliierten Händen befindlichen Kriegsgefangenen.
2. Genehmigung zum Bau und Betrieb einer deutschen

- Walfangflotte, um in der Fettversorgung von ausländischer Ernährungshilfe unabhängig zu sein.
3. Sofortige Erhöhung der Ernährung auf 3000 Kalorien, wobei auch der Anteil an Fett und Eiweiß entsprechend der Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes heraufzusetzen ist.
 4. Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Arbeitskleidung und Schuhen. Nur dann kann die Arbeit in vollem Umfange verrichtet werden.
 5. Sofort einzuleitende Kohlenvorratswirtschaft für Haushaltungen und die Industrie, um künftig Schwierigkeiten zu vermeiden, wie sie in diesem Winter auftraten.
 6. Schaffung erträglicher Wohnverhältnisse für die arbeitende Bevölkerung. Vollständige Unterbindung der Verwendung vorhandenen Baumaterials und von Arbeitskräften für den Ausbau von Handelsgeschäften (Gaststätten, Schlachterläden usw.) zugunsten des Wohnungsbaues.
 7. Aufhebung aller Einschränkungen des Arbeitsplatzwechsels.
 8. Sofortige Sozialisierung der Grundstoffindustrien, um den Einfluß der industriellen Machthaber in der Wirtschaft zu brechen.
 9. Mitbestimmung und Mitverantwortung der Gewerkschaften in der Wirtschaft entsprechend ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung und Aufgabe.
 10. Beseitigung aller Zonengrenzen in Deutschland, damit die Wirtschaft die Möglichkeit hat, sich im gesamtdeutschen Rahmen zu betätigen.»

Der Hamburger Senat erließ folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung: «Die Winterkälte ist vorbei. Strom und Gas stehen wieder zur Verfügung. Trotzdem dauern die Kohlendiebstähle an, und zwar offensichtlich für die Zwecke des Schwarzen Marktes. Organisierte Banden sind nicht davor zurückgeschreckt, die Polizei tötlich anzugreifen. Eine er-

hebliche Anzahl von Beamten ist schwer verletzt worden. 1947

Der Senat ist nicht gewillt, diese Zustände länger zu dulden. Die Polizei wird daher in Zukunft alle Kohlendiebe als Schwarzhändler betrachten und entsprechend behandeln. Wenn keine anderen Mittel helfen, werden die Beamten von jetzt an von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Die Bevölkerung wird zum letzten Mal aufgefordert, sich von der Eisenbahn fernzuhalten. Wer das nicht tut, begibt sich in Lebensgefahr und hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Väter, Mütter und Erzieher: Achtet auf Eure Kinder!»

In Hannover wurde die «Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft» gegründet. Dr. Rehfeldt und Paul Bresk (Hamburg) wurden zum ersten bzw. zweiten Vorsitzenden gewählt. 29./30. März

Nachdem in einigen Städten des Ruhrgebietes täglich weniger als 900 Kalorien zur Verteilung kamen und die Ernährungswirtschaft in der gesamten britischen Besatzungszone zusammenzubrechen drohte, kam es – insbesondere an Rhein und Ruhr – zu Proteststreiks und Hungerdemonstrationen. Die Arbeiterparteien nahmen die Streiks zum Anlaß, der Militärregierung einen Forderungskatalog mit Sofortmaßnahmen zu unterbreiten. Anfang Apr.

Allein in dieser Woche nahmen Sonderkommandos der Hamburger Polizei 387 Schwarzhändler in Haft und führten sie dem Schnellrichter vor. 3./9. Apr.

Senat, Polizei, Gewerkschaften und Parteien veröffentlichten in den Hamburger Zeitungen Aufrufe an die Bevölkerung, sich nicht länger auf dem Schwarzen Markt zu betätigen. Das neue Kontrollratsgesetz Nr. 50 sah eine Bestrafung für Schwarzhändler von 6 Monaten Gefängnis bis zu lebenslänglichem Zuchthaus vor. Zusätzlich konnten Geldstrafen zwischen 5000 und 5 Millionen Reichsmark verhängt werden. Die Hamburger Polizeiführung beantragte beim Senat die Heranziehung von Schwarzmarkthändlern und Lebensmittelschiebern zu sozialen Arbeitsleistungen, ge-

1947 gegebenenfalls in Arbeitslagern unter Aufsicht des Arbeitsamtes.

11. Apr. Die Hamburger Schulverwaltung veröffentlichte das Ergebnis einer Umfrage über die sozialen Verhältnisse der Jugendlichen. Danach hatten 46 % der Hamburger Schulkinder kein eigenes Bett. Sie mußten es mit Erwachsenen oder Geschwistern beiderlei Geschlechts teilen oder auf dem Boden, in Kisten und auf Stühlen schlafen.

Nur 32,8 % wohnten in eigenen Wohnungen; die übrigen zur Untermiete, in Kellern und Behelfsheimen.

Bei 13,4 % ernährte die Mutter allein die Familie und bei 12,7 % hatten weder Vater noch Mutter einen Beruf.

80 % der Hamburger Schulkinder waren ausgebombt.

Bei Straftaten – vor allem bei Kohlendiebstählen – lag der Anteil der Jugendlichen ungefähr bei 20 %.

15. Apr. In einem Aufruf «So geht es nicht weiter» beschrieb der Vorstand der Hamburger SPD-Landesorganisation die desolater Ernährungslage der Stadt und richtete seinerseits einen Forderungskatalog an die Militärregierung, der sich in wesentlichen Teilen an den Gewerkschaftsforderungen vom 28. März orientierte.

20. Apr. Erstmals fanden in der britischen Besatzungszone Landtagswahlen statt. In Schleswig-Holstein erhielt die SPD 43, die CDU 21 und die Südschleswigsche Vereinigung 6 Sitze.

Am 29. April wurde der bisherige Innenminister Hermann Lüdemann (SPD) mit der Kabinettsbildung betraut und bildete eine rein sozialdemokratische Landesregierung.

In Niedersachsen erhielt die SPD 66, die CDU 31, die NLP 25, die FDP 13, die KPD 8 und das Zentrum 6 Sitze. Hier wurde Hinrich Kopf (SPD) erneut Ministerpräsident und bildete am 11. Juni eine Allparteienregierung.

In Nordrhein-Westfalen erhielt die CDU 92, die SPD 64, die KPD 28, das Zentrum 20 und die FDP 12 Sitze.

Am 27. Juni wurde Karl Arnold (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt und bildete eine Koalitionsregierung aus CDU, SPD, KPD und Zentrum.

Zum ersten Mal erschien die Zeitung der Gewerkschaften in der britischen Besatzungszone, «Der Bund». Bei einer Gesamtauflage von 1 700 000 entfielen auf den Bezirk Nordmark 300 000 Exemplare. 1947 22. Apr.

Die Hamburger Bürgerschaft befaßte sich mit der Frage der Wiedergutmachung an den während des Nationalsozialismus aus politischen und rassistischen Gründen Verfolgten. 23. Apr.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren in dieser Hinsicht keinerlei praktische Maßnahmen erfolgt. Ein von der Bürgerschaft im Oktober 1946 bewilligter Betrag von 1 Million Reichsmark, der dem Zweck der darlehensweisen Vorauszahlungen auf Wiedergutmachungsforderungen an während des Dritten Reiches verfolgte und geschädigte Personen dienen sollte, war von der Militärregierung gesperrt worden. Alle Bürgerchaftsfraktionen stimmten Anträgen von CDU und SPD zu, wonach der Senat ersucht wurde, einen Plan für die praktische Regelung der Wiedergutmachungsansprüche Hamburger Bürger vorzulegen und über die bisherige Wiedergutmachungsarbeit Bericht zu erstatten. Darüber hinaus wurde die Freigabe der gesperrten 1 Million Reichsmark beantragt, um so besonders Bedürftigen geldliche Hilfe zu ermöglichen.

In Moskau endete die fünfte Außenministerkonferenz der vier Großmächte erneut ohne eine Einigung in der Deutschlandfrage. Lediglich die Rückführung aller deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 wurde vereinbart. 10. März/ 24. Apr.

In Bielefeld wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) – als Dachverband für 15 Gewerkschaften – für den Bereich der britischen Zone gegründet. 22./ 25. Apr.

Zum Vorsitzenden wurde Hans Böckler, zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Matthias Föcher und Albin Karl gewählt. Sitz des Bundesvorstands wurde Düsseldorf, wo dieser am 1. Juli seine Tätigkeit aufnahm.

Bereits auf der ersten konstituierenden Sitzung des Bundesvorstandes am 19./20. Mai in Nienburg einigte man sich über eine Aufgabenteilung. Danach gliederten sich die Zuständigkeitsbereiche wie folgt:

1947 Böckler: Repräsentation des Bundes, Wirtschaftspolitik.
Föcher: Bildung, Jugend, Schulung.
Karl: Arbeitsrecht und Sozialpolitik.
Hans Böhm: Werbung, Presse, Rundfunk.
Hans vom Hoff: Organisation.

27. Apr. Mehr als 800 Delegierte nahmen im Saal der Elbschloßbrauerei in Klein-Flottbek am Landesparteitag der Hamburger SPD teil, der am 18. Mai in den Harvestehuder Lichtspielen fortgesetzt wurde. Meitmann und Schmedemann wurden erneut zum ersten bzw. zweiten Vorsitzenden der Landesorganisation gewählt. In seinem Referat ging Meitmann auf die Ernährungslage Hamburgs ein und beschrieb – im Sinne der sozialdemokratischen Sozialisierungsforderungen – die wirtschaftlichen Erfordernisse zur Bewältigung der Versorgungskrise. Daneben standen Organisationsfragen des inzwischen mehr als 50 000 Mitglieder umfassenden Landesverbandes sowie Presse-, Publizistik- und Propagandafragen der Partei im Vordergrund.

30. Apr. In Hamburg kam der Zonenbeirat zu seiner letzten Sitzung zusammen. Als Vertreter der britischen Militärregierung gab General Robertson die Umwandlung des bislang nahezu einflußlosen Gremiums in einen politischen Beirat für die britische Zone bekannt. Der neue Beirat sollte sich aus 30 von den Landtagen gewählten Mitgliedern zusammensetzen. Dabei entfielen 15 Mitglieder auf Nordrhein-Westfalen, 8 auf Niedersachsen, 4 auf Schleswig-Holstein und 3 auf Hamburg. Über seine beratende Funktion hinaus erhielt das Gremium die Befugnis, die exekutiven Hilfsorgane der Militärregierung, die Zentralämter, in allen Fragen der Verwaltung um Auskunft zu ersuchen. Eigenständige Exekutivvollmacht wurde dem politischen Beirat nicht zugestanden.

1. Mai Wie schon 1946 kam es bei den Vorbereitungen der Mai-kundgebung zu Kontroversen: Der DGB lehnte die von SPD und KPD getrennt geplanten Umzüge ab. Schließlich rief die SPD in Hamburg zur Beteiligung an der Gewerkschaftskundgebung in «Planten un Blomen» auf, an der ca. 60 000

Personen, darunter zahlreiche Kommunisten, teilnahmen. 1947
Die KPD hielt eine eigene Kundgebung ab, auf der Max Reimann als Hauptredner auftrat. Dieser warb – neben der Forderung nach Herstellung der deutschen Einheit und der Sozialisierung der Großindustrien – vor allem für die Bildung der SED in den Westzonen und ging dabei – ungeachtet der vorangegangenen ablehnenden Äußerungen von seiten der SPD – von deren baldiger Realisierbarkeit aus.

Auf der Kundgebung in «Planten un Blumen» hielt Henry Rutz, der Repräsentant der «American Federation of Labor» (AFL) in Europa, das Hauptreferat. Seine Äußerungen zeigten, wie weit sich die Gegensätze zwischen den Alliierten des Zweiten Weltkrieges verfestigt hatten. In seiner Rede, in der der «Kampf um die Sache der freien Arbeit» im Mittelpunkt stand, kündigten sich Positionen des Kalten Krieges an.

Aufgrund einer neuerlichen Verknappung der Lebensmittel – inzwischen war die tägliche Kalorienzuteilung auf ca. 800 gesunken – führten die Werftarbeiter von «Blohm & Voss» einen vierstündigen Sitzstreik durch; Delegationen der Betriebsräte trugen ihre Forderungen im Hamburger Rathaus und bei der Gewerkschaftsführung vor. 7. Mai

Im Hamburger Gewerkschaftshaus beschloß eine Vertreterversammlung der Gewerkschaften für den 9. Mai Proteststreiks in allen Hamburger Betrieben (mit Ausnahme der Energie-, Lebensmittel- und Verkehrsunternehmen). 8. Mai

An der «Hungerdemonstration» vor dem Gewerkschaftshaus beteiligten sich etwa 200 000 Personen. Als Vorsitzender des Ortsausschusses der Gewerkschaften erhob Kummernuß gegenüber der britischen Militärregierung folgende Forderungen: 9. Mai

– Hamburg und das Ruhrgebiet, die ohne eigene Versorgungsmöglichkeiten waren, sollten zum Notstandsgebiet erklärt werden.

– Das Landeswirtschaftsamt sollte – in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – alle in Hamburg und Umgebung befindlichen Lebensmittellager überprüfen, um die dort gehör-

1947 teten Lebensmittelbestände der Bevölkerung unverzüglich zuzuführen.

– In die Kontrolle der mit der Erfassung und Verteilung betrauten Stellen sollten Gewerkschaftsvertreter einbezogen werden.

14. Mai Ein Antrag aller Bürgerschaftsfraktionen unterstützte die Gewerkschaftsforderungen vom 9. Mai und forderte den Senat auf, diese gegenüber der Besatzungsmacht zu vertreten.

In einer Bürgerschaftsdebatte um das Hamburger Wahlrecht forderten CDU, FDP und KPD bei kommenden Wahlen die Wiedereinführung des Verhältniswahlrechts. Die Abgeordneten der SPD, die als einzige von dem im Oktober 1946 geltenden Modus des Mehrheitswahlrechts profitiert hatte, leiteten den Antrag an den Verfassungsausschuß zur Bearbeitung weiter.

Mitte Mai Auf einer Pressekonferenz gab die Militärregierung bekannt, daß sechs weitere Hamburger Industriebetriebe demontiert werden sollten. Die betroffenen Werke waren die Avia-Fabrik für Luftfahrtbetriebe und die Firma Ernst Pump, Präzisionsmechanik, die beide zu diesem Zeitpunkt voll ausgelastet arbeiteten, die stillliegenden Hamburger Metall-Walzwerke Georg Dittmann und die Continental Metall AG sowie die Firma Kampnagel und der technische Betrieb der HAPAG, die nur teilweise demontiert werden sollten.

Ferner waren acht Handwerksbetriebe (fünf Unternehmen der Feinmechanikerinnung, drei Maschinenbauwerkstätten) für Reparationszwecke vorgesehen.

24. Mai In Stuttgart erklärte der bizonale Ernährungs- und Landwirtschaftsrat – mit Zustimmung beider Militärregierungen – Hamburg und das Ruhrgebiet zu Notstandsgebieten.

Mit dieser Anerkennung wurden beide Gebiete der direkten Betreuung durch den Ernährungs- und Landwirtschaftsrat unterstellt, was – zumindest theoretisch – einer bevorzugten Belieferung der Gebiete mit zur Verfügung stehenden Lebensmitteln gleichkam.

27. Mai Um Reserven für den kommenden Winter anzulegen, kün-

digte die britische Militärregierung eine zehnprozentige 1947
Stromkürzung in Hamburg an. Mit dieser Maßnahme sollten
100 000 Tonnen Kohle für die HEW bereitgestellt werden.
Für Industrie und Handwerk, die aufgrund der ausgebliebenen
Kohlenlieferungen von Dezember 1946 bis Ende April
1947 weitgehend stillgelegt hatten, bedeutete dies eine erneute
Infragestellung der Produktion.

Vertreter der britischen und amerikanischen Militärregie- 29. Mai
rung unterzeichneten ein Abkommen über die Errichtung
des Zweizonen-Wirtschaftsrates für die Länder der beiden
Besatzungszonen. Sitz des Rates wurde Frankfurt a. M. Seine
54 stimmberechtigten Mitglieder setzten sich aus Vertretern
der 8 Länder beider Zonen zusammen, die von den Länderparlamenten
benannt wurden. Dabei entfielen – auf der Grundlage der Bevölkerungsdichte
beider Zonen – 31 Mandate auf die britische und 23 auf die amerikanische
Zone (Nordrhein-Westfalen stellte 16, Niedersachsen 9, Schleswig-Holstein
4, Hamburg 2; Bayern 12, Württemberg-Baden 5, Hessen 5 und Bremen 1
Vertreter).

Auf der Basis der Landtagswahlen nahmen die Militärregierungen
folgende Aufteilung nach Parteizugehörigkeit vor: CDU 21, SPD 20,
FDP-LDP-DVP 5, KPD 3, Zentrum und Deutsche Partei je 2,
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung Bayern 1.

Neben dem Wirtschaftsrat wurde ein Exekutivrat eingerichtet,
dem jeweils ein Repräsentant der acht Länder angehörte. Seine
Mitglieder – sechs gehörten der SPD, zwei der CDU an – nahmen
an den Wirtschaftsratsitzungen als nicht stimmberechtigt teil und
setzten deren Beschlüsse um.

Die Hamburger Vertreter waren der Geschäftsführer der
«Produktion», Gustav Dahrendorf (SPD) und der ehemalige Senator,
CDU-Vorsitzende (seit dem 14. Januar 1946) und Kaufmännische
Direktor der Palmolive-Werke in Hamburg, Max Detlev Ketels.
Hamburger Mitglied des Exekutivrates wurde Dr. Bernhard Hansen
(SPD).

Aufgabe des Wirtschaftsrates war die Erarbeitung allge-

1947 meiner Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau beider Zonen als ungeteiltem Wirtschaftsgebiet. Diese Richtlinien bedurften der Genehmigung der Militärregierungen.

30./ 31. Mai In Hamburg nahmen 600 Kommunisten, 200 Sozialdemokraten und 100 Parteilose am Parteitag des KPD-Landesverbandes Wasserkante teil. Gundelach und Grünert wurden zum ersten bzw. zweiten Vorsitzenden gewählt.

Der Parteitag stand ganz im Zeichen der Bildung der SED in den Westzonen. In seinem Hauptreferat zum Thema «Für die Einheit der sozialistischen Bewegung in ganz Deutschland» betonte Reimann den antifaschistisch-demokratischen Vorbildcharakter der sowjetischen Besatzungszone. Zugleich wurde die SPD-Führung wegen ihrer Absage an eine Parteienverschmelzung in den Westzonen scharf kritisiert.

5. Juni Der amerikanische Außenminister George C. Marshall bot den europäischen Ländern ein gegenseitiges Hilfs- und Wiederaufbauprogramm (Marshall-Plan) an, wobei die USA die hierzu notwendige Wirtschafts- und Kredithilfe bereitstellten. Deutschland sollte in das Programm einbezogen werden.

An der Frage einer Anlehnung an die USA entzündeten sich Diskussionen innerhalb der Arbeiterparteien. Während die KPD den Marshall-Plan als Rekapitalisierung Deutschlands ablehnte, gingen die Positionen bei der SPD auseinander. So sprach sich Herbert Wehner im Mitteilungsblatt der Hamburger Landesorganisation für eine Annahme des Wirtschaftsplanes aus, während eine Minderheit der Funktionäre eine Ankopplung an die USA ebenso ablehnte wie an die UdSSR. Diese Position vertrat beispielsweise Helmut Schmidt.

In München begann die erste (und einzige) gesamtdeutsche Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutscher Länder. Gegenstand der Beratungen sollte eine gemeinsame Vorlage an die Militärregierungen über Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Deutschland sein. Bei der Vorbesprechung forderten die fünf Ministerpräsidenten der

Länder der sowjetischen Besatzungszone, als ersten Tages- 1947
ordnungspunkt folgenden Antrag zu behandeln: «Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zur Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften, um einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen.» Als dieser Antrag von den Vertretern der Westzonen abgelehnt wurde, verließen die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone die Konferenz.

In der am 8. Juni abgegebenen Abschlusserklärung der Regierungschefs, an der aus Hamburg Senator Borgner mitwirkte, wurden Entschließungen zur Kohlenfrage, zur Behebung der Ernährungskrise bzw. der Wirtschaftsnot und über grundsätzliche Fragen der deutschen Wirtschaft und des Besatzungsrechts bekanntgegeben.

Während die bürgerlichen Parteien, die Gewerkschaften 7. Juni
und die SPD die Einrichtung des Wirtschaftsrates in der Hoffnung auf eine Belebung der Wirtschaft und eine Besserung der Ernährung bzw. allgemeinen Versorgung begrüßten, wurde sie von der KPD und der UdSSR abgelehnt.

Das anglo-amerikanische Abkommen über die Bildung des 10. Juni
Zweizonen-Wirtschaftsrates trat in Kraft. Der Rat sollte seine Funktion «bis zur Bildung von Regierungs- und Verwaltungsstellen für ganz Deutschland» ausüben.

Auf der konstituierenden Sitzung am 25. Juni wurde Dr. Erich Köhler (CDU), bisheriger Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Wiesbaden, zum Präsidenten des Rates gewählt. Vizepräsident wurde der Hessische Justizminister Georg-August Zinn (SPD).

Inzwischen kritisierten SPD und KPD die Verteilung der 54 Ratssitze durch die Militärregierungen, da diese den tatsächlichen Wahlergebnissen nicht entspreche und eine klar erkennbare Tendenz nach rechts signalisiere. Lege man die Wahlen vom 20. April zugrunde, werde offenkundig, daß SPD, KPD und Zentrum gegenüber CDU, FDP und NLP benachteiligt worden seien; z. B. erhalte die CDU im Rat ein Mandat mehr als die SPD, obwohl sie nur einen Vorsprung

1947 von 13 000 Stimmen habe, während die KPD, die 73 000 Stimmen mehr als die FDP bekommen habe, nur 3 – bei 5 Mandanten der FDP – erhalte. SPD und KPD kündigten Änderungsanträge zur Zusammensetzung des Rates bei den alliierten Behörden an, die allerdings erfolglos blieben. Der Parteienwettbewerb um die Besetzung wirtschaftspolitischer Schlüsselpositionen eskalierte in der Nachtsitzung vom 23. Juli: Bei den Direktorenwahlen für die fünf Hauptverwaltungen des Rates, die die Arbeit der bisherigen Zweizonenämter fortführen sollten, kam es zu keiner Einigung. SPD und CDU beanspruchten gleichermaßen die Leitung der «Hauptverwaltung für Wirtschaft». In der anschließenden Abstimmung unterlagen die Vertreter der Arbeiterparteien in sämtlichen Wahlgängen: alle Direktorenposten der Hauptverwaltungen (Wirtschaft, Ernährung, Finanzen, Verkehr, Post und Fernmeldewesen) wurden mit CDU- bzw. CSU-Anhängern besetzt.

11. Juni In Hamburg hielt der neue Zonenbeirat seine erste Sitzung ab. Dabei legte die Militärregierung eine Verordnung über die Durchführung der Bodenreform in der britischen Zone zur Begutachtung vor.

Danach sollte jeglicher Boden, der eine Fläche von 150 ha oder einen Einheitswert von 200 000 RM überschritt, enteignet und die Eigentümer entschädigt werden. Die ehemaligen Eigentümer sollten anschließend die enteigneten Flächen unter bestimmten Voraussetzungen erneut pachten bzw. bewirtschaften können. Überdies sollten sie selbst den abzutretenden Teil ihres Bodens bestimmen. Während die CDU der Vorlage zustimmte, lehnten SPD und KPD die Verordnung als völlig unzureichend ab.

12. Juni In Hamburg diskutierte eine Landesdelegiertenversammlung der SPD Leitsätze für ein «sozialistisches Schulprogramm». Dabei sprachen sich die Delegierten für eine neun Schuljahre umfassende Staatsschule aus, wobei eine mindestens sechsjährige gemeinsame Schulausbildung befürwortet wurde. An diese sollten sich weiterführende Schulzüge für handwerkliche, technische, wissenschaftliche und künstlerische

sche Ausbildung anschließen. Während des neunten Schuljahres sollte die Vorbereitung auf die Berufswahl im Vordergrund stehen. Prinzipiell wurde die Einheitsschule – als Gegenpol zur Favorisierung getrennter Schulformen durch das Bürgertum – gefordert. Diese gelte es – im Sinne sozialistischer Erziehung – als Arbeitsschule zu konzipieren. 1947

Diesen Überlegungen stand allerdings die aktuelle schulpolitische Lage entgegen: 87 von 100 Lehrern waren älter als vierzig Jahre; die Junglehrerschaft – als potentieller Träger pädagogischer Neuorientierung – fehlte fast völlig.

Im Hamburger «Waterloo-Theater» wurde der Film «In jenen Tagen» uraufgeführt. Unter der Regie von Helmut Käutner seit August 1946 unter anderem in Hamburg gedreht, war es die erste Filmproduktion in der britischen Besatzungszone nach der Kapitulation. 13. Juni

Auch nach der Erklärung Hamburgs zum Notstandsgebiet besserte sich die Lebensmittelversorgung kaum. Noch immer betrug die tägliche Zuteilung nur 1100 Kalorien. 17. Juni

Infolge ausbleibender Baustofflieferungen ließ sich das Hamburger Bauprogramm nicht realisieren. Die ursprüngliche Planung der Militärregierung, in Hamburg – im Rahmen des «Hamburg-Projektes», d. h. eines Wohnungsbauprogramms für Angehörige der Militärregierung – 27 000 Wohnungen zu errichten, wurde auf 6000 Wohnungen gekürzt, wobei selbst dieses niedrigere Ziel nicht erreicht werden konnte. 18. Juni

Die Schaffung eines Kohlenvorrats für den kommenden Winter erwies sich als schwierig. Da der Anteil der Haushalte am Hamburger Stromverbrauch mit 40 % weit höher war als der Verbrauch von Industrie (17 %), Handwerk und Gewerbe (13 %) zusammen, war die von der Militärregierung angestrebte Einsparung von 30 000 bis 40 000 Tonnen Kohle allein durch eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben und Geschäften nicht zu erreichen. Vielmehr mußte in allen Bereichen insgesamt 20 % weniger Strom verbraucht werden – was einer neuerlichen Stilllegung von Industrie und Handwerk und einer zusätzlichen Belastung der ohnehin äußerst

1947 angespannten Lage der Bevölkerung gleichgekommen wäre. Infolgedessen verzichteten die HEW zunächst auf Zwangsmaßnahmen und riefen alle Verbraucher zu freiwilligen Einsparungen auf. Allerdings kam es Anfang Juli – da die erhofften Einsparungen ausblieben – erneut zu Zwangsabschaltungen ganzer Stadtbezirke.

21./ 22. Juni Nach wie vor verbot die Militärregierung jede politische Jugendarbeit. Im Bestreben, die gewerkschaftliche Jugendarbeit – u. a. durch Wochenendkurse und gemeinsame Urlaubsfahrten in Zeltlager – attraktiver zu gestalten, veranstaltete die Hamburger Gewerkschaftsjugend mit 600 Teilnehmern in Sprötze eine eigene Sonnenwendfeier. Andere Sonnenwendfeiern wurden in Hamburg vom Volkskulturverband in «Planten un Blomen» und von den Hamburger Falken in der Fischbeker Heide abgehalten. Dazu kamen Feiern in einzelnen Stadtteilen.

23. Juni Im Boberger Moor arbeiteten 350 Männer in der Torfgewinnung. Auch aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen waren Torflieferungen nach Hamburg als zusätzliches Heizmaterial für den kommenden Winter zugesagt.

Von seiten der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien wurden erneut Forderungen nach Einführung von Zwangsarbeit für Schwarzhändler und in Neuengamme internierte ehemalige nationalsozialistische Funktionäre im Torfabbau erhoben, um deren Bestrafung auf diese Weise eine soziale Funktion zu geben. Als Konsequenz dieser Forderungen wurden am 3. Juli erstmals 180 Neuengamme-Häftlinge – unter Bewachung – in drei Schichten bei der Torfgewinnung in Boberg eingesetzt.

1. Juli Im Hamburger Curio-Haus begann der Prozeß gegen 18 SS-Führer und Gestapo-Beamte, die 1944 an der Erschießung 50 britischer Fliegeroffiziere beteiligt gewesen waren. 14 Angeklagte wurden am 3. September zum Tod durch Erhängen, je zwei zu lebenslänglichen bzw. zehnjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Mittlerweile waren 20 000 Hamburger von den Ausquar-

tierungen durch die britische Militärregierung betroffen. 1947
8490 Wohnungen waren bisher für englische Familien requi-
riert worden. Darüber hinaus wurden die ohnehin unerträg-
lichen Wohnverhältnisse durch eine Bevölkerungszunahme
von durchschnittlich 8000 Personen im Monat zusätzlich ver-
schlechtert.

Inzwischen waren 3,7 der 43 Millionen cbm Trümmer-
schutt, die die Bombardierungen in Hamburg hinterlassen
hatten, beseitigt. Der Trümmerschutt wurde auf sieben Ablade-
plätzen – von denen der größte mit einem Fassungsvermögen
von 20 Millionen cbm im Stadtteil Horn nahe der Reichs-
autobahn lag – verteilt. Daneben wurden in einzelnen Stadt-
teilen Anlagen zur Herstellung von Baustoffen aus den Trüm-
mern betrieben.

Im Rahmen der Neugründung gewerkschaftlicher Unter-
nehmen nahm der am 1. Januar 1920 gegründete, 1933 von
den Nationalsozialisten übernommene «Großhamburgische
Bestattungsverein e.V.» seine Tätigkeit wieder auf.

Die drei staatlichen Hamburger Theater (Hamburger Staats- 28. Juni/
oper, Deutsches Schauspielhaus, Thalia Theater) traten im Städ- 2. Juli
tischen Saalbau in Recklinghausen fünf Tage lang zugunsten
der Unterstützungskassen der Zeche «König Ludwig» auf.

Die Theaterleute bedankten sich mit ihrem Gastspiel für
die illegalen Kohlenlieferungen der Bergleute an die Theater
im Winter 1946/47. Auf diese Weise zahlte man die Schulden
mit dem einzig verfügbaren Angebot zurück: Kohle für
Kunst, Kunst für Kohle. Ab 1948 wurde das Gastspiel – nach-
dem der DGB und die Stadt Recklinghausen eine «Gesell-
schaft zur Durchführung der Ruhrfestspiele» gegründet hat-
ten – unter Beteiligung anderer Bühnen regelmäßig durchge-
führt. Otto Burrmeister, bisher Verwaltungsdirektor des
Deutschen Schauspielhauses Hamburg und Initiator der
Kohletransporte zur Versorgung der Theater, wurde zum
Kulturreferenten des DGB berufen.

Unter Teilnahme von 292 Delegierten (darunter 18 aus 29. Juni/
Hamburg) und 20 Vertretern von zwölf sozialistischen Par- 2. Juli

1947 teien hielt die SPD in Nürnberg einen (Reichs-)Parteitag ab. In Stellungnahmen zu nahezu allen politischen Bereichen bekannte sie sich u. a. zum Marshall-Plan und zur Einheit Deutschlands.

Im wirtschaftspolitischen Bereich standen Bekenntnisse zu geplanter bzw. gelenkter Wirtschaft, zur Sozialisierung der Grundstoffindustrien und zur Herstellung der Wirtschaftsdemokratie neben der Anerkennung der marktwirtschaftlichen Funktion des freien Unternehmers. Im Agrarbereich wurde die Forderung nach einer Bodenreform mit der Höchstgrenze für Grundbesitz in einer Hand von 100 ha bekräftigt. Initiativen zur Rehabilitierung und wirtschaftlichen Hilfe für Opfer des Faschismus wurden ebenso beschlossen wie ein – jährlich am ersten Septembersonntag von allen Ortsvereinen abzuhaltender – Antikriegstag. Organisatorisch erfolgte die Erweiterung des Parteivorstandes, dem – künftig – mindestens vier Frauen angehören sollten. Schumacher und Ollenhauer wurden als erster bzw. zweiter Vorsitzender bestätigt. Aus Hamburg gehörte Meitmann dem Vorstand an.

8./9. Juli Der Zonenbeirat beriet erneut die Vorlage der britischen Militärregierung zur Bodenreform.

Während die CDU im Großgrundbesitz den Garanten einer gesicherten Nahrungsmittelproduktion sah und die Vorlage vom 11. Juni akzeptierte, trat die SPD weiterhin für eine Höchstgrenze von 100 ha bzw. für einen Einheitswert von 130 000 RM ein.

Der SPD-Antrag wurde mit knapper Mehrheit (17 : 14) angenommen, wobei die CDU- und LDP-Vertreter gegen ihn stimmten und die Vertreter der FDP und des Zentrum sich der Stimme enthielten. Ein derartig knappes Änderungsvoatum bewog die Militärregierung jedoch nicht dazu, die eigene Vorlage grundsätzlich zu überdenken.

9. Juli Die Hamburger Bürgerschaft beriet über die Ausbildung der Volks- und Berufsschullehrer.

Angesichts des bestehenden Lehrermangels wurde ver-

sucht, 550 neue Lehrer – durch Schulhelfer-Abschlußlehrgänge und Sonderlehrgänge – möglichst schnell auszubilden. 1947

In Zukunft erfolgte die Ausbildung der Volks- und Berufsschullehrer in einem dreijährigen Studium an der Hamburger Universität, das während der gesamten Zeit von einer parallel an den Schulen erfolgenden praktischen Ausbildung begleitet war. Die Einrichtung eines Pädagogischen Instituts, an dem alle Lehrerstudenten ein gemeinsames Grundstudium absolvierten, sollte zur Überwindung der Fremdheit zwischen den Schulgattungen beitragen. Neben der philosophisch-pädagogischen Prüfung sollten künftig nur noch zwei (statt bisher drei) fachwissenschaftliche Prüfungen stehen.

Die Hamburger Schulverwaltung ging zu dieser Zeit von einem jährlichen zusätzlichen Lehrerbedarf von 120 Volksschul-, 20 Gewerbe- und 30 Lehrern an höheren Schulen aus.

Vor dem Spruchgericht in Bergedorf begannen die Prozesse gegen ehemalige NS-Funktionäre, die in Neuengamme interniert waren. 10. Juli

Ihnen wurde vorgeworfen, Mitglieder der vom Nürnberger Tribunal für «verbrecherisch» erklärten Organisationen gewesen zu sein.

In Hamburg wurde der Völkerrechtler Prof. Rudolf Laun vom Senat der Universität zum neuen Rektor gewählt. 11. Juli

Im Endspiel um die Zonenmeisterschaft im Fußball sicherte sich der HSV durch einen 1:0-Sieg über Borussia Dortmund im Düsseldorfer Rheinstadion den Titel. 13. Juli

Auf einer Versammlung der Betriebsvertrauensleute der SPD wurde ein Hauptaktionsausschuß für die Hamburger Betriebe gebildet, der sich aus den Berufsgruppen: Metall, Werften, Hafen, Bau, Chemie, Nahrungs- und Genußmittel, Holz, Eisenbahn, Post, Gemeinwirtschaftliche Betriebe, Öffentliche Betriebe, HHA und Angestellte zusammensetzte. Als Resultat der Ausschußtätigkeit wurden im November 1947 Richtlinien für die Betriebsorganisation der Hamburger SPD herausgegeben. 14. Juli

Als Problemfelder der Betriebsgruppenarbeit nannte der

- 1947 Ausschuß vor allem die geringe Zahl berufstätiger Frauen unter den Mitgliedern sowie die statistische Überalterung der Parteimitglieder.
18. Juli An der Hamburger Universität studierten 4582 Studenten, darunter 1153 Frauen. Von 2800 Zulassungsanträgen für das Wintersemester 1947/48 konnten – wegen Raum- und Lehrpersonal mangels – nur 400 berücksichtigt werden.
Eine im Mai 1947 durchgeführte (und zu diesem Zeitpunkt ausgewertete) Reihenuntersuchung an Studenten ergab, daß 96,5 % der Untersuchten Symptome von Unterernährung aufwiesen.
21. Juli Die Arbeitgeberverbände der Westzonen bildeten eine Arbeitsgemeinschaft mit ständigem Sitz in Frankfurt a. M.
24. Juli Die Militärregierung stimmte dem am 19. März von der Bürgerschaft beschlossenen Gesetz über die Verstaatlichung der Hamburger Hochbahn A.G. zu.
30. Juli Die Auflagenhöhe der in der britischen Zone erscheinenden Zeitungen wurde den Ergebnissen der Landtagswahlen vom 20. April angepaßt. Dabei ergaben sich auch für Hamburg Veränderungen:
«Hamburger Echo» 230 000 (bisher 216 000)
«Hamburger Allgemeine Zeitung» 138 000 (bisher 119 000)
«Hamburger Freie Presse» 95 000 (bisher 101 000)
«Hamburger Volkszeitung» 42 000 (bisher 30 000).
6. Aug. In Hamburg begann im Curio-Haus der Prozeß gegen den ehemaligen Höheren SS- und Polizeiführer im Wehrkreis Hamburg, SS-Gruppenführer Henning Graf von Bassewitz-Behr, den ehemaligen Kommandanten des Zuchthauses Fuhlsbüttel, Willi Teßmann, und dessen Adjutanten, Hans Stange. Die Anklage lautete auf «Verantwortung für die Tötung von russischen Frauen im November 1943». Darüber hinaus wurde von Bassewitz-Behr die Ermordung der am 21./23. April 1945 in Neuengamme getöteten 71 politischen Gefangenen des Zuchthauses Fuhlsbüttel und die Mißhandlung von Kriegsgefangenen zur Last gelegt. Obwohl von Bassewitz-Behr von dem ehemaligen, inzwischen hingerichteten

Kommandanten des Konzentrationslagers Neuengamme 1947
durch dessen Aussage, er habe den Befehl zur Ermordung der politischen Gefangenen direkt von jenem erhalten, schwer belastet wurde, berief er sich in der Verhandlung auf den Befehlsnotstand. Seiner Darstellung zufolge hatte er lediglich die Funktion eines Mittelsmannes zwischen Himmeler und den Dienststellen der Partei, des Staates und der Wehrmacht ausgeübt. Am 27. August wurde von Bassewitz-Behr freigesprochen. Teßmann und Stange, deren Anwesenheit bei der Erschießung der fünf russischen Zwangsarbeiterinnen (wegen Arbeitsverweigerung) nachgewiesen werden konnte, wurden mit sieben bzw. fünf Jahren Gefängnis bestraft.

Am 16. September wurde von Bassewitz-Behr an die UdSSR ausgeliefert, wo er sich wegen der Tötung von 45 000 russischen Zivilisten in der Ukraine während des Zweiten Weltkrieges verantworten mußte.

In einem weiteren Prozeß gegen Angehörige der ehemaligen Wachmannschaften des Zuchthauses und Konzentrationslagers Fuhlsbüttel, der am 24. September endete, wurden Teßmann und zwei Aufseher zum Tod durch Erhängen verurteilt. Stange erhielt 15 Jahre, drei weitere Aufseher kamen mit 10 bzw. 15 Jahren Gefängnis davon.

Der Landtag von Schleswig-Holstein nahm ein Gesetz zur Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum an. Damit sollte «der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Unternehmen und Betriebe in ausschlaggebenden Schlüsselstellungen in der Wirtschaft ausgeschlossen und der öffentlichen Hand der Einfluß auf Investitionen von grundsätzlicher Bedeutung für die Allgemeinwirtschaft gesichert werden». Die britische Militärregierung verweigerte dem Gesetz jedoch ihre Zustimmung.

Die Hamburger Bürgerschaft stimmte dem neuen Polizei- 25. Aug.
Verwaltungsgesetz zu. Damit war die Voraussetzung für eine Überführung der noch unter britischer Leitung stehenden Hamburger Polizei in deutsche Verantwortung gegeben. Ent-

1947 sprechend den Vorstellungen der Militärregierung vom politisch neutralen Beamten untersagte das Gesetz den Polizeibeamten zwar nicht die Mitgliedschaft, wohl aber eine politische Betätigung in Parteien.

CDU und FDP hatten sich dafür ausgesprochen, den Beamten auch die Mitgliedschaft in Parteien zu verbieten.

28. Aug. In Bielefeld fand die zweite Interzonentagung des SDS statt. Seit seiner Gründung im September 1946 war der Verband an verschiedenen Universitäten – darunter in Hamburg – zur stärksten politischen Organisation geworden. «Um der Infiltration von kommunistischen Kräften zu begegnen», wurde mit Zweidrittelmehrheit ein Beschluß gefaßt, demzufolge ein Bekenntnis zur KPD oder SED mit dem in den Satzungen des SDS geforderten Bekenntnis zum freiheitlichen und demokratischen Sozialismus unvereinbar war. Zu neuen Reichsvorsitzenden wurden Karl Wittrock (Frankfurt a. M.) und Helmut Schmidt (Hamburg-Neugraben) gewählt.

Bundesvorstand und -beirat des DGB erließen Weisungen an die einzelnen Industriegewerkschaften und die DAG, die zur Klärung der gewerkschaftlichen Organisationsprobleme der Angestellten beitragen und gegenseitiges Abwerben von Mitgliedern verhindern sollten. Trotz dieses Kompromißversuches, der der DAG die Werbung unter unorganisierten Angestellten gestattete, verstärkten sich in der Folge die Spannungen zwischen DGB und DAG, weil letztere die Weisungen des Bundesvorstandes nicht befolgte.

29. Aug. Die amerikanische und britische Militärregierung legten ein Abkommen über das künftige deutsche Industrievolumen vor. Darin wurde festgestellt, daß nach dem Industrieplan vom März 1946 – der eine Produktion von etwa 55 % derjenigen von 1938 vorsah, was etwa 70 bis 75 % der Produktion von 1936 entsprochen hätte – weder das vereinigte britisch-amerikanische Zonengebiet noch ganz Deutschland wirtschaftlich gesunden könnten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen könne Deutschland seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nicht leisten. Daher sei

eine Erhöhung der Industrieproduktion auf durchschnittlich 1947
90 bis 95 % des Standes von 1936 anzustreben – einem Jahr,
das weder im Zeichen einer besonders guten Konjunktur
noch einer Depression gestanden habe.

Die Ministerpräsidenten der amerikanischen und briti-
schen Zone trafen sich zu einer Sitzung in Hamburg. Dabei
standen Flüchtlingsfragen, die Hausbrandversorgung für den
kommenden Winter und die Einrichtung eines bizonalen
Friedensbüros im Vordergrund.

Im alliierten Kontrollrat bewertete die UdSSR den anglo- 30. Aug.
amerikanischen Industriepan als krasse Verletzung des Pots-
damer Abkommens.

In Hamburg tagte der Vorstand des KPD-Landesverban- 30./
des Wasserkante. Da die «Arbeitsgemeinschaft aller sozialisti- 31. Aug.
scher Parteien Deutschlands» seit ihrer Gründung am 14. Fe-
bruar 1947 kaum Zulauf gehabt hatte und die Bemühungen
um die Zulassung der SED in den Westzonen bzw. um die
Gewinnung einheitswilliger Sozialdemokraten und Parteilos-
er wenig erfolgreich verliefen, beschloß der Vorstand in die-
ser Frage verstärkte Anstrengungen.

Daneben stand die Teilnahme am 2. Parteitag der SED in
Berlin auf der Tagesordnung. Es wurde der Beschluß gefaßt,
eine größere Gastdelegation zu entsenden.

Am 31. August stand das Thema «Kommunalpolitik der
Kommunistischen Partei» im Mittelpunkt.

Das Hamburger Arbeitsamt meldete 34 900 unbesetzte Ar- 1. Sept.
beitsplätze. Gesucht wurden vor allem Facharbeiter in der
Metall- und Bauwirtschaft.

Demgegenüber waren 9379 Männer und 2369 Frauen ar-
beitslos gemeldet, deren Qualifikation vorwiegend im kauf-
männischen Büro- und Verwaltungsbereich lagen.

Im wiedereröffneten Museum für Völkerkunde wurde eine 6. Sept.
Wanderausstellung unter dem Titel «Kampf und Opfer» ge-
zeigt, die vom Komitee ehemaliger politischer Gefangener
zusammengestellt worden war. Sie blieb bis zum 5. Oktober
in Hamburg.

- 1947
7. Sept. In der «Scala» auf dem Heiligengeistfeld veranstalteten die Jungsozialisten eine Kundgebung unter dem Motto «Bekenntnis der Jugend». Als Hauptredner trat der Bremer Senator für Wirtschaft und Arbeit, Hermann Wolters, auf. Er sprach sich für eine Erziehung der Jugend zum Pazifismus aus und lehnte eine politische Anbindung Deutschlands sowohl an die USA als auch an die UdSSR ab.
8. Sept. Nachdem die Militärregierung die im Hamburger Haushalt für Zwecke der Wiedergutmachung vorgesehene Summe von 1 Million RM genehmigt hatte, konnten zumindest die härtesten Notfälle gelindert werden. Zu diesem Zeitpunkt lagen über 1000 Anträge auf Unterstützung vor, so daß der Höchstbetrag von 3000 RM nur selten ausgezahlt werden konnte. Vorläufig wurden nur ehemaligen KZ-Häftlingen geringe Beträge zur Verfügung gestellt.
9. Sept. Auf einer Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg wurde ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und eine Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung beschlossen. Beide Regelungen traten zum 1. Oktober in Kraft.
- Die Arbeitslosenversicherung knüpfte an den Zustand des Versicherungswesens von 1939 an, behielt allerdings den Beitragsatz, der 1932, zur Zeit der Massenarbeitslosigkeit, festgelegt worden war, unverändert bei. Zwar war damit der Rechtsanspruch der Versicherten auf Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich wiederhergestellt, doch wurde die Beibehaltung der Beitragsbelastung in der bisherigen Höhe von den Vertretern der Arbeiterparteien als unsozial kritisiert. Die Verordnung zur Kurzarbeit sah bei einem Wochenlohn von 48 RM eine Unterstützung bis zu 80%, bei einem höheren Wochenlohn eine Unterstützung bis zu 70% der Lohnsumme als Entschädigung vor.
13. Sept. Vor 35 000 Zuhörern sprach Schumacher in «Planten un Blomen» zum Thema «Endlich Frieden für Deutschland».
- Dabei grenzte er sich von der KPD-Politik ebenso ab wie von den Bemühungen der CDU zur Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsform.

Veranstaltet von Senat und Bürgerschaft fand in Hamburg 1947
erneut eine Gedenkwoche für die Opfer des Nationalsozialis- 8./
mus statt. Im Laufe der Woche wurden zahlreiche Gedenk- 14. Sept.
feiern in Betrieben (z. B. Howaldts-Werft, Blohm & Voss,
HGW, HWW) abgehalten; der Nordwestdeutsche Rund-
funk (NWDR) berichtete ausführlich über die Veranstaltun-
gen. Den Höhepunkt bildete am 14. September eine Feier auf
dem Ohlsdorfer Friedhof, auf der Sprecher aller Parteien der
ermordeten Antifaschisten gedachten.

Nach einer Statistik des Komitees ehemaliger politischer
Gefangener war die größte Gruppe der aus Hamburg stam-
menden politischen Häftlinge (ca. 1000) ins Konzentrations-
lager Neuengamme gebracht worden. Jeweils 800 Hambur-
ger waren in Sachsenhausen und Ravensbrück gewesen, in
Bergen-Belsen waren 450, in Theresienstadt 280, in Ausch-
witz 220 und in Buchenwald 200. In den Konzentrationsla-
gern Oranienburg, Dachau und Stutthof waren insgesamt
460 Hamburger gewesen.

Nach der Statistik waren 46% der Häftlinge Arbeiter,
21% Angestellte, 10% Kaufleute, 10% Angehörige des Mi-
litärs, 9% Jugendliche unter 21 Jahren und 2% Intellektu-
elle. Von den 7924 in Konzentrationslager gebrachten Mit-
gliedern der jüdischen Gemeinde Hamburgs kehrten nach
1945 nur 550 lebend zurück.

Im Herbst 1947 waren in Hamburg 12 000 Personen vom
Komitee als politische Häftlinge anerkannt. Insgesamt lagen
22 000 Anträge auf Anerkennung vor.

Aufgrund von weit über hundert Fällen spinaler Kinderläh- 15. Sept.
mung in Hamburg (bis zum 17. September waren 187 Er-
krankungen und 21 Todesfälle gemeldet) ließ die Gesund-
heitsbehörde alle Schulen zunächst für 14 Tage schließen.

Filmvorführungen und Sportveranstaltungen wurden
ebenso untersagt bzw. eingeschränkt wie Zusammenkünfte
von Jugendorganisationen.

Im Zuge der Auflösung der ehemaligen Versicherungsun- 16. Sept.
ternehmen der «Deutschen Arbeitsfront» (DAF) wurden in

1947 Hamburg die traditionell gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmen «Alte Volksfürsorge. Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft» und die «Volksfürsorge. Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Sachversicherung A. G. – Eigenhilfe» neu gegründet. Die Gesellschaften wurden in allen drei Westzonen zugelassen. Neben Vertretern des DGB-Bundesvorstandes und der Konsumgenossenschaften wurde auch Bürgermeister Brauer in den Aufsichtsrat gewählt. Das Gebäude der Volksfürsorge-Hauptverwaltung in Hamburg an der Alster war am 20. März 1946 von britischen Dienststellen beschlagnahmt worden, so daß – bis zur Rückgabe des Gebäudes am 8. März 1948 – ein Ausweichquartier am Holstenwall bezogen werden mußte. Bereits seit dem Sommer 1946 hatten wieder 80 hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen bestanden und rund 16 000 überwiegend ehrenamtliche Mitarbeiter aus Gewerk- und Genossenschaften die Betreuung der Versicherten übernommen. Das Grundkapital betrug 2,5 Millionen RM.

19. Sept. Im Rahmen einer Landesdelegiertenversammlung der Hamburg SPD wurde das «Sozialisierungsgutachten» vom 10. Februar diskutiert. Das Gutachten fand bei einer Mehrheit der Delegierten keine Zustimmung. Zwar konnte der Fraktionsvorsitzende der Bürgerschaft, Erich Klabunde, darauf verweisen, daß in anderen Ländern der Westzonen noch weniger erreicht worden sei, aber insgesamt führte die Enttäuschung über das Gutachten zu Desillusionierung und Unzufriedenheit in weiten Teilen der Mitgliedschaft. Das Mißtrauen, alle Sozialisierungsgedanken seien «bloße Theorien» und würden von der Parteiführung gar nicht ernsthaft erwogen, wurde noch verstärkt durch eine angebliche Äußerung Senator Dudeks in diese Richtung.

Infolgedessen wurde auf der Versammlung bezweifelt, daß Parteiführung und Senat wirklich bereit seien, eine Politik im Sinne der Arbeiterschaft zu betreiben oder gar eine sozialistische Politik durchzusetzen.

Besonders wurden am Gutachten die eingeschränkten Mit-

bestimmungsrechte der Arbeitnehmer und das Konzept zur Förderung der «Unternehmerinitiative» kritisiert. 1947

In Hamburg veranlaßte die Militärregierung die Überführung der Justiz in die Verwaltung der Hansestadt. Die am 16. Dezember veröffentlichte Verordnung galt rückwirkend vom 1. September 1947. 27. Sept.

In Hamburg trat das Gesetz über die einheitliche Ausbildung der Volksschul- und Gewerbelehrer in Kraft. 1. Okt.

In allen Ländern der britischen Zone ging die Entnazifizierung der Gruppen III bis V (vgl. die Zonenexekutivanweisung Nr. 54 vom 10. Februar 1947) in deutsche Verantwortlichkeit über. Personen der Einstufung I und II unterlagen weiterhin der Justiz der Militärregierung. Grundlage der Neuregelung war die Verordnung Nr. 110 der Kontrollkommission. Ihr Hauptzweck war die baldige Beendigung der Entnazifizierung: Sie sah vor, daß alle Entlassungen aus Ämtern und Stellungen (wofür allein die Einstufung in Gruppe III eine Handhabe bot) bis zum 31. Dezember zu erfolgen hatten.

Von der Militärregierung abgeschlossene Fälle durften von deutschen Stellen nur bei nachweisbarer Fragebogenfälschung wiederaufgenommen werden.

In Hamburg, wo bereits seit Mai 1947 die meisten Entnazifizierungsverfahren (mit Ausnahme der in die Kategorien I und II eingestuften Fälle) vor deutschen Gremien verhandelt wurden, führte die Neuregelung zu Protesten der Bürgerschaftsparteien: In drei Modifizierungsanträgen an die Militärregierung wurde a) das Wiederaufnahmerecht von Verfahren durch deutsche Gremien, b) die Nachprüfung aller Fälle, die nicht der Kategorie I oder II unterlagen, durch deutsche Stellen und c) der Verzicht auf das Auslaufen der Frist zum 31. Dezember gefordert. Allerdings hatten diese Proteste keinen Erfolg.

Auf dem HSV-Platz in Hamburg gewann Hein ten Hoff im Kampf um die Deutsche Schwergewichtsmeisterschaft der Berufsboxer durch einen K.-o.-Sieg über Walter Neusel erneut den Titel. 15. Okt.

1947
16. Okt. Die Militärregierungen der britischen und amerikanischen Zone veröffentlichten Demontagelisten. Von insgesamt 682 aufgeführten Betrieben entfielen 496 auf die britische und 186 auf die amerikanische Zone.

In Hamburg waren 42 Betriebe betroffen, von denen zu diesem Zeitpunkt bereits 22 total abgebaut oder teilweise demontiert waren. Im einzelnen standen auf der Liste:

- 22 Rüstungsfabriken
- 16 Metallverarbeitende Fabriken
 - 1 Elektrotechnische Fabrik
 - 1 Chemische Fabrik
 - 1 Nichteisenverarbeitende Fabrik
 - 1 Schiffswerft.

Von der Demontage dieser Betriebe wären ca. 2500 Arbeiter betroffen gewesen.

Um den erwarteten Protesten zu begegnen, verwiesen die Militärregierungen auf die – im Vergleich zu früheren Demontageplänen – deutliche Einschränkung der Forderungen und erklärten, mit der Erfüllung der Demontage sei die Reparationsfrage für sie erledigt: Die Demontageliste stelle die endgültige Aufstellung von Reparationen in Form von Kapitalsubstanz dar.

Dennoch kam es in den nächsten Tagen zu zahlreichen Protesten und Änderungsvorschlägen durch Gewerkschaften und Parteien, die auf die Unzumutbarkeit der Demontage angesichts der nach wie vor bestehenden ökonomischen Krisensituation verwiesen.

17. Okt. In der Absicht, die Polarisierung zur SPD – im Sinne ihrer Einheitsstrategie – abzubauen und auch in den Westzonen zumindest in Einzelfragen zu gemeinsamem Vorgehen zu kommen, übersandte die KPD in Hamburg dem SPD-Landesvorstand ein Schreiben, in dem ein einheitliches Vorgehen der Gewerkschaften und politischen Parteien gegen die drohende Demontage gefordert und um einen Termin zur Besprechung eines gemeinsamen Handelns gebeten wurde. Nur wenige Tage später antwortete Meitmann im Auftrag des

SPD-Landesvorstandes: «... Das Demontage-Problem be- 1947
rührt aufs tiefste die Arbeitsgrundlagen der deutschen Wirt-
schaft und der deutschen werktätigen Menschen. ... Es wäre
zu hoffen, daß alle davon betroffenen Organisationen zu ei-
ner übereinstimmenden Stellungnahme kommen. ... Sie
werden uns zustimmen, daß das Demontage-Problem nicht
nur die amerikanische und die britische Zone, sondern das
ganze deutsche Wirtschaftsleben beeinträchtigt und also eine
gesamtdeutsche Wirtschaftsfrage ist. Wir würden es begrü-
ßen, wenn Sie, unter diesem Gesichtspunkt gesehen, die Stel-
lung Ihrer eigenen Partei uns für die von Ihnen beabsichtig-
ten späteren Verhandlungen schon jetzt schriftlich zukom-
men ließen, d. h. also auch Ihren Standpunkt zu den Demon-
tagen in der Ostzone.

Je klarer Ihre Stellungnahme zu den Demontagen auch in
der Ostzone Deutschlands formuliert wird, desto leichter
wird die Frage einer späteren gemeinsamen Stellungnahme
entschieden werden können.»

Mit dieser Antwort, die am 24. Oktober im «Hamburger
Echo» veröffentlicht wurde, setzte die SPD ihre Abgren-
zungspolitik gegenüber der KPD fort und versuchte die Wi-
dersprüche der KPD-Position in den Westzonen im Vergleich
zu ihrer affirmativen Haltung zur sowjetischen Politik pro-
pagandistisch zu nutzen.

Dementsprechend kam es in der Folge auch in der Demon-
tage-Frage zu keinem gemeinsamen Vorgehen der Parteien.

Im Rahmen ihrer Vereinigungsstrategie berief die Arbeits- 2. Nov.
gemeinschaft KPD/SED einen «Kongreß für Brot und
Kohle, Gerechtigkeit und Frieden» nach Hannover ein. Der
Kongreß wurde jedoch von der Militärregierung mit der for-
malen Begründung, mit der «Sozialistischen Einheitspartei»
habe eine Partei den Kongreß einberufen, die in der briti-
schen Zone nicht zugelassen sei, verboten.

Im Bestreben um eine engere Zusammenarbeit der Ge- 6. Nov.
werkschaften der amerikanischen und britischen Zone wurde
ein «Gewerkschaftsrat der vereinten Zonen» gebildet. Die

1947 Schaffung des Rates, zunächst für zwei, am 20./21. Dezember 1948 – unter Einbeziehung der französischen – für drei Zonen, galt den Gewerkschaften als Provisorium im Vorfeld einer gesamtdeutschen Organisationsstruktur.

Böckler wurde zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates gewählt.

7. Nov. In Hamburg wurde das Gesetz über die Polizeiverwaltung verkündet, welches die Übergabe der Polizeigewalt von der Militärregierung an den Senat regelte. Die offizielle Übergabe erfolgte anlässlich einer Feier vor dem Rathaus am 15. November.
11. Nov. Im Hamburger Schauspielhaus erlebte Carl Zuckmayers Stück «Des Teufels General» seine deutsche Erstaufführung.
12. Nov. Die britische Militärregierung gab die ihr durch die Besetzung entstehenden Kosten bekannt. Danach ergab sich eine jährliche Summe von 1,3 Milliarden RM.
19. Nov. Die Landesdelegiertenversammlung der Hamburger SPD verabschiedete endgültig das Organisationsstatut.
20. Nov. In Basel starb der Hamburger Schriftsteller Wolfgang Borchert – einen Tag vor der Uraufführung seines Stückes «Draußen vor der Tür» in den Hamburger Kammerspielen.
- Borchert, dessen Stück die Stimmungslage eines Teils der deutschen Nachkriegsliteratur einfing und zum Synonym für das Lebensgefühl der durch Nationalsozialismus und Krieg desorientierten bzw. desillusionierten «jungen» Generation werden sollte, wurde Mitte Februar 1948 auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt.
26. Nov. Bürgermeister Brauer teilte der Bürgerschaft mit, daß die Militärregierung den Hamburger Haushaltsplan für 1947/48 überraschend abgelehnt habe, da er ein Defizit von insgesamt 253 Millionen RM aufweise.

Ähnlich erging es den anderen Ländern der britischen Besatzungszone. Für ihren gesamten Zonenbereich gab die Militärregierung ein Haushaltsdefizit von 3,5 Milliarden RM an. Ihre Aufforderung an die Ländern, die Haushalte vor einer abschließenden Genehmigung auszugleichen, hätte für

Hamburg bedeutet, daß die Stadt alle Zahlungen hätte ein- 1947
stellen müssen.

Sprecher der Bürgerschaftsparteien erhoben schwere Vorwürfe gegen die Militärverwaltung, die sich bei der Finanzplanung für die britische Zone völlig verkalkuliert habe und deren Forderung nach Ausgleich des Defizits in der gegenwärtigen Situation unerfüllbar sei.

Nachdem seit dem 8. Oktober 1946 nichts geschehen war, wurde – auf Antrag der KPD – in der Hamburger Bürgerschaft erneut über eine Neuregelung bzw. Lockerung der §§ 218 und 219 StGB debattiert. Zwar waren sich alle Parteien – wie schon 1946 – der Unhaltbarkeit des Zustandes illegaler Abtreibungen und seiner fatalen Auswirkungen für die Betroffenen bewußt – praktische Konsequenzen ergaben sich jedoch kaum.

Die Anträge – neben dem KPD-Antrag zur Revision des § 218 lagen zwei Anträge der SPD zur «Aufhebung des Verbots zur Herstellung und Verkauf von Mitteln zur Verhütung der Schwangerschaft» und zur «Einrichtung öffentlicher Beratungsstellen für Erziehungs-, Jugend-, Lebens- und Ehefragen» vor – wurden zur Beratung an den Gesundheitsausschuß überwiesen.

Wandspruch in einem Hamburger Kunstgeschäft – ange- 27. Nov.
boten für 7,50 RM: «Wer heute sein Leben liebt, der schiebt. Wem Ehrlichkeit im Blute rauscht, der tauscht. Wem beide Wege sind verbaut, der klaut.»

Unter dem Thema «Ein Jahr Hamburger Bürgerschaft» be- 30. Nov.
schäftigte sich eine Landesdelegiertenversammlung der SPD mit einer Bestandsaufnahme der Landespolitik. Die Konferenz wurde am 15. Dezember fortgesetzt. Eine Bilanz des ersten Jahres der gewählten Bürgerschaft zogen auch die anderen Parteien: So maß etwa die KPD die Senatspolitik an den 28 Punkten des SPD-Wahlprogramms, welches Brauer am 22. November 1946 zum Regierungsprogramm erklärt und versichert hatte, für ihn seien die 28 Punkte der SPD «kein Maximal-, sondern ein Minimalprogramm».

- 1947 Die KPD betrachtete viele der 28 Punkte als uneingelöst. Zurückgeführt wurde dies u. a. auf eine mangelhafte Zusammenarbeit der Arbeiterparteien. Dementsprechend propagierte sie die «Sicherung der Arbeitermehrheit in Hamburg für alle Zeiten».
- 1./2. Dez. Der Schleswig-Holsteinische Landtag nahm – gegen die Stimmen der CDU – ein Bodenreformgesetz an, das sich an den Beschlüssen des SPD-Parteitages vom 29. Juni/2. Juli orientierte.
- Am 22. Dezember wurde das Gesetz von der britischen Militärregierung abgelehnt.
9. Dez. Wegen der nach wie vor katastrophalen Ernährungslage Hamburgs wandte sich die Behörde für Ernährung und Landwirtschaft in einem dringenden Ersuchen an die zuständigen bizonalen Ämter: «Hamburg wurde gemeinsam mit dem Rhein-Ruhr-Gebiet von den Ministern aller Länder als Notstandsgebiet anerkannt. Die Versorgungslage Hamburgs ist aber bei der fehlenden Eigenerzeugung und bei vollkommener Unterbrechung der Kartoffellieferungen sowie bei der fast völlig unterbundenen Fettbelieferung für Erwachsene . . . aufs äußerste angespannt. . . Die Bevölkerung ist verbittert über die Nichtbeachtung ihrer Nöte und erwartet die gleiche Behandlung wie das Rheinland, Westfalen und das Rhein-Ruhr-Gebiet. . . .»
10. Dez. Die Bürgerschaftsparteien brachten ihre Kritik am Entnazifizierungsgesetz vom 1. Oktober (Anordnung Nr. 110 der Kontrollkommission; Gesetz Nr. 99 und 100 der britischen Militärregierung zur Durchführung der Anweisungen über die Entnazifizierung und Kategorisierung in der Hansestadt Hamburg bzw. zur Bereinigung der Verwaltung und Wirtschaft von nationalsozialistischen Einflüssen) zum Ausdruck.
15. Dez. Die SPD-Landesdelegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus forderte in einer Resolution die Einstellung der Mitarbeit der Sozialdemokraten an der Entnazifizierung für den Fall, daß dem Verlangen, besonders belastete Nazianhän-

ger durch deutsche Entnazifizierungsstellen überprüfen zu lassen, nicht entsprochen werde. 1947

Ähnliche Positionen wurden auch von der KPD vertreten.

In London scheiterte die sechste Außenministerkonferenz. Nachdem es sich als unmöglich erwiesen hatte, die divergierenden Interessen in der Reparationsfrage miteinander zu vereinbaren, vertagte der Außenministerrat seine Beratungen auf unbestimmte Zeit. Zum offenen Bruch zwischen der UdSSR und den Westalliierten hatte die Forderung von US-Außenminister Marschall geführt, die Alliierten sollten zum 1. Januar 1948 alle Reparationen aus der laufenden Produktion in Deutschland einstellen.

Der Hamburger Zentralausschuß für die Ausschaltung von Nationalsozialisten stufte den Filmregisseur Veit Harlan in die Kategorie V ein. Mitte Dez.

Damit wurde der Regisseur des schlimmsten antisemitischen Films des Dritten Reichs («Jud Süß») für «unbelastet» erklärt. Die Entscheidung rief bei Parteien, Gewerkschaften und in Teilen der Öffentlichkeit scharfe Proteste hervor – zeigte jedoch zugleich, wie sehr die «Entnazifizierung» inzwischen zur Farce geworden war.

Die USA und Großbritannien schlossen – rückwirkend vom 1. Oktober 1947 – ein Abkommen zur Finanzierung der Vereinigten Westzonen, in dem sich die USA verpflichteten, zunächst bis zum 31. Dezember 1948 (und in einem Ergänzungsabkommen über diesen Zeitpunkt hinaus) sämtliche Ausgaben der Besatzungsmächte für beide Zonen zu übernehmen. 17. Dez.

Durch die Übernahme der gesamten Verwaltungskosten der anglo-amerikanischen Zone setzte sich die Tendenz fort, die sich mit der Bildung der Bizone am 1. Januar 1947 bereits angedeutet hatte: Die regierende britische Labour-Partei verzichtete auf eine eigenständige Besatzungspolitik.

Damit stand der von den USA betriebenen kapitalistischen Westintegration nichts mehr im Wege.

Für die Durchführung des Europaprogramms in West-

1947 deutschland – im Rahmen des Marshall-Plans – veranschlagten die USA eine Summe von 4 Milliarden Dollar. Zur Bezahlung der Kredite bzw. Warenlieferungen sollten u. a. 7,6 Millionen t Kohle aus Westdeutschland exportiert werden, sobald die tägliche Förderung auf 300 000 t angestiegen war.

30. Dez. In Hamburg wurde anlässlich der feierlichen Übergabe einer neuen, zum 1. Januar 1948 in Kraft tretenden Satzung der NWDR von der Militärregierung mit der Verordnung 118 zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt. Unter Führung eines Generaldirektors, eines Hauptausschusses und eines Verwaltungsrates sollte er in Zukunft – unabhängig von Staat und Parteien – arbeiten. Hauptsitz der Rundfunkanstalt wurde bzw. blieb Hamburg.

Bis zur Ernennung eines deutschen Generaldirektors (im Sommer 1948) nahm der bisherige Leiter, Hugh Carlton Greene, diese Funktion wahr.

Von seiten der Parteien wurde an der Zusammensetzung der Gremien und – vor allem – an der ausdrücklichen Nichtbeteiligung ihrer Funktionäre Kritik geübt. Bezweifelt wurde die Erreichung von Überparteilichkeit durch den Ausschluß offizieller Parteivertreter, zumal diese – etwa in der Funktion des Ministerpräsidenten eines Landes – dem Hauptausschuß und Verwaltungsrat indirekt dennoch angehörten.

Ende Dez. Hamburg hatte 1 473 000 Einwohner. Der monatliche Zugang nach Hamburg lag bei 8800 Personen.

Mit 12 498 Eheschließungen, 16 039 Geburten und 20 074 Sterbefällen lagen alle Zahlen unter den Vergleichswerten von 1946.

Immer noch stand Hamburg in der Wohnraumnot unter den deutschen Städten mit an erster Stelle.

Zwar waren 95 000 Wohnungsuchende untergebracht worden, aber dennoch betrug die Zahl der vordringlich Wohnungsuchenden nach Angaben des Wohnungsamtes etwa 60 000. Demgegenüber lag der Zuwachs bei der Schaffung von Ersatzwohnraum monatlich bei nur 183 Wohnungen.



Improvisation im Alltag – Eine «Kinderkolonie» der Arbeiterwohlfahrt (AWO) am Köhlbrand (1947)



Schulspeisung in einer Barmbeker Volksschule (1947)



Am Plan (gegenüber dem Rathaus) werden Trümmer geräumt (1947)



Auf dem Weg zur «Altenspeisung» in Othmarschen (1947)



Demonstration der «Falken» am 1. Mai 1948 in Altona



Eine der Hamburger Nissenhüttsiedlungen im Eilbektal (1948)



Die «Bunte Kuh» an der Reeperbahn – einer der Treffpunkte des Schwarzhandels (1948)



Die «große» Zeit des Schwarzmarktes geht zu Ende. Razzia in der Talstraße am Tag vor der Währungsreform (19. Juni 1948)



Der «Tag X» an einer der 1300 Hamburger Ausgabestellen –
In Othmarschen warten am 20. Juni 1948 die Menschen auf
ihr «Kopfgeld»



Kellerwohnungen in Billstedt (1950)



Einzug in eine neue Schule (1949)



Blick von der Michaeliskirche auf die von Trümmern geräumte Innenstadt (1949)

Bei einem amtlich zugebilligten Wohnraum von 6 bis 8 m² für jeden Einwohner häuften sich Streitigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen «Einheimischen» und Flüchtlingen, Mietern und Untermietern um die Benutzung von Küche, Kochstelle und Wasserhahn. 1947

Lediglich im Ausbau der Schulen und Krankenhäuser sowie beim Wiederaufbau des Hafens meldete das Wohnungsamt Fortschritte: So waren 1947 in Hamburg 80 000 m² Lagerfläche und 108 m Kaimauer für Seeschiffe wiederhergestellt worden.

Unverändert schlecht war auch die Versorgungslage Hamburgs. Die Erklärung zum Notstandsgebiet hatte der Stadt keine nennenswerten Vorteile gebracht: Immer noch lag der Kaloriensatz weit unter dem tatsächlichen Normalbedarf, wobei der Zuteilungssatz nominell meist noch über der tatsächlich zur Verteilung kommenden Kalorienmenge lag.

Immer noch war der Schwarzmarkt ein beherrschender ökonomischer Faktor.

Nach einem Jahresbericht des Verkehrsausschusses für 1947 war Hamburg auch im Bereich der Versorgung mit Kraftfahrzeugen das in den Westzonen schlechtestgestellte Land: Auf 1000 Einwohner kamen 14,4 Kraftfahrzeuge, wobei es sich meist um Lastkraftwagen handelte.

Bis zum 31. Dezember 1947 hatte die Suchdienstzonenzentrale Hamburg, die seit dem 10. Januar 1946 arbeitete und neben München eine der beiden zentralen Suchdienststellen war, 1 795 000 Fälle bearbeitet, d. h., die Antragsteller hatten über die Gesuchten Auskunft erhalten. Insgesamt lagen der Stelle, bei der 750 Angestellte arbeiteten und täglich ca. 8000 neue Anträge eingingen, 4,7 Millionen Suchkarten vor.

1947 waren vor britischen Militärgerichten im Curiohaus in 41 Prozessen 131 Personen angeklagt worden – meist wegen Mißhandlung oder Tötung von alliierten Kriegsgefangenen oder Zivilpersonen. Neben 50 Todesurteilen wurden 63 lebenslange bzw. langjährige Zuchthaus- bzw.

1947 Gefängnisstrafen verhängt. Die übrigen Anklagen endeten mit Freispruch.

Von den 605 733 Berufstätigen Hamburgs waren 427 589 Männer und 178 144 Frauen. Die Zahl der (gemeldeten) Arbeitslosen lag bei 11 374; die der Arbeitsunfähigen bei 27 917.

Die Mitgliederzahl der Hamburger Gewerkschaften lag inzwischen bei 249 720. Stärkste Einzelverbände waren nach wie vor die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (der ehemalige Gesamtverband der Verkehrs- und Gemeindearbeiter), die Deutsche Angestellten Gewerkschaft und der Metallarbeiterverband.

Die Mitgliederzahl der Hamburger SPD war im Verlauf eines Jahres um rund 10 000 gestiegen. Sie betrug am 31. Dezember 1947 54 409. Davon waren 15 146 Frauen. Die Organisation gliederte sich in 14 Kreise, 81 Distrikte und 406 Bezirke.

1948 Die Entnazifizierung in der britischen Zone war faktisch
1. Jan. beendet. Von nun an konnten Entlassungen aus politischen Gründen nicht mehr vorgenommen werden. Ausgenommen waren lediglich Verfahren, die vor dem 1. Januar 1948 eingeleitet oder zur Wiederaufnahme – etwa wegen erwiesener Fragebogenfälschung – zugelassen worden waren.

Nach Auffassung der Militärregierung war der größte Teil der ehemals aktiven Nationalsozialisten seiner Ämter enthoben worden. Eine abschließende Statistik der Entnazifizierung in Hamburg ließ allerdings andere Schlüsse zu:

Zahl der bearbeiteten Fälle:		327 157
Hauptschuldige	(Gruppe I):	–
Schuldige/Belastete	(Gruppe II):	–
Minderbelastete	(Gruppe III):	1 084
Mitläufer	(Gruppe IV):	15 052
Entlastete	(Gruppe V):	131 119
Unbelastete		179 902

Die Statistik wurde dadurch verzerrt, daß die Militärregierung in die beiden ersten Gruppen Zuordnungen zwar vorge-

nommen, deren Gesamtzahl jedoch nicht veröffentlicht 1948
hatte.

Ausgelöst durch die seit Wochen ausgebliebene Versorgung 5. Jan.
der Schwerarbeiter mit zusätzlichen Lebensmitteln, kam es
im Hamburger Hafen zu wilden Streiks vor allem der unständ-
ig beschäftigten Arbeiter. Neben 5000 unständig Beschäftig-
ten beteiligten sich 1000 festangestellte Hafentarbeiter und
2600 Arbeiter der Deutschen Werft an dem Streik.

Abgesehen von einer Verbesserung der Lebensmittelver-
sorgung wurden Forderungen nach einer dreißigprozentigen
Lohnerhöhung und nach einer Ausstattung mit Arbeitsbe-
kleidung und Schuhen erhoben. Die Gewerkschaft ÖTV
bzw. der DGB, mit denen die Streikenden zunächst keine
Verbindung aufnahmen, erkannten den Streik nicht an. Im
Verlauf der auch in den nächsten Tagen andauernden Arbeits-
niederlegung bezeichneten Gewerkschaftsführung und Senat
zwar die Streikforderungen als berechtigt, verurteilten aber
das Mittel des Streiks zur Durchsetzung dieser Forderungen,
zumal eine Reihe von Schiffen, die mit Versorgungsgütern be-
laden waren, nicht gelöscht werden konnte und so die Versor-
gungskrise, gegen die sich der Streik vor allem richtete, noch
verschärft wurde. Unter dem Eindruck dieses Dilemmas nah-
men die Hafentarbeiter – nachdem es wenigstens in der Lohn-
frage zu einer Verständigung gekommen war – am 9. Januar
die Arbeit wieder auf.

Als Reaktion auf das Scheitern der Londoner Außenmini- 7. Jan.
sterkonferenz am 15. Dezember 1947, das ein gesamtdeut-
sches Vorgehen der Alliierten auf unabsehbare Zeit unmög-
lich machte, unterbreiteten die Militärgouverneure der verei-
nigten Westzonen den Ministerpräsidenten und den Vertre-
tern des Wirtschaftsrates Vorschläge zum Ausbau des Wirt-
schaftsrates in den Westzonen.

Die Vorschläge, die den deutschen Vertretern in Frankfurt
a. M. präsentiert wurden, sahen vor, die Zahl der Abgeordne-
ten von 52 auf 104 zu verdoppeln – wobei die Landtage – wie
bisher – die Wahlen vornehmen sollten. In Stellungnahmen

1948 der deutschen Vertreter wurde – außer von seiten der KPD – weitgehende Zustimmung zu den alliierten Vorschlägen geäußert. Am 6. Februar wurde die Proklamation über die Neuordnung der zweizonalen Verwaltung veröffentlicht und trat am 9. Februar in Kraft. Zwar wurde von deutscher wie westallierter Seite vermieden, die politischen Implikationen der Maßnahmen, d. h. den Charakter des Wirtschaftsrates als einer «westdeutschen Regierung», zu betonen, dennoch mußte die Neuordnung des Wirtschaftsrates als wesentlicher Schritt der Abkehr von einer gesamtdeutschen Nachkriegsordnung mit Blick auf die Vorbereitung einer westdeutschen Zentralregierung betrachtet werden.

Als neue Mitglieder des Wirtschaftsrates für Hamburg wurden am 11. Februar der Geschäftsführer der GEG, Dr. Adam Remmele (SPD), und der Bankdirektor Hugo Scharnberg (CDU) von der Bürgerschaft gewählt. Hamburger Mitglieder im Länderrat wurden Bürgermeister Brauer und Hansen (beide SPD).

Nach der Neuordnung ergab sich im Wirtschaftsrat folgende Sitzverteilung:

CDU/CSU 40, SPD 40, FDP 8, KPD 6, Zentrum 4, LDP 4 und WAV 2.

Die erste Sitzung am 24. Februar und insbesondere die Wahl der neuen Direktoren am 2. März zeigte allerdings, daß die Neuordnung an der Parteikonstellation nichts geändert hatte: Alle Direktorenposten fielen – mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Zentrum – an CDU-Kandidaten. SPD, KPD und WAV enthielten sich der Stimme.

Damit war weiterhin nahezu die Hälfte des Wirtschaftsrates im Gremium der Direktoren nicht vertreten und blieb bei der Weichenstellung der westdeutschen Nachkriegsordnung in der Opposition.

14. Jan. Alarmiert durch die im Hafendarbeiterstreik zum Ausdruck gekommene Erbitterung der Bevölkerung über die unvermindert katastrophale Ernährungslage in Hamburg und unter dem Eindruck anhaltender Hungerstreiks im Ruhrgebiet be-

schäftigte sich die Bürgerschaft in ihrer Sitzung ausschließ- 1948
lich mit diesem Thema. Die zuständigen Stellen der Verwaltung für Landwirtschaft bzw. der britischen und amerikanischen Militärregierung wurden aufgefordert, die im Mai 1947 für das Notstandsgebiet Hamburg gemachten Zusagen einer bevorzugten Lebensmittelversorgung endlich einzulösen.

Gesundheitssenator Dettmann teilte mit, daß seit der Erklärung zum Notstandsgebiet von 2821 Hungerkranken, die in Krankenhäuser eingeliefert worden waren, 52 an Hungerödemen gestorben seien, während in 151 Fällen der Hunger als sekundäre Todesursache bezeichnet werden könne. Entgegen der Zusage der Militärregierung, die tägliche Kalorienzuteilung nicht unter 1550 absinken zu lassen, drohe für die nächsten Wochen ein Rückgang auf 1100 Kalorien.

Am Ende der Aussprache wurde eine gemeinsame Erklärung von SPD, CDU und FDP angenommen.

Weniger moderat und mit ausdrücklicher Unterstützung der Streiks äußerte sich die KPD in einem eigenen, nicht mehrheitsfähigen Entschließungsantrag.

In Bremen hielt die KPD zum erstenmal in den Westzonen 17./
einen «Volkskongreß für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden» ab. Jedoch gelang es auch hier nicht, das 18. Jan.
parteiübergreifende Anliegen des Kongresses zu verwirklichen und die Basis über den Rahmen des eigenen Parteiumfeldes hinaus zu erweitern. Versuche, «Volkskongresse» auch in Kiel und Hamburg abzuhalten, scheiterten bereits im Vorweg an Verboten der Bürgermeister bzw. des Senats.

In Hamburg verbot der Senat «die Abhaltung eines Volkskongresses, einerlei unter welchem Namen . . . » mit der Begründung, es sei nicht erwiesen, daß derartige Kongresse die Unterstützung «eines nennenswerten Teiles» der Bevölkerung besäßen; sie seien vielmehr von allen Parteien mit Ausnahme der KPD ausdrücklich abgelehnt worden. Ein Protest der KPD gegen die Verbote blieb erfolglos.

Die Gemeinnützige Siedlungsaktiengesellschaft Hamburg 25. Jan.
(SAGA) bestand seit fünfundzwanzig Jahren.

1948 Die Gesellschaft, 1923 auf Initiative Bürgermeister Brauers, des damaligen Bürgermeisters von Altona, gegründet, verwaltete 6617 Wohnungen (von denen allerdings 1115 durch Kriegseinwirkungen beschädigt oder zerstört waren) und betreute 2970 Kleinsiedlerstätten. In den Wohnungen lebten zu dieser Zeit 42 000 Menschen. Während einer am 24. Januar im Kaisersaal des Rathauses abgehaltenen Feierstunde betonte SPD-Fraktionssprecher Klabunde die Priorität des Wohnungsbaus vor dem Industriebau in Hamburg, die sich allein aus dem Umstand ergebe, daß im Krieg 50% der Wohnungen gegenüber nur 20% der Industrieanlagen zerstört worden seien.

1. Febr. Als Reaktion auf den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der sowjetischen Besatzungszone richtete die Hamburger SPD ein Flüchtlingssekretariat im Parteibüro ein, dessen Aufgabe in der sozialen Betreuung und Überprüfung der Flüchtlinge sowie der Parteiwerbung unter ihnen liegen sollte.

3. Febr. Nahezu 3 Millionen Arbeiter und Angestellte in der amerikanischen und britischen Besatzungszone folgten einem Aufruf der Angestelltengewerkschaft (DAG) zur Durchführung eines 24stündigen Proteststreiks gegen die katastrophale Ernährungslage. Gegen die «Ignoranz der Ernährungsnot der Normalverbraucher» durch die Verwaltungsbürokratie forderten die Streikenden die Einführung einer «Beschäftigtenkarte» für Angestellte und die Gleichstellung der «geistig Schaffenden mit den Handarbeitern» bei der Versorgung.

Der DGB unterstützte zwar die Ziele der Angestellten und plädierte ebenfalls für eine gerechtere Verteilung in der Ernährungswirtschaft und eine Änderung des Lebensmittelkartensystems zugunsten der Normalverbraucher, lehnte aber den Streik zur Durchsetzung dieser Ziele – wie schon beim Hafenarbeiterstreik – mit der Begründung ab, dieser könne die Lage der Angestellten z. Z. in keiner Weise bessern, sondern nur zur weiteren Erschütterung des Wirtschaftslebens führen.

Zu diesem Zeitpunkt waren von den 1 ½ Millionen Ange- 1948
stellten in der britischen Besatzungszone rund 300 000 ge-
werkschaftlich organisiert, mehr als 40 000 davon in Ham-
burg.

Vor dem Hamburger Landgericht begann der Prozeß ge-
gen Hertha Kraus, geb. Jens. Sie wurde Mitte Februar wegen
Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu drei Jahren Zucht-
haus verurteilt, weil ihre Spitzeldienste für die Gestapo in der
Zeit zwischen 1933 und 1935 zur Verhaftung von 94 führen-
den Funktionären der Hamburger KPD und 300 bis 400 wei-
teren Mitgliedern der Partei geführt hatten, wobei viele der
von ihr Denunzierten die anschließenden Verhöre und Folte-
rungen nicht überlebten.

Hertha Kraus, selbst KPD-Mitglied, hatte durch ihre Tä-
tigkeit zunächst in der russischen Handelsvertretung und seit
1931 als Schreibkraft in der Referentenvermittlung des KPD-
Parteibüros Einblick in die Organisationsstruktur, der auch
1933 – durch ihre Beteiligung an der illegalen Parteiarbeit –
fortbestand. Im Juli 1933 verhaftet, hatte sie vor ihrem späte-
ren Ehemann, dem Leiter der Abteilung zur Bekämpfung des
Kommunismus bei der Hamburger Gestapo, umfassende
Aussagen gemacht und war an den Verhören und Mißhand-
lungen der KPD-Mitglieder im Stadthaus häufig selbst betei-
ligt gewesen.

Die britische Militärregierung verbot das Erscheinen 17. Febr.
zweier kommunistischer Zeitungen für den Zeitraum eines
Monats. Als Begründung wurde die «wiederholte systemati-
sche Verfälschung und Verdrehung von Nachrichten» ange-
geben.

Neben der Düsseldorfer «Freiheit» war auch die «Ham-
burger Volkszeitung» betroffen, die bereits im Oktober 1946
mit der gleichen Begründung für 14 Tage verboten und am
18. Oktober 1947 verwarnt worden war.

An einem Antrag der KPD zur «Einheit Deutschlands» 25. Febr.
bzw. an einem diesbezüglichen Änderungsantrag der SPD
entzündete sich in der Hamburger Bürgerschaft eine De-

1948 batte, die als paradigmatisch für die diametrale Gegensätzlichkeit der Positionen beider Arbeiterparteien gelten konnte. Während die KPD jeden Schritt in Richtung einer Westintegration der Westzonen als Gefährdung der deutschen Einheit bekämpfte – was bei der Unvereinbarkeit der Politik der Siegermächte praktisch ein Beharren auf dem Status quo bedeutete –, setzte die SPD – gemäß der «Magnet-Theorie» Schumachers – auf eine schrittweise Vereinigung Deutschlands, in der – zumindest verbalen – Hoffnung, das positive Beispiel einer effizienten Zwei- bzw. Dreizonenregierung werde letztlich auch auf die Ostzone wie ein Magnet wirken und so zur Wiedervereinigung führen.

Der Antrag der KPD lautete:

«Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seine Vertreter im Länderrat der Bizone anzuweisen,

1. gegen alle Gesetze und Verordnungen des Wirtschaftsrates und des Exekutivrates der Bizone Einspruch zu erheben, die eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erschweren;
2. gegen die Durchführung einer Währungsreform für einen Teil Deutschlands zu stimmen;
3. im Länderrat für den Wirtschaftsrat einen Gesetzentwurf einzubringen, der es verbietet, daß deutsche Unternehmen, Banken und Erwerbsgesellschaften jeder Art in Auslandsbesitz kommen können und durch ausländische Direktoren verwaltet werden;
4. im Länderrat die Einrichtung eines gesamtdeutschen Konsultativrates zu beantragen, bestehend aus Vertretern aller demokratischen Parteien und der Gewerkschaften aller Zonen, zur Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.»

Demgegenüber lautete der Abänderungsantrag der SPD: «Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seine Vertreter im Länderrat der Bizone anzuweisen, alle Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die geeignet sind, unter Sicherung der Lebensgrundlage der Bevölkerung

1. die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu 1948 fördern,
2. eine für ganz Deutschland einheitliche Währungsreform durchzuführen,
3. eine im Widerspruch zu deutschen Wirtschaftsinteressen stehende Überführung deutscher Unternehmen in Auslandsbesitz zu verhindern, insbesondere auch Übertragungen nach der Art sowjetischer Aktiengesellschaften in der Ostzone,
4. die Einrichtung einer gesamtdeutschen parlamentarischen Vertretung herbeizuführen, sobald freie demokratische Wahlen unter Zulassung aller Parteien in sämtlichen Zonen gesichert sind.»

Der Änderungsantrag wurde – gegen drei Stimmen der KPD – angenommen.

In Hamburg-Altona traten 90% der 570 Arbeiter und Angestellten der Werkzeugfabrik Fette in den Streik. Die von den Gewerkschaften unterstützte Arbeitsniederlegung erfolgte aus Protest gegen den Mitinhaber der Firma, Kruse, der im Werk erschien, um die Geschäftsleitung wieder zu übernehmen, obwohl eine Vereinbarung bestand, die ihm das Betreten der Fabrik vor Abschluß eines gegen ihn laufenden Entnazifizierungsverfahrens untersagte. Der Streik zog sich bis Mitte April hin und endete mit dem «Erfolg» der Belegschaft, daß Kruse einwilligte, den Ausgang seines Verfahrens abzuwarten. Mitte März

In Zusammenarbeit mit der Bibliothek der Hamburger SPD organisierten sozialistische Verleger eine Buchausstellung, die eine reichhaltige Auswahl älterer sozialistischer Literatur und Propagandaschriften umfaßte.

Mit ca. 8000 Bänden – viele davon waren Spenden der Schweizer Bücherhilfe – verfügte Hamburg zu diesem Zeitpunkt über die größte und wertvollste Bibliothek der SPD in Deutschland.

Zum Gedenken an die gescheiterte deutsche Revolution 18./ von 1848 wurden Hundertjahrfeiern abgehalten. 19. März

1948 Zwar scheiterte in der Hamburger Bürgerschaft ein Antrag der KPD, den 18. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, eine staatliche Feierstunde im Großen Festsaal des Rathauses wurde jedoch von allen Parteien beschlossen und durchgeführt.

Die Hamburger SPD kam darüber hinaus am 19. März in der «Flora» zu einer eigenen Veranstaltung zusammen. Prof. Carlo Schmid hielt dabei die Hauptrede zum Thema «Die verlorene Revolution».

21. März Hagenbecks Tierpark in Hamburg-Stellingen wurde hundert Jahre alt. Seinen Ursprung hatte der Zoo am Spielbudenplatz gehabt, wo der Fischhändler Gottfried Clas Carl Hagenbeck auf die lukrative Idee verfallen war, sechs lebende Seehunde in einem Waschzuber zur Schau zu stellen.

Die offizielle Jubiläumsfeier fand erst am 4. Mai auf dem nach 1945 wiederhergerichteten Tierparkgelände statt.

28./
29. März Von den 1250 männlichen und 550 weiblichen Abiturienten Hamburgs, deren Schulzeit zu Ostern endete, wollten 80% studieren. Aus Platz- und Lehrkräftemangel wurden jedoch – wie bereits 1947 – nur 45 Schulabgänger sofort zum Studium zugelassen. Den Abiturienten wurde von Behörden-seite empfohlen, die Wartezeit bis zum Studium durch eine Berufsausbildung auszufüllen. Bei den 7500 Schülern und 6000 Schülerinnen, die nach Abschluß des 9. Schuljahres entlassen wurden, erfreuten sich besonders «nährhafte» Berufe großer Beliebtheit. So gab eine große Anzahl von ihnen als Berufswunsch Koch bzw. Köchin an.

31. März Das amerikanische Repräsentantenhaus stimmte dem Marshall-Plan zu. Danach sollten 16 europäische Staaten – zuzüglich Westdeutschland und Triest – am «Europahilfsprogramm» partizipieren. Für die nächsten zwölf Monate (beginnend am 1. April) hatte das Programm ein Volumen von 5,3 Milliarden Dollar, wobei Westdeutschland im ersten Jahr Lieferungen im Wert von 549,4 Millionen Dollar erhielt. Auf den Bereich der Bizone entfielen dabei 437,4 Millionen Dollar.

Nachdem der amerikanische Präsident Truman den Plan 1948
am 3. April unterzeichnet hatte, wurden die Lieferungen unverzüglich aufgenommen.

Von den sechs osteuropäischen Staaten, die 1947 zur Teilnahme am Marshall-Plan aufgefordert worden waren und von denen Polen und insbesondere die Tschechoslowakei ihr Interesse an einer Beteiligung bekundet hatten, nahm nach massiver Intervention der UdSSR keines an dem Projekt teil. In Hamburg wurde das Anlaufen des Marshall-Plans von Bürgermeister Brauer vorbehaltlos begrüßt.

Wie sich auf dem 3. Landesparteitag der SPD zeigte, gab 10. Apr.
diese euphorische Begrüßung des Marshall-Planes die Stimmung in der Hamburger Landesorganisation nur bedingt wieder. Zwar nahm der Parteitag eine das Hilfsprogramm begrüßende Resolution des Parteivorstandes vom 9. April als Richtlinie für das politische Verhalten aller Mitglieder der Landesorganisation an, in der es – unter dem Eindruck der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei – hieß:

«Der Kampf um Freiheit und Demokratie in Europa hat durch den kommunistischen Staatsstreich in Prag eine dramatische Zuspitzung erfahren. . . . In den Westzonen versucht die kommunistische Propaganda Kriegsfurcht und Defaitismus zu verbreiten, um eine wirtschaftliche Erholung und eine Stärkung der demokratischen Kräfte und Institutionen zu verhindern. . . . Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Demokratie und des Sozialismus. Ihr Ziel ist ein einheitliches demokratisches Deutschland in Freiheit und Frieden; sie begrüßt die Aussicht auf wirtschaftliche Hilfe, die durch Annahme des Marshall-Planes gegeben ist. . . .».

Daneben wurden jedoch während der Fortsetzung des Parteitages am 25. April auch Stimmen laut, die die Gefahren des Hilfsprogramms deutlich zum Ausdruck brachten und die Befürchtung äußerten, daß die Hilfe längerfristig keineswegs «neutral», sondern sehr wohl an Bedingungen im

1948 Sinne des amerikanischen Kapitalismus geknüpft sei. Diese Position artikuliert der Delegierte Helmut Schmidt: «Mit dem Marshall-Plan marschiert gleichzeitig die Macht des alten Klassenfeindes gegen den Sozialismus. Soweit der amerikanische Arm reicht, werden die europäischen sozialistischen Parteien auf der Hut sein müssen . . . Es wäre töricht, sich aus Angst vor dem östlichen Raubtier freiwillig dem westlichen in den Rachen zu werfen . . . Ich glaube fest daran, daß West- und Mitteleuropa durch starke wirtschaftliche und politische Vereinigung ein so großes Gewicht sowohl in der Weltwirtschaft wie in der Weltpolitik werden kann, daß es das Gleichgewicht zwischen den beiden Raubtieren Ost und West zu balancieren vermag.»

Kritik wurde auch laut am antikommunistischen Kurs der SPD, die sich darin von den bürgerlichen Parteien letztendlich nicht mehr unterscheidet. Nicht der Kampf gegen den Kommunismus, sondern der Kampf für den Sozialismus habe im Mittelpunkt der SPD-Politik zu stehen. Allerdings blieben diese Kritiker in der Minderheit. Nach kontroverser Diskussion der Sachthemen wurden Meitmann und Schmedemann als Vorsitzende der Landesorganisation bestätigt.

14. Apr. Vor der Spruchkammer in Bielefeld begann der Prozeß gegen den ehemaligen Bürgermeister von Hamburg, Carl Vincent Krogmann. Krogmann, angeklagt in seiner Eigenschaft als Mitglied des Korps der Politischen Leiter (er war Gauamtsleiter der NSDAP für Kommunalpolitik), verstand es, seine Befugnisse und Kenntnisse während der NS-Herrschaft zu bagatellisieren, indem er dem ehemaligen Gauleiter von Hamburg, Kaufmann, die alleinige Verantwortlichkeit zuschrieb.

Der Prozeß, der sich infolge neuen, erst im Laufe des Verfahrens auftauchenden Materials bis zum 18. August hinzog, endete mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe von 10000 RM, die durch die Internierungshaft als verbüßt galt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Geldstrafe von 20000 RM unter Anrechnung der Internierungshaft beantragt.

Das Gericht hielt es für erwiesen, daß Krogmann erhebliche Kenntnisse von den Verbrechenskomplexen Judenverfolgung und Verfolgung politischer Gegner hatte. 1948

In der Urteilsbegründung hieß es, man habe ihm unter Würdigung seiner einwandfreien Persönlichkeit, seines Werdegangs und seiner Tätigkeit eine entehrende Freiheitsstrafe ersparen können. Nach Überzeugung des Gerichts habe der Angeklagte auch mannhaft zugegeben, was er wußte. Es sei möglich, daß er sich keine besonderen Gedanken darüber gemacht habe, ob das politische Führerkorps bei verbrecherischen Maßnahmen mitwirkte.

Nach der Urteilsverkündung schrieb die «Hamburger Freie Presse»: «Am Sonntagmittag aß Herr Krogmann noch im Uhlenhorster Fährhaus zu Mittag, herzlich begrüßt von zahlreichen Gästen. Er wußte wohl, daß ihm nicht viel bevorstand.»

Angesichts des sich im Zeichen des Kalten Krieges immer mehr verschlechternden Verhältnisses zwischen den beiden Arbeiterparteien wurden gemeinsame Aktivitäten zum 1. Mai nicht einmal mehr erwogen. 26. Apr.

Symptomatisch für die gespannte Atmosphäre zwischen den westlichen Besatzungsmächten und den Kommunisten war das Verbot der Druckgenehmigung für einen Maiaufruf der Hamburger KPD durch die britische Militärregierung. Der Aufruf, der lediglich die bekannte kommunistische Kritik an der Bildung eines separaten westdeutschen Staates unter kapitalistischem Vorzeichen wiederholte und zur Einheit des Volkes gegen derartige Pläne aufrief, wurde mit dem allgemeinen Hinweis auf die Order Nr. 8 (Regelung öffentlicher Aussprachen und anderer öffentlicher Tätigkeiten) untersagt.

In Herne beschloß eine Delegiertenkonferenz der KPD neben der Bildung einer zentralen Leitung für die Westzonen die Umbenennung der Partei in «Sozialistische Volkspartei Deutschlands» (SVD). Noch bevor sich die neue Bezeichnung der KPD durchsetzen konnte, wurde sie von der briti- 27. Apr.

1948 schen Militärregierung mit der Begründung verboten, «der Name sei darauf bedacht, die Öffentlichkeit irrezuführen», und stelle einen Mißbrauch des Wortes «sozialistisch» dar. Dieses Verbot sollte den Kommunisten unmöglich machen, sich der in den Westzonen inzwischen weitverbreiteten anti-kommunistischen Grundstimmung zu entziehen und ein etwaiges Unbehagen innerhalb der Bevölkerung an der west-deutschen Rekapitalisierung für sich zu nutzen.

1. Mai Rund 100 000 Menschen kamen in «Planten un Blomen» zur Gewerkschaftskundgebung zusammen. Anstelle des erkrankten Bundesvorsitzenden Böckler hielt der Vorsitzende des Ortsausschusses, Kummernuß, die Hauptrede. Neben der Kritik an der bisherigen Nachkriegsentwicklung der deutschen Wirtschaft und der Politik des Wirtschaftsrates widmete er sich auch dem Marshall-Plan und der bevorstehenden Währungsreform. Dabei drückte er, gestützt auf Äußerungen internationaler Gewerkschaftsvertreter, die Hoffnung aus, dem deutschen Volk werde durch das Hilfsprogramm keinerlei politische oder wirtschaftliche Bindung auferlegt werden.

Insgesamt standen die Maifeiern in den Westzonen und den meisten westeuropäischen Ländern stark unter dem Eindruck des Kalten Krieges und der sich in diesem Zusammenhang vollziehenden Abgrenzung vom Kommunismus.

5. Mai In «Planten un Blomen» wurde die Ausstellung «Hamburg am Werk» eröffnet. Sie sollte bis zum 30. Mai der Öffentlichkeit einen Eindruck der Hamburger Geschichte der letzten hundert Jahre, seiner Katastrophen 1842 und 1943 und des Wiederaufbaus nach 1945 vermitteln. Anhand eines während der letzten drei Jahre erstellten Generalbebauungsplanes wurden die Konzeptionen der künftigen wirtschaftlichen und baulichen Entwicklung einem größeren Publikum präsentiert. Die auf 25 000 m² in 15 Großzelten von Industrie und Wirtschaft gestaltete Ausstellung wurde von mehr als 200 000 Personen besucht.

6. Mai Im Zuge seiner Abgrenzung von den Kommunisten faßte

der Parteivorstand der SPD einen Beschluß, der eine Mitgliedschaft in der VVN mit der Mitgliedschaft in der SPD für unvereinbar erklärte. Als Begründung wurde angegeben, die KPD mißbrauche die VVN als eine ihrer politischen Hilfsorganisationen, was daran deutlich werde, daß die VVN besonders in den letzten Monaten durch politische Stellungnahmen zu vielen Fragen die kommunistische Politik eindeutig unterstützt habe. 1948

In Hamburg tagte die Delegiertenkonferenz der VVN für den Bereich der britischen Zone. Bei dieser Gelegenheit gaben die sozialdemokratischen Delegierten – unter Berufung auf den Vorstandsbeschluß vom 6. Mai – die Einstellung ihrer Mitarbeit bekannt und lehnten eine Kandidatur bei den anstehenden Vorstandswahlen ab. Die Zusammensetzung der 167 Delegierten – von denen 70 der KPD, 50 der SPD angehörten – machte deutlich, daß die KPD innerhalb der VVN zwar die stärkste Gruppe stellte, der Vorwurf der Vorherrschaft der KPD innerhalb der VVN aber nicht zutraf. Vielmehr gewannen die Kommunisten erst durch das Ausscheiden der SPD-Mitglieder ein deutliches Übergewicht. 8./9. Mai

Die ehemaligen Verfolgten, die den bürgerlichen Parteien angehörten, schlossen sich der Abgrenzungsstrategie gegenüber der KPD nicht an. In den neuen Zonenvorstand wurden 10 Kommunisten, 8 rassistisch Verfolgte, 4 FDP-, 3 CDU-Mitglieder sowie je 2 Angehörige des Zentrums, der Widerstandsgruppe des 20. Juli, der Parteilosen, der Kirche und der Bibelforscher gewählt. Zonenvorsitzender wurde erneut Franz Heitgres (KPD).

Da die VVN in Hamburg halbamtlichen Charakter hatte und ihr von den Behörden eine Reihe von Aufgaben übertragen worden war, erwies sich ein sofortiges Herauslösen der Sozialdemokraten aus der VVN als undurchführbar. Erst am 29. Juli entschieden sich die SPD-Mitglieder auf einer Versammlung mit 308 gegen 98 Stimmen für einen sofortigen Austritt aus der VVN. Der Düsseldorfer SPD-Parteitag am 11./14. September erklärte dann die Unvereinbarkeit von

1948 SPD- und VVN-Mitgliedschaft (bei nur 21 Gegenstimmen) für verbindlich und beschloß die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), deren Zielsetzung sich auf die Durchsetzung materieller Wiedergutmachung beschränkte. In Hamburg erfaßte die Arbeitsgemeinschaft bis 1949 1009 Mitglieder – und damit weniger Sozialdemokraten, als in der VVN organisiert gewesen waren.

10. Mai Das gemeinwirtschaftliche Genossenschaftsunternehmen der «Produktion» legte auf einer Vertreterversammlung die Bilanz des vergangenen Jahres vor. Danach war die Mitgliederzahl um 17 847 auf 34 600 gestiegen, waren 7 neue Läden eröffnet und in 215 Läden 19 ½ Millionen RM Umsatz erzielt worden, was einer Steigerung von 26,6% entsprach.

Auf der Grundlage dieser positiven Entwicklung begrüßten die Genossen die bevorstehende Währungsreform und beurteilten die Perspektiven ihres Unternehmens – im Vergleich zur Privatwirtschaft – als ungleich günstiger.

12. Mai Als Konsequenz aus der Bürgerschaftsdebatte vom 26. November 1947 zum § 218 hob der Senat die «Polizeiverordnung über Verfahren, Mittel und Gegenstände zur Unterbrechung und Verhütung von Schwangerschaften» vom 21. Januar 1941 für das Gebiet der Hansestadt Hamburg auf.

Die Verordnung hatte die Herstellung und den Verkauf von Verhütungsmitteln – bei Androhung von Geldstrafen bis zu 150 RM bzw. 6 Wochen Haft – untersagt.

13./
15. Mai Im Gegensatz zur fortgeschrittenen Polarisierung der beiden Arbeiterparteien versuchten die Gewerkschaften der Westzonen und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in der sowjetischen Besatzungszone, der sich abzeichnenden Teilung Deutschlands entgegenzuwirken. Auf gemeinsamen Interzonenkonferenzen wurden gesamtdeutsche Probleme (z.B. Entnazifizierung, Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, Betriebsräte in der Wirtschaft, Neugestaltung der Sozialversicherung, Schicksal der Kriegsgefangenen etc.) erörtert und gemeinsame Erklärungen zu

einzelnen Fragen veröffentlicht. Auf Dauer überwogen jedoch auch auf den Interzonenkonferenzen die Gegensätze: Auf der 8. Konferenz in Heidelberg wurden erstmals getrennte Erklärungen abgegeben, da es in der Frage der Beurteilung des Marshall-Planes zu keiner Einigung kam. Der endgültige Bruch zwischen den Gewerkschaften erfolgte dann auf der 9. Interzonenkonferenz am 17./18. August in Enzisweiler bei Lindau am Bodensee: Die Anerkennung der Westberliner «Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation» (UGO) durch die Gewerkschaften der Westzonen bzw. deren Ablehnung durch den FDGB lieferte den Anlaß zum offenen Konflikt und führte zur Einstellung der Gespräche.

In Bielefeld fand der 2. (außerordentliche) Gewerkschaftstag der DAG statt. Angesichts der zunehmenden Entfremdung zwischen DAG und DGB, die sich besonders in der gegensätzlichen Haltung zu den Proteststreiks Anfang Februar gezeigt hatte, stand die Diskussion um die Gründung einer eigenständigen Angestelltenorganisation außerhalb des DGB im Mittelpunkt.

In Zusammenarbeit mit Kriegsdienstgegnern aus dem Ausland rief die sozialistische Jugendbewegung der «Falken» in Hamburg zu einer Friedenskundgebung im Schauspielhaus auf. Ihr Vorsitzender, Erich Lindstaedt, warnte vor «den Leuten, die nur drei Jahre nach dem grausamsten aller Kriege bereits wieder nur in einem neuen Krieg die Lösung aller strittigen politischen Fragen sehen . . .».

Der Hamburger Senat erließ ein «Gesetz über Sonderhilfsrenten». Darin wurde denjenigen Opfern nationalsozialistischer Verfolgung eine «Sonderhilfe» zugesprochen, die aufgrund der Zonenanweisung Nr. 20 vom 4. Dezember 1945 von der britischen Militärregierung als politisch, rassisch oder religiös Verfolgte amtlich anerkannt waren oder anerkannt werden würden.

Die Renten sollten vom 1. Juli 1948 an ausgezahlt werden.

Eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus der britischen und amerikanischen Zone tagte in Bad Vilbel bei Frankfurt.

1948

21./

23. Mai

23. Mai

24. Mai

25./

26. Mai

1948 furt a. M. Die Teilnehmer erklärten ihre Bereitschaft «zu einem bizonalen Zusammenschluß der Gewerkschaften und zur Errichtung eines Gewerkschaftsbundes für beide Zonen.» Diesem Beschluß trat auch eine Gewerkschaftskonferenz der französischen Besatzungszone in Ludwigshafen bei.

Diese Entscheidung stand im Gegensatz zur Position, die vor allem der DGB in der britischen Zone bis zum Jahresende 1947 vertreten hatte. Bisher war auf eine Verschmelzung der westzonalen Landesgewerkschaften vor allem deshalb verzichtet worden, um die gesamtdeutsche Vereinigungsfrage offenzuhalten und den Erfolg der Interzonenkonferenzen, d. h., die Gründung einer gesamtdeutschen Einheitsgewerkschaft, nicht zu gefährden.

Nach den Erfahrungen der 8. Interzonenkonferenz vom 13./15. Mai wurde dieses Ziel zugunsten einer gewerkschaftlichen Vereinigung der Westzonen aufgegeben.

7. Juni Nach mehrmonatigen Beratungen veröffentlichte die Londoner Sechsmächte-Konferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg) «Empfehlungen zur Deutschlandfrage».

Darin wurde die Notwendigkeit betont, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, auf der Basis einer freien und demokratischen Regierungsform die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu erlangen.

Zugleich wurde empfohlen, die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder zu ermächtigen, eine Verfassungebene Versammlung einzuberufen. Dieses Gremium, der Parlamentarische Rat, sollte sich aus gewählten Abgeordneten zusammensetzen, wobei für jeweils 750 000 Einwohner der Westzonen ein Abgeordneter vorgesehen war.

16./
18. Juni In Recklinghausen beschäftigte sich ein außerordentlicher Bundeskongreß des DGB mit den Differenzen zwischen den Industriegewerkschaften und der DAG.

Dabei sollte ein Kompromißvorschlag, der der DAG eine eigene Zuständigkeit für die Bereiche Handel, Banken, Versicherungen und im Werbe- und Verlagswesen zusicherte, ihr

aber die Vertretung bzw. Werbung in den Branchen der einzelnen Industriegewerkschaften untersagte, zum Abbau der Spannungen führen. 1948

Ein Beschluß in diesem Sinne wurde mit 153 gegen 20 Stimmen gefaßt, wobei alle 11 Delegierten der DAG gegen die Entschließung votierten, während die 26 Delegierten, die als Vertreter der Angestellten aus den Industriegewerkschaften zum Kongreß entsandt waren, für die Entschließung stimmten. Als sich die DAG-Vertreter weigerten, sich dieser Entscheidung zu unterwerfen, kam es zum offenen Bruch: Mit der Verweisung des DAG-Vorsitzenden Dörr aus der Sitzung war der Ausschluß der DAG aus dem DGB faktisch vollzogen. Der offizielle Austritt der DAG aus dem DGB erfolgte am 30. Juni 1948.

Unmittelbar vor der Währungsreform veröffentlichte das Bielefelder Emnid-Institut die Ergebnisse einer Umfrage, die kurz vorher bei 5000 Personen durchgeführt worden war. Die Frage lautete: «Was würden Sie zuerst kaufen?» 17. Juni

Warenart	Häufigkeitsziffer der geäußerten Wünsche in v. H.
Herrenschuhe	46
Damenschuhe	44
Damenwäsche	42
Herrenwäsche	36
Herrenanzüge	36
Haushaltsgerät	33
Damenstrümpfe	30
Damenwintermäntel	20
Kinderschuhe	19
Damenwinterkleider	18
Radiogeräte	18
Tisch- und Bettwäsche	16
Fahrräder	16
Glühbirnen	15
Schlafzimmermöbel	14
Kinderwäsche	14

1948 ...

Bücher	4
Schreibmaschinen	3
Toilettenartikel	3

Dabei zielte die Frage ausdrücklich auf Konsumgüter, die in den Jahren vor der Währungsreform fast nur über den Schwarzen Markt zu bekommen waren. Lebensmittel waren von der Wunschliste ausgenommen.

18. Juni Um 18 Uhr wurde das von den drei Militärgouverneuren erlassene Währungsgesetz über den Rundfunk verkündet.

Darin hieß es:

«Die Reichsmarkwährung wird in den drei Westzonen (ohne Berlin) durch eine neue Währung ersetzt. ... Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung. ... Jeder Einwohner des Währungsgebietes erhält für 60 RM einen Kopfbetrag von 60 Deutschen Mark, von denen höchstens 40 D-Mark sofort ausgezahlt werden. ...» Der Umtausch fand am 20. Juni statt. Innerhalb von 13 Stunden gaben 17 000 Helfer an den 1300 Hamburger Lebensmittelkartenausgabestellen die neue Währung an 650 000 Stammkarteninhaber aus. Altgeld konnte noch bis zum 26. Juni im Verhältnis 10:1 gegen DM umgetauscht werden.

Die Forderung der SPD, die Währungsreform mit einem Lastenausgleich zu verbinden, wurde nicht verwirklicht. So begünstigte die Reform die Sachwertbesitzer, da das Eigentum an Grund und Boden, an Produktionsmitteln und an Waren unberührt blieb.

Als Reaktion auf die Währungsreform in den Westzonen schränkte die sowjetische Besatzungsmacht die Interzonenverbindungen nach Berlin ein.

24. Juni Die Blockade von Berlin begann. Sowjetische Truppen unterbanden jeden Personen- und Güterverkehr von und nach Berlin. Lebensmittel, Medikamente und Energie aus dem sowjetischen Sektor Berlins und der sowjetischen Besatzungszone wurden nicht mehr in die westlichen Sektoren der Stadt geliefert.

Begründet wurden die Maßnahmen mit dem Schutz der Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft in der sowjetischen Zone. Nur so könne einer Desorganisation des Geldumschlufs vorgebeugt werden. Die sowjetische Militärverwaltung erklärte die Viermächteverwaltung für «praktisch beendet».

Gegen die Stimmen der Arbeiterparteien verabschiedete der Wirtschaftsrat ein «Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform». Das Gesetz schuf wesentliche Voraussetzungen für die «soziale Marktwirtschaft».

Die Bewirtschaftung und Preisbindung für 400 Waren wurden aufgehoben. Bewirtschaftet blieben als einzige Verbrauchsgüter Seife, Tabakwaren, Hausbrandbrennstoffe, Glühlampen, Autoreifen, Mineralöl und dessen Produkte.

Da alle Land- und Wasserwege blockiert waren, errichteten die westlichen Alliierten eine Luftbrücke nach Berlin. Dadurch sollte die Versorgung der Stadt gesichert und die von der Sowjetunion beabsichtigte Demoralisierung der West-Berliner Bevölkerung vermieden werden.

26. Juni

Nach Abschluß der Währungsreform beriet eine Funktioniärsversammlung der Hamburger SPD im Gewerkschaftshaus die künftige Wirtschaftspolitik. Dabei wurden die Gegensätze zur Politik des Wirtschaftsrates deutlich.

Die Referate hielten – als Teilnehmer an den Vorbereitungen der Reform – Finanzsenator Dudek, Prof. Dr. Karl Schiller und Klabunde. Prof. Schiller sagte u. a.: «... Die Zusammenziehung des Geldes bedeutet allerdings auch eine Deflation, die mit schweren Erschütterungen verbunden ist. Durch die Entblößung von Geldmitteln sind die Betriebe gezwungen, die Enthortung durchzuführen. Dieser Deflationsschock ist im Augenblick zu begrüßen. Bei längerem Anhalten jedoch wird die Deflation zu Stilllegungen führen. Wenn jetzt diejenigen Firmen verschwinden, die unnötige und unsinnige Produkte erzeugt haben, so ist das zu begrüßen. Aber es besteht die Gefahr, daß bei längerer Deflation

1948 auch gesunde Betriebe angegriffen werden, daß die Deflationskrise sich zur anhaltenden allgemeinen Arbeitslosigkeit entwickelt. . . . Keinesfalls wird sich automatisch ein privatkapitalistischer Aufschwung vollziehen. Es muß daher eine Wirtschaftspolitik durchgeführt werden, die nur unter dem Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung steht. Diese Politik hat zur Voraussetzung, daß die Kreditverknappung der ersten Phase durch eine wohlüberlegte, gesteuerte Kreditausweitung ersetzt wird. Diese Kreditausweitung muß in erster Linie für gemeinwirtschaftliche Investitionen (Wohnungsbau, Verkehrswirtschaft, Hafenausbau) zur Verfügung stehen. Alle Maßnahmen, auch der Lastenausgleich, müssen auf dieses Ziel abgestellt sein. . . .»

Bedingt durch den Geldmangel in der Folge der Währungsreform gingen die Einnahmen der 78 Hamburger Kinos (36 800 Plätze) um durchschnittlich 57,5 % zurück. Während sich die Besucherzahl um 35 % verminderte, wichen die verbliebenen Kinogänger verstärkt auf die billigere Platzkategorie aus.

Der Besucherdurchschnitt fiel auf den Stand der Jahre 1936/37, in denen jeder Hamburger statistisch fünfzehnmal im Jahr im Kino war. In ähnlicher Weise waren alle anderen kulturellen bzw. Freizeitangebote betroffen. Restaurants und Theater blieben leer, Zeitungen fanden keine Käufer mehr.

29. Juni In Hamburg tagte der Parteivorstand der SPD. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Londoner Abmachungen der Sechsmächtekonferenz vom 7. Juni, die Forderung nach sofortiger Einstellung der Demontage der Friedensindustrie und – vor allem – die Erarbeitung einer Stellungnahme zur Blockade Berlins.

In dem entsprechenden Beschluß forderte der Parteivorstand alle Bezirksorganisationen auf, Solidaritätskundgebungen für Berlin durchzuführen. Aus der aktiven Mithilfe der Kommunisten an den Berliner Terrormaßnahmen müßten auch in den Westzonen die politischen Konsequenzen gezogen werden.

Bei Vorstandswahlen zum Ortsausschuß der Hamburger Gewerkschaften wurde Kummernuß (ÖTV) als Vorsitzender bestätigt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Wilhelm Petersen (IG Metall), zum Geschäftsführer Ernst Rathlov gewählt. 1948 30. Juni

Seit dem 20. Juni meldeten sich bei den Hamburger Arbeitsämtern täglich etwa 1200 Arbeitsuchende, darunter 250 Frauen. Die Zahl der Kündigungsanträge, die vor allem aus dem Handel und dem Gaststättengewerbe kamen, beliefen sich auf insgesamt 4000, denen täglich rund 800 Neuanforderungen von Arbeitskräften vor allem aus der Bekleidungs- und Papierindustrie gegenüberstanden. Während die Arbeitslosenzahl in der britischen Besatzungszone am 31. Mai bei 213 647 und in Hamburg bei 12 112 gelegen hatte, stieg sie bis zum 31. Juli auf 334 994 bzw. 25 466 an. Die Zahl der Unterstützungsempfänger – vor der Währungsreform in Hamburg ca. 1000 Personen – verdoppelte sich bis Ende Juni. 1. Juli

Im September waren in Hamburg bereits 27 500 Personen (4,7%) arbeitslos. In Schleswig-Holstein kletterte die Arbeitslosenzahl in der Zeit von Ende Juni bis September von 21 300 (2,7%) auf 89 400 (11,1%). Neben diesen Auswirkungen erfüllten sich aber auch die Hoffnungen auf eine Anregung der Produktion durch die Währungsreform. Gegenüber Mai 1948 stieg in Hamburg die gesamte Industrieerzeugung um 56,6%. Dabei lag die Steigerung im Juli in der Produktionsgüterindustrie bei 68,3%, in der Verbrauchsgüterindustrie bei 43%.

In Frankfurt a. M. übergaben die Militärgouverneure der drei Westzonen den Regierungschefs der elf Länder die alliierten Vorschläge zur Bildung einer westdeutschen Verfassungsgebenden Versammlung.

Als Grundlage für die parteipolitische Zusammensetzung der Abgeordneten dienten die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen. Nachdem die Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeister der Länder ihre Zustimmung zur Konstituierung der Verfassungsgebenden Versammlung in einer gemeinsamen Er-

1948 klärung am 26. Juli bekundet hatten, erließen die Länder «Gesetze über den Parlamentarischen Rat», die die Modalitäten der Abgeordnetenwahl festlegten. In Hamburg nominierte die Bürgerschaft am 18. August den Bürgerschaftspräsidenten Schönfelder (SPD) und den CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft, Dr. Paul de Chapeaurouge, für die Verfassunggebende Versammlung. Ein Antrag der KPD auf Nominierung Dettmanns wurde abgelehnt.

Nachdem Vorarbeiten zur Erstellung eines Verfassungsentwurfs noch im August in Herrenchiemsee abgeschlossen wurden, fand die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September in Bonn statt.

2. Juli Die Hamburger SPD rief die Bevölkerung zu einer Protestkundgebung gegen die Blockade Berlins auf. Auf dem Rathausmarkt sprachen die aus Berlin angereisten Politiker Franz Neumann (SPD), Jacob Kaiser (CDU) und Carl-Hubert Schwennicke (FDP) über die Situation in der Stadt.

In einer Sondersitzung beschloß die Hamburger Bürgerschaft – gegen die Stimmen der KPD – eine Hilfsaktion für Berlin. In der Entschließung zu dieser Aktion hieß es u. a.:

«... Die in einer Sondersitzung versammelte Hamburger Bürgerschaft... appelliert an die freien und gesitteten Völker, jene barbarischen Maßnahmen zu ächten und den Geboten der Menschlichkeit wieder Geltung zu verschaffen. Es gilt, der Bedrohung der Freiheit entschlossenen Widerstand zu leisten. Es gilt zugleich, dem Rückfall in nazistische Methoden mit allen Kräften der Demokratie zu begegnen. Wer den politischen und geistigen Terror, der die Ostzone bedrückt und jetzt das freiheitliche Berlin niederzwingen will, billigt, unterstützt oder durch Schweigen deckt, stellt sich außerhalb der demokratischen Kräfte und verwirkt das Recht auf Teilnahme an der Führung im demokratischen Staat. . . . »

Als sich Senator Dettmann – mittlerweile neben dem Arbeitsminister Rudolf Kohl in Württemberg-Baden der einzige Kommunist in einer Regierung der Westzonen – weigerte, diese Entschließung zu unterzeichnen, brachte die

SPD-Fraktion am 5. Juli einen Mißtrauensantrag gegen Dettmann ein, der – unterstützt von CDU und FDP – am 21. und 28. Juli in der Bürgerschaft behandelt wurde. 1948

Die Debatte über den Antrag machte deutlich, daß das Abstimmungsverhalten Dettmanns lediglich den äußeren Anlaß für den Mißtrauensantrag darstellte. Der eigentliche Grund für die Entlassung Dettmanns aus dem Senat lag darin, daß die KPD zunehmend in generelle Opposition zur politischen Gesamtentwicklung in den Westzonen geriet. Damit wurde – durch das Zerbrechen des noch bei der Regierungsbildung im Oktober 1946 vorhandenen Wiederaufbaukonsenses – die verantwortliche Vertretung der Regierungspolitik durch einen kommunistischen Minister bzw. Senator unmöglich.

Gegen die vier Stimmen der KPD nahm die Bürgerschaft den Mißtrauensantrag an. Als letzter kommunistischer Regierungsvertreter in den Westzonen trat Dettmann daraufhin zurück.

Aus Anlaß der Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge der Währungsreform wurden in den Westzonen allgemein geltende Bestimmungen für die Arbeitslosenunterstützung bekanntgegeben. 5. Juli

Die Unterstützung erhielt der gemeldete, unfreiwillig dazu gewordene Arbeitslose nach einer Wartezeit von drei bis sieben Tagen, wenn er in den letzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen beschäftigt und versichert gewesen war. Die Unterstützung wurde bei 26 Wochen Beschäftigung für 13 Wochen, bei 39 Wochen vorangegangener Beschäftigung für 20 Wochen und bei 52 Wochen Beschäftigung für 26 Wochen gezahlt. Die Krankenversicherung lief weiter. Nach Ablauf der Versicherungsdauer trat die öffentliche Fürsorge ein. Der Unterstützungssatz richtete sich nach der Höhe des früheren Verdienstes.

Der Wirtschaftsrat verabschiedete ein Gesetz zur «Aufhebung und Lockerung von Gewerbebeschränkungen». 8. Juli

Damit entfielen für zahlreiche Betriebe – insbesondere

1948 auch für die Konsumgenossenschaften – behördliche Widerstände bei der Eröffnung von Verkaufsstellen. In den vorangegangenen Monaten war die Eröffnung häufig mit der Begründung «mangels eines Bedürfnisses» untersagt worden.

9. Juli Vor dem Bielefelder Spruchgericht wurde mit dem früheren Staatssekretär Georg Ahrens einer der bekanntesten Hamburger NS-Führer zu sechs Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 2½ Jahren der Internierungshaft verurteilt.

Ihm wurde die Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation (SS) und Kenntnis ihres verbrecherischen Charakters vorgeworfen. Ahrens – wegen seiner Tätigkeit als Sprecher der Luftlagemeldungen während des Krieges bei der Bevölkerung unter dem Namen «Onkel Baldrian» bekannt – hatte in der Verhandlung versichert, nur deswegen in der SS gewesen zu sein, um die vom System Verfolgten zu schützen.

Anfang Juli Der Leitende Ausschuß für die Entnazifizierung und Kategorisierung in Hamburg wies die ihm unterstellten Ausschüsse an, ihre Tätigkeit einzustellen.

In der Begründung an den Senat hieß es u. a., der Ausschuß habe sich bemüht, «die durch mangelhafte gesetzgeberische Grundlagen entstandenen Ungerechtigkeiten» zu mildern.

Nachdem jedoch durch Befehl der Militärregierung verschiedene Berufsgruppen der Entnazifizierung entzogen worden seien und belastete Angehörige gehobener Berufe wieder tätig sein dürften, könne der Ausschuß die Fortführung seiner Tätigkeit nicht verantworten.

20./21. Juli In Bielefeld tagte der Bundesbeirat des DGB der britischen Zone. In der Vorstandssitzung des DGB erklärte der Vorsitzende der DAG, Dörr, nochmals, seine Gewerkschaft erkenne die Beschlüsse des Recklinghausener Kongresses (16./18. Juni) nicht an.

Als Konsequenz aus dem endgültigen Bruch zwischen DGB und DAG beschloß der DGB die Gründung einer neuen autonomen «Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung», die – in Konkurrenz zur DAG – alle Arbeitnehmer dieser Gruppen umfassen sollte.

Am härtesten von der Währungsreform betroffen waren die alten und arbeitsunfähigen Menschen, jene, die geglaubt hatten, durch Beiträge an Lebensversicherungsgesellschaften vorgesorgt zu haben, und die – im Unterschied zu Sozialversicherten – nun nur noch ein Zehntel ihrer Rente erhielten. 1948 29. Juli

Rentner, die monatlich 80 oder 100 RM bezogen hatten, erhielten für Juli 8 oder 10 DM. Ihnen blieb vorläufig nur das Wohlfahrtsamt. Für viele Alten stand die «Armenpflege» im Ruf der Anrüchigkeit, und es war deshalb bitter für sie, um «Almosen» zu bitten.

Besonders hart betroffen waren auch die Studenten. Nach Angaben des «Hamburger Echo» waren ca. 45 % der inzwischen mehr als 5000 Hamburger Studenten infolge der Währungsreform nahezu völlig mittellos.

Die französische Besatzungszone wurde mit dem amerikanisch-britischen Besatzungsgebiet zur Trizone vereinigt. 1. Aug.

Nach dem Plan der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft sollten die Rationen für Normalverbraucher im August täglich 1756 Kalorien enthalten. Anfang Aug.

Aufgeschlüsselt nach Lebensmitteln für den ganzen Monat bedeutete das: 10 000 g Brot, 1500 g Nahrungsmittel, 12 000 g Kartoffeln (eventuell mehr), 125 g Kaffee-Ersatz, 200 g Fleisch, 1000 g Fisch, 625 g Fett, 125 g Käse, 3000 g E-Milch, 1500 g Zucker, 750 g Trockenfrüchte.

In einem von der US-Armee veröffentlichten Bericht stellen amerikanische Ernährungswissenschaftler nach einem Studium der deutschen Situation fest, daß die deutsche Bevölkerung, deren Untergewicht 10 bis 15 % betrage, zur Wiedererlangung ihrer körperlichen Kräfte und ihrer normalen Arbeitsfähigkeit täglich 2540 Kalorien brauche. 6. Aug.

Als Folge der Aufhebung der Bewirtschaftung für die meisten Produkte des täglichen Bedarfs stiegen die Preise für zahlreiche Waren sprunghaft an. In der Bevölkerung führte diese Preistreiberi zu starken Spannungen.

Auf dem Hamburger Gemüsemarkt kam es deshalb zu einem «Käuferstreik»: Die Einzelhändler kauften nicht bei den

1948 Großhändlern, die sie wesentlich für die überteuerten Produkte verantwortlich machten. Zwar bewirkte diese Aktion vorübergehende Preissenkungen von 30 bis 50 %, änderte jedoch nichts am generellen Preiswucher der Warenbesitzer nach der Währungsreform. Seit 1945 waren die Preise gegenüber den Löhnen um fast 50 % gestiegen. Überdies hatte eine Verordnung der Militärregierung bis kurz vor der Währungsreform jede Lohnerhöhung untersagt. Nach der Reform jedoch ließen sich – angesichts des Überangebotes an qualifizierter Arbeitskraft und des wieder vorhandenen Tauschwertes des Geldes – Lohnerhöhungen kaum noch durchsetzen.

Insofern konnten Selbsthilfeaktionen wie Käuferstreiks das Ansteigen der Preise nur in Einzelfällen, etwa bei offenkundigem Wucher, verhindern. Lösen konnten sie das Problem nicht, denn der Mangel an Lebensmitteln, Kleidung und Hausrat war so enorm, daß den Preissteigerungen allein von «staatlicher» Seite, d. h. durch Maßnahmen des Wirtschaftsrates, begegnet werden konnte. Dieser jedoch setzte auf die Selbstregulierung des Marktes und hielt den Preiswucher lediglich für eine bedauerliche Nebenerscheinung einer im Aufschwung begriffenen Wirtschaftsentwicklung.

Die Forderung nach einer Koppelung der Löhne und Gehälter an die Preise durch einen alle Arbeitnehmer umfassenden Tarifvertrag wurde zwar von seiten der SPD erhoben, hatte aber bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Wirtschaftsrat keine Aussicht auf Verwirklichung.

9. Aug. In Hamburg-Neugraben wurde in der ersten Neubausiedlung nach Kriegsende Richtfest gefeiert. Die Siedlung «Waldfrieden», in nur 12 Wochen von den Mitgliedern der «Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungs-Baugenossenschaft Süderelbe» erbaut, sollte bis zum Jahresende 55 bezugsfertige Häuser umfassen. Bis Ende 1949 sollten auf dem Siedlungsgelände 164 Häuser entstehen.

12. Aug. Während es in Teilen der Westzonen zu Massendemonstrationen gegen Preiswucher kam, gab sich der Hamburger DGB in einer Erklärung beschwichtigend:

«Die Hamburger Gewerkschaften sehen zunächst von der Proklamierung eines Käuferstreiks ab. In Hamburg wurden bereits durch den auf Druck der Verbraucher durchgeführten Kleinhändlerstreik die Preise für Obst und Gemüse gesenkt. . . .» 1948

Aus Anlaß der Proteste gegen die Preistreiberei nach der Währungsreform stellte die SPD im Frankfurter Wirtschaftsrat einen Antrag auf Abberufung des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard. 17. Aug.

Der Mißtrauensantrag gegen den Wirtschaftsdirektor gründete sich vor allem auf dessen Handhabung des Gesetzes über die Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform. Dieses Gesetz ermächtigte den Wirtschaftsdirektor, alle erforderlichen Wirtschaftsmaßnahmen zu treffen, insbesondere zu bestimmen, welche Waren freigegeben werden und welche Preisvorschriften gelten sollten. Von dieser nur seinem Amt eingeräumten Einflußmöglichkeit auf die Preisentwicklung hatte Erhard jedoch keinen Gebrauch gemacht.

In geheimer Abstimmung lehnten die Vertreter von CDU, FDP und DP den Mißtrauensantrag mit 47 gegen 35 Stimmen der SPD und KPD ab.

Die Hamburger Bürgerschaft beriet das «Gesetz über den Parlamentarischen Rat», das die Form der Mitwirkung Hamburgs an der Konstituierung eines westdeutschen Staates regeln sollte. Dazu brachte die SPD-Fraktion eine Entschlie-ßung ein, deren Kernsätze lauteten: «Die Bürgerschaft billigt die gefaßten Beschlüsse und bekennt sich zu der von Bürgermeister Brauer auf diesen Konferenzen vertretenen Auffassung über die staatliche Neuordnung im Westen. Die Bürgerschaft begrüßt die westdeutsche Ordnung als eine Vorstufe für einen gesamtdeutschen Staat». 18. Aug.

Demgegenüber stellte die Bürgerschaftsfraktion der KPD den Antrag, die von den Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen ausgesprochene Zustimmung zu den am 1. Juli übergebenen Frankfurter Dokumenten zu mißbilligen und

1948 jede Politik zur Spaltung Deutschlands abzulehnen. Statt dessen solle der Senat von der Bürgerschaft beauftragt werden, «... an den Kontrollrat und alle zuständigen deutschen Stellen heranzutreten, eine gesamtdeutsche Volksvertretung zu bilden, die beauftragt wird, die Vorbereitungen für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung zu treffen. ...»

Als Senatsvertreter erklärte Dr. Paul Nevermann (SPD) zu diesem Antrag: «... uns Sozialdemokraten kommt es darauf an, daß wir irgendeine gesamte Rechtsgrundlage, eine Gesamtautorität im Westen bekommen, um die Lebensverhältnisse der arbeitenden Massen zu heben. ...entweder wir wollen auch die staatsrechtlichen Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der minderbemittelten Volksschichten wenigstens im Westen schaffen, oder wir nehmen den Antrag des Herrn Dettmann an; dann bleiben wir weiterhin im Westen ohnmächtig, in Länder aufgespaltet, und es kommt keine Autorität zustande, die die großen Probleme wirklich über den Länderegoismus hinaus meistern kann.

Wir sind aus diesen Gründen der Meinung, daß die Ministerpräsidenten recht daran getan haben, wenigstens dasjenige Stück Deutschlands staatlich zusammenfassend zu organisieren, das uns zur Zeit erreichbar ist.»

Gegen die vier Stimmen der KPD wurde das Gesetz über den Parlamentarischen Rat angenommen.

20. Aug. Mit Wirkung vom 21. August ordnete die britische Militärregierung eine Vorzensur der «Hamburger Volkszeitung» auf unbestimmte Zeit an. Als Begründung wurde angegeben, die Zeitung pflege eine fortwährend gehässige Berichterstattung.

Am 27. September wurde die Maßnahme aufgehoben.

1. Sept. In Bonn trat der Parlamentarische Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Seine Aufgabe bestand in der Erarbeitung einer Verfassung für die drei Westzonen Deutschlands.

Da die personelle Besetzung des Rates auf der Grundlage

der letzten Landtagswahlen erfolgte, befanden sich die Vertreter der Arbeiterparteien auch hier in der Minderheit. 1948

Zu einem der Vizepräsidenten des Rates wurde der Hamburger Abgeordnete Adolph Schönfelder gewählt.

Der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften für das vereinigte Wirtschaftsgebiet der Westzonen wurde endgültig von den Militärregierungen zugelassen.

Der niedersächsische Kultusminister Adolf Grimme (SPD) wurde vom Verwaltungsrat des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), der größten deutschen Rundfunkgesellschaft, einstimmig zum Generaldirektor gewählt. Am 15. November trat Grimme sein auf vier Jahre befristetes Amt an. Er löste damit seinen britischen Vorgänger Hugh Carlton Greene ab. 8. Sept.

In der Boxarena an der Allee in Altona wurden vor rund 15 000 Zuschauern deutsche Meisterschaften im Berufsboxen ausgetragen. Dabei errangen die Hamburger Carl Schmidt und Herbert Nürnberg die Titel im Mittel- bzw. Leichtgewicht. Zusammen mit Heintzen Hoff, der seinen Schwergewichtstitel bereits am 2. September verteidigt hatte, und Richard Vogt stellte Hamburg damit vier Meister in einer der populärsten Sportarten der Nachkriegszeit. 10. Sept.

Anlässlich der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus wurde auf dem Ohlsdorfer Friedhof, gegenüber dem Krematorium, der Grundstein zu einem Denkmal für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und des Widerstandskampfes gelegt. 12. Sept.

In Hamburg streikten die unständig beschäftigten Hafenarbeiter gegen die drohende Entlassung von 750 Kollegen. Rund 1400 von ihnen demonstrierten auf dem Rathausmarkt und forderten die Sicherstellung einer gleichmäßigen Arbeitsverteilung im Hafen. 13. Sept.

Der Streik kam – auch für die Gewerkschaft – völlig überraschend und wirkte sich, da zu diesem Zeitpunkt 25 Schiffe im Hafen auf ihre Entladung warteten, unmittelbar aus.

Nach Verhandlungen zwischen Bürgermeister Koch, Sena-

1948 tor Borgner und einer Delegation der Streikenden nahmen die Arbeiter bereits am nächsten Tag die Arbeit wieder auf, ohne durch ihre Aktion ein greifbares Ergebnis erzielt zu haben.

11./14. In Düsseldorf fand der 3. (Nachkriegs-)Parteitag der SPD Sept. statt. 366 stimmberechtigte Delegierte – unter ihnen 18 aus Hamburg – nahmen teil.

Zentrale Punkte bildeten – neben dem Referat des seit Juni schwer erkrankten Schumacher, der auf dem Parteitag persönlich nicht auftreten konnte – die Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und die Vorstellungen der SPD zur sozialen Neuordnung.

In seinem Referat «Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus» kennzeichnete Schumacher die wirtschaftliche Situation in den Westzonen nach der Währungsreform folgendermaßen:

«... Unter der Fahne der freien Wirtschaft ist die Anarchie der Beutemacher etabliert worden. Ein Egoismus, der alle Bindungen und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge verkennt und ignoriert, ist zum maßgebenden Faktor geworden. So ist das individuelle Gutdünken der Nutznießer des Dritten Reiches das oberste volkswirtschaftliche Gesetz in Deutschland. ... Die deutschen Arbeiter sind unter den großen Völkern des europäischen Kontinents die einzigen gewesen, die die Neigung zum Faschismus nicht durch die Neigung zum Kommunismus abgelöst haben. ... Wenn aber die Vereinigung des Unverständnisses der Siegermächte mit der hemmungslosen Verdienerrut der deutschen Unternehmer soziale Erfolge der deutschen Sozialdemokratie unmöglich macht oder doch unerträglich hinauszögert, dann werden die gefährlichen weißen Flecke auf der politischen Landkarte Deutschlands größer. Dann kommen Chancen für den Kommunismus oder irgendeine Form des Neofaschismus, der in allen seinen möglichen Spielarten auch mit Sowjetrußland zusammenhängt. ...»

In ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen grenzte sich

die SPD gleichermaßen von «uneingeschränkter Konkurrenzwirtschaft» und «totaler Planwirtschaft» ab. Zwar sei eine Planung und Lenkung der Wirtschaft nötig, für diese sei es jedoch völlig gleichgültig, ob ein Unternehmen sich in Gemeineigentum befinde oder ob es Privaten gehöre. 1948

In seinem Referat «Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe» sagte Rudolf Zorn, zu dieser Zeit Wirtschaftsminister in Bayern und Verfechter eines nichtmarxistisch-revisionistischen Programms einer «regulierten Marktwirtschaft» innerhalb der SPD, u. a.:

«... Nur die Kombination beider Systeme ist ein geeignetes Ordnungsinstrument. Die Institution des Marktes bleibt auch weiter erhalten, gleichzeitig werden aber Direktiven für die Produktion und Verteilung gegeben werden, um die Schwankungen der freien Marktwirtschaft zu vermeiden. Die Kontrolle ist also ein wesentlicher Bestandteil der regulierten Marktwirtschaft. ...»

Zorn nannte vier Kernforderungen der SPD für die Neuordnung: Die Forderung eines gerechten Lohns und wirtschaftlicher Sicherheit; die Forderung nach demokratischer Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht; die Forderung nach gleichen Chancen für jedermann und die Forderung nach Konsumfreiheit.

Der Parteitag bestätigte Schumacher und Ollenhauer in den Funktionen des Ersten bzw. Zweiten Vorsitzenden. Agartz wurde nicht wieder in den Parteivorstand gewählt. Aus Hamburg wurde Meitmann erneut Mitglied des Vorstandes.

In Hamburg, der Gründungsstätte und Zentrale der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, wurde der 2. (31.) Deutsche Konsumgenossenschaftstag nach der Wiedergründung abgehalten. Unter den 800 Teilnehmern befanden sich zahlreiche ausländische Genossenschaftler. 14./16. Sept.

Im Rahmen der Arbeitstagung am 15. September legten die «Produktion» und die 1894 in Hamburg gegründete «Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften»

1948 (GEG) Berichte über ihre Arbeit vor. Die Teilnehmer beschlossen die Gründung des «Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften für das vereinigte Wirtschaftsgebiet».

Ende Sept. In den westlichen Besatzungszonen lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller erfaßten Arbeiter in allen Gewerbegruppen bei 1,22 DM. Arbeiterinnen verdienten nahezu überall lediglich die Hälfte dieses Betrages. In der Tabakindustrie wurden mit 1,73 bzw. 0,87 DM die höchsten, in der Textilindustrie mit 1,18 bzw. 0,70 DM die niedrigsten Löhne gezahlt.

1. Okt. Der Wirtschaftsrat verabschiedete einstimmig das Gesetz über die Aufhebung des Lohnstopps, mit dem alle Beschränkungen über die Begrenzung der Löhne und Gehälter aufgehoben wurden. Das Gesetz trat am 3. November in Kraft.

2. Okt. In Hamburg wurde das Urteil in einem Prozeß gegen den Tabakindustriellen Philipp Reemtsma verkündet.

In dem seit Mai laufenden Verfahren war Reemtsma aktive Bestechung Hermann Görings vorgeworfen worden.

Reemtsma, der in den zwanziger Jahren praktisch ein privates Zigarettenmonopol in Deutschland errichtet hatte und vom hochverschuldeten Spekulanten zu einem der reichsten Männer Deutschlands aufgestiegen war, hatte Göring – um die Niederschlagung eines gegen ihn angestregten Verfahrens wegen Steuerschiebung zu erreichen – zwischen 1934 und 1944 mit rund 14 Millionen Mark bestochen.

Da er auch andere NS-Führer durch Geschenke freundlich zu stimmen wußte, waren seine Geschäfte während der NS-Herrschaft auch in anderen Wirtschaftsbereichen vortrefflich gedingen.

Das Gericht sah den Tatbestand der Bestechung als erwiesen an und verhängte eine Strafe von 10 Millionen DM, ersatzweise 10 Monate Gefängnis. Durch die Anrechnung der fünfmonatigen Untersuchungshaft galt die Hälfte der Strafe als verbüßt.

7. Okt. Nach der Währungsreform entwickelte sich die hamburgi-

sche Industrie vergleichsweise günstig. Vor allem die Verbrauchsgüterindustrie verbuchte durch die Kaufkraftsteigerung der DM eine erhöhte Produktion. 1948

Während im Hamburger Umland die Auswirkungen der Währungsreform die Arbeitslosigkeit nahezu vervierfachen (in Schleswig-Holstein lag sie Ende September bei 11,1 %, in Stade/Cuxhaven bei 8,8 %), machten sie sich in Hamburg selbst weniger stark bemerkbar. Hier betrug die Arbeitslosenquote Ende September 4,7 % und sank bis zum Jahresende auf 4,5 %.

Hamburg hatte zu diesem Zeitpunkt 2410 Betriebe (mit mehr als zehn Beschäftigten) mit insgesamt 127936 Arbeitern und Angestellten. Die Zahl der Beschäftigten stieg in den Monaten seit Juli langsam an.

Durch die erhöhte Arbeitsmoral war auch die Arbeitsleistung gestiegen; sie betrug inzwischen durchschnittlich 70 % der Vorkriegszeit. Die Abwesenheit vom Arbeitsplatz wegen Krankheit war um 33,1 %, die «aus sonstigen Gründen» – wozu besonders Hamsterfahrten nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen gehörten – sogar um 40 % zurückgegangen.

Mit einer Produktionssteigerung von 17,1 % seit Juli lag Hamburg allerdings deutlich unter der durchschnittlichen Steigerungsrate der Industrieproduktion in der gesamten Bizonenzone. Diese betrug 29,2 %.

In Haffkrug an der Ostsee wurde das «Kindererholungsheim Produktion» nach Beseitigung der Kriegsschäden wieder in Betrieb genommen; jeweils 50 Hamburger Kinder konnten dort einen vierwöchigen Urlaub verbringen. 11. Okt.

Zu Ehren des Geschäftsführers der GEG, Heinrich («Henry») Everling, der am 19. August 75 Jahre alt geworden war und auf dessen Anregung die Errichtung des Heims zurückging, erhielt das Heim seinen Namen.

In Hamburg wurden zwei neue Senatoren ernannt. Prof. Dr. Karl Schiller übernahm das Amt des Wirtschaftssenators. Der bisherige Amtsinhaber Borgner wechselte in 13. Okt.

1948 die Leitung der Konsumgenossenschaft «Produktion». Der 37jährige Schiller – zu dieser Zeit Leiter des Hamburger Instituts für Außenhandel und Überseewirtschaft und Professor an der Universität Hamburg – galt seit seiner «Denkschrift zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs» innerhalb der SPD als der wirtschaftspolitische Experte.

Das Amt des zurückgetretenen Gesundheitssenators Dettmann übernahm der zweite Vorsitzende der Hamburger SPD, Schmedemann.

14. Okt. Als erste deutsche Gewerkschaft schlossen sich die Industrieverbände Chemie, Papier, Keramik der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone in Hannover zu einer einheitlichen Gewerkschaft für die drei Westzonen zusammen.

15. Okt. In Hamburg veröffentlichte der Flüchtlingsausschuß des Zonenbeirates eine Liste über die Verteilung der Flüchtlinge in der Bizone.

Danach entfielen am 1. April 1948 auf 37,75 Millionen Einwohner der Bizone 7,31 Millionen Flüchtlinge, d. h. 19,3 %. Am höchsten war der Flüchtlingsanteil mit 37,5 % in Schleswig-Holstein. In Niedersachsen betrug er 28,3 %, in Hamburg 7,7 %.

6,5 Millionen der Flüchtlinge stammten aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und dem Ausland; 800 000 kamen aus Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone. Hunderttausende von ihnen lebten noch immer in Lagern, am 1. September 1948 allein in Schleswig-Holstein noch 90 000, in Niedersachsen 56 000.

18. Okt. Im Hamburger Gewerkschaftshaus beriet eine Lehrerversammlung der «Gesellschaft der Freunde» die geplante Hamburger Schulreform. Die Vorschläge umfaßten folgende Hauptpunkte: Das Hamburger Schulwesen wird nach dem Prinzip der *differenzierten Einheitsschule* aufgebaut. Der gesamte Unterricht wird unentgeltlich. Lehr- und Lernmittel werden frei. Ausreichende Unterhaltsbeihilfen werden bereit-

gestellt. Die Einheitsschule sollte sich in Unter-, Mittel- und Oberstufe gliedern. In der Unter- und Mittelstufe würden alle Kinder neun Jahre lang zusammen unter einer Leitung von Lehrern der bisherigen Volks-, Berufs- und höheren Schulen erzogen. 1948

Im 5. Schuljahr sollte eine Differenzierung innerhalb der Klasse durch Gruppen- und Einzelarbeit beginnen. Mit dem 7. Schuljahr würden die Kinder aufgeteilt in drei gleichwertig nebeneinanderstehende Züge: in den theoretischen, den technischen und praktischen Zug. Nach dem 9. Schuljahr werde die Volksschulpflicht enden. Die Berufsschulpflicht begänne und dauere drei Jahre. Der Unterricht werde mindestens zwölf Wochenstunden umfassen. Für Schüler aller Züge sollte die Möglichkeit bestehen, ein 10. Volksschuljahr zu durchlaufen. Nach dem erfolgreichen Besuch der 10. Klasse sollte der Übergang zu den bisherigen Berufsoberschulen möglich sein. Die Berufsoberschulen sollten ein Reifezeugnis verleihen, das zum Besuch der Hochschule berechtige. Der theoretische Zug werde bis zum Ende der 13. Klasse durchgeführt. Die Abschlußprüfung gebe die Berechtigung zum Hochschulstudium.

Auf allen Stufen der Einheitsschule wurde die gemeinsame Erziehung der Geschlechter angestrebt.

Diese Vorschläge dienten der Vorbereitung eines neuen Schulgesetzes. Allerdings scheiterten sie zunächst am massiven Widerstand der Lehrer der höheren Schulen, die bereits jede ernsthafte Diskussion einer sechsjährigen Grundschule ablehnte. Abgelehnt wurde die Schulreform auch durch die bürgerlichen Parteien in der Bürgerschaft, so daß sich der bildungspolitische Streit bis weit ins Jahr 1949 hineinzog.

Vor einer stark besuchten Funktionärsversammlung der Hamburger SPD hielt Gustav Dahrendorf ein Referat über die Preis- und Wirtschaftspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates, dessen Vizepräsident er war. 21. Okt.

In einer einstimmig gefaßten Entschließung verurteilte die Versammlung die Politik des Wirtschaftsrates.

1948
22. Okt. In Lüdenscheid beschlossen die Delegierten der Industriegewerkschaft Metall der britischen und amerikanischen Zone den Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation.

Als einer von drei gleichberechtigten Vorsitzenden wurde Wilhelm Petersen aus Hamburg gewählt.

Durch den Zusammenschluß wurde der Metallarbeiterverband mit 1,1 Millionen Mitgliedern zum stärksten Einzelverband.

23. Okt. Das «Hamburger Echo» meldete die Anklageerhebung gegen den früheren Gauleiter und Reichsstatthalter von Hamburg, Karl Kaufmann, beim Bielefelder Spruchgericht. Kaufmann wurde nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 (Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben) angeklagt.

Zu diesem Zeitpunkt war er bereits aus dem Internierungslager entlassen und befand sich im Krankenhaus Sarepta der Anstalt Bethel bei Bielefeld. Da er – nach ärztlichen Angaben – nach einem Autounfall unter den Nachwirkungen schwerer Kopfverletzungen und unter Angina pectoris litt, war schon bei der Anklageerhebung zweifelhaft, ob Kaufmann einer mehrtägigen Gerichtsverhandlung gewachsen sein bzw. sich ihr aussetzen werde.

Anfang Dezember wurde das Verfahren auf Antrag der Anklagebehörde vorläufig eingestellt. Kaufmann hatte Gutachten vorgelegt, die ihm bescheinigten, einer öffentlichen Verhandlung in absehbarer Zeit nicht beiwohnen zu können. Er blieb zur Behandlung in der Anstalt Bethel.

27. Okt. Großbritannien, Frankreich und die USA berieten über die Erfüllung des Demontageprogramms in den Westzonen.

Vor allem auf französischen Druck hin wurde vereinbart, die bereits beschlossenen Demontagen umgehend durchzuführen. Auf der Demontageliste standen auch zwei Hamburger Betriebe in Bahrenfeld und Altona, deren Produktion inzwischen wieder angelaufen war und die 418 Arbeiter und Angestellte beschäftigten.

Da die neuerliche Demontage bereits in die Phase der sich 1948
erholenden Wirtschaft fiel und beide Betriebe auf die Herstel-
lung dringend benötigter Produkte (Schreibmaschinen, nau-
tisches Gerät) spezialisiert waren, riefen die Maßnahmen, die
am 1. November bzw. 30. November begannen, nicht nur bei
den unmittelbar Betroffenen Unverständnis und Verbitte-
rung hervor.

Das Hamburger Wasserwerk in Rothenburgsort wurde 30. Okt.
hundert Jahre alt.

Nachdem das enorme Ausmaß der Hamburger Brandkata-
strophe von 1842 nicht zuletzt auf die schlechte private Was-
serversorgung zurückgeführt worden war, hatte der Senat
den englischen Ingenieur William Lindley mit der Planung ei-
nes dampfgetriebenen Pumpwerks beauftragt. Das fertige
Werk – das erste seiner Art auf dem europäischen Festland –
versorgte die Hamburger Innenstadt mit unfiltriertem Elb-
wasser, das in Ablagerungsbehältern geklärt wurde.

Im Geschäftsjahr 1947/48 verfügte Hamburg über 21 Was-
serwerke. Da 16 von ihnen Grundwasserwerke waren,
konnte der Bedarf zu 72 % durch Grundwasser gedeckt wer-
den. Der tägliche Durchschnittsverbrauch der Stadt lag bei
300 000 cbm.

Ein vom Wirtschaftsrat initiiertes «Jedermann-Pro- 1. Nov.
gramm» sollte den Preiswucher in besonders angespannten
Bereichen der Gebrauchsgüterproduktion bekämpfen. So
boten die Geschäfte «Jedermann-Schuhe» zum vergleichs-
weise günstigen Preis von 25,- DM für Herren, 22,- bis 23,-
DM für Damen und 13,50 bis 20,- DM für Kinder an.

Für das «Jedermann-Programm» waren 40 % der Schuh-
produktion, d. h. für die Westzonen 700 000 Paar Schuhe im
Monat, vorgesehen. Die niedrigen Preise kamen dabei durch
die verhältnismäßig geringen Gewinne von Industrie und
Einzelhandel zustande. Allerdings bot das Programm prak-
tisch eher psychologische Beschwichtigung als materielle
Hilfe: Da einerseits das vermehrte Warenangebot die Nach-
frage bei weitem nicht deckte und der von Erhard angekün-

1948 digte Druck auf die Preise durch das Programm ausblieb, andererseits die Verwaltung für Wirtschaft auf eine Kontrolle der Produktion und des Absatzes ausdrücklich verzichtete, blieb die Einhaltung der Produktions- und Verteilungsquote unüberprüfbar und der Preiswucher ungebrochen. Programme für «Jedermann-Textilien», «Jedermann-Fahrräder» etc. wurden angekündigt.

In Hamburg nahm die durch Gesetz vom 12. Juli 1948 gegründete «Akademie für Gemeinwirtschaft» ihren Vorlesungsbetrieb auf.

Nachdem bereits seit Dezember 1945 Beratungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der SPD über eine Universitätsreform stattgefunden hatten, war der aktuelle Anlaß der Gründung der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben und den Gewerkschaften. In hochschulmäßiger Form sollten die Studierenden nach einem Lehrplan ausgebildet werden, der als Schwerpunkte Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Jura und Soziologie umfaßte und auf vier (später auf sechs) Semester angelegt war. Das Studium schloß mit einem Diplom ab und konnte – bei besonderer Begabung – in ein erweitertes Studium an der Universität Hamburg münden.

In den ersten fünf Jahren der «Akademie» lag der Anteil der Arbeiter«kinder» bei «nur» 14 %, stieg aber in den folgenden Jahren langsam an.

Die «Akademie», die sich als «Modell des Zweiten Bildungsweges» verstand, war die einzige Hochschule in der künftigen Bundesrepublik, an der auch Arbeiter mit Volksschulabschluß nach dreijähriger Berufstätigkeit – unter der Voraussetzung einer bestandenen Aufnahmeprüfung – ein sozialwissenschaftliches Studium absolvieren konnten.

Als Anstalt des öffentlichen Rechts war die «Akademie», die 1970 in «Hochschule für Wirtschaft und Politik» (HWP) umbenannt wurde, von der Universität unabhängig. Sie unterstand der Aufsicht der Schulbehörde.

Nach einer Anfangsphase, in der Professoren wie Karl Schiller und Helmut Schelsky kommissarisch die Leitung übernahmen, wurde 1950 Prof. Karl-Hermann Capelle für zwei Jahre, ab Sommer 1952 Prof. Heinz-Dietrich Ortlieb Leiter der Akademie. 1948

Immer noch befanden sich 560 000 deutsche Kriegsgefangene in Internierungs- bzw. Arbeitslagern der Siegermächte – 410 000 allein in der UdSSR. In Frankreich waren 59 399, in Jugoslawien 53 000, in Polen 38 000, in der Tschechoslowakei 3800 und in Spanien 600 Kriegsgefangene interniert. 2. Nov.

In der Gewerkschaftszeitung der britischen Zone «Der Bund» veröffentlichte der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Albin Karl, einen offenen Brief an den Wirtschaftsdi- rektor im Wirtschaftsrat unter dem Titel «Es wird gefährlich, Herr Prof. Erhard!». Anfang Nov.

Darin kündigte er Maßnahmen bis hin zum Generalstreik an, da alle bisherigen Forderungen und Vorschläge der Gewerkschaften, die die Sicherung eines ausreichenden Realeinkommens und damit einer erträglichen Lebenshaltung der breiten Massen der Arbeiterschaft bezweckten, unbeachtet geblieben seien.

Nachdem in der amerikanischen Besatzungszone bereits Ende September ein Verbot aller in der sowjetischen Zone gedruckten und verlegten Bücher, Zeitschriften und Zeitungen erlassen worden war, ordnete auch die britische Militärregierung derartige Maßnahmen an. 6. Nov.

So gab der britische Zivilgouverneur in Hamburg, Berry, bekannt, «daß die Einfuhr von irgendwelchen sowjetisch lizenzierten deutschen Zeitungen, Zeitschriften oder Büchern oder von irgendwelchen sowjetischen Veröffentlichungen in deutscher Sprache in die Hansestadt Hamburg . . . verboten ist. . . .»

Diese Anordnung wurde am 10. November in der Bürgerschaft zum Gegenstand einer Anfrage der KPD, die am 1. Dezember durch die Kulturbehörde beantwortet wurde. Zwar äußerten alle Bürgerschaftsfraktionen Bedenken gegen

1948 das Verbot, und die Kulturbehörde sagte eine Intervention bei der Militärregierung zu, um zu erreichen, daß zumindest der Austausch von literarischen, wissenschaftlichen und klassischen Werken sowie von Werken der Musikkultur in allen Zonen gestattet werde, zugleich wurden jedoch auch hier die unüberbrückbar gewordenen Gegensätze zwischen KPD und den anderen Parteien deutlich. Der KPD wurde entgegengehalten, es sei schließlich die sowjetische Militärregierung mit ihrer Direktive Nr. 105 gewesen, die als erste das Kulturabkommen der Besatzungsmächte von 1947, das den freien Austausch von Publikationen in allen vier Zonen gestattete, einseitig aufgehoben habe.

8. Nov. In Düsseldorf beschloß die Gewerkschaftsführung der anglo-amerikanischen Besatzungszone für den Bereich des vereinigten Wirtschaftsgebietes die Durchführung einer 24stündigen vollständigen Arbeitsruhe am 12. November.

Der Streik richtete sich gegen die hohen Lebenshaltungskosten bzw. gegen die Preispolitik des Wirtschaftsrates.

Nachdem die Militärregierungen dem Streik zunächst ablehnend gegenüberstanden, erklärten sie – nach Gesprächen mit der Gewerkschaftsführung – die Arbeitsniederlegung zur deutschen Angelegenheit und sicherten ihre Neutralität in dem Konflikt zu. Während die Angestelltengewerkschaft ihre Mitglieder aufrief, die Aktion zu unterstützen, lehnte die Beamten- und Arbeitergewerkschaft jede Teilnahme an Streiks ab, befürwortete jedoch wesentliche Forderungen des «Zehnpunkteprogramms», das die gewerkschaftliche Position in der Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsrat formulierte.

In dem Programm, das vom «Hamburger Echo» am 9. November veröffentlicht wurde, forderten die Gewerkschaften – neben konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung des Preiswuchers und der Warenhortung – auch die Überführung der Grundstoffindustrie und der Kreditinstitute in Gemeineigentum, die Demokratisierung der Wirtschaft bzw. ihre gleichberechtigte Mitwirkung in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Ausdrücklich nahm die Gewerkschaftsführung folgende 1948
Arbeitsbereiche vom Streik aus: das Gesundheitswesen,
einen Teil der Eisenbahn, der für die Bedürfnisse der Besat-
zungsmacht erforderlich war, die Polizei, das Fernsprechw-
esen und sämtliche bei der Militärregierung tätigen Arbeits-
kräfte.

Am Modellfall einer fünfköpfigen Familie veranschau- 9. Nov.
lichte das Statistische Landesamt Hamburg die gestiegenen
Lebenshaltungskosten. Danach lagen diese – auf der Grund-
lage von 1938 = 100 – im August 1948 bei 140,0 und im Okto-
ber bei 148,3. Allein zwischen September und Oktober hat-
ten sich die Ausgaben um rund 4,2 % erhöht. Die Ursache für
diese Steigerung lag primär im enormen Anstieg der Lebens-
mittelpreise.

Am 30. Jahrestag des Bestehens der «Hamburger Volks-
zeitung» – die als Organ der USPD gegründet und 1921 an-
läßlich der Spaltung der USPD zusammen mit der Mehrzahl
der Mitglieder von der KPD übernommen worden war – kam
es zu einem mittlerweile seltenen Zusammentreffen: Vertre-
ter der Militärregierung, des Rundfunks, der Verleger- und
Journalistenvereinigung sowie aller Hamburger Zeitungen
folgten der Einladung in die Verlagsräume und nahmen an
der Feier teil.

Erneut scheiterte ein von der SPD eingebrachter Mißtrau- 10. Nov.
ensantrag gegen den Oberdirektor des Wirtschaftsrates, Dr.
Pünder, und den Wirtschaftsdirektor Erhard.

Noch am selben Tag verteidigte Pünder im Rundfunk seine
Wirtschaftspolitik und lehnte eine Erfüllung des gewerk-
schaftlichen «Zehnpunkteprogramms» ab.

Um «Zwischenfälle» zu vermeiden, beschloß die Ge-
werkschaftsführung, am Streiktag auf Demonstrationen und
Kundgebungen zu verzichten. Die Streikenden sollten zu
Hause bleiben.

Von der Ausrufung eines unbefristeten Generalstreiks
wurde abgesehen, um eine «Explosion» zu vermeiden.

Im Rahmen einer Feier in der Musikhalle wurde der Pro-

1948 fessor am Institut für physikalische Chemie, Prof. Dr. Paul Harteck, in das Amt des Rektors der Universität Hamburg eingeführt.

Mit dem 46jährigen Wiener, der seit 1934 an der Hamburger Universität lehrte, wurde erstmals seit Kriegsende ein Vertreter der «jüngeren» Generation zum Rektor gewählt.

12. Nov. Der 24stündige Streik verlief in der gesamten Bizone in völliger Ruhe. Allein in der britischen Zone befanden sich sechs Millionen im Ausstand. In Hamburger Betrieben ruhte die Arbeit fast vollständig. Einzelhandelsgeschäfte, die zunächst öffneten, schlossen – angesichts des eingestellten U- und Straßenbahnverkehrs und der ausgestorbenen Straßen – bald wieder. Ungeachtet der – zumindest in der britischen Zone – weitgehenden Befolgung des Streikaufrufs hielt Dr. Pünder in einer Rundfunkansprache an seiner Wirtschaftspolitik fest.

Da die Gewerkschaftsführung keine weitergehenden Aktionen, z. B. die Ausweitung des Streiks auf unbestimmte Zeit, beschloß, endete die Arbeitsniederlegung ohne erkennbares Resultat.

15. Nov. In Hamburg begann erneut die «Schwedenspeisung». In 250 Ausgabestellen gaben ehrenamtliche Helferinnen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege das Essen für 25 000 Kinder zwischen drei und sechs Jahren aus. Für jede Mahlzeit wurde ein Unkostenbeitrag von fünf Pfennigen erhoben, der für den Transport der Lebensmittel von Schweden nach Deutschland diente. Das Essen selbst war kostenlos.

Mitte Nov. In einer Revisionsverhandlung verurteilte das Bielefelder Spruchgericht den früheren Gaupresseamtsleiter der NSDAP in Hamburg, den damaligen Hauptschriftleiter und Verlagsdirektor des «Hamburger Tageblatt», Hermann Okraß, zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren, die durch die Internierungshaft als verbüßt galt.

Das erste gegen Okraß ausgesprochene Urteil, das auf 6000 RM Geldstrafe gelaftet hatte, war auf allgemeine Entrü-

stung gestoßen, weil Okraß als der aktivste Nazipropagandist im Hamburger Pressewesen bekannt gewesen war. 1948

Ein Bericht der Hamburger Baubehörde gab Aufschluß über die aktuelle Wohnungslage der Stadt. Danach gab es in Hamburg zu diesem Zeitpunkt 7000 bis 8000 Baustellen, wobei an sieben Wiederaufbauschwerpunkten ganze Wohngebiete in Bau waren. In Hamm/Horn, Jarrestadt, Wandsbek, Bogenstraße/Schlankreye, Koldingstraße, Barmbek-Nord und Dulsberg sollten auf Ruinengrundstücken etwa 10000 Wohnungen entstehen; 1500 bis 1800 waren bereits in Bau. 20. Nov.

Trotz der nach der Währungsreform verstärkten Bautätigkeit war die Wohnungslage nach wie vor katastrophal: Den 260000 unzerstörten bzw. wiederaufgebauten Wohnungen stand ein Bedarf von 180000 bis 200000 neuen Wohnungen gegenüber. Noch immer lebten rund 200000 Menschen in Notunterkünften (Bunkern, Schreberlauben, Nissenhütten, Baracken und Ruinenkellern). 270000 ausgebombte Hamburger konnten – aufgrund der Zuzugssperre – nicht in die Stadt zurückkehren. Jedem Hamburger standen durchschnittlich sieben bis zwölf m² Wohnraum zu, wobei Billstedt (mit 6,5 bis 7 m² pro Person) die größte Wohndichte aufwies. Jeder Verkauf von Wohnungen war grundsätzlich verboten. Die Wohnungsvergabe lag ausschließlich in den Händen des Wohnungsamtes.

Das «Hamburger Echo» veröffentlichte das Ergebnis einer ersten ausführlichen Meinungsumfrage nach dem Krieg, die die Sorgen der Hamburger Bevölkerung untersuchte. 23. Nov.

Danach waren mehr als vier Fünftel aller Sorgen materieller Art. Auffällig war, daß die Ernährungs- und Heizungsfrage – vor der Währungsreform mit Abstand die Hauptsorge der Bevölkerung – nach der Reform in den Hintergrund trat.

Demgegenüber verdoppelte sich der Bedarf an Kleidung, Schuhen und Haushaltswaren. Geldsorgen, im Februar 1947 von nur 4 % der Befragten erwähnt, standen – nach der wiedergewonnenen Kaufkraft der D-Mark – im Oktober 1948 mit 22 % an der Spitze.

1948 Im «Haus der Jugend» des Hamburger Schauspielhauses erlebte das Brechtstück «Herr Puntila und sein Knecht Matti» seine deutsche Erstaufführung.

Das Volksstück, 1940 im Exil entstanden und im Juni 1948 in Zürich uraufgeführt, wurde – neben der «Dreigroschenoper» – zum meistgespielten Stück Brechts.

Es ermöglichte, durch den Verzicht auf episches Theater, auf Theorie und Klassenkampf, eine Inszenierung unter Betonung des «Allgemein-Menschlichen» und kam damit den Sehgewohnheiten des Theaterpublikums der Nachkriegszeit in den Westzonen entgegen.

Andere Brechtstücke wurden, da dieser sich – wieder in Europa – offen zum Marxismus bekannte, zu dieser Zeit bereits in Ostberlin lebte und arbeitete und in den Medien der Westzonen vor allem an seiner Haltung zur Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone gemessen wurden, auf westdeutschen Bühnen nur selten gespielt.

Anfang Dez. Die Militärregierungen der Westzonen veröffentlichten die Besatzungskosten für das Rechnungsjahr 1947/48. Danach beliefen sich die Kosten auf 5,5 Milliarden RM, was 38,6 % des Steueraufkommens der Westzonen entsprach.

Umgerechnet bedeutete das eine Belastung von 123,- RM pro Kopf der Bevölkerung. Für Hamburg betragen die Kosten für 1947 534,44 Millionen RM. Davon waren allein 228,02 Millionen Lohn- und Gehaltskosten für die 45 780 Arbeitnehmer im Dienst der Militärregierung. Da diese Summen aus den öffentlichen Haushalten nicht finanzierbar waren, konnten sie nur durch einen Reichsbankkredit aufgebracht werden. Damit drohten die Besatzungskosten – indirekt – die Werte aufzuzehren, die über den Marshall-Plan in die Westzonen flossen.

1. Dez. Ein vom Hamburger Senat in Auftrag gegebenes Gutachten über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung wurde vorgelegt. Darin wurde vorgeschlagen, die strukturell auch 1948 unverändert vorhandene, stark zentralistische Verwaltungsorganisation des NS-Regimes in regionale Selbstver-

waltungsgremien (Bezirksämter) umzuwandeln, allerdings 1948
unter Beibehaltung der stadtstaatlichen Einheit.

Durch die Übertragung aller kommunalen Aufgaben an die lokalen Instanzen sollte eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Leben im Bezirk ermöglicht werden.

Das Gutachten, nach seinem Verfasser Dr. Oskar Mulert als Mulert-Gutachten bekanntgeworden, schlug die Bildung von sieben Bezirksämtern (Innenstadt, Eimsbüttel, Eppendorf, Wandsbek, Altona, Harburg, Bergedorf) vor. Ihnen sollte jeweils ein beamteter Bezirksleiter vorstehen, der die laufenden Geschäfte des Amtes führte. Ein aus der Bevölkerung gewählter Bezirksausschuß mit 20 bis 40 Abgeordneten sollte die kommunalen Selbstverwaltungsrechte der Einwohner des Bezirkes vertreten.

Um Kompetenzstreitigkeiten zwischen zentraler und dezentraler Verwaltung zu vermeiden, grenzte das Gutachten die Aufgabenbereiche der zentralen Fachbehörden deutlich von den kommunalen Aufgaben der Bezirksämter ab.

Immer noch lebten Hunderttausende sogenannter Displaced Persons (DPs) in Deutschland; Menschen, die durch 9. Dez.
Krieg und Verfolgung aus ihren Ländern verschleppt oder vertrieben worden waren und jetzt – zum großen Teil staatenlos – auf die Möglichkeit einer neuen Existenz hofften. Allein in den drei Westzonen wurden in der Nachkriegszeit mehr als sechs Millionen DPs registriert.

Da ihnen das zerstörte Europa kaum Perspektiven bot und die meisten nicht in ihre osteuropäischen Heimatländer zurückkehren wollten oder konnten, bot sich ihnen nur die Auswanderung nach Übersee. So traten von Cuxhaven aus 1200 DPs die Schiffsreise nach Halifax (Kanada) an. Über 190 000 sollten ihnen in den nächsten zwei Jahren folgen. Dabei war die Auswanderung über Cuxhaven nur eine Notlösung: Als traditioneller Auswandererhafen (in der Vergangenheit vor allem für osteuropäische Juden) hatte Hamburg, durch die Zerstörung der Auswandererhallen auf der Veddel im Bombenkrieg, kein Auswandererheim mehr.

1948 Um dem erwarteten Auswandererstrom aus Europa in Zukunft gewachsen zu sein, wurde deshalb erwogen, auf Finckenwerder Baracken zu einem Auswandererheim auszubauen.

13. Dez. Auf einer Funktionärsversammlung der SPD sprachen Bausenator Dr. Nevermann und der Fraktionsvorsitzende Klabunde über das Hamburger Bauprogramm nach der Währungsreform.

Innerhalb von fünf Jahren sollten 60 000 Wohnungen gebaut werden; 10 000 bereits bis Ende 1949. Zur Durchführung des Programms veranschlagte Nevermann 75 Millionen DM, von denen die Bürgerschaft bereits 30 Millionen zur Verfügung gestellt hatte.

Klabunde betonte die führende Rolle Hamburgs im Vergleich zur Bautätigkeit in den übrigen Ländern der britischen Besatzungszone und verwies auf die Schlüsselfunktion der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und der Selbsthilfegemeinschaften im sozialen Wohnungsbauprogramm.

Leider sei bisher nicht der Bedarf der Ausgangspunkt des Bauprogramms, sondern die nur unzureichend vorhandenen Rohstoffe und Arbeitskräfte.

In der anschließenden Diskussion wurden Forderungen nach Sozialisierung der Baustoffindustrie erhoben, die jedoch weder von den Referenten noch von der Mehrheit der anwesenden Funktionäre unterstützt wurden.

16. Dez. Im Durchschnitt mußte der deutsche Arbeiter in der anglo-amerikanischen Zone etwa viermal so lange arbeiten wie sein amerikanischer Kollege, um die gleichen Artikel (noch dazu in wesentlich schlechterer Qualität) kaufen zu können.

So waren beispielsweise für den Erwerb von Herrenschuhen 37, für ein Baumwollkleid 53 und für ein Fahrrad 168 Arbeitsstunden erforderlich.

21. Dez. Neben Gaststätten und Kinos waren auch die Hamburger Bühnen von den Auswirkungen der Währungsreform beson-

ders hart betroffen: Infolge des knappen Geldes und der relativ hohen Preise blieben die Besucher aus. 1948

So waren die rund 20 Bühnen, von denen sieben staatlich subventioniert wurden, nicht in der Lage, gültige Etats aufzustellen oder mit dem Personal über zu zahlende Gagen zu verhandeln. Wegen der Besucherkrise waren sie gezwungen, die Abonnentenzahl durch ein besonders «volkstümliches» Programm zu steigern und die Attraktivität durch den «Reiz des Neuen», d. h. durch häufig wechselnde Spielpläne, zu erhöhen.

Seit September war die Arbeitslosenzahl in Hamburg leicht rückläufig. Mit 4,5 % (26 200) lag sie weit unter den Zahlen der umliegenden Regionen. In Schleswig-Holstein hatte sie sich im gleichen Zeitraum um 3,6 % auf 14,7 % (114 800), in Stade/Cuxhaven um 2,1 % auf 10,9 % (10 800) erhöht. Ende Dez.

Die im DGB zusammengeschlossenen Hamburger Gewerkschaften hatten – durch den Austritt der DAG – nur noch 216 121 Mitglieder. Die mitgliederstärksten Einzelverbände stellten unverändert ÖTV und IG Metall (75 854 bzw. 46 900). Die inzwischen unabhängig organisierte DAG hatte in Hamburg 41 200 Mitglieder.

Die SPD in Hamburg konnte ihre Mitgliederzahl 1948 geringfügig (um 866) steigern. Sie betrug zum Jahresende 55 475. Davon waren 15 804 Frauen. Die Parteiorganisation gliederte sich in 14 Kreise, 81 Distrikte und 434 Bezirke.

Obwohl sich das Durchschnittsalter der Funktionäre seit 1947 um drei Jahre verringert hatte, war die Partei – mit durchschnittlich 45 Jahren – immer noch überaltert.

Bedingt durch die zunehmende politische Isolation in den Westzonen und die – auf der Suche nach «Titoisten» – einsetzenden innerparteilichen «Säuberungen», war die Mitgliederzahl der KPD nicht nur in Hamburg – durch Ausschlüsse bzw. -tritte – rückläufig. Genau Zahlen veröffentlichte die Partei nicht.

1949 3. Jan. Der Parteivorstand der KPD gab auf seiner Sitzung in Düsseldorf die organisatorische Trennung der KPD von der SED bekannt. Die Begründung, in der es u. a. hieß: «... Die besonderen Kampfbedingungen in den Westzonen Deutschlands stellen die KPD vor die Notwendigkeit der Durchführung einer selbständigen, diesen Bedingungen entsprechenden Politik. . . .», hätte allerdings seit 1945 zu fast jedem beliebigen Zeitpunkt formuliert werden können. Sie erfolgte in einer Situation, in der die Glaubwürdigkeit einer selbständigen, den Bedingungen der Westzonen entsprechenden Politik weitestgehend verlorengegangen und durch eine bloße organisatorische Trennung nicht zurückzugewinnen war.

Zum ersten Mal seit 1939 lief im Hamburger Hafen ein Fruchtdampfer mit 41600 Kisten Zitronen und Apfelsinen ein. Die Südfrüchte, von denen ungefähr die Hälfte für Hamburg bestimmt waren, wurden am neu hergerichteten Fruchtschuppen im Freihafen gelöscht. Die Schiffsladung war der erste Teil von insgesamt 12000 t Apfelsinen und Zitronen, deren Lieferung mit Italien für die Westzonen vereinbart worden war.

Vertreter des Hamburger Ernährungsamtes äußerten die Hoffnung, jeden Einwohner mit einem Pfund der Zitrusfrüchte versorgen zu können. Viele Kinder sahen damit erstmals Zitronen oder Apfelsinen.

12. Jan. In der ersten Sitzung des neuen Jahres beriet die Hamburger Bürgerschaft in erster Lesung ein «Notgesetz über die Säuberung der Wirtschaft», das die Preistreiberei durch eine gesetzlich geregelte Preisprüfung eindämmen sollte.

Bisher beschränkten sich die Einflußmöglichkeiten der Regierung auf die Erstellung eines Preisspiegels und auf – erfolglose – Appelle an den Frankfurter Wirtschaftsrat, diesbezüglich Gesetze zu erlassen. Der im Gesetzentwurf vorgesehene Ausschuß, der als Kontrollinstanz «Mißbräuche der Gewerbefreiheit» ahnden sollte, setzte sich mehrheitlich (vier von sieben Mitgliedern) aus Repräsentanten der Wirtschaft (Handelskammer, Handwerkskammer, Gewerkschaften) zu-

sammen, so daß der Abgeordnete Kalbitzer (SPD) während der Debatte von der Möglichkeit einer «Selbstreinigung der Wirtschaft» sprach. 1949

Bei zwei Enthaltungen stimmte lediglich der Vertreter der Deutschen Partei gegen das Gesetz, während 89 Abgeordnete für seine Annahme votierten.

Weiter legte der Senat einen Gesetzentwurf über einen bezahlten Hausarbeitstag vor, der von der Bürgerschaft in zweiter Lesung einstimmig angenommen wurde.

Danach sollten weibliche Arbeitnehmer gegenüber ihrem Arbeitgeber einmal monatlich Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag haben, sofern sie einen eigenen Haushalt versorgen, mindestens 48 Stunden wöchentlich arbeiteten und die Arbeitszeit auf sechs Wochentage verteilt war.

Waren Klein- oder schulpflichtige Kinder bzw. arbeitsunfähige Personen im Haushalt, sollte der Anspruch auch bei 40stündiger Arbeitszeit gewährt werden.

Das Gesetz trat am 1. März 1949 in Kraft. Allerdings zeigten sich bei seiner Anwendung in der Praxis bald Lücken, da der Begriff «weiblicher Arbeitnehmer mit eigenem Haushalt» vom Gesetz nicht eindeutig definiert wurde. Eine in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vom Senat erstellte Durchführungsverordnung war deshalb erforderlich.

Eine Anfrage nach Möglichkeiten einer Rückkehr der im Krieg evakuierten Hamburger, deren Zahl auf 270000 geschätzt wurde, beantwortete der Senat folgendermaßen: Es sei den noch nicht zurückgekehrten Bürgern gestattet, nach Hamburg zu ziehen; Voraussetzung seien allerdings der Nachweis eines Wohnsitzes in der Stadt am 1. September 1939 und die Nichtinanspruchnahme von besonderem Wohnraum in der aktuellen Wohnungsnot.

Praktisch bedeutete das eine Beschränkung der Rückkehr auf diejenigen, die bei Verwandten etc. unterkommen konnten. Während die sogenannten Butenhamburger auf eine Rückkehr in die Hansestadt hofften, hatten sich in den Jah-

1949 ren nach Kriegsende bis Ende 1948 63 702 Ostvertriebene, 53 250 Flüchtlinge aus Berlin und der sowjetisch besetzten Zone und 16 260 aus dem Ausland zurückgekehrte Deutsche in Hamburg niedergelassen.

Bei einer Gesamtbevölkerung von 1 509 400 hatte Hamburg zu diesem Zeitpunkt einen Flüchtlingsanteil von ca. 5 %. Demgegenüber betrug der Anteil der Flüchtlinge in den Flächenstaaten Schleswig-Holstein und Niedersachsen 33,1 % bzw. 25,2 %.

24. Jan. Die Konsumgenossenschaft «Produktion» bestand seit 50 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Genossenschaft über 152 Gemischtwarenverteilungsstellen, 45 Schlachterläden, 26 Brotläden und zwei Spezialläden.

Anlässlich einer Feier im Gewerkschaftshaus sprachen Bürgermeister Brauer, Franz Spliedt (für die Gewerkschaften) und Gustav Dahrendorf (für die GEG). Brauer gab dabei die Bereitstellung von sechs Millionen DM für den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Wohnungen der Genossenschaften durch den Senat bekannt.

Auf dem Ohlsdorfer Friedhof wurde der am 17. Januar auf einer Dienstreise verstorbene Vorsitzende der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, Wilhelm Dörr, beigesetzt.

Auf einer am 25./26. Januar in Hamburg stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses bzw. Hauptvorstandes der DAG wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende der DAG, Fritz Rettig, zu seinem Nachfolger gewählt.

26. Jan. Die Bürgerschaft beschloß die Fortführung der Hochhausbauten am Grindelberg, die der Stadt 1948 von der britischen Militärregierung als Baustelle übergeben worden waren, nachdem der Plan zur Errichtung eines britischen Verwaltungshauptquartiers in Hamburg aufgegeben worden war.

Das Hauptargument für die Wiederaufnahme der seit neun Monaten ruhenden Bautätigkeit bildete dabei die bereits verbaute Summe von 24 Millionen, die im Falle einer endgültigen Stilllegung der Baustelle verloren gewesen wären.

Einstimmig wurde die Bereitstellung von 1 560 000 DM be-

schlossen, um zunächst zwei Hochhäuser fertigzustellen. 1949

Bis zu diesem Tag hatte die Bizone Güter im Wert von 297,1 Millionen Dollar aus dem Marshall-Plan erhalten. Diese setzten sich zusammen aus Lebensmitteln, Futtermitteln, Düngemitteln im Wert von 130,5 Millionen, aus Rohstoffen für 129,8 Millionen, aus Fahrzeugen für 32,4 Millionen und aus Treibstoff für 4,4 Millionen. Die Lieferungen in die französische Besatzungszone beliefen sich auf 71,7 Millionen Dollar. 31. Jan.

Im Bremer Überseehafen waren allein im Januar 569 512 Care-Pakete für die Westzonen gelöscht worden.

In Düsseldorf wurde der Vorsitzende der KPD von einem britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und noch im Gerichtssaal verhaftet. 1. Febr.

Reimann hatte am 2. Januar auf einer Versammlung seiner Partei deutsche Politiker, die auf der Grundlage des Ruhrstatuts zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten bereit seien, kritisiert und gedroht, diese Politiker würden in Zukunft vom deutschen Volk als Quislinge zur Rechenschaft gezogen werden. Die britische Militärregierung sah darin eine Bedrohung und Beleidigung der deutschen Politiker und eine Untergrabung ihrer Autorität als Besatzungsmacht und verurteilte Reimann auf der Grundlage der Verordnung Nr. 8 (Beschränkung der öffentlichen Diskussion).

Der KPD gab das rigide Vorgehen der Besatzungsmacht die Möglichkeit zu einer Pressekampagne, in der sie sich als die eigentliche Sachwalterin deutscher Interessen präsentierte. Am 12. Februar wurde Reimann vorläufig aus dem Düsseldorfer Gefängnis entlassen, um ihm – als Abgeordnetem des Parlamentarischen Rates – die Mitarbeit an den abschließenden Arbeiten am Grundgesetz zu ermöglichen. Allerdings wurde er in der Folge erneut verhaftet und mußte einen Teil der Strafe verbüßen, ehe er – wegen guter Führung – vorzeitig entlassen wurde.

Die Besatzungskosten überschritten allein in Hamburg täglich 1 Million DM. Da diese Kosten mittelfristig zum Zu- 9. Febr.

1949 sammenbruch des Haushalts führen mußten, stellte die KPD in der Bürgerschaft einen Antrag auf Herabsetzung der Kosten um die Hälfte, die in Verhandlungen zwischen Senat und Militärregierung erreicht werden sollte.

Darüber hinausgehend forderte die SPD-Fraktion, die Besatzungskosten dürften perspektivisch für Hamburg jährlich nicht mehr als 100 Millionen DM betragen.

10. Febr. Im Vorfeld der am 11./13. Februar in Hamburg tagenden Ministerpräsidentenkonferenz der Westzonen veröffentlichte das «Hamburger Echo» das Ergebnis einer von ihm unter den Regierungschefs durchgeführten Umfrage nach deren «größter Sorge». In seiner Antwort hatte Max Brauer geschrieben:

«Die größte Sorge, die mich in diesen Tagen bewegt, gilt der deutschen Jugend. Sie lebt unter Trümmern, ihre Ideale sind zerstört. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sie der Hoffnungslosigkeit und damit dem Nihilismus verfällt. Wir müssen ihr neue Ideale geben und neue Ziele stecken. Sie muß sich auf einer Ebene der Gleichberechtigung mit der Jugend Europas treffen und verbinden können.

Das erlegt uns Politikern die Pflicht auf, alles zu tun, um die Jugend aus der Enge herauszuführen und in eine europäische Konstruktion hinaufzuführen. In eine Konstruktion, die keine neuen Grenzen aufrichtet und alte Grenzen überwindet. Die Bildung eines europäischen Rates, die Zusammenarbeit in der Marshall-Konzeption, die Bildung einer arbeitsfähigen Konstruktion, in der sich die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte Europas gegenseitig ergänzen und fördern, das alles sollten die ersten Schritte sein . . .».

11./
13. Febr. Im Bürgerschaftssaal des Hamburger Rathauses tagte die westdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz. Unter dem Vorsitz Brauers standen ein Bericht über den Stand der Beratungen des Parlamentarischen Rates, das Ruhrstatut, die Forderung nach sofortiger Freilassung der auf 300000 geschätzten deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und eine Erklärung zu den Gebietsforderungen westeuropäischer

Staaten gegenüber den deutschen Westzonen auf der Tages- 1949
ordnung.

In der Erklärung vertraten die Ministerpräsidenten die Auffassung, etwaige Abtretungen müßten an die Zustimmung der betroffenen deutschen Bevölkerung gekoppelt sein.

Um der steigenden Arbeitslosigkeit in Hamburg zu begegnen, ermächtigte der Senat die Sozialbehörde, sogenannte Notstandsarbeiten durchzuführen, die für «volkswirtschaftlich nutzbringende Projekte» aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert werden sollten.

Zu diesem Zweck beantragte der Senat bei der Bürgerschaft die Bereitstellung von 1 Million DM.

Um die Arbeitslosen (mittlerweile waren es in Hamburg 32 000, darunter 21 000 Unterstützungsempfänger) vor anhaltender Beschäftigungslosigkeit zu bewahren, war beispielsweise an den Ausbau der Reichsstraße in Wilhelmsburg, an die Erschließung von Siedlungsgelände, die Schaffung von Wohnraum und die Kultivierung von Moorgelände (Oher Moor) gedacht.

Der Höchstsatz des täglichen Verdienstes im Rahmen dieser Notstandsarbeiten wurde auf 4 DM festgesetzt.

Im Gesamtgebiet der Westzonen lag die Arbeitslosenzahl inzwischen bei über einer Million.

Ein halbes Jahr nach dem Scheitern der letzten Interzonen- 19./
konferenz (am 17./18. August 1948 in Enzisweiler) berieten 20. Febr.
die westdeutschen Gewerkschaften in Königswinter über eine organisatorische Vereinigung für ihren Bereich.

Zu diesem Zweck wurde ein «Vorbereitender Ausschuß für den Gründungskongreß» (VAG) gebildet, der alle Vorarbeiten für die Gründung eines neuen deutschen Gewerkschaftsbundes durchführen sollte.

Als letzte der gesellschaftlich relevanten Kräfte zogen damit die westdeutschen Gewerkschaften die Konsequenzen aus dem zerbrochenen gesamtdeutschen Konzept der Interzonenkonferenzen und leiteten auch auf gewerkschaftlicher Ebene die deutsche Teilung ein.

1949 Die britische Militärregierung stimmte dem am 8. Februar
22. Febr. vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossenen Ge-
setz über Landabgabe und Enteignung zur Durchführung
der Agrarreform zu.

Das Gesetz sah eine Entschädigung der Besitzer in Höhe
des Einheitswertes von 50000 DM (ursprünglich 130000
RM) vor, wobei eine Enteignung erst bei Landbesitz von
mehr als 100 ha vorgesehen war. Schleswig-Holstein war da-
mit das erste Land der Bizone, das – in bescheidenem Um-
fang – eine Großgrundbesitzenteignung mit anschließender
Durchführung der Siedlungsplanung verwirklichen konnte.

Nachdem die Militärregierung am 15. März unter Hinweis
auf das Beispiel Schleswig-Holsteins mitteilte, sie werde für
Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ein Bo-
denreformgesetz erlassen, weil diese Länder noch keine eigen-
en Gesetzentwürfe vorgelegt hätten, beriet die Hamburger
Bürgerschaft am 23. März über einen Gesetzentwurf für die
Hansestadt.

Da es in Hamburg nur ein Gut gab, das aufgrund seiner
Größe unter die Bestimmungen der Bodenreform fiel und da
dieses Gut zum größeren Teil auf Schleswig-Holsteinischem
Gebiet lag, verabschiedete die Bürgerschaft ein Gesetz, wel-
ches dem Schleswig-Holsteinischen Vorbild bis ins Detail
glich.

Das Sandowsche Gut umfaßte 469 ha, von denen ca. 180
bis 190 ha auf Hamburger Gebiet lagen. Neben dem «Rest-
gut» von 100 ha sollte Dr. Sandow den Einheitswert von
50000 DM erhalten.

Während die Bodenreform bzw. die Umverteilung von Bo-
den an Siedler in Schleswig-Holstein einen Umfang von ca.
150000 ha hatte, machte die Debatte um das Sandowsche
Gut in der Bürgerschaft deutlich, daß die Frage einer Boden-
reform für den Stadtstaat Hamburg allenfalls von theoretischer
Bedeutung war.

28. Febr. Erneut scheiterte ein Versuch zur Entspannung des Ver-
hältnisses der Angestellten-Gewerkschaften zum DGB der

britischen Zone. Einer Aufforderung der Angestellten-Gewerkschaften, der Gewerkschaftsrat solle einer gleichberechtigten Aufnahme der vereinigten Angestellten-Gewerkschaften aller drei Westzonen in einen künftigen trizonalen Gewerkschaftsbund zustimmen, kam dieser nicht nach. Andererseits wurde sein Vorschlag, lediglich eine Angestellten-Gewerkschaft der Banken, Versicherungen und des Handels zu konstituieren, von den Angestellten-Gewerkschaften mit der Begründung abgelehnt, er verstoße gegen das Recht auf Koalitionsfreiheit. 1949

Die industrielle Produktion des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war von 43,0 im Februar 1948 auf 76,0 im Februar 1949 (1936 = 100) gestiegen.

Die britische Militärregierung ließ für den Bereich ihrer Besatzungszone eine deutsche Grenzschutztruppe aufstellen. 1. März

Die Militärregierung lieferte Lebensmittel für kostenlose Schulspeisungen. Allein der Weitertransport und die Verarbeitung der Lebensmittel verursachten aber für Hamburg jährlich Kosten von 3½ Millionen DM (das waren täglich 16000 DM). So waren die Schulen bei der Verteilung der täglich 35000 Portionen an die Schüler auf Spenden der zahlungsfähigen Eltern angewiesen.

Vor dem Hamburger Schwurgericht begann der Prozeß gegen den Filmregisseur Veit Harlan. Er war wegen seines während des Dritten Reiches gedrehten Films «Jud Süß» des Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt. Die Popularität des Angeklagten ließ das Verfahren zu einem Sensationsprozeß werden; 80 Pressevertreter berichteten ständig aus dem Gerichtssaal. Der Prozeß endete am 23. April mit Freispruch. Nachdem auch eine Revisionsverhandlung zu demselben Urteil führte, konnte Harlan in der Folge weitere Filme drehen. Lediglich der Film «Jud Süß» wurde verboten. In einem Radio-Kommentar zu dem Freispruch sagte Walter von Cube am 30. April u. a.: 3. März

«... Jeder Tag des Dritten Reiches kostete 1370 Juden das

1949 Leben. Wie müssen die, die übriggeblieben sind, den Satz der Urteilsbegründung aufnehmen, die moralische Beleidigung, die der Film allenfalls darstelle, sei verjährt? Wie müssen sie über jene Zweihundert denken, die den Freigesprochenen mit Jubel überschütteten und auf den Schultern aus dem Gerichtssaal trugen. Lange genug sind Recht und Menschlichkeit Vokabeln gewesen, die man im Wörterbuch anderer Nationen nachschlagen mußte.

Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen sollten, wie es Zehntausende von einzelnen Menschen taten, durch ihren Protest gegen das Urteil beweisen, daß Recht und Menschlichkeit wieder deutsche Worte geworden sind.»

Noch immer lebten auf Hamburger Stadtgebiet etwa 13 000 Personen in rund 1900 Nissenhütten. Angesichts der nach wie vor kritischen Wohnungslage war sogar ein Ausbau der Barackensiedlungen erforderlich. Um die Wellblechhütten überflüssig zu machen, war – nach Berechnungen der Baubehörde – eine fünfjährige intensive Bautätigkeit Voraussetzung.

7. März Nach den Erfolgen als Hörspiel und Bühnenstück erlebte Borcherts «Draußen vor der Tür» in Göttingen seine Uraufführung als Spielfilm. Der Regisseur Wolfgang Liebeneiner hatte «Liebe 47» dort nach Borcherts Vorlage gedreht. Karl John und Hilde Krahl spielten die Hauptrollen. In Hamburg wurde der Film am 8. April zum ersten Mal gezeigt.
11. März In der Hamburger Musikhalle fand die 30-Jahr-Feier des Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge bzw. der Arbeiterwohlfahrt e. V. Hamburg statt. Als Hauptrednerin trat die Gründerin des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Berlin, Marie Juchacz, auf, die erst wenige Wochen zuvor aus dem New Yorker Exil nach Deutschland zurückgekehrt war.
14. März Das Hamburger Schwurgericht verhandelte im sogenannten «Harburger Synagogenbrandstifterprozeß» gegen 34 Angeklagte. 140 Zeugen wurden im Verlauf des Massenprozesses vernommen.

Gegenstand der Anklage war die am 10. November 1938

erfolgte Zerstörung der Synagoge, der jüdischen Leichenhalle am Schwarzenberg und die Demolierung jüdischer Einzelhandelsgeschäfte. Den Angeklagten wurden Landfriedensbruch, schwere Brandstiftung, Diebstahl, Gotteslästerung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. 16 der Angeklagten wurden am 27. April zu Gefängnisstrafen zwischen 3½ Jahren und 4 Monaten verurteilt. Die Verfahren gegen die übrigen wurden wegen Verjährung eingestellt oder sie wurden freigesprochen. 1949

Ein Bericht der zuständigen Behörde signalisierte eine Besserung des Gesundheitszustandes der Hamburger Bevölkerung. So war die Sterblichkeitsziffer insgesamt im Januar 1949 mit 10,6 je 1000 der Bevölkerung inzwischen niedriger als 1938, wo sie bei 12,4 gelegen hatte.

Eine deutliche Verbesserung ergab sich bei der Säuglingssterblichkeit. Diese war im Januar mit 4,9 von 100 Lebendgeburten ebenfalls niedriger als in der Vorkriegszeit 1938 mit damals 5,1. 1945 hatte sie bei 13,1 gelegen.

Trotz der günstigeren Zahlen blieb der Raum- und Bettenmangel in den Krankenhäusern noch immer groß. Nach wie vor dienten Schulen – von der Schulbehörde ebenfalls dringend benötigt – als behelfsmäßige Krankenhäuser. Insgesamt verfügte die Gesundheitsbehörde über 18 300 Betten.

In Hamburg-Iserbrook nahm Schulsenator Landahl die Grundsteinlegung für den ersten Schulneubau in den Westzonen nach Kriegsende vor. Um die aktuelle Schulraumnot zu überwinden, waren allein in Hamburg 120 neue Schulen nötig. 16. März

Auf einer Pressekonferenz im Hamburger Rathaus legte Senator Landahl eine Denkschrift der Hamburger Schulbehörde zur Schulreform vor. Dieser Gesetzentwurf zur Neuordnung des Hamburger Schulwesens sah für alle Kinder eine sechsjährige Grundschule vor, da erst im zwölften Lebensjahr mit einiger Gewißheit die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes abgeschätzt werden könne. Auf dieser Grundschule sollten drei Typen der Oberschule aufbauen: 21. März

- 1949 – ein praktischer, mit dreijährigem Vollunterricht mit anschließender dreijähriger Berufsschule neben der praktischen Lehre;
- ein technischer, mit vierjährigem Vollunterricht und anschließender Berufsschule sollte alle Schüler umfassen, deren Begabung vorwiegend auf die praktische Anwendung theoretischer Erkenntnisse gerichtet war.
Der Besuch der technischen Oberschule berechtigte – nach der Berufsausbildung – unmittelbar zum Besuch der Fachschulen;
 - ein wissenschaftlicher, mit sechsjährigem Vollunterricht, sollte von Schülern besucht werden, deren Denken vorwiegend auf das theoretische, begrifflich formulierbare Erkennen gerichtet war. Die wissenschaftliche Oberschule führte zur Hochschulreife.
Der Englischunterricht sollte überall in den Grundschulen im fünften Schuljahr beginnen.

28. März Nach der SPD beschloß eine Vorstandssitzung des Ortsausschusses Hamburg des DGB, auch die Gewerkschaftsvertreter aus der VVN zurückzuziehen. Otto Burmeister (Gewerkschaft der Eisenbahner) und Paul Bebert (IG Bau) stellten daraufhin ihre Mitarbeit ein.

Die Begründung für das Ausscheiden war dabei mit der Abgrenzungsstrategie des Düsseldorfer SPD-Parteitag vom 11./14. September 1948 identisch.

29. März Das Statistische Landesamt veröffentlichte eine Berechnung über die monatlichen Kosten der Normalverbraucher eines Hamburger Arbeitnehmerhaushaltes im Jahre 1937 im Vergleich zum Januar 1949. Es kam zu dem Ergebnis, daß der Hamburger Durchschnittshaushalt mit 3,7 Personen im Januar 537,- DM hätte aufwenden müssen, um den Lebensstandard von 1937 zu erreichen. Damals hatten die Ausgaben für den gleichen Haushalt nur 172,- RM betragen. Damit hatten sich die Lebenshaltungskosten bei normalem Verbrauch mehr als verdreifacht. Da kaum ein Arbeitnehmerhaushalt auch nur annähernd auf einen monatlichen Ver-

dienst von über 500,- DM kam, lag der Lebensstandard im 1949
Januar 1949 deutlich unter dem von 1937.

In Münster am Stein tagte der Ausschuß für die Bildung eines gemeinsamen Gewerkschaftsbundes in den Westzonen. 29./
30. März
Vertreter der DAG nahmen an dieser Tagung nicht teil.

Die Kontroverse mit den Angestellten-Gewerkschaften
festschreibend, wurden folgende Grundsätze verabschiedet:

- «1. Der Ausschuß hält grundsätzlich an der Organisationsform der Industriegewerkschaften fest.
2. Er empfiehlt den Zusammenschluß der Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen und der Angestell-
tengewerkschaft zu einer Gewerkschaft Handel, Banken
und Versicherungen.
3. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft ist eingeladen,
an dieser Verschmelzung teilzunehmen.»

Die Hamburger Volkshochschule und die Universität wurden 31. März
den 30 Jahre alt. 1919 hatte die Bürgerschaft «das vorläufige
Gesetz zur Schaffung einer Universität und Volkshoch-
schule» beschlossen.

Hamburg verfügte über 301 645 Wohnungen mit insgesamt Ende
783 515 Wohnräumen. Mittlerweile wurden monatlich im März
Durchschnitt 718 Wohnungen neu gebaut. Im Zeitraum von
April 1947 bis März 1948 hatte der Durchschnitt noch bei
440, bis März 1947 nur bei 104 gelegen. Seit Kriegsende wa-
ren 16 392 neue Wohnungen fertiggestellt worden, davon
8612 in der Zeit von März 1948 bis März 1949.

Nach seiner Veröffentlichung am 18. März wurde der At- 4. Apr.
lantik-Pakt in Washington von den Außenministern der zwölf
Mitgliedsländer (USA, Großbritannien, Frankreich, Ka-
nada, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien, Dänemark,
Norwegen, Island, Portugal) unterzeichnet. Damit war die
North Atlantic Treaty Organization (NATO) gegründet. In
dem Vertrag verpflichteten sich die Unterzeichner zu gegen-
seitigem Beistand bis zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte
im Falle eines Angriffs auf einen der Vertragspartner und ver-
einbarten die Einrichtung eines ständigen Verteidigungsrates

1949 in Brüssel. Während Parteien, Gewerkschaften und Verbände in den Westzonen den Pakt durchweg – im Sinne einer durch ihn erhofften Konsolidierung der europäischen Situation – begrüßten und von einer Verringerung der Kriegsgefahr ausgingen, kritisierte die KPD den Atlantik-Pakt als einen «ernsten Anschlag» der Westmächte «auf den Frieden» und beschrieb die fatalen Auswirkungen einer sich in Zukunft abzeichnenden Einbeziehung der Westzonen in die NATO.

9. Apr. Für den Bereich der Westzonen trat ein Tarifvertragsgesetz (TVG) in Kraft. Damit gab es – nach der Auflösung der Gewerkschaften und der Beseitigung der Tarifverträge durch das «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» während des Nationalsozialismus – wieder eine gesetzliche Regelung der Grundfragen des Tarifrechts.

10. Apr. Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs beendeten ihre Washingtoner Konferenz über Deutschland. Es wurde die Fusion der drei Westzonen beschlossen.

Darüber hinaus stimmte nun auch Frankreich einer Revision des Demontageprogramms zu: 159 Fabriken in den Westzonen wurden ganz oder teilweise von der Demontageliste gestrichen. Darunter waren 32 Stahlwerke, 88 Metallverarbeitungsfabriken und 32 chemische Werke. Die Zahl der noch zu demontierenden Betriebe in den Westzonen wurde auf 687 festgelegt.

11. Apr. Nach neunjähriger Pause begann der Zirkus Carl Hagenbeck in Hamburg eine Gastspielreise, die durch zahlreiche Städte der britischen Zone führte.

12./ In Hamburg traf sich die deutsche Abteilung des PEN-

13. Apr. Clubs zu einer Tagung, die der Vorbereitung des 31. Internationalen Kongresses des PEN-Clubs im September in Venedig dienen sollte. Das PEN-Centrum Deutschland – 1948 auf dem Internationalen PEN-Kongreß in Kopenhagen neu gegründet – umfaßte zu diesem Zeitpunkt 20 Gründungsmitglieder. Allerdings waren auf der Hamburger Tagung nur acht von ihnen anwesend, die ausnahmslos aus dem Bereich

der Westzonen kamen: Axel Eggebrecht, Hermann Fried- 1949
mann, Hans Henny Jahnn, Hermann Kasack, Erich Kästner,
Ernst Penzoldt, Rudolf Schneider-Schelde und Dolf Stern-
berger berieten u. a. über die Aufnahme weiterer Mitglieder.
Obwohl es nach einhelliger Auffassung aller Gründungsmit-
glieder die wichtigste Aufgabe des PEN-Centrums war, die
geistige Einheit Gesamtdeutschlands auf keinen Fall zerrei-
ßen zu lassen, waren die Spannungen zwischen den kommuni-
stischen Mitgliedern aus der sowjetischen Besatzungszone
(z. B. Johannes R. Becher, Ludwig Renn, Anna Seghers,
Friedrich Wolf) und den antistalinistischen bzw. antikommuni-
stischen Mitgliedern aus den Westzonen unübersehbar. Die
kommunistischen Schriftsteller blieben den Tagungen in den
Westzonen meist fern oder entsandten lediglich einen Beauf-
tragten. Zum Bruch kam es im Dezember 1950 in Wiesba-
den, wo sich für die Mitglieder mitten im Kalten Krieg nur
noch die Polarität «Freiheit» versus «Einheit» ergab, so daß
spätestens hier auch die «geistige Einheit Gesamtdeutsch-
lands» zerbrach. Im Oktober 1951 in Düsseldorf trat ein gro-
ßer Teil der Schriftsteller aus der Bundesrepublik aus dem ge-
meinsamen Centrum aus und bildete in der Folge einen eigen-
en Verband.

Ein Kongreß der Angestellten-Gewerkschaften in Stutt-
gart-Bad Cannstatt leitete erste Schritte zur Gründung einer
trizonalen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft ein.

Zum Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende für
den Bereich der britischen Besatzungszone, Fritz Rettig, ge-
wählt. Als Hamburger Landesverbandsvorsitzender wurde
Erich Bockelmann bestätigt.

In der Hamburger Elbschloßbrauerei hielt die KPD vor 15./
600 Delegierten und Gästen den 1. Parteitag der Landesorga- 16. Apr.
nisation Hamburg ab. Als Hauptredner traten Max Reimann
und der 1. Vorsitzende der Landesorganisation, Gustav Gun-
delach, auf. In seinem Referat «Die Politik der Partei im
Kampf für die nationale Einheit und einen gerechten Frie-
den» übte Gundelach scharfe Kritik an der Hamburger SPD-

1949 Führung und warf ihr vor, sie habe das von ihr 1946 verkündete 28-Punkte-Programm zugunsten einer Politik des Marshall-Plans preisgegeben.

Nachdem die SPD ihren sozialistischen Anspruch verraten habe, werde in Zukunft die KPD verstärkt um die Durchsetzung der 28 Punkte kämpfen und auf dieser Grundlage das werktätige Hamburg mobilisieren.

Ungeachtet der vehementen Angriffe gegen die SPD und der Bemühungen, die KPD als mittlerweile einzige Partei mit sozialistischer Perspektivgebung zu präsentieren, wurde auf dem Parteitag erkennbar, wie weit sich die KPD inzwischen von der Realität der Westzonen entfernt hatte bzw. wie sehr sie mit innerparteilicher Ausrichtung beschäftigt war.

Seit dem offenen Konflikt zwischen der UdSSR und Jugoslawien war von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus keine Rede mehr. Das bedeutete für die KPD die unbedingte Ausrichtung ihrer Politik an den Interessen sowjetischer Außenpolitik. Um diesen Kurs innerparteilich durchzusetzen, nahm die Rigidität nach innen (und außen) zu: Wer nicht vorbehaltlos für die Sowjetunion und ihre Politik eintrat, stand im Lager des Imperialismus und der Reaktion, war Titoist, Trotzist etc. .

23. Apr. Im Vorfeld der Einweihung des Denkmals für die Opfernationalsozialistischer Verfolgung auf dem Ohlsdorfer Friedhof kam es zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der SPD-Mehrheit im Senat und der VVN.

Die VVN hatte am 15. Februar vorgeschlagen, die Einweihung des Denkmals mit einem für den 8. Mai geplanten internationalen Befreiungstag in Hamburg zu verbinden. Da dies eine Beteiligung verschiedener Delegationen aus osteuropäischen Ländern bzw. der sowjetischen Besatzungszone an einem Staatsakt des Senats bedeutet hätte, beschloß der Senat – getreu der Abgrenzungsstrategie gegenüber Kommunisten – am 18. Februar eine zeitliche Trennung der beiden Veranstaltungen und legte die Einweihungsfeier auf den 3. Mai, den Tag der Kapitulation Hamburgs, fest. Nachdem Bürgermei-

ster Brauer darüber hinaus am 22. März auch die Bitte der VVN, das Protektorat für das internationale Befreiungstreffen zu übernehmen, abgelehnt hatte, erreichte das Verhältnis zwischen VVN und SPD einen neuen Tiefpunkt. Zur Begründung seiner Haltung veröffentlichte der Senat eine Erklärung, in der es u. a. hieß: 1949

«Der Senat lehnt es aber ab, sich für kommunistische Zwecke mißbrauchen zu lassen, wie es leider bei vielen gutgläubigen Mitgliedern der VVN der Fall ist, die sich nicht bewußt sind, daß hier aus einer Hilfsorganisation ein kommunistisches Instrument gemacht wird. Niemand bestreitet der VVN das Recht, ihre Feiern in dem Rahmen abzuhalten, den sie richtig findet. Den Rahmen und die Gestaltung der staatlichen Ehrung aber bestimmt der Senat . . . Wenn aus der russisch besetzten Zone, aus Ostdeutschland, aus den Oststaaten – einschließlich der Sowjetunion – Delegationen angekündigt werden, die hier an einer großen Befreiungsfeier teilnehmen sollen, so wissen wir, daß diese Delegationen, wenn nicht sogar im Auftrage, so doch mit Billigung einer Geheimpolizei entsandt werden, zu deren Instrumenten Konzentrationslager und Terror gehören. . . »

Ab sofort waren im Handel der Trizone Apfelsinen und Zitronen markenfrei erhältlich.

Die British European Airways (BEA) eröffnete einen regelmäßigen Flugverkehr zwischen Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf. 25. Apr.

Der Flug Hamburg–Frankfurt kostete 126,- DM.

Aus Anlaß der endgültigen Rückgabe des Gewerkschaftshauses an die Gewerkschaften fand die Maikundgebung in Hamburg am Besenbinderhof statt. 1. Mai

Die in fünf Marschsäulen aus den verschiedenen Stadtteilen zum Kundgebungsplatz gelangten rund 90000 Teilnehmer hörten als Hauptredner den Vorsitzenden des DGB, Hans Böckler, in dessen Ansprache die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung im Mittelpunkt stand. Den Ausklang der Feier, die 1949 zum sechzigstenmal stattfand, bil-

1949 dete eine Aufführung von Georges Bizets «Carmen» in der Staatsoper.

2. Mai Der Hamburger Rundfunk feierte sein fünfundzwanzig-jähriges Bestehen.

3. Mai Das Ehrenmal für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors auf dem Ohlsdorfer Friedhof wurde eingeweiht. Der Architekt Heinz Ruscheweyh hatte bei der Gestaltung der 16 Meter hohen Stahlbetonsäule auf Figuren und Symbole völlig verzichtet. Das Mahnmal enthielt statt dessen 105 Urnen aus schwedischem roten Granit; während in 104 Urnen Erde von den Richtstätten aus 104 Konzentrationslagern ruhte, war in einer die Asche unbekannter Häftlinge aus dem KL Neuen-gamme aufbewahrt.

An der Feierstunde, bei der Bürgermeister Brauer die An-sprache hielt und Ida Ehre von den Hamburger Kammerspie-len die Worte «Die Unvergessenen» aus dem Fragment «Die Toten von Theresienstadt» von Henry Sternberg sprach, nah-men ca. 3000 Personen teil, darunter Mitglieder der Arbeits-gemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, der Not-gemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen und der jüdischen Gemeinde.

Das Komitee ehemaliger politischer Gefangener (VVN) blieb angesichts der vorangegangenen Auseinandersetzungen der Feierstunde fern.

4. Mai In der Bürgerschaftssitzung stand erneut die Haltung des Senats gegenüber der VVN auf der Tagesordnung, nachdem die KPD in dieser Sache eine Anfrage eingebracht hatte. Im Verlauf der Debatte zeigte sich, daß die Vertreter der bürger-lichen Parteien in der Frage der Mitarbeit bzw. der Akzep-tanz der kommunistischen Mehrheit in der VVN weit mehr Souveränität bewiesen, als es die rigide Abgrenzungspolitik für die Sozialdemokraten zuließ. So sagte z. B. der Sprecher der FDP, Willi Max Rademacher:

«... Es geht darum, daß sich hier wenigstens im Westen, oder sagen wir einmal ganz spezifisch in Hamburg, eine Gruppe zusammengefunden hat, eine Gruppe, in der sich die

Widerstandskämpfer der nationalsozialistischen Zeit vereinigt haben, und nun haben wir die einfache Tatsache, . . . daß die größte Zahl dieser Mitglieder einmal Kommunisten gewesen sind. Das ist eine Tatsache, die aber nach unserer Auffassung nicht dazu führen kann, daß man sich deswegen von dieser Bewegung zurückzieht, weil man . . . nun aufgrund dieses gegebenen Zahlenmaterials innerhalb dieser Organisation, wie es sonst üblich ist, nicht die erste Geige spielen kann. . . . Die Zusammensetzung des Vorstandes in der VVN ist heute so, daß die Kommunisten innerhalb dieses Vorstandes in der Minderheit sind. Glauben Sie nicht etwa, daß wir die dahinter stehende Gefahr verkennen. Wir wollen den Weg so weit gehen, wie er überhaupt nur gangbar ist, um zu versuchen, diesen Zusammenschluß der Widerstandskämpfer aus der politischen Bewegung und aus der politischen Ebene herauszuheben, solange es nur denkbar ist.»

Trotz dieser mahnenden Worte bestand der Senat auf seiner Position. Unter Hinweis auf die «Lauheit» und «Waschlapigkeit» des Bürgertums vor 1933 beschrieb Senator Paul Nevermann die Sozialdemokratie als die einzige politische Kraft, «die sich gegen *jede* Diktatur zur Wehr setzen will». Seine Erklärung gipfelte in den Sätzen: «. . . Wir können nicht mit denen in einem Verein sitzen, die drüben unsere Leute in die KZs werfen. . . . *Daher* war der Senat gegen eine gemeinsame Trägerschaft der Staatsfeier mit der VVN.»

In Hamburg begann die erste Internationale Kulturfilmwoche. Zwölf Länder – darunter die Sowjetunion, die USA, Großbritannien, Österreich und Dänemark – nahmen teil. 7. Mai

Im Festsaal des Rathauses tagte der Landesparteitag der Hamburger SPD. Dabei hielt der Parteivorsitzende Schumacher – erstmals nach langer Krankheit – eine Rede, in der er die politische Situation Deutschlands am Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes in den Westzonen skizzierte. Neben der Kritik des «Klassenkampfes von oben» durch den Wirtschaftsrat in Frankfurt und der Propagierung der «Planwirtschaft» nahm erneut die Abgrenzung gegenüber den Kom- 7./8. Mai

1949 munisten breiten Raum ein. Neben Schumacher sprachen Meitmann (Jahresbericht) und Klabunde (zum Wohnungsbau), wobei Meitmann – die sozialdemokratische Position in der Konfrontation der letzten Tage aufgreifend – erklärte: «Besonders wichtig ist es, daß die Sozialdemokratie gegenüber der Kommunistischen Partei und ihren getarnten Organisationen immer einen scharfen Trennungsstrich gezogen hat, wie es gerade jetzt wieder bei der VVN geschehen ist.» Meitmann und Schmedemann wurden durch die Delegierten als erster bzw. zweiter Vorsitzender bestätigt.

8. Mai Vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands stimmten 53 der 65 Abgeordneten des Parlamentarischen Rates dem Grundgesetz in dritter Lesung zu. Die Gegenstimmen kamen von sechs der acht CSU-Abgeordneten sowie den jeweils zwei Vertretern der KPD, der DP und des Zentrums.

In den folgenden Wochen debattierten die einzelnen Landesparlamente über die Annahme des Grundgesetzes. In der Hamburger Bürgerschaft wurde die Zustimmung am 18. Mai mit 97 gegen 3 kommunistische Stimmen beschlossen. Als einziges Bundesland lehnte Bayern das Grundgesetz ab, da einer Mehrheit des Landtages der bayerische Föderalismus nicht ausreichend gewahrt erschien. Am 23. Mai trat das Grundgesetz als vorläufige Verfassung der Bundesrepublik in Kraft. Hamburg wurde damit Bundesland.

Trotz massiver Repressalien durch die Militärregierung und den Hamburger Senat beteiligten sich etwa 10000 Personen am internationalen Befreiungstreffen der VVN in Hamburg. Allerdings erreichten von den rund 350 Ausländern, die ihre Teilnahme zugesagt hatten, nur zwei Franzosen und ein Niederländer die Hansestadt. Allen anderen hatte die Militärregierung die Einreisevisa in die britische Zone verweigert. Im Vorfeld des Treffens hatte die Hamburger Staatsanwaltschaft darüber hinaus Spendenmarken, die zur Finanzierung der Feier dienen sollten, beschlagnahmt und die Werbung für die Veranstaltung behindert.

Unter diesen Voraussetzungen nahm das Treffen tatsächlich jene kommunistischen Züge an, die ihm vom Senat ohnehin unterstellt worden waren: Durch das Mitführen roter Fahnen, Porträts des von den Nationalsozialisten im KL Buchenwald ermordeten Parteiführers Ernst Thälmann und durch Angriffe des Vorsitzenden des internationalen Lagerkomitees von Buchenwald, Walter Bartel, gegen Bürgermeister Brauer, entstand der Eindruck einer kommunistischen Manifestation. Von einer solchen Form der Selbstdarstellung der VVN distanzieren sich die überparteilich eingestellten Mitglieder und protestieren gegen das parteiegoistische Auftreten der KPD. 1949

So wurde die Demonstration für die VVN politisch eher zu einer Niederlage: Trieb sie doch die letzten bekannten Sozialdemokraten aus der Vereinigung und verstärkte die Vorbehalte bei den vorerst in der VVN verbleibenden bürgerlichen Mitgliedern.

Vor dem Hamburger Schwurgericht begann gegen den ehemaligen Kriminalobersekretär Henry Helms und elf weitere ehemalige Gestapobeamte bzw. -spitzel der erste größere Gestapoprozeß. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Zeit zwischen 1941 und 1945. Das Urteil, das am 2. Juni erging, lautete für den Hauptangeklagten Helms auf neun Jahre Zuchthaus, für die anderen Angeklagten auf Strafen zwischen vier Jahren Zuchthaus und Freispruch. 9. Mai

Die höchste Strafe erhielt jedoch nicht der Hauptangeklagte, sondern der ehemalige Gestapospitzel Alfons Pannek, der zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Pannek war als Kommunist und Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg nach der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei 1939 von der Gestapo verhaftet, als Spitzel gewonnen und seit 1941 in Hamburg vor allem auf ehemalige Genossen angesetzt worden, bei denen er aufgrund seiner politischen Biographie Vertrauen genoß.

Im Parlamentarischen Rat wurde – mit 33 gegen 29 Stim- 10. Mai

1949 men – Bonn, nicht wie von vielen erwartet Frankfurt, zur vorläufigen Bundeshauptstadt gewählt.

12. Mai Getreu dem am 4. Mai in New York zustande gekommenen Abkommen zwischen Unterhändlern der Sowjetunion und den USA (Jessup-Malik-Abkommen) ordnete der sowjetische Militärgouverneur die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen von und nach Berlin an. Damit war die Berliner Blockade beendet.

16. Mai Da die bisherigen Vorsitzenden Kummernuß und Petersen in den zentralen DGB-Vorstand berufen wurden und ihre Funktionen in Hamburg aufgeben mußten, wählte eine Delegiertenversammlung des DGB, Ortsausschuß Hamburg, einen neuen Vorstand.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Heinrich Davidsen (ÖTV), zum zweiten Vorsitzenden Rudolf Saalfeld (IG Metall) gewählt. Rathlov blieb Geschäftsführer.

22. Mai Mehr als 40000 Zuschauer erlebten im Bahrenfelder Stadion das Entscheidungsspiel um die Norddeutsche Fußballmeisterschaft zwischen dem HSV und dem FC St. Pauli, das die Spieler vom Rothenbaum mit 5:3 gewannen.

27. Mai Das «Hamburger Echo» meldete die Verhaftung des ehemaligen Gauleiters von Ostpreußen und Reichskommissars für die Ukraine, Erich Koch, in Kaltenkirchen bei Hamburg. Koch hatte sich dort als Major a. D. Rolf Berger seit 1945 unbehelligt aufgehalten.

Da ihm die Verantwortung für Massenerschießungen in Polen und der UdSSR zur Last gelegt wurde und aus beiden Staaten Auslieferungsanträge gegen ihn vorlagen, wurde Koch am 11. Januar 1950 – nach vorangegangener Verhandlung vor dem britischen Gericht in Hamburg – von diesem den polnischen Behörden übergeben, die ihn wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht stellten und zum Tode verurteilten. Koch wurde später zu lebenslanger Haft begnadigt.

Der von Schulsenator Landahl am 3. Mai vorgelegte Schulgesetzentwurf wurde in erster Lesung in der Hambur-

ger Bürgerschaft beraten. Er beinhaltete einen Kompromiß zwischen den schulpolitischen Forderungen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL), die ursprünglich die Einheitsschule mit achtjähriger Stammschule, die sich vom fünften Schuljahr an differenziert, propagiert hatte, und den Gegnern der Schulreform in Universität, Gymnasialverein, Bürgervereinen, Elternschaft und Landeskirche, die am Modell des humanistischen Gymnasiums mit neunjährigem Lateinunterricht und der Trennung der vierjährigen Grund- von der acht- bzw. neunjährigen Oberschule festhalten wollten. Das «Gesetz über das Schulwesen der Hansestadt Hamburg» wurde dann mit den Stimmen von SPD und KPD gegen 17 Stimmen von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien am 2. September 1949 in der Bürgerschaft in Einzelberatung angenommen und am 23. September in zweiter Lesung endgültig verabschiedet. Diesmal sogar einstimmig, da die Abgeordneten von CDU und FDP den Saal vor der Abstimmung verließen. Damit setzte sich die sozialdemokratische Schulreformpolitik, die nach Kriegsende in Schleswig-Holstein mit dem Gesetz vom 5. März 1948 begonnen und sich in Bremen mit dem Gesetz vom 4. April 1949 fortgesetzt hatte, zunächst in Norddeutschland durch. Die sechsjährige Grundschule war in allen drei Schulgesetzen verankert.

Um der Forderung nach einer dreißigprozentigen Lohnerhöhung für die rund 6000 Beschäftigten in den Hamburger Bäckereien Nachdruck zu verleihen, rief die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten (NGG) zu einem «Bäckerstreik» auf. Allerdings wurde der Streikaufruf kaum befolgt, so daß der Streik schon nach wenigen Tagen – ohne erkennbares Ergebnis – abgebrochen wurde.

Die Hamburger Illustrierte «Die Straße» druckte Karikaturen von Vicco von Bülow (Künstlername «Loriot»). Es waren die ersten veröffentlichten Arbeiten des von nun an schnell bekannt werdenden Karikaturisten und Kabarettisten.

In Hamburg beriet die «Arbeitsgemeinschaft der Aufbau-

1949

31. Mai

1. Juni

10. Juni

1949 minister des Vereinigten Wirtschaftsgebietes» die Bereitstellung von 1,5 Milliarden DM für den sofortigen Bau von 150 000 Wohnungen.

Kritisiert wurde die vom Frankfurter Wirtschaftsrat beschlossene Aufhebung des Mietstopps, da – bei dem allgemeinen Wohnungsmangel – als Konsequenz ein drastisches Ansteigen der Mieten zu erwarten war.

12. Juni Eine Landesdelegiertenversammlung der Hamburger SPD im Gewerkschaftshaus nominierte ihre 13 Kandidaten für die Wahlen zum ersten Bundestag. Als Kandidaten wurden nominiert: Karl Meitmann, Herbert Wehner, Erich Klabunde, Irma Keilhack, Hellmut Kalbitzer, Gertrud Lockmann, Peter Blachstein, Hans Leyding, Heinz-Joachim Heydorn, Walter Pries, Paul Brando, Olga Brandt-Knack, Ernst Teßloff.

Gustav Dahrendorf kandidierte wegen einer schweren Erkrankung nicht.

Als Vertreter des Berliner Parteivorstandes erläuterte Willi Brandt in einem Vortrag die Stellung der SPD zum Bundestag.

15. Juni Das vom Parlamentarischen Rat am 10. Mai beschlossene Bundes-Wahlgesetz trat in Kraft. Wahlberechtigt war, wer das 21. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten vor dem Wahltag seinen Wohnsitz im Bundesgebiet hatte. Von den 400 zu wählenden Abgeordneten des 1. Deutschen Bundestages waren 60 v.H. durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen (Direktmandate) und 40 v.H. über Landesergänzungslisten zu wählen. Hamburg stellte 13 der Abgeordneten, wobei acht von ihnen direkt gewählt wurden.

Die Hamburger Gesundheitsbehörde zeigte eine Ausstellung «Gefährliches Schweigen», eine «Lehrschau über Geschlechtsfragen und Geschlechtskrankheiten». Zu der Ausstellung im Gebäude der Schulbehörde kamen bis Anfang September 120 000 Personen, so daß sie bis Mitte Oktober verlängert wurde. Wie heikel und tabubesetzt das Thema zu dieser Zeit war, zeigten die Leserbriefreaktionen auf die Aus-

stellung, in denen etwa die Religion als Halt gegen die Gefahren der Sexualität gepriesen bzw. der Alkohol als Wegbereiter von Geschlechtskrankheiten entlarvt wurden. 1949

Erneut beschloß eine Tagung des Hamburger KPD-Landesvorstandes, sich das ursprünglich von den Sozialdemokraten aufgestellte 28-Punkte-Programm für die Hamburger Landespolitik zu eigen zu machen und seine Verwirklichung einzufordern. 25./26. Juni

Allerdings nahm der Vorstand – im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen – eine Akzentverschiebung vor: An die Stelle der noch auf dem Landesparteitag im April propagierten Abgrenzung von der SPD, der der Verrat am eigenen Programm vorgeworfen wurde, trat jetzt das taktische Angebot eines Wahlbündnisses auf der Grundlage der 28 Punkte.

Dieser Offerte setzte die SPD am 12. Juli eine «Offene Antwort an alle kommunistischen Wähler» entgegen, in der betont wurde, daß es kein Wahlbündnis mit der KPD geben könne. Statt dessen wurden alle bisherigen KPD-Wähler aufgefordert, diesmal SPD zu wählen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahlen schlossen sich in Hamburg CDU und FDP zum «Vaterstädtischen Bund» zusammen. Das Wahlbündnis sah vor, daß beide Parteien jeweils nur in vier der acht Hamburger Wahlkreise kandidierten und sich verpflichteten, in den anderen Wahlkreisen die Kandidaten der verbündeten Partei zu wählen. 28. Juni

Ein Vergleich der Brutto-Stundenlöhne für qualifizierte Frauen- und unqualifizierte Männerarbeit veranschaulichte die Unterbezahlung von Frauenarbeit in allen Bereichen. Ende Juni

So verdienten weibliche Facharbeiter in der metallverarbeitenden Industrie 104,1 Pfennige gegenüber 116,8 Pfennigen, die männlichen Hilfsarbeitern im Durchschnitt gezahlt wurden. In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie fiel der Vergleich noch ungünstiger aus: 84,4 Pfennige standen 129,2 Pfennigen gegenüber. In der chemischen Industrie waren zwar die Löhne insgesamt höher, die Diskrepanz blieb jedoch erhalten: 111,7 Pfennige bei den Facharbeiterinnen blie-

1949 ben deutlich unter den 140,7 Pfennigen, die den Hilfsarbeitern bezahlt wurden.

1. Juli Eine Konferenz in Bad Cannstatt beschloß die Vereinigung der DAG mit den süddeutschen Angestelltenverbänden. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Angestelltengewerkschaft 209640 Mitglieder organisiert.

Auf Beschluß der Ernährungsminister wurde die Fettzuckration in der Bizone mit Wirkung vom 1. Juli auf 1000 g erhöht. Der Butteranteil betrug im Juli 375 g. Das restliche Fett konnte wahlweise in Öl, Margarine und anderen Fetten bezogen werden.

12. Juli Das von der britischen Militärregierung seit 1945 als Internierungslager für ehemalige nationalsozialistische Funktionsträger verwendete Konzentrationslager Neuengamme wurde der Hamburger Gefängnisverwaltung übergeben, die auf dem Gelände den Neubau einer Haftanstalt plante.

17. Juli Mit einem Volksfest in «Planten un Blomen» feierte die Hamburger Konsumgenossenschaft «Produktion» ihr fünfzigjähriges Jubiläum. 60000 Menschen nahmen an dem Fest teil, besuchten die sportlichen und musikalischen Darbietungen und hörten die Ansprache Bürgermeister Brauers, der die soziale Bedeutung der Konsumgenossenschaften hervorhob und darauf hinwies, nicht der Gewinn sei bei ihnen entscheidend, sondern das Wohl der Beteiligten.

26./ Eine Tagung des Vorbereitenden Ausschusses für den

27. Juli Gründungskongreß des DGB warf der DAG «gewerkschaftsschädigendes Verhalten in mehreren Fällen» vor und kündigte die am 13. März 1949 in der Emmershäuser Mühle mit der DAG getroffene Vereinbarung einer Zusammenarbeit auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet auf. Zwar nahm die DAG in einer am 19. August 1949 unter dem Titel »Deutscher Gewerkschaftsbund ohne DAG« vorgelegten Dokumentation zu den Vorwürfen des DGB Stellung, zu einer Beilegung des Streites kam es jedoch nicht.

27./ Die Wirtschaftsminister der Bizone tagten in Hamburg.

28. Juli Dabei wurde der Umfang eines Küstenschiffbauprogramms

auf 161 Millionen DM festgesetzt, von denen die erste Rate von 50 Millionen bereits in den nächsten Monaten zur Verfügung stehen sollte. Da Hamburg, ökonomisch vor allem abhängig von Handel und Verkehr, in seiner Produktivität um 18,4 % unter dem Durchschnitt der Westzonen lag und eine hohe Arbeitslosigkeit aufwies, versprachen sich die Minister durch das Kreditprogramm eine spürbare Entlastung der Arbeitsmarktlage im Hafen. 1949

Der erste Bundestagswahlkampf war in vollem Gange. Dabei waren die Wahlveranstaltungen Kurt Schumachers besonders gut besucht. In Hamburg sprach er in «Planten un Blumen» vor rund 20000 Menschen, während zu Konrad Adenauers Rede am selben Tag etwa 2000 Zuhörer kamen. 30. Juli

Das Hanseatische Oberlandesgericht hob das Urteil gegen den Tabakindustriellen Philipp Reemtsma vom 2. Oktober 1948 auf. Das sollte sich als erster Schritt zur Einstellung des Verfahrens erweisen, denn bevor eine nochmalige Verhandlung stattfand, fiel der Fall bereits unter die Amnestie des Straffreiheitsgesetzes vom 31. Dezember 1949, in deren Genuß alle Angeklagten kamen, bei denen Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monate Gefängnis zu erwarten waren. Anfang Februar 1950 wurde das Verfahren ohne neuerliche Verhandlung endgültig eingestellt.

Die Indexziffer der Industrieproduktion der Westzonen wies im Vergleich zu 1936 (= 100 %) im Juli 1949 einen Stand von 87 % auf; im Juli 1948 hatte sie noch bei 61 % gelegen. Ende Juli

Das Zentraljustizamt in Hamburg veröffentlichte im Auftrag der Justizministerien der Bizone die erste Liste mit über 2000 Todeserklärungen für Kriegsverschollene. Die Liste konnte bei allen Gerichten der Bizone eingesehen werden. Solche Verschollenenlisten sollten von nun an wöchentlich erscheinen und beendeten damit – zumindest juristisch – die Ungewißheit über das Schicksal der aus ungeklärten Gründen nicht Zurückgekehrten. 4. Aug.

Das Wirtschafts-Gesetz zur vorläufigen Regelung der Kriegsfolgelasten im Rechnungsjahr 1949 wurde verabschie- 6. Aug.

1949 det. Es bildete die Grundlage für einen Finanzausgleich der Länder der Westzonen. Die finanzstarken Länder Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Hamburg, Bremen und Hessen zahlten rückwirkend ab April 1949 zusammen monatlich ein Zwölftel von 500 Millionen DM an die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Diese Beträge wurden an die finanzschwachen Flüchtlingsaufnahmeländer Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein weitergeleitet.

8. Aug. Der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes trat in Frankfurt a. M. zu seiner letzten Vollversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung stand noch einmal das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz). Als Vorstufe zum Lastenausgleich sollte dieses am 24. Mai vom Wirtschaftsrat verabschiedete Gesetz aktuelle Notstände bei den rund 10 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen beseitigen helfen. Die erforderlichen finanziellen Mittel wurden für die Zeit ab 1. April 1949 durch eine allgemeine Soforthilfeabgabe erhoben. Das Soforthilfegesetz, dem am 14. August 1952 das Gesetz über den Lastenausgleich folgte, schüttete bis September 1952 6,2 Milliarden DM für den Existenzaufbau von Flüchtlingen und Vertriebenen bzw. für die Schaffung von Wohnraum für diese Bevölkerungsgruppe aus.

14. Aug. Um 8 Uhr morgens begannen in den drei Westzonen die Wahlen zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland. Wahlberechtigt waren 31 179 422 Bürger/-innen, davon in Hamburg 1 141 214.

13 Parteien und eine Reihe von Unabhängigen bewarben sich um die Stimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 78,5 % verteilten sich die – mit Überhangmandaten – 402 Sitze folgendermaßen:

CDU	31,0 %	139 Sitze
SPD	29,2 %	131
FDP, DVP, BDV	11,9 %	52
KPD	5,7 %	15

Bayernpartei	4,2 %	17	1949
Deutsche Partei	4,0 %	17	
Zentrum	3,1 %	10	
WAV	2,9 %	12	
DKP/DRP	1,8 %	5	
SSW	0,3 %	1	
Parteilose	4,8 %	3	

Hinzu kamen – als Vertreter der Berliner Stadtverordnetenversammlung – acht Abgeordnete ohne Stimmrecht, von denen fünf der SPD, zwei der CDU und einer der FDP angehörten.

Die 13 Hamburger Sitze verteilten sich wie folgt: Die SPD, die 39,6 % der Stimmen erhielt, kam auf sechs Sitze, wobei Blachstein, Keilhack, Meitmann und Wehner direkt gewählt wurden, während Kalbitzer und Klabunde über die Landesliste in den Bundestag einzogen. Die KPD errang mit 8,5 % ein Mandat über die Landesliste, das Gustav Gundelach wahrnahm.

Das bürgerliche Wahlbündnis des Vaterstädtischen Bundes Hamburg (VBH) erhielt 35,6 % und damit fünf Mandate. Für die CDU wurden Dr. Gerhard Bucorius, Dr. Margareta Gröwel und Hugo Scharnberg, für die FDP Willi Max Rademacher und Dr. Hermann Schäfer Abgeordnete. Das dreizehnte Mandat fiel an die Deutsche Partei (DP), die es auf einen Stimmenanteil von 13,1 % brachte. Für sie gelangte Albert Walter in den Bundestag.

Auf einer Vorstandssitzung des Hamburger DGB-Ortsausschusses teilte der Vorsitzende Davidsen mit, daß im Konflikt zwischen DGB und DAG vor dem für Oktober geplanten Gründungskongreß des DGB in München nicht mehr mit einer Bereinigung der Differenzen zu rechnen sei. Alle Versuche hierzu seien an der unnachgiebigen Haltung der DAG gescheitert. 15. Aug.

Mit dem letzten Flug Hamburg–Berlin stellten die im Luftbrückendienst eingesetzten Flugzeuge der zivilen briti-

1949 schen Luftverkehrsgesellschaften ihre Versorgungsflüge nach Berlin ein.

Die letzte Maschine der Luftbrücke startete allerdings erst am 23. September 1949 vom Flugplatz Lübeck-Blankensee nach Berlin-Gatow. Sie transportierte 62 Sack Kohlen.

16. Aug. Nachdem es am 4. Mai in erster und am 6. Juli 1949 in zweiter Lesung von der Hamburger Bürgerschaft angenommen worden war, wurde das Haftentschädigungsgesetz mit seiner Veröffentlichung rechtswirksam. Anspruch auf Haftentschädigung hatte danach, wer wegen seiner politischen Überzeugung, seiner Weltanschauung, seines Glaubens oder seiner Rasse nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 ausgesetzt gewesen und seiner Freiheit beraubt worden war. Dabei wurden für jeden Monat Haft 150 DM veranschlagt, wobei die Auszahlung nicht automatisch, sondern nur auf Antrag erfolgen sollte.

Praktisch erhielten die Entschädigungsberechtigten auf ihren Namen lautende, mit 3 % verzinsliche Schuldverschreibungen der Hansestadt Hamburg, von denen jährlich 2 Millionen getilgt werden sollten. Angestrebt wurde eine fünfzehnprozentige Sofortauszahlung, die frei von Lohn- und Einkommensteuer sein sollte.

19. Aug. Das für die bevorstehenden Hamburger Bürgerschaftswahlen gültige Wahlgesetz wurde vom Senat verkündet. Die künftige Bürgerschaft sollte 120 Abgeordnete umfassen, die – im Unterschied zu bisher drei – für vier Jahre gewählt wurden.

72 Abgeordnete wurden in Zukunft direkt in den Wahlkreisen, die übrigen 48 über die Landesliste gewählt.

Das neue Wahlgesetz bedeutete eine Lockerung des 1946 auf britische Anweisung hin angewandten Mehrheitswahlrechts.

20. Aug. Als Nachfolger für den in den Bundestag gewählten Gustav Gundelach übernahm Wilhelm Prinz den Landesvorsitz der Hamburger KPD. Er spielte in den folgenden Monaten

bei der innerparteilichen «Säuberung» der KPD von «Titoisten» in Hamburg eine zentrale Rolle. 1949

Aus Anlaß des 200. Geburtstags Johann Wolfgang von Goethes fand auch in Hamburg eine Goethe-Feier statt. In der Musikhalle hielt der spanische Philosoph José Ortega y Gasset den Festvortrag. 28. Aug.

Erstmals nach dem Krieg hatte das Bier der Hamburger Brauereien wieder «Friedensqualität». Nachdem der Bierumsatz in den Jahren nach 1945 unter dreißig Prozent des Vorkriegsstandes gesunken war und sich die Hamburger Brauereien in einer Krise befunden hatten, stieg mit dem – von der Werbung gepriesenen – «Friedensbier», das wieder den traditionellen Alkoholgehalt von 4–5 % enthielt, von nun an auch wieder der Umsatz. 29. Aug.

Seit März 1949 war das Lohnniveau in Hamburg leicht angestiegen. Bei einem durchschnittlichen Anstieg um 4,6 % verstärkte sich allerdings die ungleiche Bezahlung von männlicher und weiblicher Arbeitskraft noch einmal. Während die Löhne der Arbeiter um 6,5 % stiegen, erhöhten sich die der Arbeiterinnen lediglich um durchschnittlich 1,2 %. Der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn der Industriearbeiter hatte sich in diesem Zeitraum um 1,7 Pfennige auf 139,5 Pfennige erhöht. Im selben halben Jahr hatte sich die wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich 45,9 auf 47,2 Stunden erhöht. Anfang Sept.

Die Hamburger Tageszeitungen, bisher wegen Papiermangels nur dreimal wöchentlich erhältlich, erschienen von nun an täglich. 1. Sept.

Die Bürgerschaft verabschiedete das «Gesetz über die Bezirksverwaltung in der Hansestadt Hamburg». Es sah die Aufteilung Hamburgs in sieben Bezirke vor (Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord, Wandsbek, Bergedorf und Harburg). Die Wahl der Mitglieder der Bezirksausschüsse sollte zusammen mit der Bürgerschaftswahl am 16. Oktober stattfinden. Mit Ausnahme von Wandsbek und Harburg, die aufgrund ihrer Größe durch 50 Bezirksver- 2. Sept.

- 1949 ordnete vertreten wurden, belief sich die Zahl der Verordneten auf jeweils 40. Das Gesetz trat am 26. September in Kraft.
5. Sept. In Hamburg eröffnete die Konsumgenossenschaft «Produktion» den ersten Selbstbedienungsladen in den Westzonen. Mit Ausnahme von Feinkostwaren und Genußmitteln konnte die Kundschaft aus einem Angebot von 600 Artikeln das Gewünschte selbst auswählen. Der Laden erfreute sich – als Inbegriff von «Modernität» und «Fortschritt» – von Beginn an großer Beliebtheit.
7. Sept. In Bonn konstituierten sich Bundestag und Bundesrat. Mit dieser Sitzung begann die bis zum 7. September 1953 dauernde 1. Legislaturperiode des bundesdeutschen Parlaments.
12. Sept. Bei der Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung in Bonn waren neben den 402 Bundestagsabgeordneten auch 402 Delegierte der Länderparlamente stimmberechtigt.

Als Gegenkandidat zu Theodor Heuss (FDP) trat Kurt Schumacher an. Nachdem im ersten Wahlgang kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erreichte, entfielen im zweiten Wahlgang 416 der abgegebenen 800 Stimmen auf Heuss, der damit gewählt war; demgegenüber kam Schumacher auch im zweiten Wahlgang über 312 Stimmen nicht hinaus.

Die Kandidatur eines Sozialdemokraten, der weniger die politische Polarisierung als die Kooperationsbereitschaft mit den bürgerlichen Parteien repräsentierte, wobei Max Brauer, Paul Löbe und Louise Schröder im Gespräch gewesen waren, hatte Schumacher abgelehnt.

- 14./ 16. Sept. Nach dem für sie enttäuschenden Bundestagswahlergebnis, bei dem sie in Hamburg auf 8,5 %, bundesweit sogar nur auf 5,7 % der Stimmen gekommen war, unternahm die KPD auf der 13. Tagung des Parteivorstandes in der Entschlußung «Über die Lehren der Wahlen» den Versuch einer Analyse. Dabei sah man die Ursachen für das schlechte Abschneiden in der «mangelnden ideologischen Festigkeit», die sich in «Tendenzen des Versöhnertums gegen die Feinde der Sowjet-

- union» geäußert habe. Namentlich wurde die Hamburger Landesorganisation als Negativbeispiel erwähnt, denn dort habe «lange Zeit eine parteifeindliche Fraktion innerhalb des Landesvorstands die Politik der Partei sabotieren» können. 1949
- Mit 202 der 402 Stimmen des Bundestages, wobei seine eigene Stimme den Ausschlag gab, wurde Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Damit zerschlugen sich alle Hoffnungen der SPD und Gewerkschaften auf eine maßgebliche Beteiligung an der Gestaltung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft für lange Zeit. 15. Sept.
- Hatte man doch bei den ersten bundesweiten Wahlen auf einen eindeutigen Wählerauftrag gehofft. Nahezu zwanzig Jahre sah der CDU-Staat für sie von nun an nur noch die Rolle der «ewigen» Opposition vor.
- Durch die Konstituierung von Bundestag und Bundesrat funktionslos geworden, wurden Wirtschafts- und Länderrat durch die Hohen Kommissare des Alliierten Zweimächteamts aufgelöst. 16. Sept.
- Der Vorsitzende der Hamburger FDP-Bürgerschaftsfraktion, Eduard Wilkening, trat aus Protest gegen die Bündnisverhandlungen seiner Partei mit der nationalistischen Deutschen Partei (DP) aus der FDP aus. Damit stürzte die FDP – kurz vor der Bürgerschaftswahl – in eine Krise, die sich – durch weitere Austritte und Distanzierungen prominenter Freidemokraten – bis zur Wahl hinzog und die Chancen eines um die DP erweiterten Vaterstädtischen Bund Hamburgs (VBH) auf eine Ablösung der SPD als wichtigster Regierungspartei in Hamburg deutlich minderte. 19. Sept.
- Adenauer gab seine Regierungserklärung ab und bildete sein 1. Kabinett als CDU/CSU-, FDP-, DP-Koalitionsregierung. 20. Sept.
- In der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung kritisierte Schumacher u. a., daß in ihr weder das Wort «Arbeiter» noch die Gewerkschaften auch nur erwähnt wurden. Die Zusammensetzung der Regierung berge die Gefahr, daß der neue Staat ein autoritärer Besitzverteidigungsstaat werde 21. Sept.

1949 und damit die Entfremdung der arbeitenden Menschen vom Staat zu befürchten sei.

Das Besatzungsstatut vom 10. April 1949, das der Alliierten Hohen Kommission in militärischen Fragen, auswärtigen Angelegenheiten, bei Änderungen des Grundgesetzes und bei der Kontrolle der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Außenhandelsbeziehungen auch nach der bundesdeutschen Regierungsbildung die endgültige Entscheidungsbefugnis vorbehielt, trat in Kraft. Damit war die gesamte bundesdeutsche Rechtsordnung auch weiterhin vom Besatzungsrecht überlagert.

24. Sept. Als Nachfolgeinstitut der 1924 gegründeten Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte öffnete die Bank für Gemeinwirtschaft AG Hamburg an der Schleusenbrücke ihre Schalter.

Der Geschäftsführer der GEG, Gustav Dahrendorf, verwies bei der Eröffnung auf die solide Grundlage des Unternehmens durch die Unterstützung seitens der Genossen- und Gewerkschaften.

Ende Sept. Im Laufe des Septembers beschlossen die sieben im Bereich der Bundesrepublik bestehenden Gewerkschaftsbünde ihre Auflösung zum 31. Dezember 1949. Voraussetzung für diese Auflösungsbeschlüsse war die Bildung des DGB für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik auf dem bevorstehenden Gründungskongreß und seine Arbeitsaufnahme bis spätestens zum 1. Januar 1950.

In Hamburg waren 38 068 Männer und 22 493 Frauen arbeitslos gemeldet.

Im ersten Dreivierteljahr hatten 7387 Seeschiffe mit einer Tonnage von 6,4 Millionen NRT den Hamburger Hafen angelaufen. Das bedeutete gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme der Tonnage um 46,7 %.

1. Okt. Als Programm zur Bürgerschaftswahl veröffentlichte die SPD den «Hamburg-Plan». Er trat an die Stelle des 28-Punkte-Programms, das mittlerweile von der KPD als gemeinsame Basis der Arbeiterparteien propagiert wurde. Die

Schwerpunkte des Plans lagen auf der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Infrastruktur der Stadt: So sollte der soziale Wohnungsbau den jährlichen Neubau von 15 000 Wohnungen gewährleisten und die Mieten möglichst konstant halten; der Schaffung von Wohnraum sollte auch ein Kleinsiedlungsprogramm dienen. Weitere Punkte waren die Erhaltung der Arbeitsplätze mit dem Ziel der Vollbeschäftigung, die Erhaltung bzw. Verbesserung des Hamburger Lohnniveaus, die Wiederaufnahme des Schiffbaus aller Größenordnungen, die Ansiedlung neuer Industrien, die Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose zu Tariflöhnen, die Schulreform und die Erleichterung der Rückkehr von im Krieg evakuierten Hamburgern. 1949

Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Hamburg bestand seit 30 Jahren. 1919 aus dem Zusammenschluß von 19 Ortskrankenkassen hervorgegangen, versicherte die AOK 1949 die Beschäftigten von mehr als 50 000 Hamburger Arbeitgebern. Damit war sie mit über 500 000 Mitgliedern die größte Ortskrankenkasse der Bundesrepublik, die – unter Einbeziehung der Familienangehörigen – für etwa drei Viertel der hamburgischen Bevölkerung den Versicherungsschutz bereitstellte. Aus Anlaß des Jubiläums fand im Gewerkschaftshaus eine Feierstunde statt.

Als Zusammenschluß aller im Bundesgebiet arbeitenden Jugendverbände gründete sich der «Deutsche Bundesjugendring» 1./4. Okt.

Er verfolgte u. a. die Zielsetzung, durch Erfahrungsaustausch an der Lösung der Jugendprobleme mitzuwirken, «dem gesunden Jugendleben in sittlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zu dienen», internationale Begegnungen zu fördern und ein Aufleben militaristischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen innerhalb der Jugend zu verhindern.

Da in der Satzung die Anerkennung des Grundgesetzes der Bundesrepublik zur Voraussetzung der Zugehörigkeit gemacht wurde, trat die Freie Deutsche Jugend (FDJ) – auf-

- 1949 grund ihrer weiterhin gesamtdeutsch orientierten Programmatik – dem Bundesjugendring nicht bei.
4. Okt. Der Hamburger Senat verkündete das «Gesetz über die Selbstverwaltung der Presse», das die Überwachung der Pressefreiheit einem «Beratenden Ausschuß für das Pressewesen» übertrug, der sich aus insgesamt 16 Vertretern der Verlegerverbände, des Journalistenverbandes und der Öffentlichkeit zusammensetzte und künftig die Eignungskontrolle von Verlegern, Verlagsleitern und Redakteuren übernahm.
7. Okt. Der Deutsche Volksrat in Ost-Berlin erklärte sich selbst zur «Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik» und setzte die am 30. Mai gebilligte Verfassung in Kraft. Ferner beschloß er die Wahl einer «Provisorischen Regierung» und Bildung einer «Provisorischen Länderkammer». Damit war die Gründung der DDR vollzogen.
- 8./9. Okt. Im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes sprach Schumacher auf mehreren Veranstaltungen in Hamburg, so in Eimsbüttel auf dem Sportplatz an der Bundesstraße und im Ernst-Drucker-Theater auf St. Pauli. Neben der Propagierung des «Hamburg-Plans» beinhalteten seine Reden – unter dem Eindruck der Staatsgründung der DDR – scharfe anti-kommunistische Angriffe.
- 12./14. Okt. In München fand der Gründungskongreß des DGB für das Gebiet der Bundesrepublik statt. Die im Kongreßsaal des Deutschen Museums zusammengekommenen 487 stimmberechtigten Delegierten – 34 von ihnen aus Hamburg – repräsentierten 16 Einzelgewerkschaften mit inzwischen rund 5 Millionen Mitgliedern. Sie wählten Hans Böckler zum 1. Vorsitzenden des DGB.
- Dem Bundesvorstand gehörte – neben den hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern – auch jeweils ein Vertreter der Einzelgewerkschaften an. Fünf von ihnen kamen aus Hamburg. Es waren Willy Feldmann (Gewerkschaft Kunst), Adolph Kummernuß (Gewerkschaft ÖTV), Gustav Pufal (IG Nahrung, Genuß, Gaststätten), Max Traeger (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und Franz Valentiner (IG Holz).

Düsseldorf wurde zum Sitz des Bundesvorstandes.

1949

Der Hamburger Bürgermeister Christian Koch (FDP) zog seine Kandidatur von der Kandidatenliste des VBH zur Bürgerschaftswahl zurück. Der Mitbegründer der FDP in Hamburg nannte als Begründung für sein Ausscheiden die «unsachliche Führung des Wahlkampfes» durch den VBH. Auch Kultursenator Hartenfels distanzierte sich öffentlich von den «vergiftenden Beleidigungen» der konservativen Sammlungsbewegung.

13. Okt.

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen erhielt die SPD die absolute Mehrheit. Zwar entfielen auf sie nur 42,8 % der Stimmen, aber dennoch reichte das für 65 der 120 Sitze.

16. Okt.

Die Ursache hierfür lag im Wahlmodus, der die Wahl von 72 Abgeordneten in direkter Wahl vorsah, wobei allein 50 Sitze auf Direktkandidaten der SPD entfielen, während der VBH nur 22 Wahlkreise gewann. Da lediglich die übrigen 48 Sitze nach dem Verhältniswahlrecht über Listen vergeben wurden, kamen die bürgerlich-konservativen Parteien – trotz 34,5 % für den VBH und 13,3 % für die DP – nur auf 40 bzw. 9 Sitze und blieben in Hamburg in der Opposition. Die KPD büßte gegenüber den Bundestagswahlen noch einmal Stimmen ein und kam nur noch auf 7,4 % und damit auf 5 Sitze, während die Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF) 2,0 % und damit 1 Sitz erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 69,4 %.

Bei den gleichzeitig abgehaltenen Wahlen zu den Bezirksausschüssen hingegen erhielt die SPD nur in Hamburg-Mitte und in Harburg die absolute Mehrheit, während VBH und DP zusammen in Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Bergedorf über Mehrheiten verfügten. In Wandsbek bestand – für den Fall eines Zusammengehens der SPD mit den drei Stimmen der KPD – eine Stimmgleichheit von 25 zu 25.

Im Gegensatz zur Deputation für Wirtschaft und Verkehr, die für Hamburg einen Soll-Zustand von 900 Taxifahrerlizenzen anstrebte, hielten die Fahrer die vergebenen 760 Lizenzen für ausreichend und forderten – um ihre wirtschaftliche Existenz besorgt – eine Lizenzsperre.

27. Okt.

- 1949 Dabei argumentierten sie, auch vor dem Krieg habe es in Hamburg nur 850 Taxilizenzen gegeben und im zerstörten Hamburg der Nachkriegszeit sei die Nachfrage weit geringer.
28. Okt. T(homas) S(tearns) Eliot, Literaturnobelpreisträger von 1948, besuchte Hamburg und hielt in der Universität einen Vortrag über «Die Ziele des poetischen Dramas». Am folgenden Tag sprach er in der «Brücke», einem gerade eingerichteten britischen Kulturzentrum, über die Idee einer europäischen Gesellschaft.
29. Okt. Der ehemalige SA-Mann Theodor Grothen, der am 12. Oktober 1933 im Konzentrationslager Esterwegen II den ehemaligen Polizeipräsidenten von Altona, Otto Eggerstedt, «auf der Flucht erschossen» hatte, wurde vom Schwurgericht Oldenburg zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt.
30. Okt. In Hamburg hielt die SPD einen Landesparteitag ab. Dabei stand für die 350 Delegierten und die 65 künftigen Bürgerschaftsabgeordneten die Senatsbildung im Vordergrund.
- Zwar bekundete man die Bereitschaft, auf der Basis des «Hamburg-Plans» mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten, jedoch war dieses Angebot ohne konkreten Adressaten, da die politische Polarisierung während des Wahlkampfes ein Zusammengehen z. B. mit der im VBH engagierten FDP ebenso unmöglich machte wie eine Kooperation mit den anderen bürgerlichen Parteien. Eine Zusammenarbeit mit der KPD verbot sich – gemäß der sozialdemokratischen Ab- bzw. Ausgrenzungspolitik gegenüber allen kommunistischen Organisationen – ohnehin von selbst.
- So räumten die Sozialdemokraten der FDP im künftigen Senat zwar formal drei Senatorenämter ein, die zunächst nur kommissarisch von ihnen besetzt wurden, bildeten den Senat faktisch jedoch allein. Meitmann und Schmedemann wurden als Vorsitzende in ihren Funktionen bestätigt.
1. Nov. Die FDP-Senatoren Hartenfels und Büll stellten ihre Ämter zur Verfügung.
- Anfang Nov. Von den für das geplante Filmstudio Rahlstedt veranschlagten 7 Millionen DM waren inzwischen 3,5 Millionen

als Kredite für Schiffbauaufträge vergeben oder an andere wirtschaftliche Wiederaufbauprojekte verteilt worden. 1949

Die verbliebenen 3,5 Millionen sollten jetzt für den Aufbau einer Hamburger Filmproduktion zur Verfügung stehen.

Die Hamburger Bürgerschaft trat zur ersten Sitzung nach den Wahlen zusammen. Erneut wurde Adolph Schönfelder zum Bürgerschaftspräsidenten gewählt. 9. Nov.

Der Bundesrat beschloß eine erste Flüchtlingsumsiedlung innerhalb der Bundesrepublik. Da der Flüchtlingsanteil in den einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich war, sollten bis Ende 1950 beispielsweise aus Schleswig-Holstein – wo die Flüchtlinge mittlerweile 39% der Gesamtbevölkerung stellten – 150 000 von ihnen vor allem nach Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz übersiedeln. Hamburg sollte im Rahmen dieses Flüchtlingsausgleichs 5000 Personen aufnehmen. Mit dieser Umsiedlung hofften die Länderregierungen die vom Flüchtlingsproblem am meisten betroffenen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern zu entlasten. 10. Nov.

An Bord der «American Merchant» trat Bürgermeister Brauer, begleitet von Senatsdirektor Erich Lüth, eine siebenwöchige USA-Reise an, die er am 15./16. November in Southampton unterbrach, um in London an Besprechungen mit britischen Politikern teilzunehmen. 12. Nov.

Neben einem Besuch bei seinen in den USA lebenden Angehörigen nutzte Brauer die nächsten Wochen zur Werbung für den westdeutschen Staat, u. a. bei einem Vortrag auf einer Tagung amerikanischer Bürgermeister in Cleveland und in Verhandlungen mit US-Finanzkreisen, von denen er sich Investitionen in den Wiederaufbau der Bundesrepublik erhoffte. Darüber hinaus erstattete er der Gewerkschaft AFL, in deren Auftrag er 1946 nach Hamburg gekommen war, Bericht über die aktuelle Lage der deutschen Arbeiterschaft.

Bürgermeister Koch vertrat Brauer für die Dauer der Reise, um dann – nach dessen Rückkehr am 13. Januar 1950 – wie seine beiden FDP-Kollegen sein Amt zur Verfügung zu stellen.

1949
17. Nov. Auf der Londoner Schiffbau-Konferenz, die bereits seit dem 18. Juli 1949 getagt hatte, erteilten die drei Westalliierten der Bundesrepublik die Genehmigung zum Bau von Hochseehandelsschiffen.

Gerade für die unausgelasteten Hamburger Werften bedeutete die Möglichkeit zum Neubau von 20 bis 40 Spezialfrachtschiffen neue Hoffnung – war doch die Lage der Hafen- und Werftarbeiter in den letzten Monaten immer bedrohlicher geworden. Da überdies die Metallarbeiter 14,3 % der 63 000 gemeldeten Hamburger Erwerbslosen stellten und der Schiffbau als Abnehmer für die Metallbranche lebenswichtig war, konnte die Genehmigung auch eine Belebung der Zubringerindustrien der metallverarbeitenden Betriebe bedeuten.

Für die 30 000 eingetragenen Hamburger Seeleute und die 18 000 Beschäftigten der Werften versprach das Schiffbau-Abkommen ebenfalls neue Arbeitsplätze.

19. Nov. Aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der «Öffentlichen Bücherhallen» in Hamburg fand im Kaisersaal des Rathauses eine Feier statt.

Die nach dem Vorbild der bereits seit hundert Jahren bestehenden «Public Library» in Großbritannien konzipierten Bücherhallen hielten zu diesem Zeitpunkt – statistisch – für jeden achten Hamburger ein Buch bereit. Angestrebt wurde ein – in den angelsächsischen Ländern bereits erreichtes – Verhältnis von 1 : 1.

20. Nov. Am Totensonntag legten Senatsvertreter zum Gedächtnis der im Krieg Gefallenen am Ehrenmal an der Schleusenbrücke Kränze nieder. Gedacht wurde neben den Opfern beider Weltkriege und der Luftangriffe auch der Soldaten fremder Nationalitäten und den in den Konzentrationslagern Ermordeten.

Das von den Nationalsozialisten entfernte Relief einer trauernden Mutter von Ernst Barlach am Ehrenmal war inzwischen wieder hergestellt worden.

22. Nov. Als erstes einer Serie von drei 1500 BRT-Frachtern, die

nach Kriegsende wieder auf einer deutschen Werft gebaut werden durften, lief auf der Lübecker Flender Werft ein von der Hamburger Reederei Ernst Ruß in Auftrag gegebenes Schiff vom Stapel. 90 Meter lang und 13 Meter breit, hatte es eine 26köpfige Besatzung und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von ca. 11 Seemeilen in der Stunde. 1949

Das Schiff, dem bereits am 3. Dezember der zweite, von den Hamburger Howaldtswerken fertiggestellte Neubau folgte, sollte künftig im Liniendienst nach Skandinavien Verwendung finden.

Mehr als 1000 Bauarbeiter, seit Wochen in Tag- und Nachtschichten auf der Großbaustelle am Grindelberg beschäftigt, feierten in der Elbschloß-Brauerei in Nienstedten das Richtfest für die ersten beiden vierzehnstöckigen Hochhausbauten. Die Hochhäuser, in der Bundesrepublik als «Pioniertat auf dem Gebiet des Wohnungsbaus» gefeiert und bestaunt, wurden im April 1950 bezugsfertig. 23. Nov.

Währenddessen plante die SAGA schon zwei weitere, achtstöckige Gebäude am Grindel.

In Bonn eskalierte die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition: In der Debatte über das Für und Wider eines deutschen Eintritts in die Ruhrbehörde bezeichnete Schumacher, der eine deutsche Beteiligung an der alliierten Behörde ablehnte, in einem Zwischenruf Adenauer als «Bundeskanzler der Alliierten». Er wurde daraufhin für 20 Sitzungstage aus dem Bundestag ausgeschlossen. 24./ 25. Nov.

Wie in anderen Städten versammelten sich auch in Hamburg im «Winterhuder Fährhaus» ca. 2000 SPD-Funktionäre und Betriebsgruppenvertreter, um gegen Schumachers Bundestagsausschluß zu protestieren. 28. Nov.

Die Bundestagsabgeordneten Meitmann und Wehner berichteten der Versammlung über die Parlamentsarbeit und die autoritären Züge des Adenauerschen Führungsstils, den sie als eine nach allen Seiten abgeschirmte «Kabinettpolitik», die der Demokratie schon zu Beginn jede Entfaltungsmöglichkeit nehme, kritisierten.

1949 Der Konflikt zwischen Schumacher und Adenauer wurde in einer Aussprache in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember beigelegt und die Einigung bzw. die Aufhebung des Ausschlusses in einer gemeinsamen Erklärung am 2. Dezember verkündet.

Ende Die industrielle Produktion im Bundesgebiet hatte im November 98 % der Erzeugung von 1936 erreicht. Das bedeutete gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 5 %.

1. Dez. Der DGB, Ortsausschuß Hamburg, richtete an die Arbeitsbehörde die Aufforderung, eine gesetzliche Regelung zur Zahlung der Wochenfeiertage vorzubereiten.

Die Gewerkschaften vertraten die Auffassung, daß Feiertage, an denen aufgrund einer staatlichen Anordnung die Arbeit ruhen müsse, zu bezahlen seien.

Für Hamburg galten zu diesem Zeitpunkt der Karfreitag, Himmelfahrtstag und Buß- und Betttag als nicht bezahlte Wochenfeiertage.

Erstmals nach Kriegsende unternahm mit dem HSV eine deutsche Vereinsmannschaft eine Auslandsreise. In Portugal spielten die Hamburger gegen den mehrfachen portugiesischen Meister Sporting Lissabon. Mit dem Gastspiel, das 4:3 für die Portugiesen endete, verfolgte der Verein vor allem die Absicht, auch die sportliche Isolation Deutschlands zu überwinden.

3. Dez. Im Dyckhoff-Gebäude an der Ecke Poststraße/Große Bleichen, das bisher als Familienkaufhaus für Angehörige der Besatzungsmacht gedient hatte, wurde die «Brücke», ein britisches Kulturzentrum mit Kino, Leihbibliothek, Lesesaal, Konzertraum und Zeitungs- und Photoarchiv offiziell der Öffentlichkeit übergeben.

Insgesamt entstanden in der britischen Besatzungszone 60 solcher Zentren, die eine vergleichbare Funktion erfüllten wie die «Amerikahäuser», die die USA in den folgenden Jahren in einzelnen Städten der Bundesrepublik errichten ließen.

4. Dez. Orkanartige Stürme mit Windböen bis zu Windstärke 12 führten in Hamburg zu den schwersten Zerstörungen seit

den alliierten Luftangriffen. Nachdem allein in der Hanse- 1949
stadt vier Menschen getötet und 20 verletzt worden waren,
mußten vor allem aus nur provisorisch instandgesetzten Rui-
nengebäuden mehrere hundert Personen wegen Einsturzge-
fahr evakuiert werden.

Das Institut für Marktforschung (EMNID) in Bielefeld 9. Dez.
veröffentlichte das Ergebnis einer Erhebung bei 1800 Perso-
nen aller Bevölkerungsschichten auf der Grundlage der Frage
«Welche drei größeren Anschaffungen von 20 DM aufwärts
werden Sie im nächsten Vierteljahr machen?»

Danach ergaben sich folgende Prioritäten: Oberbeklei-
dung 36,9 %, Schuhe 16,9 %, Wäsche 9,8 %, Einzelmöbel
6,2 %, Fahr- und Motorräder 3,8 %, Betten 3,3 %, Gardinen
und Teppiche 1,7 %, komplette Zimmereinrichtungen 1,5 %,
Hausrat 1,4 %.

In den Antworten auf eine Zusatzfrage wurde die häufige
Inanspruchnahme von Ratenzahlungen betont.

Nach zehn Jahren lief das Passagierschiff «George Wa-
shington» wieder im Hamburger Hafen ein. Es war 1939 das
letzte größere US-amerikanische Schiff gewesen, das Ham-
burg vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verlassen hatte.
Damit hatte die United States Line auch im Passagierverkehr
die regelmäßige Linie Hamburg – New York wieder eröffnet.
Im Januar 1950 traf Max Brauer, nach Abschluß seiner USA-
Reise, an Bord dieses Schiffes in der Hansestadt ein.

In Berlin wurde der Deutsche Journalistenverband gegrün- 10. Dez.
det. Zum Leiter der Bundesorganisation wählten die Dele-
gierten den Vorsitzenden des Hamburger Verbandes, den
SPD-Bundestagsabgeordneten Erich Klabunde.

Der Oberste Gerichtshof der britischen Besatzungszone in 12. Dez.
Köln hob den Freispruch aus dem Prozeß gegen Veit Harlan
auf und verwies das Verfahren zur Neuverhandlung an das
Hamburger Schwurgericht zurück.

Allerdings endete auch diese Verhandlung mit einem Frei-
spruch.

An Bord des brasilianischen Truppentransporters «Duque 13. Dez.

1949 de Caxis» traten 950 Auswanderer, die bisher im Auswandererlager Finkenwerder untergebracht gewesen waren, die Überfahrt nach Brasilien an. Es waren vor allem Handwerker und Techniker mit ihren Angehörigen, die sich in strukturschwachen Ländern wie Brasilien – gestützt auf ihre Qualifikationen – eine bessere Zukunft erhofften. Das Schiff war das erste einer Reihe von Auswanderertransporten nach Südamerika.

14. Dez. Obwohl Hamburg – aufgrund der raschen Fortschritte beim Wiederaufbau – den Ruf einer reichen Stadt genoß, stand es für 1950 vor großen finanziellen Schwierigkeiten.

In einem Vortrag vor geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft legte Finanzsenator Dudek die finanziellen Möglichkeiten und Grenzen des Stadtstaates nach Inkrafttreten der Bundesgesetzgebung dar.

Danach hatte sich die Steuerkraft Hamburgs gegenüber der Vorkriegszeit drastisch verschlechtert: Während 1942 an Grundsteuer noch 70 Millionen Mark eingenommen worden waren, rechnete Dudek für 1950 mit 35 Millionen DM; bei der Gewerbesteuer waren die Einnahmen gegenüber 1942 sogar von 138 Millionen Mark auf 36 Millionen DM im Jahre 1949 zurückgegangen.

Überdies standen den verminderten Einnahmen vermehrte Sozialausgaben gegenüber.

Da der Stadt – durch das Inkrafttreten der Bundesgesetzgebung – Einnahmen und Steuern, die von nun an statt den Ländern dem Bund zuflossen, in Höhe von 571 Millionen DM verlorengingen, konnte der Wegfall der Kriegs- und Kriegsfolgekosten, die im Gegenzug vom Bund übernommen wurden, die Etatverschlechterung von etwa 200 Millionen DM nicht annähernd ausgleichen.

Dudek machte deutlich, daß Investitionen im Wohnungs- und Schiffbau, die die Stadt in den Jahren 1948/49 mit rund 300 Millionen bzw. 1949/50 mit 200 Millionen als besonders dringlich getätigt habe, künftig nicht mehr möglich seien. Unter Hinweis auf Brauers USA-Reise äußerte er allerdings

die Hoffnung, möglicherweise seien von dort zusätzliche 1949
Kapitalanleihen zu erwarten.

In Bonn unterzeichneten Adenauer und der amerikanische 15. Dez.
Hohe Kommissar John McCloy das Marshall-Abkommen
zwischen der Bundesrepublik und den USA.

Damit wurde die Bundesrepublik zum vollberechtigten
Partner im europäischen Wiederaufbauprogramm. Für die
Bundesregierung bedeutete das in Zukunft eine Eigenverant-
wortlichkeit bei der Verteilung der ERP-Darlehen. Künftige
Investitionsschwerpunkte sollten dabei der Wohnungs- und
Schiffbau und die Landwirtschaft sein.

In Hamburg arbeiteten mittlerweile 576 000 Werktätige;
13 115 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Dabei
war die Zahl der berufstätigen Frauen auf 190 000 gestiegen,
während die der Männer – trotz der Rückkehr zahlreicher
Kriegsgefangener – um rund 2200 gesunken war.

Das britische Militärgericht in Hamburg verurteilte den 19. Dez.
ehemaligen Generalfeldmarschall der deutschen Wehrmacht,
Erich von Manstein, zu achtzehn Jahren Gefängnis.

Manstein war in neun von siebzehn Anklagepunkten
schuldig gesprochen worden, u. a. wegen unmenschlicher
Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, Erschießung
von Geiseln und Vergeltungsgefangenen, Ausführung des
«Kommissarbefehls», Zwangsdeportationen nach Deutsch-
land und Durchführung des Befehls «Verbrannte Erde» beim
Rückzug aus der Sowjetunion.

Anlässlich einer Bürgerschaftssitzung teilte die Schulbe- 21. Dez.
hörde mit, daß infolge der Neueinstellung von 230 Volks-
schullehrern und der Fertigstellung von 200 Klassenräumen
in Zukunft der Unterricht in drei Schichten aufgehoben wer-
den könne.

Die Schülerzahl lag in Hamburg 1949 bei 182 000; für 1950
rechnete die Schulbehörde mit 186 000, für 1951 mit 187 000;
ab 1952 prognostizierte sie ein langsames Absinken der Schü-
lerzahlen.

In einer Rede vor Studenten am College der City of New 22. Dez.

1949 York bezeichnete Bürgermeister Brauer ein Wiederaufleben der NS-Bewegung in Deutschland als unmöglich.

Im Bemühen, amerikanischen Zeitungsberichten über eine erneute Zunahme des Antisemitismus und die Rückkehr alter Nationalsozialisten in führende Positionen entgegenzutreten, nannte er derartige Aussagen unwahr und verlieh seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die «freie Presse» der USA derartige Meldungen überhaupt veröffentliche.

23. Dez. Nach Angaben der Vertreter des Hamburger Einzelhandels hatte sich die Geldknappheit – in der Folge der Währungsreform und der steigenden Arbeitslosigkeit – auch im Weihnachtsgeschäft stark bemerkbar gemacht. Nach vorläufigen Berechnungen blieb der Umsatz noch hinter dem des Vorjahres zurück. Zwar werde lebhaft gekauft, jedoch weit weniger, als sie nach dem großen Warenhunger, der durch die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden war, erwartet hätten. Die Stückzahl der verkauften Waren sei im allgemeinen bedeutend niedriger als in der Vorkriegszeit. Lediglich bei Textilien und Schuhen habe der Umsatz den Erwartungen entsprochen.

24. Dez. Trotz der Erfolge im Wohnungsbau, die in Hamburg seit Januar 1949 mit der Fertigstellung von 12 184 Wohnungen bzw. mit dem Einzug von 38 854 Personen in Neubauten zu Buche schlugen, hatte sich die Wohnungsmisere nicht entspannt: Durch den Zuzug von 61 500 zusätzlichen Menschen in die Hansestadt und einen Geburtenüberschuß von 3000 war die Lage am Jahresende prekärer als zu Beginn des Jahres. Und noch immer warteten ca. 150 000 Butenhamburger auf eine Rückkehrmöglichkeit.

Ende Dez. Noch immer waren in Hamburg 886 Häuser von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt. Allerdings war die Zahl – durch die Fertigstellung von Neubauten am Harvesterhuder Weg, in Blankenese und Hochkamp – 1949 leicht rückläufig; die beschlagnahmten Häuser machten 1,5 % der gesamten Hamburger Wohnfläche aus.

Die Heiratsziffer lag in Hamburg – wie in den meisten

westdeutschen Städten – niedriger als in der Vorkriegszeit. 1949 Während in Hamburg 1933/38 pro Jahr auf 1000 Einwohner durchschnittlich 11,3 Eheschließungen entfielen, was – nach Stuttgart – die höchste Quote bedeutete, nahm die Stadt 1949 mit 9,7 Hochzeiten unter den westdeutschen Großstädten den zehnten Platz ein.

Auch die Geburtenziffer war in sämtlichen Großstädten – mit Ausnahme von Wiesbaden – niedriger als vor dem Krieg. Hamburg, das bereits in der Vorkriegszeit eine verhältnismäßig niedrige Geburtenziffer aufwies, lag jetzt – mit 11,6 (pro 1000 Einwohner) – ungefähr gleichauf mit Hannover, Nürnberg und Stuttgart.

Ebenfalls gesunken war im Vergleich zum Zeitraum 1933/38 die Sterbeziffer (Sterbefälle pro 1000 Einwohner). Hier ergab sich für Hamburg ein Verhältnis von 9,9 (1949) zu 11,5 vor dem Krieg.

Mittlerweile hatten die Konsumgenossenschaften bundesweit einen Mitgliederstand von mehr als einer Million erreicht, was – gegenüber 1948 – einen Zuwachs von mehr als 200 000 bedeutete. Allein in Hamburg lag die Mitgliederzahl nun bei über 50 000.

In einem Beitrag von Henry Everling im Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften artikulierten sich neugewonnenes Selbstbewußtsein und hochgesteckte Zukunftserwartungen:

«Wer sich einmal – unbeeinflusst durch Sonderinteressen – die Mühe macht, Anfang und Aufstieg der Konsumgenossenschaftsbewegung zu studieren, wird zu der Überzeugung kommen, daß zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen freier Marktwirtschaft und staatlicher Zwangswirtschaft der Genossenschaftssozialismus, dieses feste Fundament einer freien Gemeinwirtschaft, der dritte und beste Weg ist zu einer Wirtschaftsform, die einem von allen sozial Gesinnten erwünschten Wirtschaftsideal am nächsten kommt.»

1949 Hamburg ging mit 71 900 Arbeitslosen ins neue Jahr. Mit 11,1 % lag die Arbeitslosigkeit damit inzwischen über dem bundesrepublikanischen Durchschnitt. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Frühjahr 1950 mit 13,0 %, um dann langsam abzusinken.

Die Mitgliederstatistik der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften wies in Hamburg zum Jahresende 237 799 Organisierte aus; in der Hamburger DAG waren mehr als 40 000 Mitglieder organisiert.

Rückläufig waren in Hamburg die Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien. Die SPD hatte zum Jahresende 52 257, was einem Mitgliederschwund von 2003 bzw. 3,7 % entsprach. Dabei war der – ohnehin geringere – Frauenanteil überdurchschnittlich um 5,3 % zurückgegangen, während der Verlust an männlichen Mitgliedern 3,0 % betrug.

Die SPD-Landesführung machte für diese Verluste weniger die eigene Politik als vielmehr die schwierige wirtschaftliche Situation vieler Mitglieder verantwortlich, da – angesichts von Arbeitslosigkeit und allgemeinem Geldmangel – selbst ermäßigte Mitgliederbeiträge häufig nicht aufzubringen seien.

Obwohl die KPD erneut keine Zahlen zu ihrer Mitgliederentwicklung veröffentlichte, dürfte auch bei ihr die Mitgliederzahl rückläufig gewesen sein. Mit Sicherheit lag sie in Hamburg unter 15 000. Neben den auch hier ins Gewicht fallenden wirtschaftlichen Faktoren, spielte dabei jedoch der in vollem Gange befindliche innerparteiliche «Säuberungsprozeß», der nach der 14. Tagung des Parteivorstandes am 28./30. Dezember 1949 auch in Hamburg einsetzte, eine entscheidende Rolle.

Personenregister

- Adenauer, Konrad 44, 181, 187, 195, 196,
199
Agartz, Viktor 44, 63, 70, 75, 139
Ahrens, Georg 132
Armytage, H. W. H. 12, 14, 42, 56
Arnold, Karl 78
Arp, Erich 23
Atlee, Clement Richard 25
- Barker, Evelyn 42
Barlach, Ernst 194
Bartel, Walter 175
Bassewitz-Behr, Henning von 92, 93
Bebert, Paul 27, 28, 30, 166
Becher, Johannes R. 169
Behrens, Max 28
Bergmann, Paul 45
Berry, Henry Vaughan 56, 147
Beyrich, Franz 36
Bizet, Georges 172
Blachstein, Peter 178, 183
Bockelmann, Erich 169
Böckler, Hans 56, 79, 80, 102, 120, 171,
190
Böhm, Hans 80
Borchers, Lorenz 15, 21, 22
Borchert, Wolfgang 102, 164
Borgner, Otto 43, 47, 63, 74, 85, 138, 141
Brando, Paul 178
Brandt, Willi 178
Brandt-Knack, Olga 178
Brauer, Max 53, 56, 61, 62, 63, 98, 102,
103, 110, 112, 117, 135, 158, 160, 171,
172, 175, 180, 186, 193, 197, 198, 200
Braun, Eva 11
Brecht, Bertolt 152
Brenner, Otto 30
Bresk, Paul 28, 77
Bucerius, Gerhard 43, 183
Burmeister, Otto 30, 166
Burmester, Wilhelm 28
Burrmeister, Otto 89
- Büll, Johannes 63, 192
Bülow, Vicco von 177
Busch, Ernst von 10, 11
- Camp, Joachim de la 14
Capelle, Karl-Hermann 147
Chapeaurouge, Paul de 49, 130
Christmann, Heinz 21
Churchill, Winston 9, 25
Citrine, Walter 41
Cube, Walter von 163, 164
- Dahrendorf, Gustav 33, 41, 42, 44, 54,
83, 143, 158, 178, 188
Davidsen, Heinrich 176, 183
Dethlefs, Friedrich 15, 16, 18, 21, 22
Dettmann, Friedrich Wilhelm 21, 22, 23,
31, 36, 37, 43, 47, 51, 55, 57, 63, 111,
130, 131, 136, 142
Dönitz, Karl 11
Dörr, Wilhelm 56, 125, 132, 158
Douglas, Sholto 42
Dudek, Walter 43, 63, 98, 127, 198
Dwyer, F. J. 13, 18, 21
- Eggebrecht, Axel 169
Eggerstedt, Otto 192
Ehre, Ida 172
Eichler, Willi 23, 24, 29, 30
Eisenbarth, Heinrich 43, 63
Ek, Hans 15
Eliot, Thomas Stearns 192
Elsner, Willi 21, 22, 45
Erhard, Ludwig 135, 146, 147, 149
Everling, Heinrich («Henry») 44, 65,
141, 201
- Fechner, Max 33, 48
Feldmann, Willy 190
Franck, Friedrich 63
Friedeburg, Hans Georg von 12
Friedmann, Hermann 169

- Föcher, Mathias 79, 80
- Gobert, Ascan Klée 43
- Goethe, Johann Wolfgang von 185
- Göring, Hermann 140
- Gostomski, Johannes 28
- Greene, Hugh Carlton 106, 137
- Grimme, Adolf 137
- Grotewohl, Otto 30, 33, 38, 41, 48
- Grothen, Theodor 192
- Gröwel, Margareta 183
- Grumbach, Salomon 56
- Grünert, Willi 21, 22, 84
- Gundelach, Gustav 51, 57, 84, 169, 183,
184
- Hagenbeck, Carl 168
- Hagenbeck, Gottfried Clas Carl 116
- Hansen, Bernhard 83, 110
- Harlan, Veit 105, 163, 197
- Harteck, Paul 150
- Hartenfels, Ludwig 63, 191, 192
- Haubach, Theodor 9
- Heine, Friedrich 33
- Heitgres, Franz Richard 43, 70, 121
- Hellwig, Franz 28
- Helms, Henry 175
- Heuss, Theodor 186
- Heydorn, Heinz-Joachim 58, 178
- Hitler, Adolf 10, 11
- Hoff, Hans vom 80
- Hoff, Hein ten 55, 99, 137
- Hoffmann, Erich 50
- Hooge, Alfred 58
- Hoover, Herbert Clark 71
- Jahnn, Hans Henny 169
- Jessup, Philip Caryl 176
- John, Karl 164
- Juhacz, Marie 164
- Kähler, Ernst 21
- Kaiser, Jacob 130
- Kalbitzer, Hellmut 15, 23, 24, 157, 178,
183
- Karl, Albin 79, 80, 147
- Karpinski, Carl 21
- Karpinski, Paula 21, 63
- Karstens, Karl 28
- Kasack, Hermann 169
- Kästner, Erich 169
- Katz, Rudolf 53
- Kaufmann, Karl 10, 11, 12, 118, 144
- Käutner, Helmut 87
- Keilhack, Adolf 23
- Keilhack, Irma 178, 183
- Ketels, Max Detlev 43, 83
- Klabunde, Erich 98, 112, 127, 154, 174,
178, 183, 197
- Koberger, Karl 21, 28
- Koch, Christian 36, 43, 63, 137, 191, 193
- Koch, Erich 176
- Kohl, Rudolf 130
- Köhler, Erich 85
- Kopf, Hinrich 78
- Krahl, Hilde 164
- Kraus, Hertha 113
- Krogmann, Carl Vincent 14, 118, 119
- Kruse, Hans 17
- Kummernuß, Adolph 28, 69, 81, 120,
129, 176, 190
- Landahl, Heinrich 16, 43, 63, 165, 176
- Laun, Rudolf 91
- Leyding, Hans 178
- Liebeneiner, Wolfgang 164
- Lindemann, Paul 17
- Lindley, William 145
- Lindstaedt, Erich 123
- Löbe, Paul 186
- Lockmann, Gertrud 178
- Louis 17
- Lüdemann, Hermann 78
- Lüth, Erich 193
- Malik, Jakow Alexandrowitsch 176
- Manstein, Erich von 199
- Marshall, Georg Catlett 84
- Mc Cloy, John 199
- Meitmann, Karl 21, 22, 23, 32, 33, 36, 38,
39, 40, 55, 56, 57, 80, 90, 101, 118, 139,
174, 178, 183, 192, 195

- Montgomery, Bernard Law 12, 19, 42
 Mulert, Oskar 153
 Müller, Rudolf 63, 70, 74

 Neumann, Franz 130
 Neusel, Walter 55, 99
 Nevermann, Paul 43, 63, 68, 136, 154,
 173
 Nürnberg, Herbert 137

 Okraß, Hermann 150, 151
 Ollenhauer, Erich 33, 56, 90, 139
 Ortega y Gasset, José 185
 Ortlieb, Heinz-Dietrich 147

 Pannek, Alfons 175
 Papan, Franz von 59
 Penzoldt, Ernst 169
 Petersen, Carl 15
 Petersen, Rudolf Hieronymus 14, 15, 16,
 17, 24, 31, 32, 35, 42, 43, 45, 52, 54
 Petersen, Wilhelm 28, 129, 144, 176
 Pieck, Wilhelm 48
 Pries, Walter 178
 Priess, Bernhard 54
 Prinz, Wilhelm 184
 Pufal, Gustav 28, 64, 190
 Pünder, Hermann 149, 150

 Rademacher, Willi Max 172, 183
 Rathlov, Ernst 28, 69, 129, 176
 Reemtsma, Philipp 140, 181
 Rehfeldt, Ernst 77
 Reimann, Max 56, 81, 84, 159, 169
 Remmele, Adam 110
 Renn, Ludwig 169
 Rettig, Fritz 21, 158, 169
 Robertson, Brian 80
 Roosevelt, Franklin Delano 9
 Ruscheweyh, Heinz 172
 Ruscheweyh, Herbert 42
 Ruß, Ernst 195
 Rutz, Henry 81

 Saalfeld, Rudolf 176
 Sandow, Carl 162

 Schäfer, Hermann 183
 Scharnberg, Hugo 110, 183
 Schelsky, Helmut 147
 Schiller, Karl 127, 141, 147
 Schmedemann, Walter 15, 16, 18, 19, 21,
 22, 40, 58, 70, 80, 118, 142, 174, 192
 Schmid, Carlo 116
 Schmidt, Carl 137
 Schmidt, Helmut 84, 94, 118
 Schneider-Schelde, Rudolf 169
 Schoettle, Erwin 33
 Schönfelder, Adolph 16, 17, 42, 43, 130,
 137, 193
 Schröder, Louise 186
 Schumacher, Kurt 26, 29, 30, 33, 40, 41,
 44, 49, 58, 70, 90, 96, 114, 138, 139,
 173, 174, 181, 186, 187, 195, 196
 Schwennicke, Carl-Hubert 130
 Seghers, Anna 169
 Selpien, Ludwig 28
 Severing, Carl 9
 Shukow, Giorgi Konstantinowitsch 17
 Spliedt, Franz 16, 18, 19, 21, 28, 56, 64,
 65, 158
 Spurling 12
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 9, 25
 Stange, Hans 92, 93
 Sternberg, Henry 172
 Sternberger, Dolf 169
 Steinfeldt, Heinrich 64

 Tastesen, Paul 17, 21, 22, 45
 Teßloff, Ernst 21, 22, 45, 178
 Teßmann, Willi 92, 93
 Thälmann, Ernst 175
 Thoma, Max 28, 64
 Thürey, Magda 23
 Traeger, Max 190
 Truman, Harry Spencer 10, 25, 71, 74,
 117

 Valentiner, Franz 190
 Vieth, Ferdinand 54
 Vogt, Richard 137

 Walter, Albert 183

Wehner, Herbert 84, 178, 183, 195
Westphal, Johann 22
Wilkening, Eduard 187
Wittrock, Karl 94
Wolf, Friedrich 139
Wolff, Emil 35

Wolters, Hermann 96
Wolz, Alwin 10, 11, 12
Zinn, Georg-August 85
Zorn, Rudolf 139
Zuckmayer, Carl 102

Literaturverzeichnis

1. Weiterführende Arbeiten zu Aspekten der Hamburger Nachkriegsgeschichte (1945–1949)

- Bär, Curt, Von Göttingen über Osleb nach Godesberg. Politische Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen 1919–1945, (Privatdruck), Hamburg 1981
- Bauche, Ulrich / Brüdigam, Heinz / Eiber, Ludwig / Wiedey, Wolfgang (Hrsg.), Arbeit und Vernichtung. Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, Hamburg 1986
- Borgner, Otto, Hamburgs Wirtschaftsverwaltung seit der Kapitulation, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt III, Hamburg 1949, S. 45–50
- Bringmann, Fritz, Kindermord am Bullenhusen Damm. SS-Verbrechen in Hamburg 1945, Frankfurt a. M. 1978
- Bringmann, Fritz, KZ Neuengamme. Berichte, Erinnerungen, Dokumente, Frankfurt a. M. 1981
- Christier, Holger, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949, Hamburg 1975
- Christier, Holger, Die Sozialistische Freie Gewerkschaft in Hamburg, in: Borsdorf, Ulrich / Niethammer, Lutz / Brandt, Peter (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 305–329
- Christier, Holger, Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in Hamburg 1933–1945, in: Herzig, Arno / Langewiesche, Dieter / Sywottek, Arnold (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 551–557
- Dahrendorf, Gustav, Von Hamburg her gesehen: Rund um den Wirtschaftsrat, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt III, Hamburg 1949, S. 58–61

- Dettmann, Friedrich, Über die Gesundheitsfrage der Bevölkerung Hamburgs nach der Kapitulation, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt I, Hamburg 1947, S. 58–62
- Deutscher, Isaac, Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1980, S. 108–110
- Döll-Krämer, Inge / Krämer, Gerd / Rieckhof, Andreas, Zwischen Hunger und Hoffnung. Nachkriegsalltag und Politik in Altona, in: Stadtteilarchiv Ottensen e. V. (Hrsg.), «Ohne uns hätten sie das gar nicht machen können». Nazi-Zeit und Nachkrieg in Altona und Ottensen, Hamburg 1985, S. 172–201
- Dreckmann, Hans, Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945–1946. Geschichte der «ernannten» Bürgerschaft, Hamburg 1985
- Dudek, Walter, Hamburgs Eröffnungsbilanz, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt I, Hamburg 1947, S. 20–25
- Ehre, Ida, Theater nach dem Tage X, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt III, Hamburg 1949, S. 92–96
- Eiber, Ludwig, Arbeitsklaven für SS und Kriegswirtschaft. Häftlingsarbeit im KZ Neuengamme 1940–1945, in: Herzig, Arno / Langewiesche, Dieter / Sywotek, Arnold (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 559–567
- Everling, Henri, Markante Werke freier Gemeinwirtschaft in Hamburg – «GEG» und «Produktion», in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt I, Hamburg 1947, S. 78–83
- Franck, Friedrich, Hamburgs Lebensmittelversorgung vor der Währungsreform, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt III, Hamburg 1949, S. 62–66
- Giordano, Egon, Hinter Hamburger Kulissen, in: Die Weltbühne, Nr. 13/14, Berlin 1. 4. 1948, S. 296–300
- Giordano, Ralph, Hamburg – Anfang 1947, in: Die Weltbühne, Nr. 2, Berlin 15. 1. 1947, S. 42–47
- Giordano, Ralph, Friedrich Dettmann mußte gehen, in: Die Weltbühne, Nr. 34, Berlin 24. 8. 1948, S. 1027–1030
- Giordano, Ralph, Die Partei hat immer recht, Berlin (West) 1980
- Glensk, Evelyn, Die Aufnahme der Flüchtlinge in Hamburg 1945 – Ein Aspekt sozialpolitischer Kontinuität, in: Hamburger Zustände. Jahrbuch zur Geschichte der Region Hamburg, Bd. 1, Hamburg 1988, S. 65–94
- Grobecker, Kurt / Loose, Hans-Dieter / Verg, Erik, ... mehr als ein Haufen Steine. Hamburg 1945–1949, Hamburg 1981
- Hamburg zwei Jahre unter englischer Herrschaft. Die Entwicklung der Hamburger Verwaltung. Unsere Tätigkeit in der Bürgerschaft. Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg 1947
- Hamburger Wirtschaft 1946–1949. Ein Bericht der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Hamburg 1949

- Hempel-Küter, Christa / Krause, Eckart, Hamburg und das Erbe des «Dritten Reiches». Versuch einer Bestandsaufnahme, Veröffentlichung der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Hamburg 1989
- Heydorn, Heinz-Joachim, Das Problem des demokratischen Sozialismus in Deutschland, in: Heydorn, Heinz-Joachim, Konsequenzen der Geschichte. Politische Beiträge 1946–1974, Frankfurt a. M. 1981, S. 122–126
- Heydorn, Heinz-Joachim, Nachgedanken zur Entnazifizierung, in: Heydorn, Heinz-Joachim, Konsequenzen der Geschichte. Politische Beiträge 1946–1974, Frankfurt a. M. 1981, S. 129–131
- Hoffmann, Egbert A., Hamburg 45. So lebten wir zwischen Trümmern und Ruinen, Leer 1985
- Hohlbein, Hartmut, Hamburg 1945. Kriegsende, Not und Neubeginn, Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1985
- Hund, Wulf D., Die Sozialistische Freie Gewerkschaft, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Bd. 8, Frankfurt a. M. I/1985, S. 165–195
- Johe, Werner, Bürgermeister Rudolf Petersen. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Neuordnung in Hamburg 1945–1946, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, Bd. 3, Tel Aviv 1974, S. 379–415
- Johe, Werner, Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg, Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1981
- Johe, Werner, Im Dritten Reich 1933–1945, in: Jochmann, Werner / Loose, Hans-Dieter (Hrsg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2, Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 265–376
- Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964
- Kalbitzer, Hellmut, Widerstehen oder Mitmachen. Eigen-sinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen, Hamburg 1987
- Klasen, Karl, Vierzig Jahre Deutsche Mark, in: Friedrich, Heinz (Hrsg.), Mein Kopfgeld. Die Währungsreform – Rückblicke nach vier Jahrzehnten, München 1988, S. 55–65
- Klußmann, Uwe / Wildt, Michael, «Schließt fester die Reihen ...». Die KPD in den Jahren 1949 bis 1953, in: Meyer, Beate / Szodrzyński, Joachim (Hrsg.), Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte. Für Helmuth Warnke zum 80. Geburtstag, Hamburg 1988, S. 111–125
- Kolbe, Nieves / Rode, Domenica / Sommerkorn, Ingrid N., «An die Arbeit! Berge Steine! Orden allerdings gibts keine!». Frauenarbeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Hamburg, Materialien zur Frauenforschung, Bielefeld 1988
- Lambrecht, Lars, Erinnerungen an die Zukunft. Hamburg nach 1945, in: Berlin, Jörg (Hrsg.), Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 306–328

- Lange, Wilhelm, Cap Arcona. Das tragische Ende der KZ-Häftlings-Flotte am 3. Mai 1945, Neustadt in Holstein 1988
- Littmann, Friederike, Ausländische Zwangsarbeiter in Hamburg während des Zweiten Weltkrieges, in: Herzig, Arno / Langewiesche, Dieter / Sywottek, Arnold (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 569–583
- Lüth, Erich, Schrecken und Selbstbehauptung. Die Geschichte eines harten Winters, in: Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt II, Hamburg 1948, S. 36–44
- Lüth, Erich, Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971. Wiederaufbau und Neubau, Hamburg 1971
- Lüth, Erich, Max Brauer. Glasbläser, Bürgermeister, Staatsmann, Veröffentlichung der Lichtwark Stiftung, Bd. 15, Hamburg 1972
- Meier, Heinrich Christian, Das Hamburger Manifest, in: Die Weltbühne, Nr. 13/14, Berlin 1. 4. 1948, S. 293–295
- Meier, Heinrich Christian, Zum Abbruch des SPD-Landesparteitags in Hamburg, in: Die Weltbühne, Nr. 17, Berlin 27. 4. 1948, S. 420–422
- Möller, Kurt Detlev, Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs, Hamburg 1947
- Nossack, Hans Erich, Dieser Andere. Ein Lesebuch mit Briefen, Gedichten, Prosa, Frankfurt a.M. 1976
- Pusback, Bärbel, Von der Akademie für Gemeinwirtschaft zur Hochschule für Wirtschaft und Politik, in: Herzig, Arno / Langewiesche, Dieter / Sywottek, Arnold (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 585–595
- Schildt, Axel, Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage. Hamburg-Grindelberg 1945 bis 1956, Hamburg 1988
- Schildt, Axel / Sywottek, Arnold, Die Bürgerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Asendorf, Manfred / Kopitzsch, Franklin / Steffani, Winfried / Tormin, Walter (Hrsg.), Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament, Berlin (West) 1984, S. 110–125
- Schmidt, Wolf-Dietrich, «Wir sind die Verfolgten geblieben». Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945–1951, in: Berlin, Jörg (Hrsg.), Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 329–356
- Schwarberg, Günther, Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm, Hamburg 1979
- Spliedt, Franz, Die Gewerkschaften. Entwicklung und Erfolge. Wiederaufbau seit 1945, Hamburg o.J.
- Steinborn, Norbert, Militärs auf Abruf – Zur Rolle und Entwicklung der Hamburger Polizei 1919–1952, in: Hamburger Zustände. Jahrbuch zur Geschichte der Region Hamburg, Bd., 1, Hamburg 1988, S. 13–63

- Stolten, Inge, Das alltägliche Exil. Leben zwischen Hakenkreuz und Währungsreform, Berlin/Bonn 1982
- Stüber, Gabriele, Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 6, Neumünster 1984
- Suchowiak, Bogdan, Mai 1945: Die Tragödie der Häftlinge von Neuenamme, Reinbek 1985
- Sywottek, Arnold, Hamburg seit 1945, in: Jochmann, Werner / Loose, Hans-Dieter (Hrsg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2, Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 377–466
- Szodrzynski, Joachim, Die Rekonstruktion der Gewerkschaften in Hamburg 1945–1949, in: Bracker, Jörgen, Museum für Hamburgische Geschichte (Hrsg.), «Wir sind die Kraft!». Zwei Beiträge zur Arbeiterbewegung von 1945 bis 1949, Hamburg 1988, S. 20–32
- Szodrzynski, Joachim, «Bruderkampf war unser Unglück – Einheit sichert die Zukunft!». Die Hamburger Arbeiterparteien 1945/46 zwischen Einheitswunsch und Spaltungswirklichkeit, in: Meyer, Beate / Szodrzynski, Joachim (Hrsg.), Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte. Für Helmuth Warnke zum 80. Geburtstag, Hamburg 1988, S. 90–110
- Tormin, Walter, SPD und KPD von 1945 bis 1949, in: Bracker, Jörgen, Museum für Hamburgische Geschichte (Hrsg.), «Wir sind die Kraft!». Zwei Beiträge zur Arbeiterbewegung von 1945 bis 1949, Hamburg 1988, S. 4–19
- Warnke, Helmuth, «Bloß keine Fahnen». Auskünfte über schwierige Zeiten 1923–1954, Hamburg 1988
- Wildt, Michael, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest. Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945–1948, Hamburg 1986

2. Weiterführende Arbeiten zu in der Chronik angesprochenen Themen

- Agartz, Viktor, Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften, Schriftenreihe Gewerkschaftspolitische Studien, Bd. 17, Berlin (West) 1982
- Albrecht, Ulrich / Altvater, Elmar / Krippendorff, Ekkehart (Hrsg.), Zusammenbruch oder Befreiung? Zur Aktualität des 8. Mai 1945, Berlin (West) 1986
- Becker, Josef / Stammen, Theo / Waldmann, Peter (Hrsg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979

- Behrendt, Albert, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin (Ost) 1963
- Beier, Gerhard, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt a. M. / Köln 1975
- Borsdorf, Ulrich / Hemmer, Hans O. / Martiny, Martin (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Frankfurt a. M. / Köln 1977
- Brosius, Dieter / Hohenstein, Angelika, Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945–1948, Hildesheim 1985
- Brülls, Klaus, Neubeginn oder Wiederaufbau? Gewerkschaftsjugend in der britischen Zone 1945–1950, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 52, Marburg 1985
- v. Brünneck, Alexander, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt a. M. 1978
- Büttner, Ursula, Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945 bis 1948, in: Büttner, Ursula (Hrsg.), Das Unrechts-Regime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2, Verfolgung-Exil-Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 373–406
- Dahrendorf, Gustav, Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone, in: Dahrendorf, Gustav, Der Mensch, das Maß aller Dinge, Hamburg 1955, S. 89 ff
- Deuerlein, Ernst, Deklamation oder Ersatzfriede? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart 1970
- Dokumente der KPD 1945–1956, Berlin (Ost) 1965
- Fischer, Heinz-Dietrich, Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung «Die Welt» 1946–1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978
- Glaser, Hermann, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948, München / Wien 1985
- Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a. M. 1985
- Haberl, Othmar Nicola / Niethammer, Lutz (Hrsg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt a. M. 1986
- Halbritter, Maria, Schulreformpolitik in der britischen Zone von 1945 bis 1949, Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 13, Frankfurt a. M. 1979
- Hermund, Jost, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965, Frankfurt a. M. / Berlin 1989
- Holtmann, Everhard, Neues Heim in neuer Heimat. Flüchtlingswohnungsbau und westdeutsche Aufbaukultur der beginnenden fünfziger Jahre, in: Schildt, Axel / Sywottek, Arnold (Hrsg.), Massenwohnung und Eigenheim, Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt a. M. / New York 1988, S. 360–381

- Huster, Ernst-Ulrich, Die Politik der SPD 1945–1950, Frankfurt a. M. / New York 1978
- Jacobmeyer, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 65, Göttingen 1985
- Kleßmann, Christoph / Friedemann, Peter, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt a. M. / New York 1977
- Kocka, Jürgen, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Stern, Carola / Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt a. M. 1979, S. 141–168
- Koebner, Thomas / Sautermeister, Gerd / Schneider, Sigrid (Hrsg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987
- Müller, Werner, Die KPD und die «Einheit der Arbeiterklasse», Frankfurt a. M. / New York 1979
- Overesch, Manfred, Deutschland 1945–1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik. Ein Leitfaden in Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1979
- Pakschies, Günter, Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949. Untersuchungen zur britischen Re-education-Politik, Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 9, Frankfurt a. M. 1979
- Schaaf, Dierk Ludwig, Politik und Proporz im NWDR. Rundfunkpolitik in Nord- und Westdeutschland 1945–1955, Phil. Diss. am Historischen Seminar der Universität Hamburg (Betreuer: Prof. Fritz Fischer) 1971
- Schüddekopf, Charles (Hrsg.), Vor den Toren der Wirklichkeit. Deutschland 1946–47 im Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte, Berlin / Bonn 1980
- Schulze, Rainer / von der Brölie-Lewien, Doris / Grebing, Helga (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Hildesheim 1987
- Schumacher, Kurt, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu anderen politischen Faktoren, Bremen o. J.
- Steininger, Rolf, England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVIII, Bonn 1978, S. 41 ff
- Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971